

NS-Vergangenheit ehemaliger  
Frankfurter Stadtverordneter  
(1945-1968)

Projektbericht  
Percy Hermann  
Lisa Winter

Fritz Bauer Institut  
*Geschichte und Wirkung  
des Holocaust*

STADT  FRANKFURT AM MAIN  
STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

## **Vorwort**

Es freut mich, Ihnen hiermit den Projektbericht „Die NS-Vergangenheit ehemaliger Frankfurter Stadtverordneter (1945–1968)“ vorstellen zu können - einen zeithistorisch wichtigen und weiterführenden Beitrag zur Aufarbeitung des dunkelsten Kapitels in der Geschichte der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main.

Aus den Reihen des Frankfurter Stadtparlaments war es im Jahr 2013 vor allem der Stadtverordnete der GRÜNEN-Fraktion im Römer, Helmut Ulshöfer († 2015), der sich mit großem Nachdruck dafür einsetzte, die Beteiligung von Frankfurter Stadtverordneten am NS-Regime systematisch zu erforschen und einzuordnen. Die damalige Koalition aus CDU und GRÜNEN griff sein Anliegen auf, und so fasste die Gemeindevertretung auf gemeinsamen Antrag der beiden Koalitionsfraktionen am 24.07.2014 den Beschluss, „eine Arbeitsgruppe ‚NS-Vergangenheit ehemaliger Frankfurter Stadtverordneter‘ einzusetzen, die aus historisch-wissenschaftlicher Sicht die bisherigen Erkenntnisse über frühere Stadtverordnete seit 1946, die Mitglieder der NSDAP waren oder in anderer Form durch die Nähe zum NS-Regime als ‚belastet‘ gelten müssen, zusammenstellt“. Damit bekundete die Stadtverordnetenversammlung ihren ernsthaften Willen, sich ihrer historischen Verantwortung zu stellen und die eigene Vergangenheit zu bewerten, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Unter Einbindung des Instituts für Stadtgeschichte, der Frankfurter Historischen Kommission, des Fritz Bauer Instituts, der Goethe-Universität Frankfurt, der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, des Frankfurter Kulturdezernats und anderer Institutionen folgten daraufhin zahlreiche intensive Gespräche und fraktionsinterne Beratungen. Am 01.06.2017 bewilligte die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag von CDU, SPD und GRÜNEN die erforderlichen Gelder für die wissenschaftliche Untersuchung; allerdings führte die angespannte Haushaltslage in den Folgejahren dazu, dass das kostenintensive Vorhaben immer wieder zurückgestellt wurde.

Im August 2019 berief ich die Arbeitsgruppe „NS Vergangenheit ehemaliger Frankfurter Stadtverordneter“ erneut ein, um dem Projekt Fortgang zu geben. Man einigte sich darauf, trotz reduzierter Mittel nunmehr die ersten Schritte der Umsetzung anzugehen und zumindest eine Datenbasis für die weitere Arbeit zu schaffen. Unter der fachlichen Leitung des Fritz Bauer Instituts entstand die nun vorgelegte Vorrecherche zu einer möglichen NS-Vergangenheit von Frankfurter Stadtverordneten.

Ich bedanke mich herzlich bei allen, die an diesem Forschungsprojekt mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt Frau Prof. Dr. Sybille Steinbacher und Herrn Prof. Dr. Christoph Cornelißen für ihre fachkundige Begleitung und Unterstützung, ebenso Frau Prof. Dr. Marie-Luise Recker, vor allem für die Erstellung der Kostenkalkulation und das Konzept der wissenschaftlichen Aufarbeitung.

Nicht zuletzt danke ich natürlich den beiden Verfassern der Studie, Lisa Winter M.A. und Percy Herrmann M.A., für ihre detaillierte wissenschaftliche Arbeit. Die kritische Analyse der vorhandenen schriftlichen Quellen hat zu vielschichtigen Ergebnissen geführt und bildet eine gute Basis für weitere, tiefergehende Fragestellungen. Der Projektbericht ist geprägt von großer Ernsthaftigkeit und Sorgfalt und stellt dank seiner klaren und verständlichen Sprache auch für Nicht-Historiker eine hochinteressante Lektüre dar. Überzeugen Sie sich selbst!

Frankfurt am Main, im November 2020

Stephan Siegler

Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Frankfurt am Main

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>Erster Teil des Berichts: Untersuchungsgruppe I (Bürgerrat – 3. Wahlperiode)</b> .....	<b>6</b>
<b>Einführung: Untersuchungsgruppe I</b> .....	<b>6</b>
<b>1. Archive und Quellenkorpora: Bestandsaufnahme</b> .....	<b>8</b>
1.1 Erste Ergebnisse .....	8
1.2 Zugang und Voraussetzungen .....	11
1.3 Forschungsstand.....	13
1.4 Personalakten (Institut für Stadtgeschichte und Hessisches Hauptstaatsarchiv).....	16
1.5 Entschädigung und Entnazifizierung (Hessisches Hauptstaatsarchiv) .....	17
<b>2. Personelle Kontinuitäten</b> .....	<b>19</b>
2.1 Politischer Neuaufbau und die Zusammensetzung des Bürgerrats .....	19
2.2 Entnazifizierung .....	21
2.3 Der Umgang mit personellen Kontinuitäten des „braunen Magistrats“ .....	23
2.4 Politische Rückkehr: Vertriebene Politikerinnen und Politiker der Weimarer Republik .....	25
<b>3. NS-Belastungen in den Biografien der Stadtverordneten</b> .....	<b>27</b>
3.1 Parteimitgliedschaften: Beispiele und Motive .....	27
3.2 Politische Aktivitäten ehemaliger NSDAP-Mitglieder im Nachkriegsparlament.....	32
3.3 Gliederungen und angeschlossene Organisationen der NSDAP .....	34
3.4 Politische und „rassistische“ Verfolgung.....	37
3.5 Wehrmachtseinsätze.....	40
<b>4. Biografische Fallbeispiele: Vielschichtige und widersprüchliche NS-Belastungen</b> .....	<b>41</b>
4.1 NS-Beteiligung und Reintegration in der Nachkriegszeit: Walter Ried .....	41
4.2 Politische Verfolgung und Gestapo: Paul Kirchhof und Wilhelm Knothe .....	43
4.3 Weibliche Gewalt? Die Rolle der Gefängnisaufseherin Elisabeth Wetzel.....	46
<b>Zweiter Teil des Berichts: Untersuchungsgruppe II (Schwerpunkt 4. – 6. Wahlperiode)</b> .....	<b>50</b>
<b>Einführung: Untersuchungsgruppe II</b> .....	<b>50</b>
<b>1. Die Stadtverordneten</b> .....	<b>50</b>
1.1 Rechercheverlauf zur Untersuchungsgruppe II.....	50
1.2 Ergebnisse der Datenerhebung .....	52
<b>2. NS-Belastung und Mitgliedschaften</b> .....	<b>54</b>
2.1 Frühe NS-Mitglieder .....	56
2.2 Jugendliche NS-Mitglieder.....	59

2.3 Weitere NS-Mitgliedschaften .....	60
2.4 Beteiligung an Massenorganisationen .....	63
<b>3. Oppositionelle, Widerstandskämpfer und Verfolgte .....</b>	<b>64</b>
3.1 Die politische Opposition .....	64
3.2 Widerstand gegen das Regime.....	66
3.3 Staatsbedienstete als Verfolgte des NS-Regimes.....	69
3.4 „Rassisch“ Verfolgte .....	72
<b>4. Beteiligung am Zweiten Weltkrieg.....</b>	<b>75</b>
4.1 Wehrmichtsangehörige .....	75
4.2 Strafeinsatz.....	77
<b>5. Umgang mit der NS-Vergangenheit .....</b>	<b>79</b>
5.1 Justizielle Aufarbeitung .....	79
5.2 Entschädigung .....	83
5.3 Kontinuitäten.....	84
5.4 Ehemalige NSDAP-Mitglieder in herausgehobenen Ämtern.....	87
5.5 Öffentlich-gesellschaftlicher Umgang .....	90
<b>Ergebnisse und Forschungsperspektiven .....</b>	<b>92</b>
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	97
Anhang I A: Liste der ehemaligen Stadtverordneten mit biografischen Angaben.....	108
Anhang I B: Liste der ehemaligen Stadtverordneten mit biografischen Angaben.....	116
Anhang II A: Liste der ehemaligen NSDAP-Mitglieder.....	124
Anhang II B: Liste der ehemaligen NSDAP-Mitglieder.....	125
Anhang III A: Auflistung der ermittelten Archivbestände .....	127
Anhang III B: Auflistung der ermittelten Archivbestände .....	139

## Einleitung

Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es, zu ermitteln, ob und inwiefern Frankfurter Stadtverordnete und Bürgerratsmitglieder<sup>1</sup> eine NS-Vergangenheit hatten, d.h. entweder durch ihre Mitgliedschaft in einstigen Organisationen des nationalsozialistischen Staates oder anderweitig durch ihr Wirken im „Dritten Reich“ politisch belastet waren oder aber selbst Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik gewesen sind.<sup>2</sup> In den Blick genommen werden Personen, die vor 1928 geboren wurden und zwischen 1945 und 1968 ein Mandat in den neugeschaffenen demokratischen Gremien in Frankfurt am Main innehatten. Der Untersuchungszeitraum umfasst damit die ersten sechs Legislaturperioden der Frankfurter Stadtpolitik.<sup>3</sup> Es geht darum, personalpolitische Kontinuitäten aufzuzeigen, aber auch darum zu fragen, inwieweit der Nationalsozialismus in den Nachkriegsjahrzehnten auch für diejenigen eine Rolle spielte, die selbst oder deren Familien und Freunde vom NS-Regime verfolgt worden sind und sich vor diesem Erfahrungshintergrund nach Kriegsende dem demokratischen Aufbau in Frankfurt gewidmet haben. Denn, dies sei bereits vorweggenommen, unter den Frankfurter Mandatsträgern war vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Anteil derjenigen auffallend hoch, die während des Nationalsozialismus politisch verfolgt worden waren. Zu Beginn der 1950er Jahre erhöhte sich schließlich die Zahl derer, die sich für den Nationalsozialismus engagiert hatten. Dieser Umstand hatte im Stadtparlament scharfe Kontroversen zur Folge. Nur wenige Jahre später war es indes keineswegs mehr ungewöhnlich, dass Stadtverordnete einst NS-Organisationen angehört hatten, im Gegenteil: Keine Fraktion im Römer bildete hier eine Ausnahme. Bis in die 1960er Jahre stieg die Zahl der ehemaligen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) kontinuierlich. Insgesamt werden in der vorliegenden Studie 325 Politiker und Politikerinnen in den Blick genommen; 42 von ihnen sind Frauen.

Im Fokus dieser Studie steht die Frage nach organisatorischen Mitgliedschaften und politischen Aktivitäten von Einzelpersonen. Das weitaus umfassendere Thema, nämlich das zeitgenössische gesellschaftliche Gespräch über die NS-Zeit und die Frage nach der (rechts-) politischen, überhaupt öffentlichen Auseinandersetzung damit, wird allenfalls gestreift.

Die Studie wurde am Fritz Bauer Institut erarbeitet, ihre Verfasser sind Lisa Winter M.A. und Percy Herrmann M.A.; die Arbeiten begannen im Dezember 2019 und waren im September 2020 abgeschlossen. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung hat die Untersuchung

---

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird vereinzelt das generische Maskulinum verwendet. Dabei sind jedoch weibliche und anderweitige Geschlechtsidentitäten ausdrücklich mitgemeint.

<sup>2</sup> Vgl. Sabine Schneider, *Belastete Demokraten. Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung*, Marburg 2019, S.13-19.

<sup>3</sup> Weitergehende Untersuchungen über 1968 hinaus waren im Rahmen des hier vorgelegten Projektberichts nicht möglich.

finanziert. Wissenschaftlich begleitet wurde sie von Herrn Prof. Dr. Christoph Cornelißen und Frau Prof. Dr. Sybille Steinbacher.

Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger stellt seit Jahren ein zentrales Anliegen der Politik und der historischen Forschung dar. Diesbezügliche Studien untersuchen unter Berücksichtigung von NS-Mitgliedschaften nicht nur den Grad der Belastung in der NS-Zeit selbst, sondern insbesondere auch die personellen Kontinuitäten in den Nachkriegsparlamenten sowie sämtlichen öffentlichen Institutionen von der Bundes- über die Länder- bis zur kommunalen Ebene. Seit geraumer Zeit ist bekannt, dass viele ehemalige Mitglieder und Funktionäre der NSDAP mit dem Ende des NS-Regimes nicht zwangsläufig ihre politischen Karrieren beenden mussten, sondern oftmals in den öffentlichen Dienst zurückkehrten oder erneut politische Mandate übernahmen. Neuere Studien zu den Parlamenten und staatlichen Behörden dokumentieren zudem, dass der Anteil der Mandats- und Amtsträger mit einer NS-Belastung weit höher ausfällt, als dies gemeinhin angenommen wurde.

2011 führte Hans-Peter Klausch eine Studie zum Landesparlament in Hessen durch, in der er alle ehemaligen Abgeordneten, die vor 1928 geboren waren, auf Mitgliedschaften in NS-Organisationen untersuchte. Das Ergebnis zeigte, dass seit 1945 mindestens 22,5 Prozent der infrage kommenden Mandatsträger ehemalige Mitglieder der NSDAP gewesen waren.<sup>4</sup> Bei einer ebenfalls von Klausch im Jahr 2013 durchgeführten Studie zum Landesparlament im Saarland konnte bei 23,2 Prozent der Abgeordneten der entsprechenden Alterskohorte eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden.<sup>5</sup> Noch höher liegt der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder im Niedersächsischen Landtag. Dort wurde für mindestens 27 Prozent der vor 1928 geborenen Abgeordneten eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen.<sup>6</sup>

Zu den wichtigsten Befunden dieser Studien gehört die Erkenntnis, dass im Laufe der 1960er Jahre der Prozentsatz der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Parlamenten erheblich über das Niveau anstieg, das für die vorangehenden Jahre gemessen worden ist. So waren zum

---

<sup>4</sup> Hans-Peter Klausch, Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), Wiesbaden 2011.

<sup>5</sup> Ders., Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, Saarbrücken 2013, S. 8.

<sup>6</sup> Thomas Vogtherr, Die Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter während des Nationalsozialismus – Bericht über ein 2012 abgeschlossenes Forschungsprojekt, in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 41-47, hier S. 42; s. auch Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel/Dieter Hartwig (Hrsg.), Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945, Husum 2017.

Beispiel im Saarland nach der Landtagswahl am 4. Dezember 1960 insgesamt 22 der 55 Abgeordneten (40 Prozent) ehemals Mitglieder der NSDAP gewesen.<sup>7</sup> Die gleiche Tendenz kennzeichnet die Zusammensetzung der Mandatsträger im Hessischen Landtag in den 1950er und 1960er Jahren. Dort erreichte die Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder nach einem erkennbaren Anstieg in den 1950er Jahren zwischen 1962 und 1966 mit 34 Prozent ihren Höhepunkt, nachdem sie von 1946 bis November 1950 in den hessischen Vorparlamenten und der ersten Legislaturperiode lediglich zwischen 2 und 5,3 Prozent betragen hatte.<sup>8</sup>

Für die Stadt Frankfurt am Main liegen vergleichbare quantitative Erhebungen noch nicht vor. Allerdings wurde die Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung im Nationalsozialismus sowie in der Nachkriegszeit bereits aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht. Zu nennen sind an dieser Stelle die grundlegenden Arbeiten von Bettina Tüffers *Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz* und *Der Braune Magistrat*.<sup>9</sup> Eine ausführliche Darstellung der Forschungsliteratur erfolgt unter 1.3.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen folgende Fragen: Wie hoch war der Anteil ehemaliger Mitglieder der NSDAP in den Nachkriegsparlamenten zwischen 1945 und 1968? In welchen Zeiträumen gab es in dieser Hinsicht signifikante Veränderungen? Wer hatte sich über eine Parteimitgliedschaft hinaus aktiv am NS-Regime beteiligt? Wie groß war wiederum der Personenkreis, der unter den Repressalien des Regimes gelitten oder versucht hatte, sich diesem zu widersetzen?

Aufgrund der Länge des hier betrachteten Zeitraums wurden zwei Untersuchungsgruppen gebildet: Untersuchungsgruppe I (Lisa Winter) umfasst einen Personenkreis von 163 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, die ihr Amt im Bürgerrat (1945-1946) sowie hauptsächlich in den ersten drei Wahlperioden (1946-1956) ausübten. Untersuchungsgruppe II (Percy Herrmann) besteht aus 162 Personen, die insbesondere in der vierten bis zur sechsten Wahlperiode (1956-1968) oder in übergreifenden Zeiträumen ein Mandat innehatten. Dabei wurden unterschiedliche Alterskohorten ausgemacht, deren politische Sozialisation im NS-Regime differenziert zu bewerten ist. Für beide Untersuchungsgruppen wurden folgende Angaben erhoben: Geburts- und Sterbedaten, Informationen zu den beruflichen und politischen Karrieren, die zum Teil eng miteinander verwoben waren,

---

<sup>7</sup> Klausch, *Braune Spuren im Saar-Landtag*, S. 14.

<sup>8</sup> Albrecht Kirschner, *Dabei gewesen? Ergebnisse der Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“*, in: Kartmann (Hrsg.), *NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter*, S. 49-56, hier S. 51; s. auch Albrecht Kirschner, *Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger Hessischer Landtagsabgeordneter“*, Abschlussbericht, abgedruckt in: Kartmann (Hrsg.), *NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter*, S. 137-206, hier S. 166.

<sup>9</sup> Bettina Tüffers, *Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz*, Frankfurt am Main u.a. 2011; dies., *Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945*, Frankfurt am Main 2004.

Mitgliedschaften in der NSDAP oder NS-Unterorganisationen sowie die Aufenthaltsorte während des Zweiten Weltkriegs; Letzteres erwies sich insbesondere bei Kriegseinsätzen als relevant. Die Ermittlung der Wohnorte nach 1945 war für die Untersuchung der Entnazifizierungsakten von Bedeutung. Auf der Grundlage dieser Daten wurden alle biografisch relevanten Informationen gesammelt und in einer internen Excel-Datei erfasst, die im vorliegenden Bericht systematisch ausgewertet wurde. Im Zuge der Recherche wurden folgende Archive sowie Quellenkorpora gesichtet: Das kommunale Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main (ISG), das u.a. die Personalakten der städtischen Bediensteten und Wahllisten archiviert, das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), dessen Bestand rund 3,3 Millionen Akten und Meldebögen der hessischen Spruchkammern umfasst,<sup>10</sup> sowie das Bundesarchiv in Berlin (BArchB), das die Akten zu NS-Organisationen und die Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Center (BDC)<sup>11</sup> verwahrt und eine digitalisierte Mitgliederkartei der NSDAP in einem seiner Lesesäle bereitstellt. Auf die gesichteten Aktenbestände wird im Bericht detailliert eingegangen. Auch listet eine im Anhang beigefügte Tabelle III A im Hinblick auf weitere Untersuchungsmöglichkeiten relevantes Aktenmaterial zu den Stadtverordneten auf. Hierbei wurden, sofern bekannt, in einzelnen Fällen auch Akten anderer Archive aufgeführt.

## **Erster Teil des Berichts: Untersuchungsgruppe I (Bürgerrat – 3. Wahlperiode)**

**Lisa Winter, M.A.**

### **Einführung: Untersuchungsgruppe I**

Die für das Jahr 2021 geplante Ausstellung „Frankfurt im Nationalsozialismus“ setzt sich zum Ziel, das Verhalten einer oftmals als „widerständig“ assoziierten Stadt hinsichtlich ihrer Beteiligung am NS-Regime zu beleuchten. So sollen unter anderem die Bereiche „Verwaltung, Universität und Wirtschaft“ behandelt, aber zugleich auch „personelle und institutionelle Kontinuitäten“ nach 1945 aufgezeigt werden.<sup>12</sup>

Die „personellen Kontinuitäten“ sind insbesondere im Hinblick auf die städtische Politik und Öffentlichkeit relevant. Dies gilt auch für die Gedenkkultur, prägt doch die Erinnerung an einige der früheren Frankfurter Stadtverordneten noch heute das Stadtbild und somit das

---

<sup>10</sup> Zu den Beständen des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden (HHStAW) s. <<https://landesarchiv.hessen.de/archivprojekte/spruchkammerprojekt>> [29.3.2020].

<sup>11</sup> Zur Geschichte des Berlin Document Center (BDC) s. <<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Aus-unserer-Arbeit/berlin-document-center.html>> [7.7.2020]. Bei dem BDC handelte es sich um eine unmittelbar nach Kriegsende von der US-Army eingerichtete zentrale Sammlungsstelle für beschlagnahmte Unterlagen aus der NS-Zeit.

<sup>12</sup> <<https://historisches-museum-frankfurt.de/de/frankfurt-und-der-nationalsozialismus>> [29.3.2020].

kulturelle Gedächtnis Frankfurts. Beispielhaft zu erwähnen sind hierbei die Adolf-Leweke-Straße, der Else-Epstein-Weg oder auch Institutionen wie das August-Stunz-Zentrum. Hinter diesen und vielen weiteren Namen stehen Biografien, die in erheblichem Maße von der Politik des NS-Regimes geprägt wurden.

Dies zeigt sich zunächst bei der ersten Untersuchungsgruppe von insgesamt 163 Personen, die ein Mandat im Bürgerrat und während der ersten drei Wahlperioden innehatten (ausgenommen davon sind nur vier Politiker mit einer darüber hinausgehenden Amtszeit) und die die NS-Zeit durchlebten (Auflistung der Personen in Tabelle I A im Anhang). Der älteste Stadtverordnete aus dieser Gruppe wurde bereits im Jahr 1874 geboren, der jüngste Mandatsträger im Jahr 1924. Der Großteil der untersuchten Politiker und Politikerinnen kam um die Jahrhundertwende zur Welt und machte somit einschneidende Erfahrungen in den Jahren des Ersten Weltkriegs, der Weimarer Republik, des NS-Regimes und des Zweiten Weltkriegs.

Die Mehrheit der nach 1945 gewählten 18 weiblichen und 145 männlichen Mandatsträger übte bereits vor 1933 politische Tätigkeiten aus. Das NS-Regime und der Zweite Weltkrieg bewirkten zwangsläufig Brüche und Diskontinuitäten in den beruflichen und politischen Lebensläufen dieser Personen. Während ein nicht unerheblicher Teil der Stadtverordneten nach 1945 an frühere, in der NS-Zeit unterbundene (sozial-)demokratische Traditionen anknüpfte und ehemalige, aus dem Amt verdrängte Stadtverordnete zurückkehrten, lassen sich schon für die ersten drei Legislaturperioden der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung nach 1945 auch Personen mit einer erheblichen NS-Belastung identifizieren. Zu den bekanntesten Fällen zählt der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs, der sein Amt von 1933 bis 1945 bekleidete. Er wird in den Wahllisten der Deutschen Partei (DP) von 1952 aufgeführt. Der Auftritt des vormaligen nationalsozialistischen Funktionsträgers im Frankfurter Stadtparlament der Nachkriegszeit rief nicht nur belastende Erinnerungen an die NS-Zeit hervor, sondern provozierte Protestaktionen. Die breite öffentliche Ablehnung eines prominenten ehemaligen Nationalsozialisten wird in der vorliegenden Studie ausführlich thematisiert, sie ist jedoch keineswegs typisch für den Umgang mit belasteten Mandatsträgern. Im Gegensatz zu Krebs' politischer Vergangenheit stand die Beteiligung vieler anderer Frankfurter Stadtverordneter am NS-Regime bislang nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Damit stellen sich die folgenden Fragen: Wie hoch war der Anteil Frankfurter Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit einer nationalsozialistischen Belastung in den ersten Wahlperioden (1945-1956) der Nachkriegszeit? Und wie hatte sich die Mehrheit der für diesen Zeitraum nachgewiesenen Bürgerratsmitglieder und Stadtverordneten während des Regimes verhalten?

## 1. Archive und Quellenkorpora: Bestandsaufnahme

### 1.1 Erste Ergebnisse

Im Zuge der nach 1945 von den alliierten Siegermächten angestrebten politischen Säuberung, die sich in Gestalt der sogenannten Entnazifizierung vollzog, war jeder volljährige deutsche Bürger nach 1945 verpflichtet, einen Meldebogen einzureichen. Der Ort der Abgabe richtete sich in der Regel nach dem unmittelbaren Wohnort in den 1940er Jahren. Die im Meldebogen gemachten Angaben entschieden über die weitere Vorgehensweise der Spruchkammer.<sup>13</sup> Angaben zu Parteimitgliedschaften, Gliederungen der NSDAP sowie angeschlossenen Organisationen, den wirtschaftlichen Verhältnissen während des NS-Regimes und Wehrmachtseinsätzen wurden von einer Selbsteinschätzung am Ende des Fragebogens abgerundet. Sogenannte Nichtbetroffenen-Bescheide bescheinigten, dass das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus keine Anwendung fand. Ein Verfahren blieb somit aus.

Bei begründeten Zweifeln eröffnete der öffentliche Kläger nach Prüfung der Angaben im Meldebogen ein Verfahren. Zum Teil wurde dieses aber auch durch belastende Zeugenaussagen initiiert. Die Klage richtete sich zunächst nach rein formalen Kriterien, während im weiteren Verlauf des Verfahrens auch belastende Aussagen hinzugezogen wurden.<sup>14</sup> Oftmals bewirkten Entlastungszeugen eine Abschwächung des Urteils. Die Argumente weisen dabei eine hohe Redundanz auf. Eine Einstufung erfolgte in die folgenden sechs Kategorien: 1: Hauptschuldige, 2: Belastete, 3: Minderbelastete, 4: Mitläufer, 5: Entlastete, 6: nicht betroffen.<sup>15</sup>

Neben den Akten, die im Zuge der alliierten Entnazifizierungspraxis entstanden, wurden auch die Personalakten der Abgeordneten untersucht. Die Recherchen für die erste Untersuchungsgruppe bauen also quantitativ auf einem großen Quellenkorpus auf. So konnten zu fast einem Drittel der Untersuchten Personalakten gesichtet werden. Lediglich 17 von 163 Personen war keine Entnazifizierungsakte im Hessischen Hauptstaatsarchiv zuzuordnen. Dies entspricht einem geringen Anteil von ca. 10 Prozent.<sup>16</sup>

Für die unmittelbar nach 1945 bestehenden Mandate wurden bereits durch die Recherchen in hessischen Kommunal- und Landesarchiven mehr als zehn NSDAP-Mitgliedschaften festgestellt. In einzelnen, meist prominenten Fällen waren NS-Beteiligungen durch vorherige

---

<sup>13</sup> Dazu auch die bereits angeführte Online-Bestandsauskunft des Hessischen Hauptstaatsarchivs. Mit „volljährig“ ist hierbei das Alter von 18 Jahren gemeint.

<sup>14</sup> Vgl. Tüffers, Der Braune Magistrat, S. 102.

<sup>15</sup> S. dazu Tüffers, Der Braune Magistrat, S. 102; s. auch Wolf-Arno Kropat, Entnazifizierung. Mitbestimmung. Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947-1950, Wiesbaden 2004, S. 226 f.

<sup>16</sup> Vereinzelt konnte bei weiteren Untersuchten eine Karteikarte, jedoch (noch) keine Akte gefunden werden. Dies betraf allerdings nur sehr wenige Personen.

Studien und Forschungsbeiträge bereits bekannt. Weitere Nachforschungen im Bundesarchiv Berlin zeigten zusätzliche Mitgliedschaften, ergänzten oder führten in Einzelfällen zu einer neuen Einstufung der zuvor ermittelten ehemaligen Anhänger der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Die meisten der 18 bislang ermittelten, ausschließlich männlichen Mandatsträger im Frankfurter Stadtparlament sind der NSDAP bereits kurz nach der Machtübertragung auf Adolf Hitler im Januar 1933 oder zum nächstmöglichen Aufnahmezeitpunkt am 1. Mai 1937 beigetreten. Zwei Stadtverordnete traten nach etwas mehr als einem Jahr nachweislich wieder aus der NSDAP aus. Drei der Personen gaben hingegen einen Beitritt vor 1933 an, konkret in den Jahren 1929 bis 1932, und galten somit als sogenannte „Alte Kämpfer“ bzw. „Alte Parteigenossen“ der NSDAP – ein Indiz für ideologische Nähe.<sup>17</sup>

Die Mehrheit der (formal) belasteten Politiker trat in den 1950er Jahren ihr Mandat im Frankfurter Stadtparlament an. Dies betrifft insbesondere die dritte Wahlperiode (1952-1956), in der ein starker Anstieg an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern festzustellen ist. Bei zwei Stadtverordneten konnten bislang Mitgliedschaften in der Schutzstaffel (SS) festgestellt werden, wobei einer der beiden als V-Mann im Sicherheitsdienst tätig war. Im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren gab es zudem bei einem Bürgerratsmitglied sowie einem Stadtverordneten Hinweise auf fördernde SS-Mitgliedschaften. Mitglied- und Anwartschaften in der Sturmabteilung (SA) wurden auch unabhängig von einer Parteizugehörigkeit identifiziert; meist fallen diese in die ersten Jahre des NS-Regimes.

Den Angaben der eingangs erwähnten Meldebögen zufolge fiel die Mehrheit der Stadtverordneten nicht unter das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Nach bisherigen Erkenntnissen handelt es sich im Hinblick auf die Gesamtzahl der Untersuchungsgruppe I um mindestens 73 Prozent. Die schwerwiegendste bislang feststellbare abschließende Verurteilung innerhalb des gleichen Personenkreises stellte die Einstufung in Kategorie 4 (Mitläufer) dar. Die bloße Feststellung des Spruchkammerurteils ist jedoch für sich allein betrachtet nicht aussagekräftig, da im Gegensatz zur strengen Praxis direkt nach dem Krieg in den 1950er Jahren auch schwer belastete Personen mit einem milden Urteil rechnen konnten.<sup>18</sup> Das Spruchkammerurteil „Mitläufer“ wurde zum Teil nach Berufungsverfahren oder dem Ablauf von Bewährungsfristen erreicht und schränkte die

---

<sup>17</sup> Zu den Termini „Alte Kämpfer“ und „Alte Parteigenossen“ s. Wolfgang Benz, Mitläufer und Hauptschuldige. Facetten des politischen Engagements im NS-Staat, in: Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter, S. 65-73, hier S. 65. Ausführlich zu den frühen Parteimitgliedschaften und der Frage, wie man Parteimitglied wurde, siehe auch Abschnitt 2.1 im zweiten Teil des Berichtes.

<sup>18</sup> Zu den Entnazifizierungspraktiken s. Angelika Königseder, Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 151-167, hier S. 167.

Verurteilten weitaus weniger ein als die ersten drei Kategorien (1: Hauptschuldige, 2: Belastete, 3: Minderbelastete).

Die Verfahren erfolgten aus unterschiedlichen Gründen: aufgrund von Mitgliedschaften und Ämtern in parteinahen Gliederungen wie beispielsweise dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, ferner wegen NSDAP-Mitgliedschaften, parteinahem Verhalten und Opportunismus sowie antisemitischen bzw. ideologischen Motivlagen. Das Verfahren gegen eine weibliche Stadtverordnete war aufgrund von Beschuldigungen mehrerer, ehemals „rassisch“ verfolgter Gefängnisinsassinnen eingeleitet worden. Sie warfen der früheren Aufseherin antisemitisches und gewalttätiges Verhalten vor und zweifelten vereinzelt an, dass eine solche Vergangenheit für ein Stadtverordnetenmandat tragbar sei. Die Kandidatur wurde zum Ausgangspunkt einer justiziellen Aufarbeitung.

Ein Stadtverordneter sowie ein Bürgerratsmitglied standen im Verdacht, als Gestapo-V-Männer agiert zu haben. Beide waren politisch verfolgt worden und sahen sich in der Nachkriegszeit Vorwürfen ehemaliger Frankfurter Gestapo-Beamter ausgesetzt, mit dem Behördenapparat kooperiert zu haben.

Bei der Betrachtung einer nationalsozialistischen Vergangenheit ist auch der große Anteil an Verfolgten unter den Stadtverordneten zu beachten. Obwohl zu betonen ist, dass ein Entschädigungsantrag, wie er im Zuge des Bundesgesetzes zur Entschädigung der nationalsozialistischen Verfolgung gestellt werden konnte, nicht per se eine Verfolgung bedeuten musste, ist ein hoher Anteil an Politikerinnen und Politikern erkennbar, die einen solchen Antrag stellten. Ein nicht unerheblicher Bestand an Häftlingsakten im Hessischen Hauptstaatsarchiv stützt den Eindruck einer großen Anzahl von politisch Verfolgten unter den Frankfurter Stadtverordneten. Diese Akten werden in Tabelle III A (Aktenbestände) berücksichtigt. Die politischen und – zumindest innerhalb dieser Untersuchungsgruppe – in wenigen Fällen auch „rassischen“ Verfolgungen erfassen auch Personen, die in Konzentrationslager – darunter Buchenwald, Dachau und Theresienstadt (eine Person) – deportiert worden waren.

Die Akten geben weiterhin Aufschlüsse zu den geleisteten Kriegseinsätzen, was später für die Berechnung von Versorgungsbezügen eine wichtige Rolle spielte. Für den älteren Personenkreis, der ausschließlich dem Bürgerrat angehörte und in den ersten drei Wahlperioden ein Mandat innehatte (sowie drei Bürgerratsmitglieder und einen Stadtverordneten mit einer darüber hinausgehenden Amtszeit), konnten einige Zurückstellungen vom Militärdienst festgestellt werden. Bei mindestens 55 Politikern wiederum wurden Angaben zum Soldatendienst oder weiteren militärischen Funktionen dokumentiert. Neben einem Stadtverordneten, der bereits ab 1934 in der Reichswehr eine

berufliche Funktion ausübte, sind drei Stadtverordnete zu erwähnen, die einem Verfahren der Wehrgerichtsbarkeit ausgesetzt waren.

## 1.2 Zugang und Voraussetzungen

Um die Rolle sämtlicher, in beiden Untersuchungsgruppen beleuchteten Personen im NS-Regime überprüfen zu können, war es zunächst notwendig, systematisch deren biografische Daten zu erfassen. Eine wichtige Grundlage bot dafür Bettina Tüffers' Monografie *Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz* mit einem tabellarischen Anhang zu den Stadtverordneten und ihrer Parteizugehörigkeit. Da die Handbücher der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt am Main erst von 1972 an publiziert wurden, existiert für den untersuchten Zeitraum keine Darstellung der Kandidaten mit Geburts- und biografischen Eckdaten.<sup>19</sup>

Im Gegensatz zu vielen anderen hessischen Spruchkammern sind die Frankfurter Akten noch nicht im Archivportal des Hessischen Hauptstaatsarchivs (Arcinsys) verzeichnet. Somit konnte eine Vielzahl an Akten zunächst weder recherchiert, noch eingesehen werden. Infolge eines positiv beschiedenen Schutzfristenverkürzungsantrags und mit Genehmigung des Hessischen Hauptstaatsarchivs war es den Verfassern dieses Projektberichts jedoch gestattet, im Magazin zu recherchieren sowie Akten selbstständig auszuheben.

Zunächst war es notwendig, die Geburtsdaten mithilfe der S2-Akten (Sammlungsgeschichten) und der Magistratsakten sowie durch Literaturrecherchen zu ermitteln. Infolge von Doppelmandaten im Landtag und in Kommunalparlamenten werden einzelne Politiker und Politikerinnen in Handbüchern zum Hessischen Landtag oder Informationsportalen biografisch erfasst. Bezüglich des beruflichen Spektrums der Stadtverordneten, unter denen sich hauptamtliche Politikerinnen und Politiker befanden, zu denen aber auch Schlosser, Bäckermeister und Schuhmacher gehörten, weist der Forschungskorpus starke Unterschiede auf.

Nicht zu jedem Stadtverordneten sind S2-Akten vorhanden, die in der Regel nach 1945 erschienene Zeitungsartikel enthalten. Wahllisten, die in den ersten Wahlperioden die Angabe eines Berufs sowie die Anschrift beinhalteten, fungierten als Hilfsinstrument für weitere Nachforschungen. Dies bezieht sich zum Beispiel auf die Lokalisierung von Frankfurter Spruchkammerakten. Hierzu wurden Beruf und Adresse der Wahllisten mit den Angaben der Meldebögen verglichen. Sofern diese übereinstimmten, wurde die Recherche fortgesetzt. Dies stellte bei mehreren Personen die einzige Möglichkeit dar, Informationen zu

---

<sup>19</sup> S. dazu Kathrin Susann Becher, Mandatsniederlegungen auf kommunaler Ebene. Untersuchung von Austrittsursachen am Beispiel der Stadtparlamente Leipzig und Frankfurt/Main, Wiesbaden 1997, S. 68.

Geburtsdaten zu erhalten, die wiederum für die weitere Sichtung von Akten unabdinglich waren. Davon betroffen waren insbesondere Mitglieder des Bürgerrats, deren Wirken zum Teil schwer nachvollzogen werden konnte. Magistratsakten erwiesen sich zudem bei der Recherche von Lebensdaten als hilfreich.<sup>20</sup> Oberbürgermeister Walter Kolb versandte beispielsweise Geburtstagsgrüße, anhand derer für einige Stadtverordnete Geburtsdaten ermittelt werden konnten.<sup>21</sup>

Insgesamt waren die Nachforschungen sehr zeitintensiv. Dies korreliert mit einem Erfahrungsbericht Hubert Kleins, der über einen Zeitraum von neun Monaten eine Studie zu der NS-Vergangenheit von Politikerinnen und Politikern im Landkreis Marburg-Biedenkopf anfertigte. Klein betont die zeitliche Intensität der Recherche der Basisdaten und die damit verbundenen Schwierigkeiten für die weiteren Forschungen.<sup>22</sup>

Die bereits erwähnten Schutzfristenverkürzungsanträge waren in vielen Fällen notwendig, um die für diesen Projektbericht relevanten Daten für den vertraulichen Gebrauch erheben zu können. In Anbetracht der Sensibilität der Daten sind daher vor etwaigen künftigen Publikationsvorhaben stets die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der genannten Archive zu kontaktieren.

Eine Übersicht zu den Basisdaten der ehemaligen Stadtverordneten konnte zunächst nicht ermittelt werden. Dies bestätigte eine im Dezember 2019 gestellte Anfrage an das Büro der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zu deren Verfügbarkeit. Dank der freundlichen Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros der Stadtverordnetenversammlung konnte eine Liste mit den angeforderten Daten erstellt werden. Diese tabellarische Auflistung ist ein wichtiges Kontrollinstrument. In den ersten drei Wahlperioden konnte lediglich zu einem Stadtverordneten kein Geburtsdatum ermittelt werden. Auch Recherchen in den Aktenbeständen des Instituts für Stadtgeschichte, des Hessischen Hauptstaatsarchivs sowie des Bundesarchivs in Berlin verliefen diesbezüglich ergebnislos.

Neben dem detaillierten Nachweis aktiver Mitgliedschaften in NS-Organisationen förderte die Sichtung der Akten für viele männliche Stadtverordnete auch die Angaben über ihre Zeit als Soldaten in der Wehrmacht zutage. Die vorliegende Analyse berücksichtigt diese Angaben

---

<sup>20</sup> Die Recherchewege werden bei den betroffenen Personen, die dem Bürgerrat angehörten und deren Basisdaten schwer zu ermitteln waren, in einer für diesen Projektbericht erstellten Datensammlung unter dem Stichwort „Bemerkungen“ detailliert beschrieben. Die Magistratsakten befinden sich hier: Institut für Stadtgeschichte (ISG), Magistratsakten Bürgerrat, 4.309/4.310. Hierin befinden sich auch die Adresslisten der Bürgerratsmitglieder.

<sup>21</sup> ISG, Magistratsakten, 4.325-4.327.

<sup>22</sup> Hubert Klein, Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Frankfurt am Main 2014, S. 2.

und beleuchtet darüber hinaus in biografischen Fallbeispielen das Spektrum einer NS-Beteiligung und die hiermit zum Teil verbundenen Grauzonen.

Für diesen Projektbericht war es unabdingbar, ebenso die bewusste Abkehr vom Nationalsozialismus sowie die Leiderfahrungen ehemals Verfolgter zu erfassen. Hierzu zählte in einigen Fällen die 1933 erfolgte Entlassung aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bzw. der „politischen Unzuverlässigkeit“, die nicht nur wirtschaftliche und berufliche Schädigungen zur Folge hatte, sondern die Betroffenen in vielen Fällen auch politisch diskreditierte. Das im April 1933 verabschiedete Gesetz fungierte als Gleichschaltungsinstrument und wird im Kontext der Untersuchungsgruppe II näher erläutert.

Auch wurde untersucht, in welcher Form sich die betreffenden Personen am politischen Leben der Nachkriegszeit in Frankfurt beteiligten. Dazu wurde zusätzlich zur Recherche in den oben genannten Archiven bereits vorhandene Forschungsliteratur gesichtet und ausgewertet.

### 1.3 Forschungsstand

Bettina Tüffers' Monografie *Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz* zeigt detailliert die personelle Fluktuation in der Frankfurter Kommunalpolitik bis 1989. Hierbei beleuchtet die Autorin vereinzelt personelle Kontinuitäten und geht punktuell auf Entnazifizierungsbestrebungen der Stadtverordneten ein. Hinweise zu Verfolgten des Regimes wie Emil Carlebach oder Martin Kirsch sowie die Andeutung politischer Konflikte in den 1950er Jahren anlässlich belasteter Rückkehrer bieten wertvolle Anhaltspunkte für weitere Recherchen.<sup>23</sup> Tüffers' älteres Werk *Der Braune Magistrat* wurde ebenfalls hinzugezogen, um personelle Kontinuitäten über das Ende des nationalsozialistischen Regimes hinaus zu erfassen. Die Untersuchung behandelt unter anderem die Rückkehr von zwei Nationalsozialisten in die Parlamente der Nachkriegszeit: So erhielten der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs und Karl Bischoff, ein Bau- und Zimmerermeister, der in den Jahren 1935 bis 1945 als Ratsherr fungiert hatte, als Kandidaten der Deutschen Partei Stadtverordnetenmandate.<sup>24</sup> In der Deutschen Partei sammelten sich ehemals Deutschnationale, aber auch Nationalsozialisten; zu ihrer inhaltlichen Programmatik zählte es, die Entnazifizierung abzulehnen. Tüffers entwirft in ihrer Monografie ein detailliertes Sozialprofil der Ratsherren im „Dritten Reich“. Zu Beginn seien

---

<sup>23</sup> Vgl. Tüffers, *Römerkoalition*, S. 46, S. 82-87.

<sup>24</sup> Tüffers, *Der Braune Magistrat*, S. 111 f. Tüffers erwähnt auch Karl König, der aber lediglich kandidierte, im Untersuchungszeitraum kein Mandat erhielt und somit im Rahmen dieses Projektberichts nicht berücksichtigt wird. S. Tüffers, *Römerkoalition*, S. 83 f.

explizit die sogenannten „Alten Kämpfer“, also frühe Mitglieder der NSDAP, als Ratsherren erwünscht gewesen, vorherige Mitgliedschaften in Parteien wie der Deutschen Demokratischen Partei, der Zentrums Partei, der SPD und KPD oder auch Freilogen seien hingegen absolut hinderlich gewesen.<sup>25</sup> Die Mitglieder des Gremiums seien, so Tüffers an anderer Stelle, „durchweg überzeugte Nationalsozialisten“ gewesen.<sup>26</sup> Auch verweist Tüffers' Darstellung der Entnazifizierungsverfahren von ehemaligen Frankfurter Ratsherren bereits auf die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit.

Insgesamt muss jedoch konstatiert werden, dass beiden Werken biografische Informationen zu den jeweiligen Stadtverordneten nur vereinzelt zu entnehmen sind. Dies ist auch für Karl Maly's Untersuchung der Stadtverordneten (*Das Regiment der Parteien*) bis 1933 festzustellen.<sup>27</sup>

Während *Der Braune Magistrat* insbesondere für die Ermittlung ehemaliger Nationalsozialisten relevant ist, offenbart Maly's Publikation, dass einige der nach 1945 amtierenden Stadtverordneten bereits vor 1933 in demokratischen Parteien aktiv und somit an der Frankfurter Stadtpolitik beteiligt waren. Sehr detailliert ist dies auch Michael Bermejos Studie zu den *Opfern der Diktatur* zu entnehmen, die anhand ausgewählter Fallbeispiele biografische Skizzen vertriebener Stadtverordneter und Magistratsmitglieder nachzeichnet.<sup>28</sup> In Anbetracht der großen Anzahl von Stadtverordneten, die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und ihrer „politischen Unzuverlässigkeit“ entlassen worden waren, ist es von Bedeutung, die Wiedereingliederung der aus politischen Gründen Geschädigten zu untersuchen.

Hinweise auf politische Verfolgung sowie Widerstand gegen das NS-Regime bieten unter anderem die Forschungen von Barbara Bromberger.<sup>29</sup> So enthält ihre Studie *Nieder mit Hitler!* Listen der Frankfurter Arbeiterbewegung, aus deren Reihen auch spätere Stadtverordnete hervorgingen. Der paratextuelle Verweis *Nieder mit Hitler!* erinnert beispielsweise an Anna Beyers berühmte Kofferaktionen, die eine besondere Form des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime darstellten. Auch wenn differenziert betrachtet werden muss, ob im Einzelfall tatsächlich der Begriff Widerstand angemessen ist, deuten bereits einzelne Protestaktionen Oppositionen zum Regime an. Von Interesse sind

---

<sup>25</sup> Dies., *Der Braune Magistrat*, S. 62. Die einzelnen Aspekte des umfangreichen Sozialprofils aufzuzählen, das unter anderem Parameter wie Alter, Beruf und Konfession erläutert, würde an dieser Stelle zu weit führen.

<sup>26</sup> Tüffers, *Römerkoalition*, S. 83.

<sup>27</sup> Karl Maly, *Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung*, Bd. 2: *Das Regiment der Parteien 1901-1933*, Frankfurt am Main 1995.

<sup>28</sup> Michael Bermejo, *Die Opfer der Diktatur. Frankfurter Stadtverordnete und Magistratsmitglieder als Verfolgte des NS-Staates*, Frankfurt am Main 2006.

<sup>29</sup> Barbara Bromberger, *Nieder mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945*. 2. überarb. Aufl., Frankfurt am Main 2004; dies., *Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945*, Frankfurt am Main 1976.

hierbei insbesondere die Angaben zu Haftstrafen, die oftmals wegen der sogenannten „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhängt wurden. Die hieraus ablesbaren Angaben korrelieren in vielen Fällen mit Aktenbeständen des Hessischen Hauptstaatsarchivs.

Jochen Lengemanns biografisches Handbuch zum Hessen-Parlament in den Jahren 1946 bis 1986 behandelt einzelne Stadtverordnete des Nachkriegsparlaments, die sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene politische Tätigkeiten ausübten. Da die biografischen Einträge in erster Linie auf eigenen Angaben der Politikerinnen und Politiker beruhen, sind sie insbesondere hinsichtlich des beruflichen Werdegangs und einschlägiger politischer Mitgliedschaften zu beachten und in Bezug auf eine belastete Vergangenheit kritisch zu lesen.<sup>30</sup>

Wolfgang Klötzers Frankfurter Personenlexikon beinhaltet vor allem die Werdegänge berühmter Frankfurter Persönlichkeiten.<sup>31</sup> Sehr hilfreich bei der Recherche biografischer Informationen ist auch Joachim Rotbergs Darstellung der Anfänge der CDU in Frankfurt am Main. Rotberg fügt einigen der von ihm behandelten Personen eine Kurzbiografie bei.<sup>32</sup> Die Monografie stellt ebenso wie weitere parteibasierte Publikationen eine Möglichkeit dar, biografische Informationen zu ermitteln. Beispielhaft kann hier die sehr umfangreiche Chronik der SPD in Hessen genannt werden, die zwar keine detaillierten Basisdaten enthält, jedoch hinsichtlich politischer Zusammenkünfte von Politikerinnen und Politikern bei weiteren Forschungen ausgewertet werden kann.<sup>33</sup>

Im Fokus bisheriger Arbeiten zu den Frankfurter Stadtverordneten standen dezidiert auch Frauen. Elke Schüller hat den Weg Frankfurter Politikerinnen untersucht und diese biografisch skizziert. Ihre Publikationen basieren zum Teil auf Interviews mit den untersuchten Frauen sowie weiteren Zeitzeugen.<sup>34</sup> Sie bieten einen ersten biografischen Überblick und dienen auch als Quelle – insbesondere bei denjenigen Politikerinnen, die ihre politische Laufbahn nicht öffentlich in Publikationen dargestellt haben. Die genannten biografischen Nachschlagewerke erwiesen sich vor allem bei Personen als hilfreich, denen keine Personal- und/oder Entschädigungsakten zugeordnet werden konnten und wurden aus diesem Grund in der Datensammlung berücksichtigt.

---

<sup>30</sup> Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.-11. Wahlperiode), hrsg. vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Frankfurt am Main 1986.

<sup>31</sup> Wolfgang Klötzer (Hrsg.), Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon, 2 Bde, Frankfurt am Main 1994 u. 1996.

<sup>32</sup> Joachim Rotberg, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main 1945-1946, Frankfurt am Main 1999.

<sup>33</sup> Gerhard Baier, SPD Hessen. Chronik 1945 bis 1988, Bonn 1989.

<sup>34</sup> Elke Schüller, „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945-1956, Königstein 2005; dies., „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945-1956. Ein biographisches Handbuch, Bd. 1: Kreisfreie Städte, Königstein/Taunus 1995.

Ebenso wurde Albrecht Kirschners Studie zu den hessischen Landtagsabgeordneten für die Datenauswertung herangezogen.

#### **1.4 Personalakten (Institut für Stadtgeschichte und Hessisches Hauptstaatsarchiv)**

Personalakten sind für die Recherche biografischer Daten wertvolle Quellenbestände. Personalbögen und Lebensläufe tragen dazu bei, die Karriere eines Stadtverordneten gründlich zu erfassen. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass diese in der Regel auf eigenen Angaben beruhen und somit insbesondere hinsichtlich politischer Belastungen kritisch zu lesen sind. Zum Teil variieren Angaben auch innerhalb einer Akte. Um neben der subjektiven Wahrnehmung weitere Anhaltspunkte berücksichtigen zu können, wurden auch die Spruchkammerbescheide ausgewertet, die sich als Kopien in einem Großteil der gesichteten Personalakten befinden. Sie haben sich als wertvolle Informationsquellen erwiesen.

Die Personalakten unterscheiden sich in ihrem Umfang insbesondere hinsichtlich ihrer Aussagekraft für die frühere berufliche und/oder politische Einordnung. Zum Teil sind darin lediglich Unterlagen aus den Jahren vor 1933 enthalten. Andere Akten enthalten Angaben erst für die Zeit ab 1945. Besonders aussagekräftig sind Personalakten, die Dokumente aus der NS-Zeit selbst aufweisen. Korrespondenzen mit NS-Organisationen und -Akteuren, in denen bereits zur Zeit des Regimes eine Mitgliedschaft verneint wurde, lassen später getätigte, ähnliche Aussagen glaubhafter erscheinen.

Insbesondere die Fragebögen zu Mitgliedschaften in demokratischen Parteien und die oftmals daraus resultierenden Entlassungen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums dokumentieren die frühere Gegnerschaft zum Regime. Die wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse, die anhand der Personalakten recherchiert werden können, geben Hinweise darauf, ob und wie Stadtverordnete von den politischen Verhältnissen profitierten oder auch finanziell und existenziell unter ihnen litten. Arbeitslosigkeit kann hierbei zwar nicht in allen Fällen als Beleg für eine Verfolgung verstanden werden, aber sie wurde oft glaubhaft als deren Auswirkung angeführt.

Angaben zu beruflichen und privaten Stationen sowie politischen Aktivitäten ergeben sich explizit aus den bereits angeführten Personalakten, zum Teil – aber oftmals auch nicht – über darin enthaltene politische Fragebögen sowie persönliche Angaben in den Betriebsfragebögen oder auch Lebensläufen. Meist sind auch Aufforderungen zur Einreichung des Spruchkammerbescheids vorzufinden, die dokumentieren, dass die Stadt Frankfurt die Unterlagen zur politischen Überprüfung bei Einstellungen heranzog.

Die in den Fragebögen getroffenen Aussagen beziehen sich nicht nur auf Parteimitgliedschaften, sondern erfassen auch die Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP. Dazu gehören ebenfalls Mitgliedschaften in berufsständischen Organisationen. Die Fragebögen der amerikanischen Militärregierung waren äußerst umfangreich und fragten gezielt nach Mitgliedschaften, dem politischen Verhalten vor der NS-Zeit, Militäreinsätzen sowie wirtschaftlichen Verhältnissen und Aufenthaltsorten im Ausland.

Die Angaben zu den Militärdiensten variieren. So wird oftmals der Zeitraum des Wehrmachtseinsatzes angegeben, jedoch nicht immer der Einsatzort. Die Angaben zu den Militäreinsätzen wurden zum Teil erfragt und waren für die Ermittlung von Versorgungsbezügen bedeutsam. Zum Teil gehen die Aufenthaltsorte aus der Angabe einer Kriegsgefangenschaft oder der Beschreibung erlittener Kriegsverletzungen hervor.

Personalakten im Hessischen Hauptstaatsarchiv konnten bislang vor allem zu Juristen ermittelt werden. In Anbetracht der Subjektivität der in Personalbögen und Lebensläufen enthaltenen Aussagen und eines großen Personenkreises, dem keine Personalakten zugeordnet sind, erschien es notwendig, ergänzend weitere Quellenkorpora in Betracht zu ziehen, um ein möglichst genaues und differenziertes Bild der politischen Vergangenheit der Stadtverordneten zeichnen zu können.

### **1.5 Entschädigung und Entnazifizierung (Hessisches Hauptstaatsarchiv)**

Ein großer Teil der in den ersten drei Legislaturperioden aktiven Stadtverordneten stellte einen Entschädigungsantrag. In Anbetracht des schwierigen Zugangs zu den Frankfurter Spruchkammerakten bilden die Entschädigungsakten (Abt. 518) vor allem bei Personen, zu denen keine Personalakte auffindbar war, eine ergänzende Grundlage, um die NS-Aktivitäten zu überprüfen. Die Entschädigungsakten des Hessischen Hauptstaatsarchivs sind dabei in mehrfacher Hinsicht interessant. Die Überprüfung der Anträge führte zur Auflistung genauer biografischer Angaben, darunter auch von Spruchkammerbescheiden. Zum Teil enthalten die Lebensläufe Hinweise auf politische Aktivitäten.

Eine Entschädigungsakte kann nicht per se als „Beweis“ für eine Verfolgung betrachtet werden, ist aber hinsichtlich der Selbstwahrnehmung der Antragsteller dennoch interessant. Die Art der Entschädigung differierte dabei. Während in einem Großteil der gesichteten Akten aufgrund politischer Inhaftierungen um eine Entschädigung nachgesucht wurde, wurden insbesondere auch wirtschaftliche Schäden angeführt, die infolge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums oder weiterer Entlassungen entstanden waren. Nur in wenigen Fällen ist ein Antrag aufgrund „rassischer“ Verfolgung bekannt.

Hinweise zur politischen Vergangenheit der Stadtverordneten können aus unterschiedlichen Quellenkorpora generiert werden. So wurden zwei Stadtverordnete der ersten Wahlperioden im Zuge sogenannter politischer Überprüfungen von Geschäftsführungen erwähnt.<sup>35</sup>

Ebenfalls potenziell bedeutsam sind die 650-Akten des Hessischen Hauptstaatsarchivs, die die Vergabe von Verdienstorden in den 1950er und 1960er Jahren dokumentieren. Diese enthalten oftmals Spruchkammerbescheide sowie Vermerke, diese zu überprüfen. Die hierzu geführten Korrespondenzen unterstreichen den hohen Stellenwert einer „politisch sauberen“ Vergangenheit in der Öffentlichkeit. Bedenken bezüglich einer aktiven Beteiligung am Nationalsozialismus bedeuteten aber nicht zwangsläufig, dass keine Auszeichnung stattfand.

Wie bereits im Unterkapitel „Zugang und Voraussetzungen“ ausgeführt, stellte nicht nur die Sichtung, sondern auch die Aushebung der Akten ein besonderes Verfahren dar. Unzählige Karteikarten mit Angaben zu Namen, Geburtsdaten und Adressen dokumentieren das Ausmaß der justiziellen Aufarbeitung. Während die Meldebögen insbesondere dazu dienten, die Selbstwahrnehmung der Mandatsträger sowie ihre Lebensverhältnisse besser nachvollziehen zu können, trugen die Verfahren unter der kritischen Berücksichtigung von Zeugenaussagen dazu bei, einen umfassenderen Eindruck der Person zu gewinnen. Die Auswahl von Entlastungszeugen, wie sie zum Beispiel in Friedrich Krebs' umfangreichem Entnazifizierungsverfahren festzustellen waren, erlaubt auch Aufschlüsse über Netzwerke sowie den öffentlichen Einfluss seiner Person nach 1945.<sup>36</sup> Beweismaterialien dienen als Quellendokumente und gewähren somit detaillierte Einblicke in das Wirken der untersuchten Personen.

Der Prozess kann dabei als duales Konstrukt betrachtet werden: Inwiefern veränderten sich Aussagen im Laufe des Verfahrens und welchen Aufschluss geben sie über NS-Aktivitäten? Als persönliche Dokumente sind die Meldebögen und Entnazifizierungsverfahren unverzichtbare Quellen.

Inwiefern Mandatsträger politisch belastet waren, stellte eine der bedeutendsten Fragen der Nachkriegszeit dar. Die justizielle Aufarbeitung von nationalsozialistischen Verbrechen entwickelte sich in der amerikanischen Besatzungszone zu einem langwierigen Prozess. Die Gründung des Frankfurter Bürgerrats 1945 stellte einen der ersten Versuche einer politischen Neuordnung dar. Am Beispiel des Bürgerrats wird im folgenden Kapitel auf die Entnazifizierungsbestrebungen nach 1945 eingegangen.

---

<sup>35</sup> HHStAW, 507, 12052, Politische Überprüfung der Geschäftsführung sow. Bd. 20: Konsumgenossenschaftlicher Landesverein für Gross-Hessen e.V. Frankfurt; HHStAW, 507, 12002, Politische Überprüfung der Geschäftsführung sow....: [sic!] Bd. 29: Vereinigte Hessische Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke Wiesbaden.

<sup>36</sup> HHStAW, 520/11, 10818/1-5 (Friedrich Krebs). Die Akten enthalten zahlreiche entlastende Aussagen.

## 2. Personelle Kontinuitäten

### 2.1 Politischer Neuaufbau und die Zusammensetzung des Bürgerrats

Der von der amerikanischen Militärregierung eingesetzte Bürgerrat sollte als provisorisches Regierungsinstrument ein breites politisches Spektrum demokratischer Kräfte repräsentieren. Dies verlief nicht spannungsfrei und führte zu Kontroversen.<sup>37</sup> Die Mitglieder des Rats werden im Anhang aufgeführt (Tabelle I A).

Magistratsakten des Instituts für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main demonstrieren, dass die politische Vergangenheit der Mitglieder anhand politischer Fragebögen der amerikanischen Militärverwaltung sowie schriftlicher Versicherungen, kein Mitglied der NSDAP gewesen zu sein, von den Besatzungsbehörden überprüft wurde. Die in den Akten vereinzelt enthaltenen Fragebögen spiegeln nicht nur die persönlichen Angaben über Mitgliedschaften sowie berufliche und politische Aktivitäten vor und während der NS-Zeit wider, sondern sind darüber hinaus für eine Bestandserfassung derjenigen Politikerinnen und Politiker hilfreich, deren Wirken anderweitig schwer recherchierbar ist.

In Anbetracht der sorgfältigen Prüfung durch die Militärbehörden sowie der Einsetzung eines ausgewählten Personenkreises liegt die Vermutung zunächst nahe, dass sich unter den Bürgerratsmitgliedern lediglich Personen befanden, denen keine aktive Beteiligung am NS-Regime nachgewiesen werden konnte. So gehörten dem Bürgerrat unter anderem Frauen und Männer an, die unter dem NS-Regime offensichtlich leidvolle Erfahrungen gemacht hatten. Beispielhaft zu erwähnen sind hierbei Emil Carlebach und Else Epstein: Sie kehrten aus Konzentrationslagern zurück. Die Widerstandskämpferin Anna Beyer musste Mitte der 1930er Jahre fliehen und lebte im Exil.

Ein von Oskar Müller, dem zu NS-Zeiten mehrfach inhaftierten späteren hessischen Minister für Arbeit und Wohlfahrt, initiiertes Entwurf für eine Geschäftsordnung des Frankfurter Bürgerrats setzte gleich in seinem ersten Punkt eine klare Direktive zur Abkehr vom NS-Regime:

„1. Mitglieder des Bürgerrats dürfen nur solche Bürger sein, die weder Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen noch Förderer, Gönner oder Nutzniesser des Hitlerregimes und seiner Kriegspolitik waren. In Zweifelsfällen ist auf Beschluss des Bürgerrates eine 5-köpfige Prüfungskommission zu wählen, deren Untersuchungsergebnis und Stellungnahme nach Beschluss des Bürgerrates der einberufenden Stelle zu unterbreiten ist.“<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Vgl. Tüffers, Römerkoalition, S. 34 ff.

<sup>38</sup> ISG, Magistratsakte, 4.310, Entwurf, Geschäfts-Ordnung für den Bürgerrat der Stadt Frankfurt/M, Bl. 7.

Auch wenn der Paragraf letztlich nicht in der finalen Geschäftsordnung des Bürgerrats verankert wurde, spiegelt er den Geist der Entnazifizierungspolitik wider, der an mehreren Stellen bei der Einsetzung des Bürgerrats wirksam gewesen ist. Die vorliegenden Akten zu verschiedenen Personen geben das zu erkennen. So versicherte der Vorsitzende des Bürgerrats, Adolf Leweke, kein Mitglied der NSDAP gewesen zu sein und an anderer Stelle führte er mehrfach seine wirtschaftliche Schädigung durch den Nationalsozialismus an. Dabei berief er sich vor allem auf seine 1933 erfolgte Entlassung und die daraus resultierende berufliche Verschlechterung, für die er 1954 Entschädigung beantragte. Leweke wurde im Zuge seines Entschädigungsverfahrens auf etwaige Mitgliedschaften in der NSDAP oder ihrer Gliederungen überprüft. Die Prüfung führte zu keinem positiven Befund.<sup>39</sup>

Aus einer von Albrecht Kirschner vorgelegten Studie zum Wiesbadener Parlament geht jedoch hervor, dass Leweke am 23. Mai 1933 der NSDAP beitrug. Seine Mitgliedschaft wird durch den Office of Military Government for Hesse (OMGH)-Bestand 649 im Hessischen Hauptstaatsarchiv nachgewiesen, einer ca. 700.000 Einträge umfassenden Namenskartei der amerikanischen Militärregierung für Hessen, die einen Hinweis zu Adolf Leweke in einem regionalen „Party-Entrance-Book“ enthält. Der Vermerk verweist auch auf eine Mitgliedsnummer.<sup>40</sup> In einer Korrespondenz aus dem Jahr 1934 wurde Leweke in einem Fragebogen des Reichsverbands Deutscher Schriftsteller nach einer Parteimitgliedschaft und/oder Zugehörigkeit zu einer Gliederung befragt und gab diesbezüglich seine Zugehörigkeit zur SA-Reserve I zu erkennen – eine Information, die er ebenfalls nach 1945 verschwieg.<sup>41</sup>

Der Bescheid der Spruchkammer attestierte Leweke, der in seinem Meldebogen lediglich eine erzwungene Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront, einer Massenorganisation des NS, mitgeteilt hatte, nicht betroffen zu sein.<sup>42</sup> Die Betrachtung des Falls Leweke erweist sich also in mehrfacher Hinsicht als diffizil. Unklar bleibt beispielsweise, warum er in der NS-Zeit größtenteils als Hilfsarbeiter unter erheblichen Einbußen litt und trotz eines Parteibeitritts im Mai 1933 im darauffolgenden Oktober endgültig als Geschäftsführer des Bühnenvolksbunds für Hessen und Frankfurt entlassen wurde. Zudem ist zu hinterfragen, warum Leweke in dem

---

<sup>39</sup> HHStAW, 518, 3001 (Adolf Leweke), Überprüfung in Berlin Document Center, Bl. 18.

<sup>40</sup> Vgl. Kirschner, Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“. Abschlussbericht, S. 153 u. 160. S. auch HHStAW, 3038, 6, OMGUS 649, Karton 172. In diesem Zusammenhang möchte ich mich herzlich bei Herrn Dr. Albrecht Kirschner für seine ausführliche Auskunft zu Lewekes Mitgliedschaft und dem OMGH-Bestand bedanken.

<sup>41</sup> HHStAW, 3038, 6; Bundesarchiv Berlin (BArch), RK Film I 323, Fragebogen für Mitglieder, Reichsverband Deutscher Schriftsteller e.V. vom 5.2.1934, o.Bi.

<sup>42</sup> Vgl. Kirschner, Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Abschlussbericht, S. 181; s. auch HHStAW, 520/11, 150 700 (Meldebogen Adolf Leweke).

Formular vom Februar 1934 „nur“ seine Zugehörigkeit zur SA beschrieb, nicht aber die zur NSDAP. Verließ er die Partei womöglich nach kurzer Zeit wieder? Fest steht, dass die Auskünfte des Bürgerratsvorsitzenden Widersprüche aufweisen. Für weitere Studien bezüglich des späteren Stadtverordneten ist zu beachten, dass die Angabe seines Geburtsjahrs in sämtlichen Aktenbeständen zwischen 1891 und 1892 variiert.<sup>43</sup>

Die Einstufung anhand der Meldebögen wirft viele Fragen auf, zumal die Auswahl und Zusammensetzung des kommunalen Parlaments zwangsläufig auch auf Vertrauen aufbauten. Während bei Leweke frühere NS-Mitgliedschaften offensichtlich unbemerkt geblieben waren, wurde zum Beispiel dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Ludwig Jost das Vertrauen kurzzeitig entzogen. Nachdem Colonel Francis E. Sheehan, stellvertretender US-Stadtkommandant, von Josts Mitgliedschaft und Funktion als Sturmmann im NS-Krafftfahrkorps erfahren hatte, sollte dieser umgehend des Bürgerrats verwiesen werden und seinen stellvertretenden CDU-Vorsitz niederlegen. Der Politiker schied daraufhin zunächst aus dem Bürgerrat aus.<sup>44</sup> Jost galt jedoch bereits im Jahr 1946 als rehabilitiert – seine Mitgliedschaft war laut dem Bescheid in seinem Entnazifizierungsverfahren nur nomineller Natur; zugleich wurde ihm attestiert, als Mitglied der Bekennenden Kirche ein aktiver Gegner des Nationalsozialismus gewesen zu sein.<sup>45</sup>

Obwohl der Bürgerrat nur kurzzeitig existierte und einem stetigen personellen Wandel unterlag, bildete er eine wichtige Institution bei der Transformation von der NS-Diktatur zur neuen politischen Ordnung. So hebt Bettina Tüffers die positive Einschätzung von Colonel Sheehan hervor, der den Bürgerrat „als ersten Schritt hin zu einem demokratischen Regierungssystem“ eingestuft habe.<sup>46</sup> Zudem setzten mehrere Mitglieder des Bürgerrats in den kommenden Wahlperioden ihre kommunalpolitische Arbeit fort.<sup>47</sup> Nicht nur die Kriegsschäden und der städtische Neuaufbau bedeuteten eine große Herausforderung. Die in der Nachkriegszeit unmittelbar einsetzende Entnazifizierung stellte darüber hinaus einen langwierigen Prozess dar.

## 2.2 Entnazifizierung

Die Entnazifizierung der deutschen Bevölkerung, deren Umsetzung und Ausmaß in Hessen unter anderem von Armin Schuster und Wolf-Arno Kropat untersucht wurden, hat den Ruf,

---

<sup>43</sup> HHStAW, 518, 3001, Entschädigung nach dem Bundesergänzungsgesetz, Bl. 34 (Rückseite).

<sup>44</sup> HHStAW, 520/11, 9923/2 (Ludwig Jost), Schreiben vom 2.2.1946, o.BI.

<sup>45</sup> HHStAW 520/11, 9923/2 (Ludwig Jost), Spruchkammerurteil, o.BI; ISG, Magistratsakte, 4.310, Schreiben vom 28.3.1946, Bl. 226. S. zu Jost auch Rotberg, Linkskatholizismus, S. 188 f.

<sup>46</sup> Tüffers, Römerkoalition, S. 37.

<sup>47</sup> Ebd., S. 33 ff.

zunächst mit großer Härte praktiziert worden zu sein. Beide Autoren betonen den hohen Anteil entlassener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was insbesondere in der öffentlichen Verwaltung für einen starken personellen Wandel sorgte.<sup>48</sup> Während die Entnazifizierung zunächst ausschließlich in amerikanischer Hand lag, wurden zunehmend auch deutsche Entscheidungsträger in die Verfahren einbezogen. Das 1946 eingeführte Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus bildete dafür die juristische Grundlage.<sup>49</sup>

Als wichtige Instanz führt Schuster die Industrie- und Handelskammern an. Sein Verweis auf den Stadtverordneten Georg Aigner, der sich zu geeigneten Entnazifizierungspraktiken äußerte und hierzu eine grundlegende Studie vorlegte, erscheint als interessantes Beispiel der aktiven Beteiligung von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern bei der „politischen Säuberung“.<sup>50</sup> So übernahmen auch Stadtverordnete wie Paul Kirchhof, Elisabeth Wetzel, Fritz Winterling und Fritz Geißler Ämter in Spruchkammern bzw. Untersuchungsausschüssen. Ein entsprechender Hinweis auf Personalakten des Spruchkammerpersonals könnte für weiterführende Studien relevant sein.<sup>51</sup>

Die Bewertungskriterien der Entnazifizierungsverfahren wandelten sich im Laufe der Jahre. Während zunächst jede Parteimitgliedschaft bestraft werden sollte, rückten bald zunehmend ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Fokus, deren Eintrittsdatum vor 1937 lag.<sup>52</sup> Alter und Vermögen der Angeklagten wurden in das Urteil einbezogen. Im Jahr 1946 eingeführte Jugend- und Weihnachtsamnestien betrafen vor allem junge sowie in der NS-Zeit finanziell schwach situierte Menschen und entlasteten sie.<sup>53</sup> Erwiesene Belastungen führten wiederum zur Verpflichtung zu Sühneleistungen, Internierungen oder auch Berufsbeschränkungen sowie dem Verlust verschiedener Ämter.<sup>54</sup>

Nach bisherigen Erkenntnissen und unter Berücksichtigung der Personen, deren Einstufung nicht identifiziert werden konnte, wurden für die Untersuchungsgruppe I neben der bereits genannten Vielzahl an sogenannten Nichtbetroffenen in sieben Fällen Weihnachts- bzw.

---

<sup>48</sup> Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999, S. 56; Kropat, Hessische Landtagsdebatten, S. 225.

<sup>49</sup> Tüffers, Der Braune Magistrat, S. 101.

<sup>50</sup> Schuster, Entnazifizierung, S.11, 31 und 34. Schuster bezieht sich dabei unter anderem auf Aigners vorgelegte Studie. Zwar spricht er von diesem nicht explizit als Stadtverordnetem, aufgrund Aigners bekanntermaßen starker Beteiligung an den Frankfurter Entnazifizierungspraktiken sowie seiner beruflichen Eckdaten ist aber davon auszugehen, dass hier der Stadtverordnete gemeint ist. Der Titel der genannten Studie ist in der Arbeitsbibliografie aufgeführt.

<sup>51</sup> Hier handelte es sich um eine mündliche Auskunft der Archivarin Dr. Carina Schmidt vom Hessischen Hauptstaatsarchiv.

<sup>52</sup> Schuster, Entnazifizierung, S. 25.

<sup>53</sup> Kropat, Hessische Landtagsdebatten, S. 234.

<sup>54</sup> Tüffers, Der Braune Magistrat, S. 102.

Jugendamnestien erlassen, zehn Verfahren mit dem Abschlussergebnis „entlastet“ beendet sowie fünf Einstufungen in die Kategorie „Mitläufer“ vorgenommen.

Als Mitläufer eingestufte Angeklagte konnten wieder in ihre Berufe zurückkehren. Auch die „nicht betroffenen“ Personen waren auf die rasche Bearbeitung ihrer Angaben angewiesen, da Arbeitgeber diesbezügliche Bescheide einforderten.<sup>55</sup> Die Entnazifizierungsverfahren beeinflussten somit alle Arbeitnehmer, ob verurteilt oder nicht. Da sich im Zuge der Entnazifizierung eine nachgiebigere Haltung einstellte, kann es nicht verwundern, dass sich der Anteil von Politikerinnen und Politikern mit NS-Belastungen in späteren Wahlperioden erhöhte.<sup>56</sup> Umso bedeutsamer erscheint jedoch die Tatsache, dass auch in den ersten Wahlperioden belastete Mandatsträger auftraten. Die personellen Kontinuitäten des „braunen Magistrats“ riefen zu Beginn der dritten Wahlperiode 1952 scharfe Auseinandersetzungen hervor.

### **2.3 Der Umgang mit personellen Kontinuitäten des „braunen Magistrats“**

Sowohl der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs als auch Karl Bischoff traten der NSDAP bereits vor der Machtübertragung auf Hitler bei. Die ideologische Komplizenschaft des ehemaligen Frankfurter Oberbürgermeisters mit dem NS-Regime ergibt sich nicht nur aus seinen zahlreichen Mitgliedschaften in NS-nahen Gruppierungen sowie einer frühzeitigen Beteiligung an völkischen Bewegungen. Krebs' Personal- und Entnazifizierungsakten spiegeln auch in der Nachkriegszeit seine NS-Belastung wider. Krebs stellte zum einen Anträge auf Wiederezulassung als Rechtsanwalt, zum anderen stritt er um seine Gehalts- und Pensionsbezüge.<sup>57</sup> Im Zuge der Verfahren wurde an verschiedenen Stellen festgestellt, dass er sein Amt der NSDAP zu verdanken hatte.<sup>58</sup>

Im Jahr 1952 löste Krebs' Rückkehr auf die politische Bühne des Frankfurter Stadtparlaments unter seinen politischen Gegnern regelrecht Protestwellen aus. Der Versuch von Krebs, erneut ein politisches Mandat anzustreben, ist im zeitlichen Kontext der frühen 1950er Jahre zu betrachten, die von einem wachsenden Unmut breiter sozialer Schichten gegenüber den Entnazifizierungsverfahren geprägt waren. Viele ehemalige NSDAP-Mitglieder fanden in der Folge von Amnestierungen in ihre Berufe zurück und konnten sich auch politisch wieder aktiv betätigen. Dies betraf vor allem die Gruppe der

---

<sup>55</sup> Kropat, Hessische Landtagsdebatten, S. 230.

<sup>56</sup> S. dazu Kirschner, Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Abschlussbericht, S. 141.

<sup>57</sup> ISG, Personalakten (PA) Friedrich Krebs, 74.304-74.305. Insbesondere 74.305.

<sup>58</sup> So zum Beispiel Rudolf Menzer in ISG, PA Friedrich Krebs, 74.305, Bl. 313.

sogenannten Mitläufer, zu denen gemäß der Spruchkammerurteile auch Krebs und Bischoff zählten.<sup>59</sup>

„Eine merkliche Spannung“ beobachtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bei der einzigen Stadtverordnetensitzung mit Krebs, in der er als Spitzenkandidat der Deutschen Partei eingesetzt wurde.<sup>60</sup> Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Paul Kirchhof plädierte in einer ausführlichen Rede für den Ausschluss des Politikers, dessen Amtszeit im „Dritten Reich“ nun als eine schwere Belastung galt. Er verwies dabei nicht nur auf den Schaden, den die Stadt Frankfurt durch Krebs' Wirken erlitten habe, sondern er betonte zudem seine eigene Verfolgungsgeschichte, die sich in Entlassungen, Erniedrigungen und Verhaftungen niedergeschlagen habe. Kirchhofs Protest wurde von den Mitgliedern anderer Fraktionen nachdrücklich unterstützt, Krebs' Mandat galt ihnen schlichtweg als nicht länger hinnehmbar.<sup>61</sup> Es kam zu Tumulten und handgreiflichen Auseinandersetzungen mit einer Menschenmenge, als der ehemalige Frankfurter Oberbürgermeister das Sitzungsgebäude verließ.

Bischoff stand wesentlich weniger im Fokus als Krebs oder der belastete Politiker Albert Derichsweiler, der jedoch nicht Teil des „braunen Magistrats“ gewesen war. Die Auswertung der Personal- und Entnazifizierungsakten von Bischoff gibt deutliche Hinweise auf seine ideologische Nähe zum Nationalsozialismus. Auch wenn er beteuerte, lediglich nominell Mitglied gewesen zu sein, wurde ihm unter anderem vorgeworfen, 1933 an Gleichschaltungen beteiligt gewesen sowie der NSDAP bereits im Jahr 1932 beigetreten zu sein. Der frühe Parteibeitritt konnte der Spruchkammer zufolge, anders als von Bischoff behauptet, kaum aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt sein.<sup>62</sup> In einem anlässlich seiner Einführung als Ratsherr im Jahr 1935 eingereichten Lebenslauf führt Bischoff diesen als eigenständigen Punkt an und vermittelte so den Eindruck, seiner Mitgliedschaft in der NSDAP ein hohes Gewicht beizumessen.<sup>63</sup>

Die Rückkehr von Krebs und Bischoff in das Stadtparlament beschränkte sich auf einen äußerst kurzen Zeitraum. Bischoff legte sein Mandat am 31. Juli 1952, Krebs am

---

<sup>59</sup> S. grundlegend hierzu Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; s. auch Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt am Main 1999, S. 116-130.

<sup>60</sup> O.A., *Erste Stadtverordnetensitzung mit Tumulten um Dr. Krebs*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 30.5.1952, S. 6; s. auch *Frankfurt wehrt dem Geist der Unfreiheit*, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.5.1952, archiviert in: HHStAW, 503, 3312, *Kontrolle verfassungsgefährdender Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen*, o.Bl.; s. dazu auch Tüffers, *Der Braune Magistrat*, S. 111.

<sup>61</sup> Vgl. *Erste Stadtverordnetensitzung*, in: *FAZ*, 30.5.1952.

<sup>62</sup> HHStAW, 520/11, 8734/2 (Karl Georg Heinrich Bischoff), *Klageschrift sowie Stellungnahme zu dieser*, Bl. 44. Bischoff gab an, von der Partei im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit angeworben worden zu sein.

<sup>63</sup> ISG, PA Karl Georg Heinrich Bischoff, 15.726, *Personalblatt*, Bl. 13 (Rückseite).

22. September 1952 nieder. Auch wenn die Ereignisse keineswegs als repräsentativ betrachtet werden können, wird dennoch deutlich, dass die meisten Stadtverordneten zumindest gegen offensichtliche personelle Kontinuitäten ein Zeichen setzen wollten.<sup>64</sup> Dies taten sie zudem, indem sie, stellvertretend durch Paul Kirchhof, in der Sitzung den hohen Anteil an Politikerinnen und Politikern hervorhoben, die im Zuge der nationalsozialistischen Machtübernahme gewaltsam aus ihren Positionen vertrieben worden waren.<sup>65</sup> Tatsächlich machten sich nach 1945 personelle Kontinuitäten in einer ganz anderen Hinsicht bemerkbar. So betrat ein nicht unerheblicher Anteil an Mandatsträgerinnen und -trägern, die bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrungen gesammelt hatten, erneut die politische Bühne.

#### 2.4 Politische Rückkehr: Vertriebene Politikerinnen und Politiker der Weimarer Republik

Eine Auflistung der politischen „Rückkehrer“ mit ihren Parteizugehörigkeiten in der Weimarer Republik zeigt, wie zu erwarten, einen großen Anteil sozialdemokratischer Politiker und Politikerinnen. Zur besseren Übersicht werden die Personen im Folgenden tabellarisch aufgelistet.<sup>66</sup> Berücksichtigt wurden dabei Parteizugehörigkeiten vor und nach 1945:

Name	Partei vor 1945	Partei nach 1945
Carola Barth	Deutsche Demokratische Partei (DDP)	CDP/CDU
Marie Bittorf	SPD	SPD
Alois Brisbois	Zentrum	CDU
Else Epstein	DDP/Deutsche Staatspartei (DStP)	CDP/CDU
Georg Ludwig Fertsch	Deutsche Volkspartei (DVP)	LDP/FDP
Peter Fischer	KPD	KPD/Parteilos
Kurt Göbel	DDP/DStP	LDP/FDP
Eva Höhn	KPD	KPD
Martin Kirsch	KPD	KPD

<sup>64</sup> Dies wurde über die verbale Ebene hinaus auch politisch deutlich, als die Fraktionen bestimmten, dass Parteien mindestens zehn Stadtverordnete stellen müssen, um sich als Fraktion definieren zu können. Die Deutsche Partei wurde somit auch formal herabgesetzt. Vgl. Tüffers, Römerkoalition, S. 83.

<sup>65</sup> Vgl. Erste Stadtverordnetensitzung, in: *FAZ*, 30.5.1952. S. auch HHStAW, 503, 3312, Kontrolle verfassungsgefährdender Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen, Betreff: Große Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der Deutschen Partei und Genossen, o. Bl., S. 2-3.

<sup>66</sup> Die Tabelle basiert auf Angaben in Malys *Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung* sowie Bermejós *Die Opfer der Diktatur* und berücksichtigt Parteizugehörigkeiten zur Zeit der Weimarer Republik in Frankfurt am Main.

Karl Klee	SPD	SPD
Max Korff	DDP/DStP	SPD
Julius Krohn	SPD	SPD
Jakob Kriegseis	SPD	SPD
Ernst Landgrebe	DVP	LDP/FDP
Johann(es) Rebholz	SPD	SPD
Heinrich Seliger	SPD	SPD
Karl Wilhelm	DVP	LDP/FDP

Die bereits angeführte Studie von Michael Bermejo beleuchtet detailliert die Biografien der genannten Politikerinnen und Politiker mit Ausnahme der von Carola Barth, die 1921 nach Köln verzogen war. Viele Biografien der Rückkehrerinnen und Rückkehrer sind von Inhaftierungen und Entlassungen aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums geprägt. Besonders hervorzuheben sind dabei Martin Kirsch und Karl Klee, die nach Flossenbürg und Dachau deportiert worden waren sowie Else Epstein, die im KZ Ravensbrück interniert gewesen ist.

Erwähnenswert ist auch der Fall des Stadtverordnetenvorstehers Johannes Rebholz. Dieser wurde in der Zeit des Nationalsozialismus mehrfach festgenommen und ebenfalls unter Anwendung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums geschädigt. Aufsehen erregte nach 1945 jedoch ein Vorfall, bei dem Rebholz als Oberbürgermeister von Offenbach indirekt in einen Skandal um den jüdischen Arzt Dr. Herbert Lewin involviert wurde. Es handelt sich dabei laut Helga Krohn um einen der ersten großen antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik. Der Vorwurf lautete, der Gynäkologe Lewin sei offensichtlich aus antisemitischen Motiven durch den Magistrat der Stadt Offenbach benachteiligt worden.<sup>67</sup> Michael Bermejo verweist auf das auffallend passive Auftreten von Rebholz in diesem Skandal.<sup>68</sup>

Auch wenn sich die Anschuldigungen vor allem gegen Bürgermeister Karl Kasperkowitz richteten, der die diskriminierende Behandlung des Gynäkologen mit schweren antisemitischen Äußerungen initiiert hatte, legte Rebholz kurz darauf sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder.<sup>69</sup> Die Ermittlungen gegen den Offenbacher Magistrat sind unter anderem Gegenstand mehrerer Aktenbestände im Hessischen Hauptstaatsarchiv.<sup>70</sup>

<sup>67</sup> Vgl. Helga Krohn, „Es war richtig, wieder anzufangen“. Juden in Frankfurt am Main seit 1945, Frankfurt am Main 2011, S. 100 f.

<sup>68</sup> Bermejo, Opfer der Diktatur, S. 304; s. dazu auch Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990, Göttingen 2015, S. 106.

<sup>69</sup> Bermejo, Opfer der Diktatur, S. 304.

<sup>70</sup> So z.B. HHStAW, 630, 92, Ermittlungen gegen den Magistrat der Stadt Offenbach am Main.

Der Fall stellt in seiner Tragweite vermutlich eine Ausnahme dar, unterstreicht jedoch, dass politische Seilschaften auch nach 1945 bestanden und genauer untersucht werden sollten. Dies gilt in besonderem Maße für Karl Bischoff sowie Friedrich Krebs, deren Partei als „Sammelbecken“ für ehemalige Nationalsozialisten galt.<sup>71</sup> Während sie aufgrund ihrer öffentlichen Ämter schnell als belastet identifiziert werden konnten, gilt dies weit weniger für andere Bündnisse und Fraktionen ehemaliger Parteimitglieder.

### **3. NS-Belastungen in den Biografien der Stadtverordneten**

#### **3.1 Parteimitgliedschaften: Beispiele und Motive**

Wie bereits in Kapitel 2.2 angesprochen sind frühe NSDAP-Mitgliedschaften ein Indiz für eine starke ideologische Anbindung. Die hier identifizierten „Alten Kämpfer“ bzw. „Alten Parteigenossen“ wiesen oftmals neben ihrem frühen Parteieintritt diverse Mitgliedschaften in Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP auf. Friedrich Krebs schloss sich bereits zwischen 1922 und 1925 völkischen Bewegungen (so z.B. der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung) und 1929 der NSDAP an. Hohe politische Ämter wie seine Funktion als SA-Obersturmbannführer, Staatsrat und Kreisleiter unterstreichen seine Zustimmung zum NS-Regime.<sup>72</sup>

Karl Bischoff gab an, vor seinem Eintritt in die NSDAP keine politischen Tätigkeiten ausgeübt zu haben.<sup>73</sup> Neben seiner Funktion als Ratsherr hatte er seit 1937 der Reichskulturkammer, seit 1941 dem NS-Bund Deutscher Technik sowie den Massenorganisationen Deutsche Arbeitsfront und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt angehört.<sup>74</sup> Zudem wurde ihm in der Klageschrift zur Last gelegt, an der Gleichschaltung des Verbands von Bauunternehmern beteiligt gewesen zu sein. Bischoff betonte in seinem Entnazifizierungsverfahren, dass sein Unternehmen, ein Familienbetrieb, florierte, er aber auf ein aktives politisches Engagement verzichtet habe. Er sei nur nominell Mitglied der Partei gewesen und habe keine Uniform getragen.<sup>75</sup>

Auch Albert Derichsweiler, Abgeordneter in der Stadtverordnetenversammlung und im Hessischen Landtag, war schon früh – am 1. Dezember 1930 – in die NSDAP eingetreten. Insbesondere in der nationalsozialistischen Hochschulpolitik wurde er mit hohen Ämtern

---

<sup>71</sup> Tüffers, Römerkoalition, S. 82.

<sup>72</sup> ISG, PA Friedrich Krebs, 74.305, Tatbestand und Entscheidungsgründe, Bl. 7 sowie 74.304, Fragebogen, Bl. 46 (Rückseite).

<sup>73</sup> ISG, PA Karl Georg Heinrich Bischoff, 15.726, Fragebogen, Bl. 1.

<sup>74</sup> HHStAW, 520/11, 8734/1 (Karl Georg Heinrich Bischoff), Meldebogen, Bl. 1.

<sup>75</sup> HHStAW, 520/11, 8734/2 (Karl Georg Heinrich Bischoff), Ergänzungen zum Meldebogen, Bl. 17, Stellungnahme zur Klageschrift S. 2, Bl. 44.

betraut. So war er von 1934 bis 1936 Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds.

Albrecht Kirschner erläutert in seiner Studie zum Hessischen Landtag, dass Derichsweiler den Titel „Alter Kämpfer“ vermutlich wegen seiner frühen SA-Mitgliedschaft erhielt. Er führt an, dass dieser Gauamtsleiter, Oberbereichsleiter der NSDAP, Reichsredner sowie SA-Obersturmführer im Stab von Rudolf Hess, dem Stellvertreter Hitlers, gewesen sei. Derichsweiler fungierte seit 1939 unter anderem als Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront in Posen (Reichsgau Wartheland). Seine Parteiabzeichen in Bronze und Silber sowie das Gau-Ehrenzeichen Wartheland zeugen ebenfalls von seiner hohen Identifikation mit der NS-Ideologie.<sup>76</sup> Diese wird auch aus weiteren Quellen ersichtlich. Dazu gehören Artikel im *Völkischen Beobachter* oder Anspielungen und Auseinandersetzungen bezüglich der NS-Zeit im Parlament.<sup>77</sup> Im Gegensatz zu Krebs und Bischoff, denen sowohl Personalakten als auch Entnazifizierungsakten zugeordnet werden können, entging Derichsweiler allem Anschein nach einem Verfahren in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Eine Akte des Hessischen Hauptstaatsarchivs dokumentiert mehrere ergebnislose, bundesländerübergreifende Suchen nach den Dokumenten seines Entnazifizierungsverfahrens.<sup>78</sup>

Die Untersuchung des vierten Falls eines Stadtverordneten, der laut seinem Meldebogen der NSDAP vor 1933 beigetreten war, gestaltete sich diffizil. Otto Max Teuscher gab an, der Partei im Jahr 1927 beigetreten zu sein. In Anbetracht seines Geburtsjahrgangs (1910) wäre er zu diesem Zeitpunkt höchstens 17 Jahre alt gewesen. Daher wird ein Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt in Betracht gezogen. Akten zu seinem Entnazifizierungsverfahren konnten nicht ermittelt werden, obwohl eine Urkunde des Sühnebescheids dokumentiert, dass ein Verfahren stattgefunden haben muss. Teuscher war zusätzlich zur NSDAP auch Mitglied in der Deutschen Arbeitsfront sowie in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.<sup>79</sup> Ob er tatsächlich bereits 1927 der Partei beigetreten ist, ließ sich auch anhand der NSDAP-Mitgliederkartei nicht bestätigen. Dort befindet sich jedoch ein bemerkenswerter Hinweis auf seine Verflechtungen mit dem NS-Regime. Eine Mitarbeiterkarte, die den Vermerk „Speer“ trägt, enthält die Information, dass Teuscher 1941 zum Abteilungsleiter im Ministerium für Rüstungs- und Kriegsproduktion avancierte.<sup>80</sup> Zu diesem Zeitpunkt war er 30 Jahre alt. In seinem Meldebogen erwähnte der Stadtverordnete der Deutschen Partei, der

---

<sup>76</sup> Vgl. Kirschner, Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Abschlussbericht, S. 162, 172.

<sup>77</sup> Zum *Völkischen Beobachter* s. Kurt Meier, Die theologischen Fakultäten im Dritten Reich, Berlin 1996, S. 283; zu den Auseinandersetzungen s. Schneider, Belastete Demokraten, S. 480 f.

<sup>78</sup> HHStAW, 503, 3312 Kontrolle verfassungsgefährdender Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen, Einstufung nach dem Befreiungsgesetz des Dr. Albert Derichsweiler (8.9.1953), o.BI.

<sup>79</sup> HHStAW, 520/11, 13527/1/2 (Otto Max Teuscher), Meldebogen.

<sup>80</sup> BArchB, R 9361-VIII Kartei/Zentralkartei/22992120, Teuscher, Otto Max, Karte 2120.

aus unbekanntem Gründen 1953 aus deren Gruppierung ausgeschlossen wurde, diese Tätigkeit nicht.

Auch im Kreis der Stadtverordneten, die nach 1933 der NSDAP beigetreten sind, besteht bei einer Person ein aktenbezogenes Problem. Das Verfahren von Walter Queißer, das nicht von der Frankfurter, sondern von einer anderen hessischen Spruchkammer angestrengt wurde, enthält keinen Meldebogen. Dennoch konnte Queißer anhand seines Geburtsdatums und -ortes als NSDAP-Mitglied identifiziert werden. Den im Verfahren enthaltenen Angaben nach ist Queißer der NSDAP am 1. Mai 1937 beigetreten, war zudem von 1933 bis 1940 Mitglied der SA, zuletzt im Rang eines Rottenführers, und gehörte der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt sowie dem NS-Rechtswahrerbund an. Nachdem er zunächst als Mitläufer eingestuft worden war, wurde er im Zuge eines Berufungsverfahrens in mehrfacher Hinsicht entlastet.<sup>81</sup> Argumente bezüglich seiner oppositionellen Haltung wurden insbesondere durch Queißers Ausschluss aus der NSDAP, der bislang nicht anhand weiterer Quellen verifiziert werden konnte, sowie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt gestützt.<sup>82</sup>

Auch der Jurist und spätere Frankfurter Bürgermeister Wilhelm Fay trat am 1. Mai 1937 in die NSDAP ein. Er fiel vermutlich aufgrund seines vergleichsweise späten Aufnahme datums und seiner Aussage, unter einer materiellen Notlage zu leiden, unter die Weihnachtsamnestie. Fay argumentierte, einem zunehmenden politischen Druck auf „junge Juristen“ ausgesetzt gewesen zu sein und sich deswegen um eine Anwartschaft auf den Studentensturm der SA bemüht zu haben sowie der NSDAP beigetreten zu sein. Er verließ die SA nach kurzer Zeit wieder. Zeugenaussagen attestierten ihm eine antinationalsozialistische Einstellung, zudem bewegten sich die Einkünfte des Juristen unter der für eine Entlastung notwendigen Einkommensgrenze.<sup>83</sup>

Zwei Stadtverordnete aus dem Block/Bund der Heimatvertrieben und Entrechteten (BHE) waren ebenfalls am 1. Mai 1937 der NSDAP beigetreten. Hierbei handelt es sich um Otto Kramer sowie den Architekten Gerhart Rothe.<sup>84</sup> Während Kramer nicht in Frankfurt entnazifiziert wurde, verneinte Rothe jegliche Mitgliedschaften in seinem Meldebogen und galt daher als „nicht betroffen“.<sup>85</sup>

Der FDP-Politiker und spätere Hauptgeschäftsführer der Deutsch-Französischen Handelskammer, Friedrich Otto Boltze, war nach etwa einem Jahr Mitgliedschaft aus der

---

<sup>81</sup> HHStAW, 520/10, 4595 (Walter Queißer), Spruch vom 25.6.1948, o.BI.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> HHStAW, 520/11, 9068/2 (Wilhelm Fay), Erwidern auf Klageschrift, 15.8.1947, o.BI., S. 3, 6; s. auch Spruch vom 9.10.1947, o.BI.

<sup>84</sup> BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/35760737, Rothe, Gerhart, Karte 737; BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/22681740, Kramer, Otto, Karte 1740.

<sup>85</sup> HHStAW, 520/11, 106 853 (Meldebogen Gerhart Rothe).

NSDAP sowie SA ausgetreten. Die Spruchkammer Ebern stufte ihn aufgrund seiner kurzen Mitgliedschaft sowie seinen Verbindungen zu Carl Friedrich Goerdeler, einem am Attentat vom 20. Juli 1944 beteiligten Widerstandskämpfer, und der Äußerung antinationalsozialistischer Ideen als Mitläufer ein. Boltze hatte zudem 1934 den preußischen Staatsdienst verlassen und begründete dies mit dem „Eindringen von nazistischem Gedankengut“.<sup>86</sup> Ähnliche Ein- und Austrittsdaten sind für den FDP-Politiker Heinrich Port feststellbar. Während dieser in seinem Meldebogen im Rahmen einer Selbsteinschätzung zunächst angab, von den Nationalsozialisten abgelehnt worden zu sein, räumte er in einem Halbsatz ein, wieder ausgetreten zu sein, ohne aber Bezug zur NSDAP zu nehmen.<sup>87</sup> Ports Mitgliedskarte bestätigt, dass er am 1. Mai 1933 beigetreten war, die NSDAP jedoch bereits im darauffolgenden Jahr wieder verließ.<sup>88</sup> Weitere Ermittlungen der Spruchkammer fanden nicht statt.

Ebenfalls am 1. Mai 1933 traten der Arzt und SPD-Stadtverordnete Walter Keller sowie der Kaufmann und FDP-Politiker Günther Ramdohr der NSDAP bei. Beide Politiker wurden nicht in Frankfurt entnazifiziert.<sup>89</sup>

Der spätere Geschäftsführer der Kreisbauernschaften Frankfurt und Obertaunus, Ewald Becker, trat der NSDAP offiziell im Jahr 1936 bei, argumentierte jedoch, dass seine Mitgliedschaft um zwei Jahre zurückdatiert worden sei. Diese Aussage ist deshalb aufschlussreich, da zwischen 1933 und 1937 nur wenige Mitglieder in die Partei aufgenommen wurden. Der Aufnahmestopp enthielt, so der Parteienforscher Jürgen Falter, unter anderem Ausnahmen für SA- und SS-Männer sowie Mitglieder des Kampfbunds Stahlhelm.<sup>90</sup> Ein Amt als SA-Scharführer hatte Becker nach eigenen Angaben nur nominell ausgeführt. Die Überführung in den paramilitärischen Verband sei durch seine Mitgliedschaft im Stahlhelm erfolgt. Über seine SA-Mitgliedschaft sei er wiederum in die NSDAP aufgenommen worden. Becker wies es von sich, Anhänger der NS-Ideologie gewesen zu sein. Vielmehr führte er für seine Mitgliedschaft wirtschaftliche Gründe an, nachdem er 1933 zunächst entlassen worden sei.<sup>91</sup> Sein Plädoyer, dem Stahlhelm beigetreten zu sein, da er diesen als ein Gegengewicht zum Nationalsozialismus verstanden habe, wurde nicht nur in der Klageschrift abgelehnt, sondern erscheint in Anbetracht der nationalkonservativen

---

<sup>86</sup> ISG, PA Friedrich Otto Boltze, 15.794, Spruch vom 18.2.1948, Bl. 8, S. 2 (Rückseite) sowie Bl. 6.

<sup>87</sup> HHStAW, 520/11, 295 267 (Meldebogen Heinrich Port).

<sup>88</sup> BArchB, R 9361-VIII Kartei/Zentralkartei/16220198, Port, Heinrich, Karte 198.

<sup>89</sup> BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/33681269, Ramdohr, Günther, Karte 1269; BArchB, R 9361-IX-Kartei/Gaukartei/19711248, Keller, Walter, Karte 1248.

<sup>90</sup> Jürgen W. Falter, Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben?, in: Ders. (Hrsg.), Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2016, S. 15-40, hier S. 38.

<sup>91</sup> HHStAW, 520/11, 5332/2 (Ewald Becker), Schreiben vom 17.9.1945, Bl. 4 sowie Beschluss v. 15.1.1946, Bl. 18.

Ausrichtung des Veteranenverbands auch in der Rückschau zweifelhaft.<sup>92</sup> Nach mehreren Verfahren, die Becker aufgrund seiner wirtschaftlichen Verhältnisse und der Wiederaufnahme seiner Arbeit dringend beschleunigen wollte, fiel auch er unter die Weihnachtsamnestie.<sup>93</sup> Sowohl dieses als auch weitere Verfahren, wie zum Beispiel das Urteil der Deggendorfer Spruchkammer im Fall des Rechtsanwalts und Notars Walter Ried, zeigen, dass die Entlastungszeugen oder der Verweis auf widerständige Handlungen oftmals zu dem Urteil führten, der Betreffende sei nur nominell NSDAP-Mitglied gewesen.

Der Architekt Fritz Hofmeister und der Postbeamte Anton Rick sind der NSDAP erst in späteren Jahren beigetreten. Während Hofmeister sich nach eigenen Angaben im Jahr 1940 zwecks der finanziellen Sicherung seines Familienunternehmens um eine Mitgliedschaft bemühte, behauptete der CDU-Politiker Rick, durch seine Ämter in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt im gleichen Jahr in die NSDAP überführt worden zu sein.<sup>94</sup> Beide Stadtverordnete wurden als Mitläufer eingestuft. Der SPD-Stadtverordnete Helmut Welz<sup>95</sup> hingegen führte weder in seinem Meldebogen noch in seiner Personalakte eine NSDAP-Mitgliedschaft an. Der Orchestermusiker Welz war aufgrund seiner anerkannten politischen Verfolgung Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Laut Mitgliederkartei trat Welz jedoch am 1. Januar 1940 der NSDAP bei. Gemäß seinen eigenen Angaben lautete das Spruchkammerurteil hingegen „nicht betroffen“.<sup>96</sup>

Die Ausübung hoher Ämter, ein früher Parteibeitritt oder insbesondere ideologische Motive wie Antisemitismus sprachen gleichfalls für eine starke Identifikation mit dem NS-Regime. Eine pauschale Beurteilung kann und soll diesbezüglich dennoch nicht durch die bloße Feststellung einer Mitgliedschaft in der NSDAP erfolgen. So ist jede einzelne Personalie hinsichtlich ihrer Motive und Handlungen zu prüfen.

Zwei Personen sind bezüglich einer potenziellen Mitgliedschaft noch zu überprüfen. In der NSDAP-Mitgliederkartei gibt es einen Hinweis auf einen Antrag des BHE-Politikers Franz

---

<sup>92</sup> HHStAW 520/11, 5332/2 (Ewald Becker), Betreff: Entlassungsverfügung vom 15.9.1945, Bl. 7-8, Klageschrift, Bl. 53 (Rückseite).

<sup>93</sup> HHStAW, 520/11, 5332/2 (Ewald Becker), Klageschrift, Bl. 53, Spruch, Bl. 78a.

<sup>94</sup> BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/16500990, Hofmeister, Friedrich Wilhelm, Karte 990; HHStAW, 520/11, A-Z, Hofmeister, Fritz, Schreiben vom 23.2.1946, Bl. 9-11; HHStAW, 520/11, A-Z, Rick, Anton, Spruch vom 2.5.1947, o.BI.

<sup>95</sup> Helmut Welz wurde am 22.10.1920 geboren und starb laut eingangs erwähnter Auskunft des Büros der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2002. Da das Hessische Hauptstaatsarchiv das Todesdatum zum damaligen Zeitpunkt noch nicht mithilfe einer öffentlichen Quelle verifizieren konnte, wurde Welz' Akte dort zunächst mit einer Schutzfrist versehen. Daher muss derzeit auf eine Nutzung des Wiesbadener Archivguts zu Welz verzichtet werden.

<sup>96</sup> ISG, PA Helmut Welz, 221.748, Bestätigung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Bl. 38, Nichtbetroffenenbescheid, Bl. 26; BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/47850870, Welz, Helmut, Karte 870.

Supan.<sup>97</sup> Zudem bestehen aufgrund vorhandener Parteikorrespondenzen, die nicht gesichtet werden konnten, Fragen bezüglich einer Mitgliedschaft oder eines Aufnahmeantrags des Stadtverordneten Hans Hecker.

Auffällig ist die hohe Anzahl an promovierten Politikern, die der NSDAP beigetreten waren. Hierzu zählen: Ewald Becker, Walter Ried, Friedrich Krebs, Günther Ramdohr, Walter Keller, Otto Kramer, Albert Derichsweiler und Wilhelm Fay. Der Großteil der Genannten legte juristische Dissertationen vor. Vier Personen promovierten in den Jahren 1933 bis 1938. Untersucht werden könnte, unter welchen Voraussetzungen die Promotionen entstanden sind und ob in den Arbeiten Bezug auf das NS-Regime genommen wurde. Sofern bekannt und ermittelbar, wurden die Promotionen der Stadtverordneten in der Arbeitsbibliografie (Anhang IV A) aufgelistet. Die Publikationsorte geben zum Teil darüber Aufschluss, an welchen Universitäten die Politiker promoviert wurden.

### **3.2 Politische Aktivitäten ehemaliger NSDAP-Mitglieder im Nachkriegsparlament**

Die Zahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der Versammlung der Stadtverordneten stieg in der dritten Wahlperiode (1952-1956) signifikant an. Für die Zeit des Bürgerrats und der ersten Wahlperiode (1945-1948) konnte nur eine NSDAP-Mitgliedschaft festgestellt werden. In der im Jahr 1948 beginnenden zweiten Wahlperiode übten fünf Politiker der Untersuchungsgruppe I ein Mandat aus, die zuvor der NSDAP angehört hatten. In der dritten Wahlperiode (1952-1956) handelt es sich um 14 Personen. Unter Berücksichtigung weiterer Ergebnisse zu Mitgliedschaften in der Untersuchungsgruppe II spiegelt sich diese Beobachtung auch prozentual wider.<sup>98</sup> Gemessen an der Zahl der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Zeitraum von 1952 bis 1956 hatten rund 19,8 Prozent der Politikerinnen und Politiker der NSDAP angehört. In den vorherigen Wahlperioden handelte es sich jeweils um 6,7 (1948-1952) sowie 1,4 (1946-1948) und 2,3 Prozent (Bürgerrat, 1945-1946).

Sieben der 18 bislang ermittelten ehemaligen NSDAP-Mitglieder der Untersuchungsgruppe I gehörten zumindest zeitweise der FDP-Fraktion (zeitweise LDP/FDP) an, fünf Mitglieder der Deutschen Partei, drei der SPD, drei der CDU bzw. CDP.

Besonders hervorzuheben sind zudem die Freie Volkspartei (FVP) und der Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten.<sup>99</sup> Die Angehörigen der zahlenmäßig kleinen Gruppierungen sind vollständig Teil der Untersuchungsgruppe I. Die Freie Volkspartei, die

---

<sup>97</sup> BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/43960275, Supan, Franz, Karte 275.

<sup>98</sup> Innerhalb der Untersuchungsgruppe II konnten für die zweite Wahlperiode zwei Beteiligte mit einer ehemaligen NSDAP-Zugehörigkeit sowie in der dritten Wahlperiode sechs zusätzliche Fälle ermittelt werden.

<sup>99</sup> Die Bezeichnungen „Block“ und „Bund“ variieren. Im Folgenden wird der Begriff „Bund“ verwendet, da Bettina Tüffers ihn gebraucht.

sich 1956 von der FDP abgespalten hatte, bestand aus sechs Politikern, von denen vier der NSDAP angehört hatten. Der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten setzte sich aus vier Mitgliedern zusammen, von denen zwei Politiker nachweislich der NSDAP angehört hatten; bei einer Person gab es Hinweise auf einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP. Wie Matthias Stickler in seinem Beitrag zum BHE betont, sprach der Terminus „Entrechtete“ auch entnazifizierte Personen an, die sich durch die Nachkriegsbestimmungen benachteiligt gefühlt hatten. Somit habe sich der BHE als Gruppierung präsentiert, die offen für ehemalige NSDAP-Mitglieder war. In Frankfurt hospitierten die Mitglieder des Bunds der Heimatvertriebenen und Entrechteten zunächst in der Fraktion der SPD.<sup>100</sup>

Die dritte Wahlperiode und die durch die prominenten ehemaligen NSDAP-Mitglieder Karl Bischoff und Friedrich Krebs ausgelösten vergangenheitspolitischen Kontroversen der frühen 1950er Jahre, stellen somit ein interessantes Forschungsfeld für weitere Untersuchungen dar. Hinsichtlich der Altersstruktur lässt sich für die erste Untersuchungsgruppe festhalten, dass mindestens ein Politiker der NSDAP bereits mit 19 Jahren der Partei beigetreten war. Mindestens sechs Stadtverordnete schlossen sich im Alter von 20 bis 30 Jahren der Partei an. Gleiches gilt für fünf Stadtverordnete im Alter von 34 bis 37 und fünf Politiker zwischen 40 und 47 Jahren. Wie bereits ausgeführt, ist im Fall Otto Max Teuschers noch unklar, ob er der NSDAP mit 17 oder später beitrug. Das Alter bei Parteieintritt stellt für sich genommen kein aussagekräftiges Argument für die Bestimmung der Motive dar. Dennoch sollte beachtet werden, in welcher Lebenssituation sich die jeweiligen Stadtverordneten befanden, ob sie wirtschaftlich und politisch von einer Parteimitgliedschaft profitierten oder zur Zielgruppe der NSDAP gehörten.

Nicht für alle der 18 bislang identifizierten ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der Untersuchungsgruppe I konnte ermittelt werden, welche beruflichen Tätigkeiten sie nach 1945 ausübten. Dennoch zeigt sich, dass eine ehemalige Mitgliedschaft in der NSDAP kein Hindernis für eine erfolgreiche wirtschaftliche und/oder politische Karriere im postnationalsozialistischen Deutschland darstellte. Wilhelm Fay war Bürgermeister von Frankfurt. Ewald Becker, Friedrich Otto Boltze und Otto Kramer waren in verschiedenen Berufszweigen als Geschäftsführer tätig. Walter Ried, Albert Derichsweiler und Gerhart Rothe amtierten zeitweilig als Vorsitzende ihrer Bündnisse.

---

<sup>100</sup> Vgl. Matthias Stickler, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013, <[ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html)> [26.01.2018]. Zu der Hospitanz s. Tüffers, Römerkoalition, S. 81 f.

### 3.3 Gliederungen und angeschlossene Organisationen der NSDAP

Die Mehrheit der 163 untersuchten Stadtverordneten und Bürgerratsmitglieder gehörte unabhängig von ihrer politischen Einstellung oder Parteimitgliedschaft einer NS-Organisation an. So handelte es sich zumeist um die in Spruchkammerverfahren wenig beachteten Massenorganisationen Deutsche Arbeitsfront oder Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Einige Stadtverordnete gaben zudem ihre Zugehörigkeit zum Reichsluftschutzbund oder dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland zu erkennen. Im Hinblick auf berufsständische Verbände sind im Rahmen der ersten Untersuchungsgruppe insbesondere der NS-Rechtswahrerbund sowie der NS-Lehrerbund zu erwähnen. So fällt bei der vergleichenden Betrachtung von Karrierewegen eine große Anzahl an Juristen und Angestellten im Bildungssektor auf.

Angaben über derartige Mitgliedschaften sind zumeist Personalbögen, politischen Frage- sowie Meldebögen zu entnehmen. Oftmals spielten sie in Verfahren nur eine untergeordnete Rolle und wurden lediglich erwähnt, solange damit nicht die Ausübung eines Amtes verbunden war. So wurde beispielsweise im Zusammenhang mit der Verleihung eines Dienstordens an die Rektorin Maria Bausch dezidiert auf den „taktischen“ Charakter ihrer Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund eingegangen. Bausch gehörte außerdem der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland sowie dem Reichsluftschutz- und Reichskolonialbund an.<sup>101</sup> Sie wurde aufgrund der Angaben in ihrem Meldebogen als „nicht betroffen“ eingestuft.<sup>102</sup>

Der kommunistische Politiker Jakob Brenneisen berief sich anlässlich seiner Observierung durch die Nationalsozialisten zu Beginn des Regimes stets auf seine Mitgliedschaft in der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Vor dem Hintergrund zunehmender Denunziationen Brenneisens aufgrund seiner kommunistischen Aktivitäten, wirkte die Bezugnahme auf die Organisation wie ein Selbstschutz.<sup>103</sup> Brenneisen wurde 1933 aus seinem Dienst als Schlosser im Frankfurter Palmengarten entlassen. Der praktizierende Arzt Edmund Adam beharrte dagegen in seinem Entschädigungsverfahren darauf, die Mitgliedschaft in einer berufsständischen Organisation abgelehnt zu haben.<sup>104</sup>

Während eine nachgewiesene NSDAP-Mitgliedschaft bislang in allen untersuchten Fällen ein Verfahren nach sich zog, sind die Mitgliedschaften in den angeschlossenen Verbänden oftmals in den Biografien sogenannter „Nichtbetroffener“ zu finden. Einige Stadtverordnete

---

<sup>101</sup> ISG, PA Maria Bausch, 192.886, Bl. 77, Begründung der Vorschläge für Bundesverdienstkreuz, o.Bl.

<sup>102</sup> ISG, PA Maria Bausch, 192.886, Bl. 77.

<sup>103</sup> ISG, PA Jakob Brenneisen, 163.828, Schreiben vom 21.9.1933, Bl. 21.

<sup>104</sup> HHStAW, 518, 34907 (Edmund Adam), Erklärung des Antragstellers, Bl. 35.

gehörten zudem einer Gliederung der NSDAP an. Unterschiede bestanden zwischen Mitgliedschaft oder einem ausgeübten Amt. So wurde Ludwig Jost wegen seines Rangs als Sturmmann im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps angeklagt. Da er der Spruchkammer glaubhafte Widerstandshandlungen sowie den Ausschluss aus der Organisation nachweisen konnte, galt er als entlastet.<sup>105</sup> Die Ermittlungen gegen den Stadtverordneten Adolf Weiter, der nach eigenen Angaben lediglich Anwärter des NS-Kraftfahrkorps war, um seine Führerscheinprüfung ablegen und seinen motorsportlichen Interessen nachgehen zu können, wurden nach kurzer Zeit eingestellt und mit dem Urteil „Jugendamnestie“ abgeschlossen.<sup>106</sup>

Der Jurist Hans Wilhelmi, Mitglied des Bürgerrats und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, erklärte in seinem Meldebogen seine deutliche Opposition zum NS-Regime, wurde jedoch überprüft, da er einigen Organisationen wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem NS-Rechtswahrerbund und dem NS-Altherrenbund angehörte. Wilhelmi empörte seine zwischenzeitliche Einstufung in die Gruppe der Entlasteten. Er beharrte auf seiner ursprünglichen Beurteilung als „nicht betroffen“. Da er mit Ausnahme eines Amtes als Schriftführer im Vaterländischen Frauenverein nur Mitglied der Organisationen war, scheint hier die Anzahl seiner Mitgliedschaften für eine Prüfung ausschlaggebend gewesen zu sein.<sup>107</sup>

Ebenfalls untersucht wurden Ämter in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Drei Stadtverordnete sowie ein Bürgerratsmitglied fungierten als Blockhelfer. Im Fall des Postbeamten Anton Rick verwies die Spruchkammer jedoch explizit auf den als gering einzuschätzenden Einfluss der Massenorganisation auf den Nationalsozialismus.<sup>108</sup>

Gegenstand eines Verfahrens wurden zudem SA-Mitglied- und Anwartschaften. Der Rechtsanwalt und CDU-Stadtverordnete Hans Breitbach beispielsweise gab eine Anwartschaft bei einer Marine-SA an, die wiederum unter „irreführenden“ Umständen von den Frankfurter Wassersportvereinen gegründet worden sei. Bislang konnten zwölf SA-Mitglied- und/oder Anwartschaften auf Grundlage der Angaben der Bürgerratsmitglieder und Stadtverordneten festgestellt werden, wobei der Großteil der ehemaligen SA-Mitglieder bzw. SA-Anwärter die Sturmabteilung bereits nach einer kurzen Zeit wieder verließ.<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> HHStAW, 520/11, 9923/2 (Ludwig Jost), Spruchkammerurteil vom 11.2.1946, o.Bi.

<sup>106</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Weiter, Adolf, Spruch vom 8.11.1946, o.Bi.

<sup>107</sup> HHStAW, 520/11, 161 124 (Meldebogen und Untersuchung Hans Wilhelmi), Beschluss vom 20.2.1947, Einspruch vom 7.3.1947, o.Bi.

<sup>108</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Rick, Anton, Spruch vom 2.5.1947, o.Bi.

<sup>109</sup> Zu Hans Breitbach s. HHStAW, 520/11, 39073/1 (Hans Breitbach), Meldebogen; HHStAW, 520/11, 39073/2, Zeuge Prof. Dr. Saenger, o.Bi. Einstellung des Verfahrens am 12.11.1947.

Auffällig sind Überführungen aus dem nationalkonservativen Veteranenverband Stahlhelm in die SA. Dies galt beispielsweise für den späteren Geschäftsführer des Hessischen Rundfunks, Hans Schmorl, und auch den Bankdirektor Rudolf Gurr, die dem Veteranenverband angehört hatten, bevor sie Mitglieder der SA wurden. SS-Mitgliedschaften konnten bislang für Albert Derichsweiler und Walter Ried festgestellt werden. Derichsweiler ist der SS im April 1943 beigetreten und besaß den Rang eines Oberführers sowie in der Waffen-SS den eines Obersturmführers.<sup>110</sup> Ried war V-Mann im Sicherheitsdienst der SS.

Zudem standen zwei weitere Stadtverordnete im Verdacht, als fördernde SS-Mitglieder agiert zu haben. Rektor Ernst Landgrebe, bereits in der Weimarer Republik Stadtverordneter und Mitglied des Bürgerrats im Frankfurt der Nachkriegszeit, wurde in einem Dokument des Wohnungsamts als förderndes Mitglied der SS bezeichnet. Dies ist jedoch bislang der einzige Hinweis für eine Mitgliedschaft, Landgrebe hatte sich in seinem Meldebogen diesbezüglich nicht geäußert. Der Umstand änderte nichts daran, dass er vor der Spruchkammer entlastet wurde.<sup>111</sup>

Der CDU-Stadtverordnete Hans Hecker hingegen argumentierte, unter dem Druck der Nationalsozialisten im Jahr 1938 Spenden für die SS geleistet zu haben, jedoch kein Mitglied gewesen zu sein. An weiterer Stelle erläuterte Hecker aber ausführlich, dass fördernde SS-Mitgliedschaften, die vor Dezember 1938 bestanden haben, rechtlich nicht belangt wurden und er als Spendenzahler somit nicht vom „Denazifizierungsgesetz“ betroffen gewesen sei. Ob eine Mitgliedschaft bestand, konnte bisher nicht eindeutig geklärt werden.<sup>112</sup>

Einen SS-Mann getarnt zu haben, wurde dem Mediziner Edmund Adam vorgeworfen. Er war 1945 diesbezüglich polizeilich vernommen worden; die Ermittlungen wurden 1947 in seinem Entnazifizierungsverfahren erneut thematisiert. Adam, der während der NS-Zeit zeitweilig als Leiter des städtischen Gesundheitsamts ins polnische Kattowitz abgeordnet worden war, war mehrfach inhaftiert und letztendlich sogar deportiert worden, stand aber kurzzeitig im Verdacht, einem Angehörigen der Waffen-SS bei der Entfernung seiner „Blutgruppe“ (gemeint ist seine Tätowierung) geholfen zu haben. Adam konnte die Vorwürfe entkräften. Er gab an, den Mann lediglich medizinisch versorgt zu haben, nachdem dieser versucht hatte, die Tätowierung selbstständig zu entfernen. Die Spruchkammer beließ es bei dem Nichtbetroffenen-Bescheid des Arztes.<sup>113</sup>

---

<sup>110</sup> Vgl. Kirschner, Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Abschlussbericht, S. 167.

<sup>111</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Landgrebe, Ernst, Schreiben vom 26.11.1946, Subject: List of Persons not chargeable, o.BI.

<sup>112</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Hecker, Hans, Schreiben vom 28.10.1946, S. 3.

<sup>113</sup> HHStAW, 520/11, 262/2 (Edmund Adam), Schreiben vom 16.2.1948, o.BI.

Mitgliedschaften in der Hitlerjugend (HJ) und im Bund Deutscher Mädel (BDM) konnten nur in wenigen Fällen festgestellt werden, was in Anbetracht des Personenkreises, der zum Großteil um die Jahrhundertwende geboren wurde, nicht verwunderlich ist. Zu nennen ist beispielsweise Günther Grosser, der von 1934 bis 1935 der Hitlerjugend angehörte und Kameradschaftsführer war. Ermittlungen gegen ihn fanden nicht statt.<sup>114</sup> Bislang konnten insgesamt acht Mitgliedschaften in der Hitlerjugend festgestellt werden. Neben Grosser fungierten zwei weitere Stadtverordnete als Kameradschafts- und Gefolgschaftsführer. Eine Zugehörigkeit zum Bund Deutscher Mädel wurde in der Untersuchungsgruppe I bei keiner Politikerin festgestellt. Dafür infrage gekommen wären altersbedingt ohnehin nur zwei Frauen, darunter die 1920 geborene Amalie von Mettenheim, die jedoch aufgrund ihres familiären Hintergrunds in das Visier der Nationalsozialisten geriet. Amalie von Mettenheims Eltern lebten in einer interkonfessionellen Ehe (nationalsozialistischer Jargon: „Mischehe“).<sup>115</sup> Daher war die Stadtverordnete der CDU-Fraktion und spätere Naturwissenschaftlerin am Paul-Ehrlich-Institut als sogenannter „Mischling 1. Grades“ Repressalien ausgesetzt. So wurde sie beispielsweise von ihrem Studium ausgeschlossen.<sup>116</sup> Die Aktenbestände dokumentieren durchgängig politische Verfolgungen.

### **3.4 Politische und „rassische“ Verfolgung**

„Nieder mit Hitler!“, diesem Motto verschrieb sich die Frankfurter Stadtverordnete Anna Beyer, die als Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbunds (ISK) ihre vegetarische Gaststätte im Frankfurter Steinweg als Treffpunkt des Widerstands zur Verfügung stellte. Beyers politisches Engagement, das sie auch autobiografisch dokumentierte, führte sie 1937 zwangsweise in die Emigration.<sup>117</sup>

Nicht alle Stadtverordneten, über die oppositionelle Handlungen gegen das Regime bekannt sind, wurden derart umfangreich wie Anna Beyer beschrieben. Dennoch offenbart das Aktenstudium einen großen Anteil an Personen, die erklärten, Repressalien durch die Nationalsozialisten erfahren zu haben. Bei mehr als 30 Personen ließen sich Angaben zu wirtschaftlichen Schädigungen feststellen. Zum Teil beklagten selbstständige Unternehmer Umsatzeinbußen infolge der Boykottierung oder Denunziation ihrer Geschäfte. Der Großteil

---

<sup>114</sup> HHStAW, 520/11, 30999 (Günther Grosser), Meldebogen.

<sup>115</sup> Vgl. Schüller, „Frau sein heißt politisch sein“, S. 90 f. Schüller verweist auf folgende Publikation: Amelis von Mettenheim, Die zwölf langen Jahre – eine Familiengeschichte im Dritten Reich, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 65., Frankfurt am Main 1999, S. 222-258.

<sup>116</sup> Vgl. Schüller, „Frau sein heißt politisch sein“, S. 90 f.; Rotberg, Linkskatholizismus, S. 182.

<sup>117</sup> ISG, Magistratsakte Bürgerrat, 4.310, politischer Fragebogen Anna Beyer, Bl. 75 ff.; s. auch die äußerst umfangreiche Sammlungsakte zu Anna Beyer, ISG, S 2 Anna Beyer, 12.235.

der Geschädigten war insbesondere aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bzw. wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen worden.

Die Beamten Georg Treser und Friedrich Caspary sind hier beispielhaft zu nennen. Insbesondere der Fall Treser erregte innerhalb der Stadtverwaltung Aufsehen. Nachdem Treser zunächst entlassen worden war, durfte er nach einer kurzen Zeit zumindest als Hilfsarbeiter wieder in den städtischen Dienst zurückkehren. Dies war eine Ausnahme. Denunzianten warfen ihm anlässlich seiner Entlassung im Jahr 1933 vor, als Hetzredner gegen die NSDAP vorgegangen sowie ein führendes Mitglied des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gewesen zu sein.<sup>118</sup> Als Hauptbegründung für Entlassungen diente meistens die sogenannte „politische Unzuverlässigkeit“.

Die damit einhergehenden Konsequenzen werden aus der Personalakte des Stadtverordneten Fritz Winterling ersichtlich. Der Bedienstete der städtischen Hafengebäude wurde einer „politischen Verfehlung“ bezichtigt, wonach er sich an einer Spendenaktion für einen im Zuchthaus verstorbenen Kommunisten beteiligt habe. Nachdem Winterling zunächst ein Treudienstehrenzeichen erhalten hatte, wurde ihm dieses wieder aberkannt. Zudem wurde er entlassen. Winterlings Bestrafung kulminierte in einer Verurteilung zu Zuchthaus, deren genaue Begründung mit Ausnahme der „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ allerdings offenblieb.<sup>119</sup>

Der Vorwurf „politischer Unzuverlässigkeit“ traf vor allem kommunistische und sozialdemokratische Politikerinnen und Politiker. Neben wirtschaftlichen Schädigungen war insbesondere diese Gruppe von den Gewaltakten der Nationalsozialisten betroffen. Strafprozesse und Inhaftierungen, die oftmals mit einer „Vorbereitung zum Hochverrat“ begründet wurden, bedeuteten für Politikerinnen und Politiker wie Eva Steinschneider, Wilhelm Knothe und Bruno Schade zeitweise Gefängnishaft in Kasseler Strafanstalten, darunter das dortige Gerichtsgefängnis sowie das Zuchthaus Kassel-Wehlheiden.<sup>120</sup> Schade wurde zudem nach Buchenwald deportiert. Der CDU-Stadtverordnete Ludwig Florian war mehrere Monate in dem Berliner Gefängnis Columbia-Haus inhaftiert.<sup>121</sup>

Insbesondere bei weiblichen Stadtverordneten lassen sich familiäre Verbindungen mit politisch oder „rassisch“ Verfolgten feststellen. Die kommunistische Politikerin Lina Albrecht

---

<sup>118</sup> ISG, PA Georg Treser, 75.143-75.145, hier 75.144, Vorhandenes Material über den Stadtsekretär Georg Treser, Bl. 306. Das Dokument listet sämtliche Mitgliedschaften auf, die den Nationalsozialisten über Treser vermittelt wurden.

<sup>119</sup> ISG, PA Fritz Winterling-Emden, 73. 938, Politische Verfehlung des Fritz Winterling-Emden, Bl. 151, Strafsache gegen Schlosser Fritz Winterling-Emden, Bl. 153/54, Abgangsschein Bl. 157, Entziehung des Treudienstehrenzeichens, Bl. 166.

<sup>120</sup> Die Haftstrafen sind insbesondere Gegenstand der Entschädigungsakten.

<sup>121</sup> ISG, PA Ludwig Florian, 110.864, Lebenslauf S. 2, Bl. 14.

war die Tochter des Sozialdemokraten Julius Krohn, der ebenfalls unter den Repressalien der Nationalsozialisten litt; Eva Höhn wiederum war die Ehefrau des verfolgten Kommunisten Wilhelm Höhn. Else Epsteins jüdischer Ehemann war bereits verstorben, als sie infolge von Denunziationen zunächst verhaftet und dann deportiert wurde.<sup>122</sup>

Für weitere Studien sind politische Netzwerke zu untersuchen. Paul Kirchhof agierte bis zu seiner Verhaftung ebenso wie Wilhelm Knothe im sozialistischen Untergrund. Eine detaillierte Auswertung der Entschädigungs- und Häftlingsakten im Hessischen Hauptstaatsarchiv sowie im Bundesarchiv könnte dazu beitragen, Gruppenbiografien zu erstellen und das Wirken der betreffenden Personen nach 1945 zu untersuchen.

„Rassische“ Verfolgungen konnten nur in wenigen Biografien der Untersuchungsgruppe I identifiziert werden. Der Gewerkschaftssekretär Hermann Salomon wurde als Jude und Sozialdemokrat verfolgt sowie seiner wirtschaftlichen Grundlage beraubt. Er blieb zwölf Jahre lang erwerbslos, wurde schließlich nach Theresienstadt deportiert und erfuhr schwere Misshandlungen.<sup>123</sup> Der Rechtsanwalt und Notar Kurt Meyer, Sohn eines jüdischen Vaters, bezeichnete sich in seinem Entschädigungsantrag als „Halbarier“ und gab an, vor allem wirtschaftliche Einbußen erlitten zu haben.<sup>124</sup>

Die Entschädigungsakten berichten immer wieder von Leiderfahrungen. Auch Bermejós Portrait des Stadtverordneten Karl Klee zeigt, dass dieser bei seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager auf ein Gewicht von knapp über 40 Kilo abgemagert war.<sup>125</sup> Die Magistratsakten beziehen sich auch auf Kuraufenthalte von Verfolgten, so zum Beispiel auf den des Stadtverordnetenvorstehers Hermann Schaub, der in der NS-Zeit mehrfach inhaftiert wurde.<sup>126</sup>

Für weitere Forschungsprojekte sollten auch Korrespondenzen mit Betreuungsstellen für „rassisch“ Verfolgte sowie die Beteiligung ehemals Verfolgter am Wiederaufbau des jüdischen Gemeindelebens in Frankfurt berücksichtigt werden. Zudem ist der Architekt Max Kemper zu nennen, der maßgeblich an der Wiedererrichtung der Westendsynagoge in Frankfurt mitwirkte oder der in den 1960er Jahren amtierende Bürgermeister Rudolf Menzer, der ein Mitglied der Kommission zur Geschichte Frankfurter Juden war.

---

<sup>122</sup> Vgl. Bermejo, Die Opfer der Diktatur, S. 105 f.

<sup>123</sup> HHStAW, 518, 5158 (Hermann Salomon), Antrag, Bl. 1 (Rückseite), Bl. 43, Bescheid vom 13.8.1953, Bl. 82.

<sup>124</sup> HHStAW, 518, 903 (Kurt Meyer), Schreiben vom 14.1.1950, Bl. 15.

<sup>125</sup> Bermejo, Die Opfer der Diktatur, S. 186.

<sup>126</sup> ISG, Magistratsakte, 4.325, Schreiben an das Ministerium für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte vom 21.6.1948, Bl. 29.

### 3.5 Wehrmachtseinsätze

In Anbetracht des älteren Personenkreises, der in den ersten drei Wahlperioden ein Stadtverordnetenmandat ausübte, ist die Anzahl der Mandatsträger mit Wehrmachtzugehörigkeit in diesem Zeitraum niedriger als die späterer Legislaturperioden. Die Militäreinsätze werden in den Quellen zumeist hinsichtlich der Länge des Einsatzes, des Dienstgrades sowie in wenigen Fällen auch des Einsatzortes spezifiziert.

Hervorzuheben sind vier Stadtverordnete, zu denen personenbezogene Akten im Militärarchiv Freiburg liegen. Hierbei handelt es sich um Friedrich Otto Boltze, Hans Schmorl, Günther Grosser und Dieter Fertsch-Röver.<sup>127</sup> Grosser und Fertsch-Röver waren als Angehörige der Geburtenjahrgänge 1917 bzw. 1924 zum Zeitpunkt ihres Wehrmachtseinsatzes sehr jung. Friedrich Otto Boltze schloss sich bereits 1934 der Reichswehr an. Zuletzt diente er als Oberstleutnant. Im Jahr 1945 geriet er bei der Übernahme eines Regiments in englische Gefangenschaft.<sup>128</sup> Seine Dienstränge sowie die langjährige Tätigkeit in der Reichswehr bzw. Wehrmacht, die Boltzes Personalakte zu entnehmen sind, deuten auf ein interessantes Fallbeispiel hin. Auffallend ist sein frühzeitiger Austritt aus der NSDAP im Jahr 1934, der seiner Militärkarriere offensichtlich nicht abträglich war.<sup>129</sup>

Die Dauer des Wehrmachtseinsatzes von drei Stadtverordneten geht aus Entschädigungs- und Einstellungsanträgen hervor. Während Polizeivizepräsident Ludwig Florian sich regelrecht darüber empörte, zusätzliche Angaben zu seinem Fronteinsatz machen zu müssen und dies als eine Geringschätzung ehemaliger Soldaten verstand, thematisierte das Entschädigungsverfahren des Ingenieurs Robert Gockenbach seine Entlassung aus der Wehrmacht. Zeugen bestätigten, dass Gockenbach 1941 wegen „Wehrkraftzersetzung“ und Landesverrats vor dem Reichskriegsgericht angeklagt sowie aus der Wehrmacht entlassen worden sei. Bis zur Verkündung des Urteils sei er in Untersuchungshaft gewesen. Aus Gockenbachs eigenen Angaben geht hervor, dass er im Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis in Berlin einsaß. Sein Wehrpass ist der Akte beigelegt.<sup>130</sup>

Die Akte eines Stadtverordneten, der aus archivrechtlichen Gründen (Schutzfrist) hier nicht namentlich genannt werden darf, offenbart ebenfalls ein Wehrmachtsverfahren, das sich

---

<sup>127</sup> Signaturen zu den Beständen befinden sich im Anhang in Tabelle III A, Aktenbestände.

<sup>128</sup> ISG, PA Friedrich Otto Boltze, 15.794, Lebenslauf, Bl. 7.

<sup>129</sup> Falter, NSDAP-Mitglied, S. 28 f.

<sup>130</sup> ISG, PA Ludwig Florian, 110.864, Aktennotiz, Bl. 14a.; HHStAW, 518, 54372 (Robert Gockenbach), Bescheinigungen Bl. 2, 7-8, und Auskunft vom 4.4.1951, Bl. 12.

indirekt auf die berufliche Karriere des Stadtverordneten auswirkte. Die Schutzfrist und die damit verbundene Auflage ermöglichen jedoch keine weiteren Angaben.

Bei drei Stadtverordneten konnte die Zugehörigkeit zum „Strafbataillon 999“ festgestellt werden. Die auch als Bewährungsbataillone bekannten Strafeinheiten verpflichteten „bedingt wehrwürdige“ sowie politisch Verfolgte und als kriminell verurteilte Männer zu Zwangseinsätzen.<sup>131</sup> Der Journalist und spätere Leiter der Pressestelle des Polizeipräsidiums Benno Halberstadt wurde von 1944 bis 1945 als Sanitäter verpflichtet und geriet 1945 in russische Kriegsgefangenschaft. Nähere Informationen, außer einer Erkrankung sowie Aufenthaltsorten können aus seiner Personalakte nicht gewonnen werden. Auch Paul Kirchhof und der Journalist Richard Kettner wurden zu der sogenannten Bewährungseinheit zwangsverpflichtet.<sup>132</sup>

Einige der Stadtverordneten machen spezifische Angaben zu ihrer Kriegsgefangenschaft. Fritz Geißler beispielsweise gehörte während seiner amerikanischen Gefangenschaft einem Komitee von Kriegsgefangenen an.<sup>133</sup>

Die genannten Fälle demonstrieren, dass eine weitere Auseinandersetzung mit der militärischen Vergangenheit der Stadtverordneten neue Forschungsperspektiven eröffnen kann.

#### **4. Biografische Fallbeispiele: Vielschichtige und widersprüchliche NS-Belastungen**

##### **4.1 NS-Beteiligung und Reintegration in der Nachkriegszeit: Walter Ried**

Walter Ried trat der NSDAP am 1. Mai 1933 bei. Im Hessischen Hauptstaatsarchiv liegen zwei Akten vor: Eine Personalakte des Reichsjustizministeriums mit der Laufzeit 1941 bis 1944 sowie eine nach 1945 datierte Personalakte, die die Jahre bis zum Ende seiner Karriere umfasst.

Insbesondere die erste Personalakte zeugt von einem ideologischen Einverständnis des Juristen mit dem NS-Regime. Gutachten aus den 1940er Jahren attestierten ihm ein engagiertes Arbeitsverhalten sowie eine erfolgreiche militärische Karriere. Politisch wurde er als „unbedingt zuverlässig“ beschrieben.<sup>134</sup> Ried war über die Parteimitgliedschaft hinaus

---

<sup>131</sup> S. dazu Michael Hensle, Bewährungsbataillon 999, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 397-398.

<sup>132</sup> ISG, PA Benno Halberstadt, 112.320, Lebenslauf, Bl. 14, Nachruf, Bl. 62; ISG, S2 Paul Kirchhof, 1.456, „Krautfahrer im Omnibus und kraftvoller Politiker im Untergrund“, o.BI; HHStAW, 520/11, 346 610 (Meldebogen Richard Kettner).

<sup>133</sup> ISG, PA Fritz Geißler, 16.451, Zertifikat, Bl. 14, Schreiben vom 10.7.1946, Bl. 38.

<sup>134</sup> HHStAW, 505, 4872, Wiederernennung des Dr. Walter Ried zum Rechtsreferendar, Bl. 8. Vermerk zu politischer Zuverlässigkeit in „Gesamtbeurteilung“, Bl. 41, S. 4.

Mitglied im NS-Rechtswahrerbund, dem Reichskolonialbund und in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt. Er war zudem seit 1933 Mitglied der SA sowie seit 1939 als V-Mann im Sicherheitsdienst der SS tätig.<sup>135</sup>

Da Ried nicht in Frankfurt, sondern in Deggendorf entnazifiziert wurde, liegt in seiner Personalakte für die Zeit nach 1945 lediglich die Abschrift seines Spruchkammerverfahrens vor. Darin werden weder seine SS- bzw. SA-Mitgliedschaft noch seine Zugehörigkeit zum Reichskolonialbund oder zur Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt erwähnt.<sup>136</sup>

Herauszufinden, welche Rolle Ried als sogenannter Vertrauensmann im Sicherheitsdienst der SS, dem eng mit der Gestapo verbundenen Nachrichtendienst der NSDAP, genau übernahm, bleibt zukünftigen Untersuchungen vorbehalten.<sup>137</sup>

Der spätere Stadtverordnete Ried wurde letztlich entlastet, da er angab, der NSDAP lediglich nominell und zur Fortführung seines Studiums zwangsweise angehört zu haben.

Insbesondere ein Akt widerständischen Verhaltens während seines Wehrmachtseinsatzes bei der Marine wurde als entlastender Faktor betrachtet.<sup>138</sup> Auffällig ist in seinen Bewerbungen nach 1945, dass er sich oftmals auf seinen Spruchkammerbescheid berief. Allem Anschein nach wirkte sich die Einstufung in die Kategorie 5 der Spruchkammern positiv auf seine Karriere aus.<sup>139</sup> Ried wies zudem auf den jüdischen Rechtsanwalt hin, der der Deggendorfer Spruchkammer vorgestanden hatte, und schien somit dem Urteil eine besondere Bedeutung beimessen zu wollen.<sup>140</sup>

Die Gutachten zeigen, dass Rieds militärische Karriere und seine juristische Laufbahn parallel verliefen.<sup>141</sup> Er erhielt unter anderem das Eiserne Kreuz 1. und 2. Klasse und befand sich seit 1934 als Reservist im Dienst der Kriegsmarine. Zudem wurde er als Lehrender in eine Torpedoschule nach Flensburg abkommandiert. Nach 1945 trat Walter Ried zunächst als Politiker der Deutschen Partei in Erscheinung, wechselte jedoch später in die Freie Volkspartei. In dem im Institut für Stadtgeschichte aufbewahrten Nachlass des Widerstandsforschers Theodor Häbich, der sich vor allem mit der Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten beschäftigte, befinden sich in einer von Häbich angelegten Pressesammlung auch Artikel zu Frankfurter Persönlichkeiten. Aus einem Artikel

---

<sup>135</sup> HHStAW, 505, 4872, Personalbogen, Bl. 1. Ried erwähnte seine SA-Mitgliedschaft nur einmal an dieser Stelle.

<sup>136</sup> HHStAW, 505, 4873, Spruch vom 17.7.1946, Bl. 4.

<sup>137</sup> Vgl. Ludwig Eiber, Verfolgung, in: Benz/Graml (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, S. 275-295, hier S. 275.

<sup>138</sup> HHStAW, 505, 4873, Spruch vom 17.7.1946, Bl. 4.

<sup>139</sup> Vgl. Klein, NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger, S. 28; s. auch HHStAW, 505, 4873, Schreiben vom 19.2.1948, Bl. 23.

<sup>140</sup> HHStAW, 505, 4873, Bl. 23.

<sup>141</sup> HHStAW, 505, 4872, Zulassung des Gerichtsreferendars Walter Ried zur Kriegsteilnehmerprüfung, Bl. 29-31, Wiederernennung, Bl. 9.

dieser Sammlung geht hervor, dass Ried in den 1950er Jahren mit einer handgreiflichen Auseinandersetzung, die in keiner Relation zur NS-Zeit steht, in einem Gerichtssaal Aufmerksamkeit erregte. Der Presseauschnitt ist jedoch unter anderem mit den handgeschriebenen Worten „Neonazismus in Ffm“ und der Untertitelung „Krebs u. Ried“ beschriftet. Eventuell könnte der Nachlass weitere Informationen bieten.<sup>142</sup>

Für den Fall Walter Ried kann aufgrund der vorliegenden Informationen eine Identifikation mit der Ideologie der Nationalsozialisten angenommen werden, die aber seine weitere berufliche Karriere in Frankfurt nicht beeinflusste. Zwar fand Ried zunächst keine Anstellung. Dies wurde jedoch damit begründet, dass er seit 1928 nicht mehr im hessischen Justizdienst tätig war.<sup>143</sup> So attestierte ein Schreiben der Anwaltskammer, dass bezüglich der Wiedereinstellung des Juristen in Frankfurt am Main keine Bedenken bestehen.<sup>144</sup> Anhand seines Fallbeispiels wird deutlich, wie wertvoll Aktenbestände aus der NS-Zeit selbst sind. Insbesondere bei erst nach 1945 in die Stadt gezogenen Stadtverordneten kann die Ermittlung des Entnazifizierungsorts sowie weiterer Unterlagen dazu beitragen, genauere Angaben zu den Biografien zu erhalten. Im Fall der beiden Politiker Wilhelm Knothe und Paul Kirchhof spielte das Entnazifizierungsverfahren zunächst keine große Rolle. Knothe und Kirchhof wurden aufgrund der Angaben in ihren Meldebögen zunächst als nicht betroffen eingestuft und sind für ihre Opposition zum NS-Regime hinreichend bekannt. Die Anschuldigungen der Gestapo-Beamten Ludwig Datz und Heinrich Baab führten jedoch zu weiteren Untersuchungen.

#### **4.2 Politische Verfolgung und Gestapo: Paul Kirchhof und Wilhelm Knothe**

Paul Kirchhof gehörte zu dem bereits erwähnten großen Kreis an Mitarbeitern der Stadt Frankfurt, die 1933 wegen ihrer „politischen Unzuverlässigkeit“ entlassen worden waren. Zuvor hatte er als Kraftfahrer bei der Straßenbahn gearbeitet. Nach zweijähriger Arbeitslosigkeit in den Jahren 1933 bis 1935 wurde er wegen der „Vorbereitung eines Hochverrats“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Kirchhof stellt in mehrfacher Hinsicht ein interessantes Fallbeispiel dar. In seinem Lebenslauf datierte er seinen Beitritt zur SPD auf das Jahr 1920.<sup>145</sup> Zu Beginn des NS-Regimes war er an der Verbreitung einer illegalen sozialistischen Zeitschrift beteiligt. In der Nachkriegszeit trat Kirchhof als Kritiker personeller, nationalsozialistischer Kontinuitäten auf und fungierte unter anderem als Vorsitzender einer

---

<sup>142</sup> O.A., Dem Prozeßgegner ins Gesicht geschlagen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 25.4.1954 (die Endziffer 4 ist schwer lesbar), archiviert in: ISG, Nachlass Theodor Häbich S1 98, 57 (31), o.Bi.

<sup>143</sup> HHStAW, 505, 4873, Schreiben vom 30.10.1947, Bl. 9.

<sup>144</sup> HHStAW, 505, 4873, Schreiben vom 2.7.1958 (Anwaltskammer), Bl. 45.

<sup>145</sup> ISG, PA Paul Kirchhof, 74.275, Lebenslauf, Bl. 9 (Rückseite).

Spruchkammer. Sein früher Tod 1953 hatte Folgen: Wegen der Trauerrede des Stadtverordnetenvorstehers Hermann Schaub fühlte sich die Deutsche Partei angegriffen. Daraus entwickelte sich eine politische Affäre.<sup>146</sup>

Der Meldebogen des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden enthält keine Angaben über Mitgliedschaften in NS-Organisationen. Die Einstufung Kirchhofs in die Kategorie 6 „nicht betroffen“ erscheint daher nicht verwunderlich. Anlass zu einem Verfahren bot jedoch die Aussage des einstigen Frankfurter Gestapo-Beamten Heinrich Baab. Baab gab an, Kirchhof habe Mitarbeiter der Vereinigten Deutschen Metallwerke Hedderheim für ihn bespitzelt. Kirchhof, der zugab, von der Gestapo kontaktiert worden zu sein, bestritt eine Tätigkeit als V-Mann und erklärte, sich mit allen Mitteln dagegen gewehrt zu haben.<sup>147</sup> Kirchhof wurde durch ein nicht namentlich gekennzeichnetes Schreiben einer Nähe zum Nationalsozialismus beschuldigt. Vermutlich stammte dieses aus der Feder eines Gestapo-Beamten wie Datz oder Baab.<sup>148</sup>

Die belastenden Aussagen ehemaliger Gestapo-Beamter sind besonders kritisch zu lesen. Insbesondere Baabs Versuch, Namen von V-Männern öffentlich zu machen, bestätigt dies. In einer diesbezüglich von Baab erstellten Liste tauchte auch der sozialdemokratische Kommunal- und Landespolitiker Wilhelm Knothe auf. Während bei Kirchhof lediglich Baabs Anschuldigungen im Raum standen und das Verfahren nach kurzer Zeit eingestellt wurde, entwickelte sich Knothes Fall zu einer öffentlichen Angelegenheit.

Interessant ist, dass Knothe namentlich auch in anderen Spruchkammerverfahren erwähnt wurde. So wurden weitere Verfahren detailliert in die Vorermittlungen zu seiner Person einbezogen. Ludwig Datz, Knothes Kontaktperson bei der Gestapo, hatte sich beispielsweise erhofft, in Wilhelm Knothe einen Entlastungszeugen zu finden.<sup>149</sup> Er bezeichnete seine Beziehung zu Knothe als freundschaftlich. Knothe habe ihm unter anderem regelmäßig Präsentkörbe zugesandt. Zudem habe Knothe ihm zwei Lichtbilder sowie einen Lebenslauf zur Verfügung gestellt und eine Kritik zu dem Film „Ich klage an“ verfasst. Datz beschrieb diese Vorgänge als Aufnahme in die V-Mann-Kartei der Gestapo. Bei ihrer ersten Begegnung 1942 habe er Knothe belastendes Material über ihn und seine Familie vorgelegt.<sup>150</sup> Knothe hatte zuvor ähnlich wie Kirchhof illegal in den Diensten der SPD agiert,

---

<sup>146</sup> DP gegen Rede Schaub's bei Trauerfeier für Kirchhof, in: Abendpost, 10.3.1953, archiviert in: ISG, S2 Paul Kirchhof, 1.456.

<sup>147</sup> HHStAW, 520/11, 12797/2 (Paul Kirchhof), Erklärung des früheren Gestapo-Beamten Heinrich Baab, o.Bl., Erklärung Paul Kirchhof vom 28.3.1950, o.Bl., Heinrich Baab, Schreiben vom 10.5.1950, o.Bl.

<sup>148</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Paul Kirchhof, o.Bl.

<sup>149</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Auszug aus dem Spruchkammerverfahren gegen Ludwig Datz, Bl. 56.

<sup>150</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll gegen Heinz Matensers, Bl. 52.

weswegen er zu einer mehr als zweijährigen Zuchthausstrafe aufgrund der „Fortführung verbotener Organisationen“ und der „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt wurde. Bei einer erneuten Verhaftung am 21. August 1944 im Zuge der „Aktion Gitter“, einer systematischen Verhaftungsaktion von Oppositionellen infolge des Attentats auf Hitler am 20. Juli, habe er sich laut Datz auf seine Tätigkeit als V-Mann berufen.<sup>151</sup>

Knothe widersprach diesen Vorwürfen und beteuerte, niemals Gestapo-V-Mann gewesen zu sein. Jedoch räumte er den Kontakt zu Datz ein und gab zu, durch diesen vermutlich der Deportation entgangen zu sein. Knothe erklärte, sein Verhältnis zu Datz für seine Widerstandshandlungen genutzt zu haben. So bestätigte er, dem Gestapo-Beamten Lebensmittelpakete gesendet zu haben, diese aber als Tarnung dienten. Knothe äußerte sich mehrfach zu der Angelegenheit. So enthält seine Entnazifizierungsakte eine Rede an seine Parteigenossen und einen Auszug aus seinem Manuskript „Im Dschungel der Illegalität“. Er betonte unter anderem, sich nicht rechtfertigen zu müssen und tat es scheinbar doch mehrfach.<sup>152</sup>

Die Untersuchungen zu Knothe wurden unter Berücksichtigung ähnlicher Fälle und namentlicher Erwähnungen letztlich mit dem Ergebnis abgeschlossen, dass kein weiterer Ermittlungsbedarf bestehen würde. Knothes Akte enthält zudem ein Gutachten, das die Zweifelhaftigkeit der Aussagen von Gestapo-Beamten sowie die besonderen Umstände von Kooperationen mit der Gestapo in Notsituationen betont. Datz räumte zu Beginn der 1950er Jahre ein, dass Knothe nicht den formalen Rang eines V-Mannes besessen habe.<sup>153</sup>

Zu ermitteln, inwiefern Knothe tatsächlich von seinem Kontakt zu dem Gestapo-Beamten profitiert hat, dessen Aussagen immer auch unter Berücksichtigung seiner Enttäuschung über Knothes Weigerung, als Entlastungszeuge aufzutreten, zu lesen sind, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Interessant ist zudem bei Wilhelm Knothe die Rolle seines Mandats. So wurde bei den Vorermittlungen zu Knothe thematisiert, ob seine Parteizugehörigkeit und somit sein Status

---

<sup>151</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Auszug, Bl. 14-15. S. zu Knothes Tätigkeiten: HHStAW, 518, 78793, Politischer Lebenslauf, Bl. 5.

<sup>152</sup> HHStAW 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Auszug aus dem Verhandlungsprotokoll vom 5.2.1947, Bl. 59, s. auch der Abschlussbericht über die am 5.9.1949 angeordnete Vorermittlung in Sachen Willy Knothe, S. 2, o.Bl., s. insbesondere auch Willy Knothe, Frankfurt am Main, 17. September 1947, „Werte Genossen!“, o.Bl.

<sup>153</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Schreiben vom 12.3.1950, Bl. 69-71. S. hierzu auch den der Akte beigefügten Bericht von Rudolf Eims in der *Frankfurter Rundschau*, der die ungerechte Behandlung von Antifaschisten anklagte: „Postschließfach Krüger“. Sekt für den Frankfurter Gestapo-Chef. V-Männer vor der Spruchkammer, o.Bl.; Ebd., Vorladung Ludwig Datz, Schreiben vom 6.3.1951, Bl. 80.

als Politiker dazu beigetragen haben, dass zuvor nicht gegen ihn ermittelt worden sei.<sup>154</sup> Genossen Politiker durch parteiinterne Netzwerke eine höhere Immunität? Oder wurde eine vermeintliche nationalsozialistische Belastung gezielt dazu verwendet, um Politikerinnen und Politiker zu diskreditieren?<sup>155</sup>

Die Frage nach politischer Immunität wurde auch explizit im Fall der Gefängnisaufseherin Elisabeth Wetzel formuliert, der im Folgenden ausführlich thematisiert wird.

#### **4.3 Weibliche Gewalt? Die Rolle der Gefängnisaufseherin Elisabeth Wetzel**

Elisabeth Wetzel war seit 1939 im Polizeidienst tätig. Sie wurde zunächst als Sanitätshelferin dienstverpflichtet und arbeitete seit 1941 als Aufseherin im Frankfurter Polizeigefängnis. Im Jahr 1946 erhielt sie ein Stadtverordnetenmandat. Wetzel war bereits vor 1933 Mitglied der SPD gewesen und hatte während des NS der Deutschen Arbeitsfront angehört.

Anlässlich ihrer Kandidatur richtete sich eine ehemalige politisch und „rassisch“ verfolgte Insassin des Gefängnisses, Anni Hamann, in einem Brief an den SPD-Vorsitzenden Wilhelm Knothe und äußerte starke Bedenken wegen Wetzels Vergangenheit. So beklagte sie, dass Wetzel Gewalt gegen Gefängnisinsassinnen angewendet habe und ihre politische Stellung im öffentlichen Leben daher nicht tragbar sei. Da Knothe ihren Brief nicht beantwortete, richtete Hamann eine Anfrage an Minister Gottlob Binder. Wetzel war nach dessen Angaben vom Befreiungsministerium überprüft worden, habe sich in ihrer Funktion als Aufseherin angemessen verhalten und sich insbesondere für politische Häftlinge eingesetzt.<sup>156</sup>

Das Spruchkammerverfahren sowie die Personalakte der Stadtverordneten offenbaren mehrfache Anschuldigungen gegen Wetzel. So wurden ihr insbesondere die Misshandlung „rassisch“ verfolgter Frauen sowie antisemitische Beleidigungen vorgeworfen. Mehrere Zeuginnen sagten gegen Wetzel aus. Betont wurde Wetzels antisemitische Einstellung, die sich in Aussagen wie „Das Judenpack, das soll verrecken...“ sowie Drohungen und Beleidigungen geäußert haben soll. So habe Wetzel die Inhaftierten als „Judenmensch“, „Judenweib“ und „Drecksau“ bezeichnet. Zudem wurde ihr der Entzug von Lebensmitteln

---

<sup>154</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), Abschlussbericht über die am 5.9.1949 angeordnete Vorermittlung in Sachen Willy Knothe, o.BI.

<sup>155</sup> HHStAW, 520/11, 13954/2 (Wilhelm Knothe), s. hierzu z.B. das Schreiben der Gemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten Hessen-Süd an die Redaktion der *Deutschen Woche* vom 5.9.1949, Bl. 22-26.

<sup>156</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Vernehmung, Bl. 7-8, Stadtverordnete Frau Elisabeth Wetzel, Bl. 9.

vorgeworfen.<sup>157</sup> Die Anschuldigungen führten zunächst dazu, dass sie als Beisitzerin einer Spruchkammer abgesetzt werden sollte.

Im weiteren Verfahren wurde Wetzel zunächst in die Kategorie „belastet“ eingestuft, dann jedoch mehrfach entlastet. Insbesondere die Unterbringung einer jüdischen Frau in ihrer Privatwohnung sowie Aussagen ihrer sozialdemokratischen Parteigenossen entlasteten die Stadtverordnete. So wurde explizit auf ihre sozialdemokratische Familie sowie ihr eigenes Engagement für die Partei verwiesen.<sup>158</sup>

Nachdem Wetzel zunächst zu den Aussagen der Zeuginnen Stellung bezogen hatte, räumte sie die Verwendung des antisemitischen Vokabulars ein und begründete dies damit, die Frauen lediglich geschützt haben zu wollen. Ihr Verhalten habe demzufolge als Tarnung gedient.<sup>159</sup> Für Wetzel wurde daraufhin unter Berücksichtigung der Entlastungszeugen zunächst eine Einordnung in die Kategorien „minderbelastet“ sowie im weiteren Verlauf des Verfahrens „Mitläufer“ beantragt. Unter anderem hatte sie sich dem Vorwurf ausgesetzt gesehen, einer Inhaftierten, die nach Auschwitz deportiert worden war, zuvor versprochen zu haben, das Gefängnis verlassen zu können.<sup>160</sup>

Die Verteidigung der Angeklagten plädierte darauf, dass Wetzel keine Nationalsozialistin gewesen sei, sondern im Sinne ihrer sozialdemokratischen Genossen gehandelt und ihnen damit das Leben gerettet habe. Weitere entlastende Aussagen attestierten Wetzel die gerechte Behandlung der Inhaftierten. Da sie zudem ein geringes Einkommen bezog, fiel die Stadtverordnete letztlich unter die Weihnachtsamnestie.<sup>161</sup>

Das Verfahren war damit zwar abgeschlossen, nicht aber die Anschuldigungen gegen sie. Am 8. April 1948 übermittelte die Vereinigung der politisch, religiös und rassistisch Verfolgten eine weitere Aussage der Zeugin Johanna Hornig. Diese hob die rassistischen Beleidigungen der Stadtverordneten hervor und unterstellte ihr, ihre politische Tätigkeit in der SPD als Tarnung zu verwenden.<sup>162</sup> In Wetzels Personalakte ist zwölf Jahre später (1960) eine erneute Anschuldigung gegen sie wegen körperlicher Misshandlungen vermerkt. Die Jüdische Gemeinde Frankfurt verwarf jedoch eine Anklage, da Wetzels Fall bereits im Spruchkammerverfahren behandelt worden und die Verjährungsfrist abgelaufen war. Der Fall wurde in der Fürsorgeabteilung der Straßenbahn, bei der Wetzel seit 1948 beschäftigt

---

<sup>157</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Vernehmung Paula Simon, Bl. 11, Aktennotiz: Betr. Besuch bei Frau Kettner, Bl. 24.

<sup>158</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), In der Spruchkammersache Elisabeth Wetzel, geb. Stumpf, Bl. 55.

<sup>159</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Protokoll, Bl. 98.

<sup>160</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Protokoll, Bl. 101.

<sup>161</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Spruch, Bl. 105.

<sup>162</sup> HHStAW, 520/11, 9465/2/3 (Elisabeth Wetzel), Schreiben vom 8.4.1948, Bl. 106.

war, thematisiert und für erledigt befunden, da die positiven Aussagen der Entlastungszeugen die Anschuldigungen überwogen hätten.<sup>163</sup>

Die Recherche zur Stadtverordneten Elisabeth Wetzel vermittelt ein ambivalentes Bild. Elke Schüllers Untersuchung *Frau sein heißt politisch sein* berücksichtigt Elisabeth Wetzel in einer kurzen Abhandlung. Hierbei verweist sie auf Wetzels Unterstützung der Gefangenen und stützt diese mit der Zeugenaussage des KPD-Politikers Emil Schmidt, der ebenfalls Stadtverordneter war. Dieser bezog sich auf seine Frau, Lotte Schmidt, die Tochter der im NS-Regime hingerichteten Johanna Kirchner. Wetzel habe Mutter und Tochter im Gefängnis eine Kontaktmöglichkeit vermittelt.<sup>164</sup> Schüller verweist zudem auf Barbara Brombergers Einstufung der Stadtverordneten als Widerstandskämpferin. Dies korreliert mit den entlastenden Aussagen des Spruchkammerverfahrens.<sup>165</sup> Oftmals betonten Zeugen den ohnehin barschen Charakter der Stadtverordneten und plädierten dafür, ihre Handlungen auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.<sup>166</sup>

Die über das Verfahren hinaus andauernden Anschuldigungen implizieren, dass Wetzels Verhalten in der NS-Zeit ehemals inhaftierte Frauen nachhaltig geprägt hat. Ohne ihr Vorgehen hier genau benennen zu können, verdeutlichen die Aussagen und insbesondere die Umstände des Verfahrens, dass spätere Stadtverordnete im Zuge ihrer Tätigkeit während des NS auch zu Zeugen von Gewalt und Zwangsarbeit geworden waren. Neben Wetzel gilt dies auch für den KPD-Stadtverordneten Johann Kraus, der in der Zeit des Nationalsozialismus in seiner Funktion als Hausmeister zugleich als Verwalter des Fremdarbeiterlagers der Ada-Ada-Schuhfabrik in Frankfurt-Höchst fungierte. Ihre eigene Beteiligung an gewalttätigen Handlungen, die beiden in ihren Spruchkammerverfahren vorgeworfen wurde, ist noch genau zu überprüfen.

Auch Kraus, dem die Misshandlung sowjetischer Fremdarbeiterinnen und insbesondere die eines kleinen Kindes vorgeworfen worden war, konnte mithilfe zahlreicher Entlastungszeugen seine Unschuld glaubhaft machen.<sup>167</sup> Dennoch zeigte sein Verfahren die widrigen Bedingungen, unter denen die sowjetischen Fremdarbeiterinnen und insbesondere ihre Kinder in der Schuhfabrik arbeiteten und lebten. So stellte der Mediziner Dr. Schneeweiß, der die Kinder im Lager untersuchte, deren schlechten gesundheitlichen

---

<sup>163</sup> ISG, PA Elisabeth Wetzel, 136.351, Sozialinspektorin Elisabeth Wetzel, Beschwerde der Marianne Marx, o.Bl., S. 1-2.

<sup>164</sup> S. dazu Hanna Eckhardt: Elisabeth „Else“ Wetzel, in: Dieter Eckhardt (Hrsg.), *Frankfurter AWO-Frauen in den Jahren des Neubeginns. Nach dem Ende von Krieg und NS-Regime*, Frankfurt am Main 2006, S. 35-36, archiviert in: ISG, S2 Elisabeth Wetzel, 10.490.

<sup>165</sup> Schüller: „Frau sein heißt politisch sein“, S. 99. Hier der Verweis auf Barbara Bromberger, *Arbeiterwiderstand*, S. 363, s. auch dies., *Nieder mit Hitler!*, S. 290.

<sup>166</sup> S. Eckhardt, Elisabeth „Else“ Wetzel.

<sup>167</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Kraus, Johann, Spruch vom 24.3.1947, o.Bl.

Zustand fest.<sup>168</sup> Ausgangspunkt des Verfahrens war der Tod eines kleinen Mädchens, das an „Lebens- und Kreislaufschwäche“ verstorben war.<sup>169</sup>

Das Fallbeispiel Elisabeth Wetzels wirft mehrere Fragen für künftige Untersuchungen auf: Welche Rolle spielte die Gewalt von Frauen in dem Frankfurter Polizeigefängnis? Zeichneten Gefängnisaufseherinnen für Deportationen verantwortlich? Besonders auffällig ist im Fall Wetzels die Verbindung der Vorwürfe mit ihrem politischen Mandat. Diese zeigen, dass die Erwartungshaltung an eine Stadtverordnete als Trägerin eines neuen, demokratischen Systems hoch war. Zudem implizieren sie den Wunsch nach der Beendigung personeller Kontinuitäten. Diese sollten sorgfältig überprüft werden. Auch könnte die Untersuchung diesbezüglich auf die Lebensläufe von Opfern und Klägern ausgeweitet werden.

Die bisherigen Ergebnisse verdeutlichen bereits das breite Spektrum der NS-Erfahrungen von Stadtverordneten und Bürgerratsmitgliedern, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit und zu Beginn der 1950er Jahre ein Mandat ausübten. Dieses wird im Folgenden um einen Personenkreis erweitert, der hauptsächlich nach 1956 amtierte und in vielen Fällen deutlich jünger war.

---

<sup>168</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Kraus, Johann, Protokoll vom 24.3.1947 (Rückseite).

<sup>169</sup> HHStAW, 520/11, A-Z, Kraus, Johann, Bl. 58, Totenschein.

## **Zweiter Teil des Berichts: Untersuchungsgruppe II (Schwerpunkt 4. – 6. Wahlperiode)**

**Percy Herrmann, M.A.**

### **Einführung: Untersuchungsgruppe II**

Im Mittelpunkt dieses Teils der Studie stehen die Stadtverordneten der zweiten Untersuchungsgruppe.

Es geht im Folgenden um diese Fragen:

Welche Stadtverordneten beteiligten sich am NS-Regime? Wer war Mitglied in der NSDAP oder einer ihrer angeschlossenen Organisationen und wie sind die Mitgliedschaften zu deuten? Durch das offene Untersuchungsfeld wurden auch Fragen in andere Richtungen möglich: Wer leistete Widerstand gegen den Terror der Nationalsozialisten? Wer wurde zum Ziel des Regimes und wer litt unter der Verfolgung durch die nationalsozialistische Diktatur? Welche Rolle spielten die Stadtverordneten schließlich während des Zweiten Weltkrieges? Was wurde nach dem Ende des Nazi-Regimes aus Tätern und Opfern und wie wurde im Nachkriegsdeutschland mit der NS-Vergangenheit umgegangen?

Dieser Teil des Berichts gliedert sich in fünf Abschnitte. Zunächst werden kurz der Recherchevorgang skizziert und das Personensample vorgestellt, anschließend werden die Ergebnisse hinsichtlich der NS-Belastungen und NSDAP-Mitgliedschaften der Stadtverordneten ausgewertet (Kapitel 2). Im Anschluss daran wird die Rolle von Oppositionellen, Widerständlern und Verfolgten des NS-Staates thematisiert (Kapitel 3), die Beteiligung von Stadtverordneten am Zweiten Weltkrieg (Kapitel 4) dargestellt und schließlich der gesellschaftliche und individuelle Umgang mit der NS-Geschichte nach Ende des Nationalsozialismus (Kapitel 5) untersucht.

#### **1. Die Stadtverordneten**

Bei den Personen der Untersuchungsgruppe II handelt sich um 162 Stadtverordnete, die überwiegend in der vierten bis zur sechsten Legislaturperiode (1956-1968) ein Mandat innehatten oder bereits zuvor Stadtverordnete gewesen waren, also über beide hier untersuchten Zeitabschnitte hinweg politisch aktiv waren.

##### **1.1 Rechercheverlauf zur Untersuchungsgruppe II**

Parallel zur Untersuchungsgruppe I wurden für die Recherche drei Archive ausgewählt: Das Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main, das Hessische Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden und das ehemalige Berlin Document Center im Bundesarchiv in Berlin.

Im ISG Frankfurt liegen die geschlossenen Personalakten aller städtischen Angestellten in einem Außenmagazin. Die Personalakten sind über ein Karteikartenregister verzeichnet. Nachdem vor allem die Geburtsdaten erfasst worden waren, konnten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ISG die Liste der Stadtverordneten mit dem Karteikartenregister abgleichen.<sup>1</sup> Von den 162 Stadtverordneten befanden sich mindestens 66 in einem Angestelltenverhältnis zur Stadt.<sup>2</sup> Dabei handelt es sich um eine relativ große Zahl. Gründe dafür können gewesen sein, dass sich Beamte für ihre politische Tätigkeit freistellen lassen konnten. Einige der Fraktionsgeschäftsführer waren beurlaubte Beamte. Sie waren dadurch in der Lage, ihre berufliche Tätigkeit ruhen zu lassen und sich die Zeit als Fraktionsangestellte als Dienstzeit anrechnen zu lassen. Nach vollendeter Amtszeit konnten sie wieder in ihre alten Stellen wechseln.

Erst zum Ende der 1960er Jahre war es hauptamtlich angestellten Beamten durch eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung verboten, gleichzeitig gewählte Abgeordnete und städtische Bedienstete zu sein. Durch die Unvereinbarkeit von Mandat und Amt ist zu erklären, dass 1968 eine große Anzahl an Mandatsträgerinnen und -trägern die Stadtverordnetenversammlung verließ.

Bei einigen Personalakten (PA) handelt es sich lediglich um Vergütungsakten (VA) für ehrenamtliche Stadträte und Stadtälteste. Diese Akten sind generell von geringem Umfang und enthalten oftmals keinen Personalbogen, aus dem biografische Daten entnommen werden können.

Im Hessischen Hauptstaatsarchiv wurden hauptsächlich zwei Archivbestände herangezogen. Die Abteilung 520 umfasst die Meldebögen und die Akten der deutschen Spruchkammerverfahren in Hessen. Es handelt sich bei diesem Bestand im Grunde um die Dokumentation der Entnazifizierung in Hessen ab 1945. Theoretisch müsste die betreffende Abteilung 520/11 alle Bewohner Frankfurts im Zeitraum von 1945 bis 1948 umfassen. In der Abteilung 518 finden sich dagegen die Anträge auf Entschädigungen für Opfer der Nationalsozialisten. Die Auswertung beider Bestände versprach einen Einblick in die Tätigkeiten und Beteiligungen der einzelnen Stadtverordneten in der Zeit zwischen 1933 und 1945. Da die Entschädigungsakten bereits in einem Online-Katalog verzeichnet sind, konnte diese Recherche schnell abgeschlossen werden. Die Meldebögen und Spruchkammerakten waren jedoch zu einem großen Teil noch nicht eingetragen. Aufgrund der Größe des zu

---

<sup>1</sup> An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Mitarbeiter des ISG, allen voran Herrn Bott, Frau Handrich, Herrn Kaltwasser und Frau Kuhr.

<sup>2</sup> Aufgrund der Archivgesetzgebung waren einige Akten zunächst nicht einsehbar. Dazu zählten neun Personalakten, da die betreffenden Personen entweder noch lebten oder erst vor kurzer Zeit verstorben waren. Über eine Schutzfristenverkürzung konnte eine Einsicht in die entsprechenden Akten erlangt werden.

untersuchenden Personenkreises erlaubte das Hauptstaatsarchiv eine eigenständige Recherche im Archiv.<sup>3</sup>

Die Meldebögen und Spruchkammerakten sind in einem Karteikartenregister verzeichnet. Die Karteikarten waren wiederum alphabetisch sortiert. Zu jedem Namen ließen sich dutzende Karteikarten finden. Nur über Geburtsort und -datum konnte eine Person eindeutig identifiziert werden. Auf der Karteikarte befinden sich die Signatur der Akte und ein Verweis auf die Einstufung der Person im Hinblick auf ihren Belastungsgrad. Diese beiden Verweise ermöglichten es, die Akte auszuheben. Die Recherche war mit 97 ermittelten Meldebögen oder Spruchkammerakten schließlich äußerst erfolgreich.

Zuletzt wurden die Bestände des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde gesichtet. Darunter befanden sich vor allem die beiden NSDAP-Mitgliederkarteien, die Gau- und die Zentralkartei. Die Karteikarten sind digitalisiert und vor Ort einsehbar. Auf den Karteikarten ist nicht nur das Eintrittsdatum in die Partei verzeichnet, sondern auch das Datum der Antragstellung. Die Aussagekraft und Bedeutung der Mitgliederkartei werden im nächsten Kapitel ausführlicher behandelt.

## **1.2 Ergebnisse der Datenerhebung**

Die Datenerhebung ergab folgendes Ergebnis: Unter den 162 Stadtverordneten der Untersuchungsgruppe II befanden sich 24 Frauen. 49 Personen gehörten der CDU an. Zwei Personen, Hermann Lotterer und Oskar Beetz, wechselten 1953 von der DP in die SPD. Letzterer gehörten 90 Stadtverordnete an. Neben Lotterer und Beetz trat 1963 der CDU-Stadtverordnete Heinrich Schultheis zur SPD über. 19 Stadtverordnete gehörten der FDP an, zu denen 1964 die DP-Stadtverordnete Annemarie Harring stieß. Ulrich Keitel verließ 1967 die FDP und schloss sich der CDU-Fraktion an. Eine Liste aller in dieser Untersuchungsgruppe behandelten Stadtverordneten ist diesem Bericht angehängt (Anlage I B).

Wie bereits deutlich geworden ist, befanden sich unter den Stadtverordneten herausragende Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens. Es zeigte sich, dass mit Frolinde Balsler, Friedrich Freiwald, Brigitte Freyh, Helmut Link und Wolfgang Mischnick auch fünf ehemalige Bundestagsabgeordnete unter den Stadtverordneten waren. Mit Walter Möller und Rudi Arndt umfasst die Studie zudem zwei ehemalige Oberbürgermeister Frankfurts. Weitere Stadtverordnete mit hohen politischen Ämtern waren Manfred David, zwischen 1967 und 1987 Bürgermeister in Mannheim, Hermann-Josef Kreling, zwischen 1980 und 1989

---

<sup>3</sup> An dieser Stelle einen herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauptstaatsarchivs, allen voran Frau Dr. Schmidt.

Direktor des Umlandverbands Frankfurt und Hugo Lietzow, von 1958 bis 1976 Bürgermeister der Gemeinde Schwalbach im Taunus.

Mit Heinrich Ditter, Heinrich Kraft und Hans-Werner Schneider sind auch die Leiter von drei öffentlichen Einrichtungen unter den Stadtverordneten. Ditter war von 1964 bis zu seiner Pensionierung 1966 Leiter der Landesprüfstelle Hessen. Heinrich Kraft war ab 1952 zwölf Jahre lang Direktor der Landesversicherungsanstalt Hessen und übte zwischen 1960 und 1971 das Amt des Stadtverordnetenvorstehers aus. Hans-Werner Schneider leitete ab 1964 das Finanzamt in Höchst. Aus dem Bereich der Medizin lassen sich Max Flesch-Thebesius, ab 1945 Direktor der Chirurgischen Klinik am Städtischen Krankenhaus Höchst, und Fritz Hoffmann, Direktor des Gesundheitsamtes Frankfurt von 1965 bis 1972, finden.

Mit Peter Juling und Friedrich-Franz Sackenheim sind hingegen zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich der Presse und Journalistik zu finden. Juling leitete zwischen 1977 und 1991 die Redaktion der Zeitschrift *Das Parlament* der Bundeszentrale für politische Bildung. Sackenheim machte Karriere beim Hessischen Rundfunk. Von 1971 bis 1991 war er Hörfunk-Chefredakteur. Auch Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wirtschaft befanden sich unter den Stadtverordneten. Gottfried Michelmann war von 1954 bis 1980 Direktor der Deutschen Bank Filiale in Frankfurt. Heinrich Nöll leitete von 1936 bis 1952 die Löwenbrauerei eGmbH und ab 1956 die Stadion GmbH. Ludwig Müller war von 1971 bis 1987 Direktor der Saalbau GmbH, während sich Herbert Wittrock zwischen 1958 und 1976 als Direktor sehr um das internationale Ansehen der Frankfurter Messe bemüht hatte.

Die Dauer der Mandate variiert stark. Obwohl die meisten Stadtverordneten ihr Amt für mindestens eine Legislaturperiode ausübten, gab es auch Mandatsträger mit kürzeren Amtszeiten. Dies betraf vor allem Nachrücker im Laufe einer Legislaturperiode, die in der folgenden Wahl kein neues Mandat erringen konnten. So erlangte zum Beispiel Dr. Helmut Dobinsky am 26. April 1967 als Nachrücker für die FDP ein Mandat als Stadtverordneter, wurde jedoch bei der Kommunalwahl am 31. Oktober 1968 nicht wiedergewählt. Andere dagegen, wie Ulrich Keitel oder Hermann-Josef Kreling, hatten über 30 Jahre ein Mandat im Römer inne.

Schließlich ließen sich einige markante Unterschiede in den beiden Untersuchungsgruppen feststellen. Zunächst unterschieden sie sich in ihrer Altersstruktur. Aufgrund der späteren Wahlperioden (1956-1968) sind die Mitglieder der zweiten Untersuchungsgruppe im Durchschnitt jünger. Möchte man den individuellen Belastungsgrad von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern eruieren, gewinnt die Frage des Alters an Relevanz. Aus diesem Grund wird in diesem Teil des Berichts ausführlich auf die NS-Mitgliedschaften von Jugendlichen eingegangen. Vierzehn Stadtverordnete wurden zwischen 1928 und 1939 geboren und waren daher zu jung, um Mitglieder der NSDAP gewesen zu sein.

Es besteht die Möglichkeit, dass bis zu acht Stadtverordnete noch am Leben sind. Für Ernst Gerhardt (\*1921), Ruth Beckmann (\*1925), Ulrich Keitel (\*1929), Peter Juling (\*1931) und Hans-Jürgen Moog (\*1932) lassen sich anhand von Medienberichten Aktivitäten in den letzten fünf Jahren nachweisen. Auch Waldemar Kaulbach (\*1931), Werner Kirchherr (\*1936) und Werner Reinhardt (\*1939) leben vermutlich noch.

Die parteipolitische Vielfalt nahm nach dem Verbot der KPD 1956 und der Auflösung der Deutschen Partei 1952/53 deutlich ab. Zwischen 1956 und 1968 gab es mit der SPD, der CDU und der FDP lediglich drei Fraktionen im Römer.

Die Ergebnisse der Datenerhebung und Recherche dieser Studie werden im Folgenden systematisch ausgewertet und thematisch dargestellt. Sie lassen auf Lebensgeschichten von Opportunismus und Beteiligung am NS-Regime, von Widerstand und Leiderfahrung schließen. Die Biografien einiger ausgewählter Stadtverordneter werden skizziert, um als Exempel zu dienen.

## **2. NS-Belastung und Mitgliedschaften**

Die erste hier zu beantwortende Frage ist für die vorliegende Studie eine der wichtigsten: Welche Frankfurter Stadtverordneten waren nachweislich Mitglieder der NSDAP? Die Recherche zeigt, dass in den Wahlperioden 4 bis 6 in sämtlichen Römerfraktionen NSDAP-Mitglieder vertreten waren. Vor Beginn der Nachforschungen waren bereits die Mitgliedschaften von Rudi Arndt und Waltraut Boss-Rudelius bekannt. Insgesamt konnte für 36 Stadtverordnete eindeutig eine Mitgliedschaft in der NSDAP nachgewiesen werden.<sup>4</sup> Dies entspricht 22 Prozent der Stadtverordneten der Untersuchungsgruppe II. Eine vollständige Liste ist diesem Bericht angehängt (Anhang II B).

Berechnet wurde, wieviel Prozent die ehemaligen NSDAP-Mitglieder an der Gesamtzahl aller Stadtverordneten wie auch im Vergleich zur Gruppe der Stadtverordneten, die altersbedingt überhaupt infrage kommen, ausmachten. Von den insgesamt 104 Stadtverordneten, die während der vierten Legislaturperiode (1.11.1956 - 31.10.1960) ein Mandat innehatten, waren mindestens 18 ehemals Mitglieder der NSDAP. Dies entspricht etwa 17 Prozent der

---

<sup>4</sup> Unklarheiten gibt es über mögliche NSDAP-Mitgliedschaften der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Friedrich Wilhelm Freiwald (\*1911) und Brigitte Freyh (\*1924). Sie werden in einer Liste von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern im Deutschen Bundestag geführt, die von dem Historiker Helmut Gewalt zusammengetragen und im Internet veröffentlicht wurde. Es gibt bei Freyh jedoch Unregelmäßigkeiten in Bezug auf Geburtsdatum, Geburtsort und Schreibweise des Nachnamens. Ähnliche Unregelmäßigkeiten finden sich bei Freiwald. Da für beide Abgeordnete keine Mitgliedschaft über die Mitgliederkartei nachgewiesen werden konnte, werden sie im vorliegenden Projektbericht nicht als ehemalige NSDAP-Mitglieder geführt. Die von Helmut Gewalt erstellte Liste findet sich hier: <<http://www.niqolas.de/bredel/news/mdb.pdf>> [11.11.2020].

Stadtverordneten. Für 19 der insgesamt 96 Mitglieder der fünften Legislaturperiode (1.11.1960 - 31.10.1964) konnte eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden. Der Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern stieg demnach auf knapp 20 Prozent. In der sechsten Legislaturperiode (1.11.1964 - 31.10.1968) wurden für 20 der 99 Stadtverordneten NSDAP-Mitgliedschaften festgestellt. Damit erreichte der prozentuale Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der sechsten Wahlperiode mit 20,2 Prozent seinen bisherigen Höchststand. Werden nun diejenigen Stadtverordneten aus der Untersuchungsgruppe II entfernt, die aufgrund ihres Alters zu jung für eine Mitgliedschaft in der NSDAP waren, so ergibt sich für die vierte Legislaturperiode ein Anteil von 18 Prozent, für die fünfte ein Anteil von 21,3 Prozent und für die sechste Legislaturperiode ein Anteil von 23 Prozent.

Aufgrund des Ausscheidens vieler belasteter Stadtverordneter nach der sechsten Wahlperiode kann davon ausgegangen werden, dass der prozentuale Anteil in der Zeit danach wieder gesunken ist. Dennoch finden sich mit Rudi Arndt, Friedrich Franz Sackenheim, Hans Schönberger und Paul Stein ehemalige Mitglieder der NSDAP, die teilweise bis in die zehnte Legislaturperiode (1.4.1981 - 31.3.1985) im Römer saßen. Weitere Ergebnisse für spätere Legislaturperioden konnten jedoch nicht erzielt werden. Hierzu bedürfte es der Untersuchung der Neuzugänge ab der siebten Legislaturperiode und ihrer NS-Belastung. Es lässt sich jedoch feststellen, dass die prozentuale Entwicklung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder an der Gesamtzahl der Stadtverordneten, die zum Ende der 1950er Jahre einen stetigen Anstieg erfuhr, einem Trend entspricht, der sich auch in anderen Studien zur Nachkriegspolitik abzeichnet. Mit dem Höchststand von 23 Prozent in der sechsten Legislaturperiode befindet sich die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung unterhalb des Höchststandes des Hessischen Landtages (35 Prozent).<sup>5</sup>

Was bedeuten diese Ergebnisse nun für die einzelnen Parteien? Die oben skizzierte Verteilung der Stadtverordneten auf die Fraktionen zeigt deutlich, dass die FDP-Fraktion, verglichen mit der Gesamtzahl der ehemaligen Stadtverordneten, den höchsten Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besaß, nämlich 35 Prozent. Von den 20 ehemaligen FDP-Stadtverordneten waren mindestens sieben Mitglieder der NSDAP gewesen. Bei der SPD belief sich dieser Wert auf 24,7 Prozent (23 von 93). Deutlich an letzter Stelle befindet sich die CDU-Fraktion mit 12,2 Prozent (6 von 49).

---

<sup>5</sup> S. Albrecht Kirschner, Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, hrsg. vom Hessischen Landtag, Wiesbaden 2014, S. 30.

Betrachtet man diese Ergebnisse unter Ausschluss der nach 1927 geborenen Stadtverordneten, ändern sich die Zahlen für die SPD (26,7 Prozent) und die CDU (15 Prozent) nur gering. Für die FDP erhöht sich der Prozentsatz jedoch auf 41,1 Prozent.

## 2.1 Frühe NS-Mitglieder

Zunächst sollte geklärt werden, wie man Parteimitglied der NSDAP wurde und welche Bedeutung dem Beitrittsdatum zuzumessen ist. Parteigenosse konnte zunächst jeder „Volksgenosse“ werden, der einen freiwillig unterzeichneten Aufnahmeantrag beim Ortsgruppenleiter seines Wohnortes abgab. Über die gesamte Dauer des NS-Staates blieb die Freiwilligkeit des Aufnahmeantrags bestehen. Jeder Antragsteller musste einen eigenständig unterzeichneten Antrag einreichen. Die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft änderten sich jedoch mehrmals.<sup>6</sup>

Die erste Zäsur datiert vom Frühjahr 1933. Nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, strömten tausende Deutsche in die NSDAP. Um dieser Masse an Neumitgliedern Herr zu werden, verhängte die Partei bereits im April 1933 einen ersten Aufnahmestopp. Schon zu diesem Zeitpunkt konnten anhand des Beitrittsdatums drei Gruppen grob unterschieden werden. Zu den „Alten Kämpfern“ zählten diejenigen Parteianhänger, die eine Mitgliedsnummer unter 100.000 führten. Diejenigen, die eine Mitgliedsnummer über 100.000 besaßen, aber noch vor dem 30. Januar 1933 beigetreten waren, galten als „Alte Parteigenossen“. Die neuen Mitglieder, die zwischen der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem Aufnahmestopp im Frühjahr beigetreten waren, wurden von den älteren abschätzig als „Märzgefallene“ bezeichnet.<sup>7</sup> Im Januar 1937 wurde eine Lockerung der Mitgliedersperre für Antragsteller, die bestimmte Voraussetzungen erfüllten, verkündet. Im Mai 1939 wurde der Aufnahmestopp vorläufig vollständig aufgehoben. Das Ziel dahinter war, die Mitgliedschaft von etwa zehn Prozent der Bevölkerung zu erreichen, was schließlich auch verwirklicht wurde.

Am 2. Februar 1942 wurde eine neue Aufnahmesperre erlassen, die zunächst bis zum Ende des Krieges bestehen bleiben sollte.<sup>8</sup> Einzige Ausnahmen waren Übernahmen aus der Hitlerjugend und dem Bund Deutscher Mädel. Voraussetzung dafür waren vier Jahre

---

<sup>6</sup> S. dazu Armin Nolzen, Vom ‚Jugendgenossen‘ zum ‚Parteigenossen‘. Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse?, S. 123-150, hier S. 148.

<sup>7</sup> Juliane Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse?, S. 74-90, hier S. 74-75; Wolfgang Benz, Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: Ders. (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse?, S. 7-17, hier S. 7.

<sup>8</sup> S. dazu Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, S. 77-84; s. auch Benz, Die NSDAP und ihre Mitglieder, S. 17.

Mitgliedschaft in der Jugendorganisation und ein freiwilliger Aufnahmeantrag. Diese Bedingungen blieben bis zum Ende bestehen.<sup>9</sup> Das Beitrittsdatum liefert wichtige Informationen über die Parteimitgliedschaft der betreffenden Person.

Sechs Stadtverordnete waren bereits NSDAP-Mitglieder, bevor Hitler im Januar 1933 Reichskanzler wurde. Sie gehören damit zu den „Alten Parteigenossen“ und hoben sich durch ihren frühen Beitritt von der Masse ab, die im Laufe des Jahres 1933 in die NSDAP eintrat. Hans Werner Schneider (\*1908) wurde am 1. Juni 1930 in die Partei aufgenommen. Ihm folgten am 1. Dezember 1930 Wilhelm Pfeiffer (\*1907) und am 1. Mai 1931 Werner Müller (\*1912). Schließlich wurden am 1. August 1932 Wilhelm Finger (\*1903), Karl Uffelmann (\*1903) und Walter Leistritz (\*1910) gleichzeitig zu Parteigenossen. Betont sei, dass aus einem frühen Parteibeitritt nicht automatisch ein höherer Belastungsgrad abgelesen werden kann. Um ein differenziertes Bild zu erlangen, ist es notwendig, sich jede Person einzeln anzuschauen.

So konnte festgestellt werden, dass nur Finger und Leistritz bis zum Ende des NS-Regimes in der NSDAP geblieben sind. Pfeiffer und Schneider traten bereits 1931 und 1932 wieder aus. Müller wurde am 1. März 1933 aus der Mitgliederkartei gestrichen, trat jedoch am 1. Mai 1937 erneut bei. Hans Werner Schneider gab an, 1931 aus Überzeugung in die NSDAP eingetreten zu sein. Er sei in einer Arbeitersiedlung in schlechten sozialen Verhältnissen aufgewachsen und habe mit dem Versprechen der NSDAP auf Verbesserung der sozialen Not sympathisiert. Er habe sich einige Monate danach wieder von der Partei abgewandt. Als Grund nannte er die „zum Kriege führende Politik der Bewegung“, die er nicht unterstützen könne. Er habe daraufhin seine Beitragszahlungen eingestellt und sei aus diesem Grund aus der NSDAP ausgeschlossen worden. 1937 habe er für sein berufliches Fortkommen erneut eine Mitgliedschaft beantragt, die jedoch aufgrund seines vorherigen Ausschlusses nicht genehmigt worden sei. Bereits 1934 wurde Schneider Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes und 1937 ebenfalls Mitglied im Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB).<sup>10</sup> Schneiders Ausschluss im Juli 1932 konnte über die Mitgliederkartei der NSDAP bestätigt werden. Es zeigte sich auch, dass Schneider nicht erst 1931, sondern bereits am 1. Juni 1930 in die Partei aufgenommen worden war.<sup>11</sup>

Uffelmann trat am 11. März 1934 aus. Im September 1935 erreichte er eine neue Mitgliedschaft, wurde jedoch nach eigenen Angaben aufgrund seiner Weigerung, sich von

---

<sup>9</sup> Nolzen, Vom ‚Jugendgenossen‘ zum ‚Parteigenossen‘, S. 146-149.

<sup>10</sup> HHStAW, Abt. 520/22, Nr. 15.051, Spruchkammerakte Hans Werner Schneider, Ergänzende Angaben zum Fragebogen, 23.2.1946, Bl. 14.

<sup>11</sup> BArch R 9361-IX Kartei/38810315, Gaukartei, Kasten 3881, Karte 315; BArch R 9361-VIII Kartei/20320624, Zentralkartei, Kasten 2032, Karte 624.

seiner „nicht-arischen“ Ehefrau scheiden zu lassen, am 30. Oktober 1939 aus der Partei ausgeschlossen.<sup>12</sup> Das Datum und der Vermerk „Entlassen“ auf Uffelmanns Karte in der Mitgliederkartei stützen diese Angaben.<sup>13</sup> Die Spruchkammer stellte 1947 fest, dass Uffelmann seine Mitgliedschaft benutzt hatte, um im Rahmen seiner Tätigkeit als Diakon im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie aktiv zu werden.<sup>14</sup>

Werner Müller lebte nach dem Krieg in Dresden, kam erst 1961 nach Frankfurt und arbeitete dort zunächst bei der Stadtverwaltung. Daher existiert im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden für ihn weder ein Meldebogen noch eine Spruchkammerakte. Zum Zeitpunkt von Müllers Einstellung war die Frage nach einer ehemaligen NSDAP-Mitgliedschaft bereits aus den Personalfragebögen gestrichen worden.<sup>15</sup> Auch ließen sich keine Selbstangaben zu seiner NS-Vergangenheit ausfindig machen.

Zu Pfeiffers Beweggründen für den Eintritt in die NSDAP und den sehr bald folgenden Austritt können ebenfalls keine Angaben gemacht werden. Ein Meldebogen oder ein Spruchkammerverfahren gegen ihn ließen sich nicht finden. Aus den Personalakten Pfeiffers wird jedoch ersichtlich, dass er in seinen Personalfragebögen zur Einstellung seine ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft stets verschwiegen hatte.<sup>16</sup>

Die Quellenlage zu Finger und Leistritz erwies sich als sehr unterschiedlich. Über Walter Leistritz ist nur bekannt, dass er am 22. Mai 1910 im niederschlesischen Glatz geboren wurde. Nach dem Krieg war er bis zu seinem Tod 1963 als Obermedizinalrat bei der Landesversicherungsanstalt Hessen angestellt.

Für Finger ist nachgewiesen, dass er seine Parteimitgliedschaft benutzt hatte, um sich berufliche Vorteile zu verschaffen. Bereits sehr früh übernahm er Parteifunktionen. Schon im Herbst 1933 war Finger Schulungs- und Hilfsredner und auch Zellenwart der NSDAP in Frankfurt-Unterliederbach. Für den NS-Lehrerbund war Finger als „Amtswalter“, einer niedrigen politischen Leitungsfunktion, tätig.<sup>17</sup> In der Folgezeit stieg er zum

---

<sup>12</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Karl Uffelmann an das Großhessische Staatsministerium, Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung, Spruchkammer Frankfurt, Betreff: Ergänzung zum Fragebogen des Karl Uffelmann, 29.9.1946, unpaginiert.

<sup>13</sup> BArch R 9361-VIII Kartei/23580022, Zentralkartei, Kasten 2358, Karte 22; BArch R 9361-IX Kartei/45391229, Gaukartei, Kasten 4539, Karte 1229.

<sup>14</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Großhessisches Ministerium für politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, 131. Spruchkammer, Az. F/187.492, Sitzung vom 21.1.1947, unpaginiert.

<sup>15</sup> ISG, Sig. 50.433, Personalakte Werner Müller, Personalfragebogen I für Einstellungen, 4.4.1961, Bl. 3; ISG, Sig. 50.433, Personalakte Werner Müller, Personalfragebogen II für Einstellungen, 22.6.1960, Bl. 4.

<sup>16</sup> ISG, Sig. 119.015, Personalakte Willy Pfeiffer, Fragebogen, 1.10.1945, unpaginiert; ISG, Sig. 55.842, Personalakte Willy Pfeiffer, Personalfragebogen, 30.5.1946, Bl. 3-4.

<sup>17</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, NSDAP-Ortsgruppe Frankfurt-Unterliederbach an die NSDAP Kreis Gross Frankfurt, Kreispropagandaleiter, ohne Betreff, 9.10.1933, Bl. 3; HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, NSDAP

Gaufachgruppenleiter im NS-Lehrerbund auf und übernahm zusätzlich das Amt eines Kommissars zur Gründung von Ortsgruppen im Main-Taunus-Kreis.<sup>18</sup>

## 2.2 Jugendliche NS-Mitglieder

Die individuellen Belastungsgrade müssen ebenfalls bei den sehr späten Parteibeitritten von jungen Antragstellern berücksichtigt werden. Da ab Februar 1942 nur noch Übernahmen aus der HJ und dem BDM möglich waren, lohnt es sich, die Mitgliedschaften dieser Jugendlichen ebenfalls gesondert zu behandeln.

Die Altersbeschränkungen für einen Parteieintritt wurden für das Jahr 1944 auf das vollendete 17. Lebensjahr herabgesetzt, sodass zuletzt auch Jungen und Mädchen aus dem Jahrgang 1927 in die NSDAP aufgenommen wurden. Die NS-Belastung der jugendlichen Mitglieder der Jahre 1943 und 1944 ist sicherlich am schwersten zu bestimmen. Auf der einen Seite muss die Frage gestellt werden, ab wann eine Person ein politisches Bewusstsein erlangt und ihr ihre Entscheidungen vollumfänglich anzurechnen sind. Auf der anderen Seite hatten diese Jugendlichen in der HJ und dem BDM mindestens vier Jahre nationalsozialistische Erziehungspropaganda durchlebt und verinnerlicht.

Zu dieser Gruppe der HJ- und BDM-Übernahmen können vermutlich acht ehemalige Stadtverordnete gezählt werden. Zwei davon traten der NSDAP im Laufe des Jahres 1943 bei: Hugo Lietzow (\*1925) am 20. April 1943 und Klaus Dörrbecker (\*1925) am 1. November 1943.<sup>19</sup> Die anderen sechs wurden am 20. April 1944 gleichzeitig aufgenommen: Friedrich Franz Sackenheim (\*1924), Manfred David (\*1926), Adalbert Sigulla (\*1926), Ingeborg Tausend (\*1926), Rudi Arndt (\*1927) und Heinz Tokarski (\*1927).

Die Jugendlichen, die in den letzten beiden Kriegsjahren zur NSDAP gekommen waren, gaben später oft an, keine Kenntnis über eine Mitgliedschaft zu haben. Einige erklärten, nach ihrer Entlassung aus der HJ oder dem BDM automatisch in die NSDAP überführt worden zu sein. Eine automatische Übernahme von ganzen Jahrgängen der HJ oder dem BDM hat es jedoch nie gegeben. Tatsächlich wurden die Aufnahmebedingungen für die HJ- und BDM-Übernahmen im Laufe des Krieges heruntergeschraubt und die aktive Werbung für den Parteieintritt unter den Jugendlichen wurde zunehmend aggressiver. Zu beachten sind daher

---

Ortsgruppe Frankfurt-Untertliederbach an den Ortsgruppenleiter der NSDAP, Frankfurt-Schwanheim, ohne Betreff, 11.7.1933, Bl. 21.

<sup>18</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Grosshessisches Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung, Kammer Frankfurt, Az. 201.164, Protokoll der öffentlichen Sitzung am 30.11.1948, unpaginiert.

<sup>19</sup> Lietzow und Dörrbecker fielen vermutlich unter eine besondere Aufnahmeregelung für Wehrmatsangehörige, die bereits aus der HJ entlassen worden waren. S. Nolzen, Vom ‚Jugendgenossen‘ zum ‚Parteigenossen‘, S. 140-141.

auch die äußeren Umstände. Schwer nachzuvollziehen ist der externe Druck, der auf die Angehörigen der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel ausgeübt wurde, Parteimitglieder zu werden. Mit der Vorgabe einer Soll-Quote für die Übernahmen in die NSDAP wurde Druck auf die verantwortlichen HJ-Führer und BDM-Führerinnen ausgeübt, den diese an die potenziellen Kandidaten weitergaben. Es gab jedoch weder eine Pflicht, diese Quote zu erfüllen, noch die Möglichkeit, Bewerber ohne deren Kenntnis in Sammelanmeldungen aufzulisten.<sup>20</sup>

In Anbetracht der aktuellen Forschungslage kann also gesagt werden, dass eine automatische Übernahme oder eine Übernahme ohne Kenntnis der Betroffenen sehr unwahrscheinlich ist.<sup>21</sup> Für späte Mitgliedschaften ist jedoch nicht auszuschließen, dass den Antragstellerinnen und Antragstellern im beginnenden Zerfallsprozess des Deutschen Reiches keine Mitgliedskarten mehr zugestellt worden waren. Den betreffenden Personen war daher oftmals nicht bewusst, dass sie tatsächlich als Mitglieder in die NSDAP übernommen worden waren.

Sehr zu bezweifeln sind daher Angaben wie die des späteren FDP-Stadtverordneten Paul Stein (\*1920), er sei am 1. September 1938 nur „durch Überweisung aus der HJ, ohne eigenen Aufnahmeantrag“<sup>22</sup> in die NSDAP aufgenommen worden. Da es keine automatische Übernahme gab, ist auch zu klären, warum Stein in der Folge versuchte, seinen Parteibeitritt mit wirtschaftlicher Not zu verteidigen. Hätte es eine automatische Übernahme gegeben, wäre eine Verteidigung obsolet gewesen.<sup>23</sup>

Wie die erwähnten acht Stadtverordneten zu ihrer kurzzeitigen NSDAP-Mitgliedschaft standen, ist schwer zu bestimmen. Zu Lietzow, Sigulla und Tokarski konnten keine Meldebögen gefunden werden. Es ist demnach nicht möglich zu sagen, ob sie ihre Mitgliedschaft verschwiegen hatten oder behaupteten, nichts von ihr gewusst zu haben. Alle anderen gaben an, keine Mitglieder der NSDAP gewesen zu sein. Diese Angaben wurden von der Spruchkammer auch nicht überprüft. Rudi Arndts Mitgliedschaft blieb bis zur Veröffentlichung der Studie Klauschs zum Hessischen Landtag 2011 unentdeckt.<sup>24</sup>

### **2.3 Weitere NS-Mitgliedschaften**

Um den Rahmen der Studie nicht zu sprengen, können hier nicht alle ehemaligen NSDAP-Mitglieder ausführlich beschrieben werden. Drei weitere Biografien seien aber skizziert, die

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 147-150.

<sup>21</sup> Ebd., S. 146-147.

<sup>22</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 10.855/1, Spruchkammerakte Paul Stein, Meldebogen, 20.4.1946, Bl. 1.

<sup>23</sup> Ebd.

<sup>24</sup> S. Klausch, Braunes Erbe, S. 7.

einen Umgang mit dem eigenen Parteieintritt zeigen, der zwischen Verleugnung, Opportunismus und Selbstschutz zu verorten ist.

Walter Kugel wurde am 5. Dezember 1917 in Frankfurt geboren. Mit 17 Jahren begann er eine kaufmännische Lehre bei der IG-Farbenindustrie. Nachdem er von 1932 bis 1935 Mitglied der Hitlerjugend gewesen war, wurde er zum 1. Januar 1936 Mitglied der NSDAP. In seinem Meldebogen gab Kugel an, lediglich Parteianwärter gewesen zu sein. In einer ergänzenden Stellungnahme behauptete er jedoch, von der HJ in die NSDAP überwiesen worden zu sein und diese bereits 1938 wieder verlassen zu haben.<sup>25</sup> Den Status des Parteianwärters gab es allerdings erst ab dem 1. Mai 1937.<sup>26</sup> Kugel konnte ihn zur Zeit seines Beitritts 1936 demnach nicht besessen haben. Unregelmäßigkeiten gibt es ebenfalls beim angeblichen Austritt, der in der Mitgliederkartei nicht eingetragen ist. Da er bereits 1938 erfolgt sein soll, ist ausgeschlossen, dass Kriegswirren oder kriegsbedingte Kommunikationsschwierigkeiten einen Eintrag verhindert haben.<sup>27</sup> Bei der Behauptung vom Parteiaustritt handelt es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Versuch, die eigene Bereitschaft, den Nationalsozialismus zu unterstützen, zu marginalisieren.

Karl Engel, 1897 geboren, war zwischen 1928 und 1933 Funktionär für die SPD in Hailer. Nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, sei er nach eigener Darstellung im März 1933 nach Frankfurt strafversetzt worden. Aufgrund der erlittenen Repressionen habe er sich 1938 aus Selbsterhaltungsgründen entschieden, in die NSDAP einzutreten.<sup>28</sup> In der Mitgliederkartei wird Engel bereits ab dem 1. Mai 1937 als Mitglied geführt. Bemerkenswert ist jedoch der Umstand, dass sein Aufnahmeantrag, obwohl er ehemaliger sozialdemokratischer Funktionär war, nicht abgelehnt worden war. Worin dieser Sachverhalt begründet liegt, konnte nicht ermittelt werden. Es lässt sich jedoch feststellen, dass in Engels Stellungnahmen nach dem Krieg die Hinweise auf seine ausgebliebenen Beförderungen in der Zeit vor 1938 zentral waren.<sup>29</sup> Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Engel aus Gründen des beruflichen Fortkommens einen Parteieintritt beantragt hatte. Solange dieser Sachverhalt nicht näher untersucht werden kann, muss eine abschließende Bewertung offenbleiben.<sup>30</sup>

---

<sup>25</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.910/1, Spruchkammerakte Walter Kugel, Meldebogen, 20.4.1946, Bl. 1.

<sup>26</sup> S. Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, S. 77-78.

<sup>27</sup> BArch R 9361-IX Kartei/24000048, Gaukartei, Kasten 2400, Karte 48.

<sup>28</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.149/2, Spruchkammerakte Karl Engel, Anlagebogen zu Abschnitt E des Fragebogens (Mitgliedschaften) des RS Karl Engel, 30.9.1945, Bl. 16.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.149/2, Spruchkammerakte Karl Engel, Karl Engel an den Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung, Spruchkammer Frankfurt am Main, Betreff: Einwendungen gem. Art. 34 des Gesetzes vom 5.3.1946 zur zugestellten Klageschrift vom 20.2.1947, 10.3.1947, unpaginiert.

Ähnlich schwer zu beurteilen ist die NSDAP-Mitgliedschaft Heinrich Nölls. 1900 in Anspach im Taunus geboren war er 1918 zunächst Mitglied der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, bevor er 1927 zur SPD wechselte. Dort übte Nöll hohe Funktionen aus und kandidierte sogar für den Preußischen Landtag.<sup>31</sup> Nach eigenen Angaben trat er der NSDAP im April 1942 bei. Demnach habe er dem Druck des NSDAP-Ortsgruppenvorstehers Frankfurt Südost, in die Partei einzutreten, lange Zeit standgehalten. Im Frühjahr 1942 sei ein Beauftragter der NSDAP-Ortsgruppe in sein Büro gekommen und habe ihn erneut aufgefordert, eine Beitrittserklärung zu unterzeichnen. Diesen Schritt habe er jedoch nur getan, um der bevorstehenden Schließung seiner Brauerei entgegenzuwirken. Im Rahmen der Erhebungen zur Rationalisierung der Wirtschaft habe der Löwenbrauerei, als kleinster Brauerei Frankfurts, die Schließung gedroht.<sup>32</sup>

Diese Darstellung wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Warum wollte die NSDAP-Ortsgruppe den sozialdemokratischen Brauereidirektor Nöll so vehement zum Beitritt gedrängt haben? Und wie konnte er zu einem Zeitpunkt NSDAP-Mitglied werden, zu dem bereits nur noch HJ- und BDM-Übernahmen erlaubt waren? Die Angaben auf Nölls Mitgliederkarteikarte in der Gaukartei der NSDAP können einen Hinweis darauf geben. Demnach hatte Nöll bereits am 18. Februar 1941 einen Antrag auf Parteimitgliedschaft gestellt.<sup>33</sup> Er wurde daraufhin am 1. April 1941, also ein Jahr früher als laut seinen im Spruchkammerverfahren gemachten Angaben, in die NSDAP aufgenommen. Auf diese Weise kann die Aufnahme in die Partei erklärt werden. Zu diesem Zeitpunkt war die Aufnahme von Mitgliedern noch nicht wieder beschränkt worden. Gleichzeitig fällt Nölls zeitliche Darstellung in sich zusammen. Da die Erhebungen zur Rationalisierung der Wirtschaft erst im Frühjahr 1942 begannen, konnte dies nicht der Auslöser für den Parteieintritt ein Jahr früher gewesen sein. Dutzende an eidesstattlichen Erklärungen von Mitarbeitern und Geschäftspartnern bestätigen jedoch, dass Nöll nur aus Gründen des Firmenerhalts der NSDAP beigetreten sei.<sup>34</sup> Die Erschließung solcher Abläufe und Zusammenhänge zeigt, wie stark der gesellschaftliche Konsens in der postnationalsozialistischen Gesellschaft war, die negativen Folgen der Entnazifizierung abzuwehren und zu diesem Zweck eng zusammenzuhalten.

---

<sup>31</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 10.096/2, Spruchkammerakte Heinrich Nöll, Heinrich Nöll an den Prüfungsausschuss des Herrn Oberbürgermeisters in Industrie- Handels- und Handwerkskammer, Betreff: Gesetz Nr. 8, Entnazifizierung der Wirtschaft, Politischer Fragebogen, 2.11.1945, Bl. 5/3.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> BArch R 9361-IX Kartei/30761409, Gaukartei, Kasten 3076, Karte 1409.

<sup>34</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 10.096/2, Spruchkammerakte Heinrich Nöll.

## 2.4 Beteiligung an Massenorganisationen

An die NSDAP waren weitere Organisationen oder fach- und berufsspezifische Verbände angegliedert. Mehr als zwei Drittel aller Deutschen waren in einer dieser NS-Einrichtungen organisiert.<sup>35</sup> Neben den Gliederungen der NSDAP existierten die „angeschlossenen Verbände“ und die „betreuten Organisationen“. Zu den Gliederungen zählten die parteieigenen Organisationen wie die SA, die SS, der Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK), die HJ, der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund (NSDDB), die NS-Frauenschaft und der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB). Als Gliederung der NSDAP besaßen diese keine eigene Kasse, sondern waren finanziell vom Reichsschatzmeister der NSDAP abhängig.<sup>36</sup>

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV), der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB), der NS-Rechtswahrerbund (NSRB), der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund und der Reichsbund der Deutschen Beamten (RDB) galten als „angeschlossene Verbände“ und waren theoretisch eigenständige Organisationen. Sie versuchten vor allem berufs- und fachspezifische Mitglieder zu organisieren. Davon ausgenommen waren die DAF und die NSV. Beide entwickelten sich zu den zahlenmäßig größten Organisationen im Deutschen Reich.<sup>37</sup> Bei den „betreuten Organisationen“ handelte es sich um kleinere Verbände, die in den Bereichen Mitglieder organisierten, die für die anderen Organisationen von geringerem Interesse waren. Dazu zählten unter anderem der Nationalsozialistische Reichsbund für Leibesübungen (NSRL), das NS-Fliegerkorps (NSFK) und der Reichskolonialbund.<sup>38</sup>

Die Mitgliedschaften in den Gliederungen der NSDAP oder deren angeschlossenen Verbänden konnten im Zuge der vorliegenden Studie gut erfasst werden. Da diese Organisationen nicht verboten worden waren und eine ehemalige Mitgliedschaft nicht sanktioniert wurde, gaben die meisten Deutschen ihre Zugehörigkeiten bereitwillig an. Anzugeben waren diese in den Personalfragebögen bei beruflichen Einstellungen oder in den Meldebögen. Hier handelt es sich um Eigenangaben der betreffenden Person, deren Glaubwürdigkeit stets kritisch zu betrachten ist. Bedenkt man, dass Personen sich in den allermeisten Fällen nicht selbst belasteten, also Zugehörigkeiten angaben, die nicht zuträfen, können die so erhobenen Daten als „Mindestbeteiligung“ betrachtet werden.

Insgesamt wurden zu 95 Personen Angaben aus Meldebögen, Spruchkammerverfahren oder Personalfragebögen ausgewertet. Es ließen sich Mitgliedschaften in beinahe allen

---

<sup>35</sup> Benz, Die NSDAP und ihre Mitglieder, S. 8.

<sup>36</sup> S. dazu Mario Wenzel, Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse?, S. 19-38, hier S. 21-31.

<sup>37</sup> Ebd., S. 32-37.

<sup>38</sup> Ebd., S. 37-38.

Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden der NSDAP feststellen. Die höchsten Mitgliedszahlen konnten der DAF mit 50 Mitgliedern (52,6 Prozent), gefolgt von der NSV mit 41 Mitgliedern (43,2 Prozent) zugeordnet werden. Danach finden sich 29 ehemalige Mitgliedschaften in den Jugendorganisationen des NS-Regimes (30,5 Prozent), 26 bei der HJ und drei beim BDM. Jeweils vier Mitgliedschaften konnten für den NS-Lehrerbund, den Reichsbund der Deutschen Beamten, die SA und den NS-Rechtswahrerbund festgestellt werden (4,2 Prozent).

Bei elf Personen wurde die Ausübung von Ämtern ermittelt. Walter Kugel, Klaus Dörrbecker, Anton Herold, Wolfgang Mischnick, Karl Hohmann und Friedrich Franz Sackenheim übten während ihrer Zeit in der HJ niedrige Führungspositionen aus. Franz Josef Mayer war zwischen 1935 und 1938 Rottenführer bei der SA, während Friedrich Ulrich dort als Rechtsberater arbeitete. Der Hauptlehrer Albert Limberger leitete die NSV-Ortsgruppe seines Wohnortes und war Film-Funk-Pressewart seiner NSKK-Ortsgruppe. Als ehrenamtlicher Rechtsberater für die NSV arbeitete von 1938 bis 1940 Gottfried Michelmann. Die Beteiligung Wilhelm Fingers an NS-Organisationen wurde bereits weiter oben dargestellt.

Die Mitgliedschaft und teilweise auch die Übernahme von Funktionen waren formal nicht belastend. Eine Häufung von Mitgliedschaften und Ämtern bezeugt jedoch ein gewisses Maß an Engagement für die Organisationen des NS-Staats. Dennoch sei einmal mehr darauf hingewiesen, dass die individuellen Umstände einer jeden Mitgliedschaft einzeln betrachtet werden müssen, um zu einem aussagekräftigen Gesamtbild zu kommen.

### **3. Oppositionelle, Widerstandskämpfer und Verfolgte**

Die Erfolgsgeschichte der Nationalsozialisten ab Januar 1933 ist gleichzeitig eines der leidvollsten Kapitel ihrer politischen Gegner. Der folgende Abschnitt behandelt diejenigen unter den Stadtverordneten, die nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten ihr bisheriges Leben nicht weiterleben konnten oder es auch nicht mehr wollten. Was geschah mit den politischen Gegnern des NS-Regimes? Welche Handlungsoptionen blieben ihnen? Welche späteren Stadtverordneten waren Leidtragende des Regimes und welche leisteten Widerstand?

#### **3.1 Die politische Opposition**

Aus ihrer neuen Machtposition heraus schalteten die Nationalsozialisten hintereinander Strukturen und Institutionen der KPD, SPD und freien Gewerkschaften aus, verhafteten führende Funktionäre oder zwangen sie in die Emigration. Diese Schicksale spiegeln sich in

den Lebensläufen der Stadtverordneten Hugo Dornheim, Gerhard Weck und Margot Tesch wider.

Die KPD wurde bereits zur Kommunalwahl in Frankfurt am 12. März 1933 nicht mehr zugelassen. Am 17. Juli 1933 wurden die Mandate der sozialdemokratischen Stadtverordneten für ungültig erklärt. Betroffen davon war unter anderem der 1896 geborene SPD-Kandidat Hugo Dornheim, der am 31. März 1933 als Stadtverordneter vereidigt worden war.<sup>39</sup> Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften verlor Dornheim seine Stelle als Sekretär beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Nach längerer Arbeitslosigkeit fand er 1938 eine neue Stelle als Modellschreiner. Als die Gestapo nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 im Rahmen der „Aktion Gitter“ ehemalige Gewerkschaftler und Politiker verhaftete, wurde Dornheim im August 1944 inhaftiert und im September ins Konzentrationslager Dachau transportiert. Noch am 26. April 1945 wurde er, bereits schwer krank, auf einen „Evakuierungsmarsch“ geschickt. Während des Marsches brach Dornheim jedoch zusammen und konnte nur durch die Hilfe anderer sozialdemokratischer Häftlinge das Lager Föhrenwald erreichen.

Genauso schwer traf es den 1913 in Werdau in Sachsen geborenen Sozialdemokraten Gerhard Weck. Bereits mit 14 Jahren wurde er Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend in seinem Heimatort. 1932 trat er der SPD und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bei und wurde ein Jahr später Referent für die Jugendarbeit des Reichsbanners in Westsachsen. Anfang Mai 1933 flohen sein Vater Kurt Weck, der Gausekretär des Reichsbanners in Sachsen, und seine Mutter in die Tschechoslowakei. Er versuchte nun, als Verbindungsmann zwischen der SPD in Sachsen und dem Exilvorstand der SPD in Prag zu fungieren. Als Gerhard Weck am 15. Juni 1933 von einem Besuch bei seinen Eltern zurückkehrte, wurde er verhaftet. Da man ihm die Verbindung zur Exil-SPD nicht nachweisen konnte, wurde er am 31. März 1934 wieder entlassen. Als seine Mutter im Oktober 1934 versuchte, die Grenze zu überqueren, wurde sie von der deutschen Grenzpolizei verhaftet. Einige Tage später nahm sie sich in der Haft das Leben.<sup>40</sup> Am 22. November 1935 wurde Weck erneut wegen des Verdachts auf illegale Verbindungen ins Ausland verhaftet. Dieses Mal wurde die verbotene Zeitschrift *Neuer Vorwärts* bei ihm sichergestellt. Anfang Juni 1936 wurde er vom Oberlandesgericht Dresden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Anschluss an

---

<sup>39</sup> ISG, Sig. 4.302 Magistratsakten, Beschluss der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Frankfurt am Main, 31.3.1933, Bl. 232.

<sup>40</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 56.495, Entschädigungsakte Gerhard Weck, Schilderung des Verfolgungsvorganges, ohne Datum, Bl. 1; s. auch Karl Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), *Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder*, München 2002, S. 95-101.

seine Haftstrafe wurde er im August 1937 in Schutzhaft genommen und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht. Dort blieb er bis zu seiner Entlassung am 19. April 1939.<sup>41</sup> Hinweise auf eine weitere illegale Betätigung lassen sich nicht finden. Bis zum Kriegsende arbeitete Weck vermutlich in einer Wollfabrik.<sup>42</sup>

Andere Gegner des Regimes entschlossen sich zur Emigration, teilweise um dort weiter gegen das NS-Regime zu arbeiten. So auch die spätere Stadtverordnete Margot Tesch (\*1912) und ihr Ehemann Carl Tesch. Dieser wohnte 1936 bereits in der Schweiz, während Margot Tesch weiterhin im Deutschen Reich lebte und bei regelmäßigen Reisen in die Schweiz Informationen für die SPD ins Exil schmuggelte. Am 29. Januar 1936 wurde sie beim versuchten Grenzübergang verhaftet und kontrolliert, jedoch noch am selben Tag wieder entlassen. Etwa zwei Wochen später, am 18. Februar 1936, wurde Tesch von der Gestapo in Frankfurt verhaftet. In der Haft wurde sie gezwungen, in Briefen an ihren Mann zu schreiben, dass sie erst freikomme, wenn er aus dem Exil zurückkehre. Er weigerte sich jedoch. Nichtsdestotrotz wurde Margot Tesch am 16. März 1936 wieder freigelassen. Aufgrund ihrer Haft verlor sie ihre Arbeitsstelle bei den IG Farben. Im Oktober desselben Jahres zog sie zu ihrem Mann Carl in die Schweiz, wo das Ehepaar Tesch bis zum Ende des Krieges blieb.<sup>43</sup>

### **3.2 Widerstand gegen das Regime**

Weitere Gegner des Regimes versuchten im Untergrund Widerstand zu leisten. Zu diesen zählten auch die späteren Stadtverordneten Friedrich Schmidt, Ludwig Gehm und Lisy Alfhart.

Friedrich Georg (Fritz) Schmidt wurde am 24. August 1911 in Frankfurt-Höchst geboren. Er engagierte sich früh in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und trat bereits mit 17 Jahren der SPD bei. Durch den Besuch von Seminaren und Bildungslehrgängen bildeten sich die Jugendlichen der SAJ weiter, kamen jedoch schon bald in einen ideologischen Konflikt mit ihren älteren Genossen. Schmidt hielt eine Einheitsfront von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftlern für notwendig, um dem erstarkenden Faschismus die Stirn bieten zu können. Da weder die SPD noch die KPD zu einer Kooperation Bereitschaft zeigten, trat Schmidt mit anderen SAJ-Genossen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) bei, die sich als Motor für eine Einheitsfront der Arbeiterklasse sah.<sup>44</sup> Nach dem 30. Januar

---

<sup>41</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 56.495, Entschädigungsakte Gerhard Weck, Schilderung des Verfolgungsvorganges, ohne Datum, Bl. 1.

<sup>42</sup> S. Fricke/Steinbach/Tuchel, Opposition und Widerstand in der DDR, S. 95-101.

<sup>43</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 6.163, Entschädigungsakte Margot Tesch, Bericht vom 18.12.1956, Bl. 36.

<sup>44</sup> Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 7369, Interview mit Fritz Schmidt, 29.4.1972, Bl. 1.

1933 bereiteten sich die Mitglieder der SAP darauf vor, ihre Arbeit in der Illegalität fortzusetzen. Sie organisierten sich in Fünfergruppen, von denen immer nur eine Person Kontakt mit einem Verbindungsmann auf einer höheren Ebene hatte. Als Gruppenleiter hielt Schmidt den Austausch mit der regionalen Ebene aufrecht, die den Import von Nachrichten und illegalen Zeitschriften aus der Schweiz, der Tschechoslowakei und aus Frankreich organisierte.<sup>45</sup>

Im Januar 1937 wurde Schmidts Gruppe von der Gestapo verhaftet. Er schaffte es jedoch, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe abzuschwächen und wurde im August 1937 wieder freigelassen. Als die Gestapo im Sommer 1938 SAP-Gruppen in Heidelberg und Mannheim verhaftete, gaben diese Hinweise auf weitere Gruppen preis. Im Zuge einer groß angelegten Aushebung der SAP-Verbände in Süddeutschland und dem Rhein-Main-Gebiet wurde Schmidt im Oktober 1938 erneut verhaftet.<sup>46</sup> Am 29. September 1939 fiel das Urteil gegen ihn: Wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhielt er drei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Am 10. September 1941 wurde er wieder freigelassen, musste sich jedoch regelmäßig bei der Polizei melden.

Einen anderen Weg ging Ludwig Gehm. Er wurde 1905 in Kaiserslautern geboren, kam mit seinen Eltern bereits früh nach Frankfurt und absolvierte nach der Schule eine Lehre zum Dreher. Nachdem er 1922 seine Lehre beendet hatte, war er fünf Jahre lang arbeitslos. In dieser Zeit verstärkte Gehm sein Engagement in der SPD und vor allem deren Jugendorganisation, der SAJ.<sup>47</sup> Über diese Arbeit knüpfte er Kontakt zum Internationalen Jugendbund (IJB). Dieser folgte der Lehre von Leonard Nelson, der eine antimarxistisch und gleichzeitig antidemokratisch ausgerichtete Ideologie verbreitete, um eine ausbeutungsfreie Gesellschaft zu schaffen. Vor allem aufgrund Nelsons Anspruch auf alleinige Führungsgewalt wurden leitende Mitglieder des IJB 1925 aus der SPD ausgeschlossen. Der Parteivorstand der SPD beschloss, dass eine gleichzeitige Mitgliedschaft im IJB und der SPD nicht möglich sei.<sup>48</sup> Daraufhin traten hunderte Mitglieder des IJB aus der SPD aus und dem neugegründeten Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) bei. Zu den neuen Mitgliedern zählte Ludwig Gehm genauso wie die spätere SPD-Stadtverordnete Elisabeth (Lisy) Alfhart. Insgesamt umfasste die neue Organisation nie mehr als maximal 1.000 Mitglieder reichsweit. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Kommunisten zeigte die

---

<sup>45</sup> Ebd., Bl. 2-3.

<sup>46</sup> Ebd., Bl. 5.

<sup>47</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 3.197, Der Polizeipräsident Frankfurt am Main, Politische Abteilung, Bescheinigung, 5.10.1945, Bl. 26; HHStAW, Abt. 518, Nr. 3.197, Antrag aufgrund der Wiedergutmachungsgesetzgebung, 27.2.1950, Bl. 34.

<sup>48</sup> Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964, S. 16-38; S. 91-98.

ISK-Führung im März 1933 Weitsicht, als sie ihre Ortsgruppen anwies, Aktivitäten in den Untergrund zu verlagern. Gleichzeitig wurde der Öffentlichkeit 1933 mitgeteilt, dass sich die Organisation offiziell aufgelöst habe. Dadurch wurde die Grundlage für eine langjährige, recht erfolgreiche Widerstandsarbeit des ISK gelegt.<sup>49</sup>

Um das weitere Vorgehen des ISK zu verstehen, ist es wichtig zu wissen, dass Nelson für Tierrechte eintrat und von den ISK-Mitgliedern eine vegetarische Lebensweise forderte. In Berlin, Hamburg und Frankfurt eröffneten ISK-Mitglieder vegetarische Gaststätten, die als Zentrale für die Widerstandsarbeit dienten, Arbeit für erwerbslose Kameraden boten und Geldüberschüsse für die politische Arbeit erzeugten.<sup>50</sup> In Frankfurt war die vegetarische Gaststätte am Steinweg unter der Leitung der späteren Stadtverordneten Anna Beyer eingerichtet worden. Gehm leitete von Frankfurt aus die Bezirksgruppe „Frankfurt und Rhein-Main“ und arbeitete in der Gaststätte als Hilfskoch.<sup>51</sup>

Die Gruppe um Gehm organisierte regelmäßig Flugblattverteilungen, Versammlungsstörungen und Plakataktionen. Am 19. Mai 1935 sabotierte sie die Eröffnungsfeier der Autobahnstrecke zwischen Frankfurt und Darmstadt. Durch das Zerschneiden der Lautsprecherkabel in der Nacht vor der Eröffnung konnten nur einige wenige Anwesende Hitlers Ansprache verstehen.<sup>52</sup> Am 19. Dezember 1936 wurde Gehm während seiner Schicht in der Gaststätte am Steinweg von der Gestapo verhaftet. Nach mehreren Wochen Verhör in Frankfurt überstellte man ihn nach Hamburg. Als am 26. März 1938 das Urteil vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht verkündet wurde, war Gehm nach eigenen Angaben 77 Mal verhört worden, davon nur zwei Mal ohne Gewaltanwendung. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.<sup>53</sup> Da ihm die Zeit der Untersuchungshaft auf seine Haftstrafe angerechnet wurde, kam er bereits am Zweiten Weihnachtsfeiertag 1938 aus der Haftanstalt Fühlbüttel wieder frei.<sup>54</sup> Bevor er das Gefängnis verlassen konnte, nahm ihn die Gestapo jedoch erneut in Schutzhaft. Von Hamburg aus wurde er direkt ins Konzentrationslager Buchenwald abtransportiert.<sup>55</sup>

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 173-180.

<sup>50</sup> Ebd., S. 182-186.

<sup>51</sup> Ebd., S. 198; s. dazu auch Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (Hrsg.), Frauen in der SPD berichten über Erlebnisse unter dem Nationalsozialismus und über ihre Tätigkeit im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main 1980, S. 28; Antje Dertinger, Der treue Partisan. Ein deutscher Lebenslauf: Ludwig Gehm, Bonn 1989, S. 52-53.

<sup>52</sup> Dertinger, Der treue Partisan, S. 55-58.

<sup>53</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 2598, Entschädigungsakte Ludwig Gehm, Generalstaatsanwalt bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht, Bescheinigung, 2.2.1950, Bl. 15.

<sup>54</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 2598, Entschädigungsakte Ludwig Gehm, Strafanstalten in Hamburg-Fühlbüttel, Zuchthaus Fühlbüttel, Entlassungsschein Ludwig Gehm, 26.12.1938, Bl. 45.

<sup>55</sup> Dertinger, Der treue Partisan, S. 72-89.

Die 1908 geborene Elisabeth Alfhart ist ein Beispiel für die politische Widerstandsarbeit von Frauen während des NS-Regimes. Nachdem sie ihre Ausbildung zur kaufmännischen Angestellten beendet hatte, fand sie 1924 eine Anstellung in einer Fabrik. Sie kam dadurch in Kontakt mit dem IJB und den Gewerkschaften. Aus der Überzeugung heraus, dass die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Nationalsozialismus unabdingbar sei, wechselte sie zu Beginn der 1930er Jahre von der SPD in den ISK.<sup>56</sup> Alfhart arbeitete ebenfalls eine Zeit lang in einer vegetarischen ISK-Gaststätte in Köln und verteilte über ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften Flugblätter in den Betrieben. Gleichzeitig war sie an Fluchthilfe-Aktionen beteiligt und half dabei, Juden und Kinder von Verfolgten aus dem Reich zu schaffen. Über Verbindungen zu einer Bonbonfabrik habe Alfhart politische Parolen in Fastnachts-Süßigkeiten geschmuggelt, die von den Wagen eines Fastnachtsumzuges geworfen wurden.<sup>57</sup>

### **3.3 Staatsbedienstete als Verfolgte des NS-Regimes**

Nachdem die Nationalsozialisten im Januar 1933 die Regierungsgewalt übernommen hatten, begannen auf lokaler Ebene die ersten Absetzungen von unliebsamen Bürgermeister und Verwaltungsbeamten durch NSDAP-Ortsverbände oder SA-Trupps. Die freien Positionen wurden durchgehend von NS-Anhängern oder -Sympathisanten besetzt. Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 wurde versucht, die Gleichschaltung der Behörden und Verwaltungsapparate zu steuern.<sup>58</sup> Zum ersten Mal konnten nun unliebsame Beamte auf legalem Wege aus den Verwaltungen gedrängt werden. Die Einführung des „Ariernachweises“ ermöglichte die Entlassung aller „nicht-arischen“ Beamten. Wer Verbindungen zu rivalisierenden politischen Parteien hatte, konnte unter Anwendung des Paragraphen 4 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ entlassen werden. Besonders rigoros wurde dieser Paragraph gegen sozialdemokratische Beamte angewandt. Andere unliebsame Personen, auf die keines der Kriterien zutraf, wurden in den frühzeitigen Ruhestand versetzt. Durch eine Reihe von Durchführungsverordnungen wurde die

---

<sup>56</sup> Vgl. Dieter Eckhardt (Hrsg.), Frankfurter AWO-Frauen in den Jahren des Neubeginns. Nach dem Ende von Krieg und NS-Regime, Frankfurt am Main 2006, S. 7 f.

<sup>57</sup> Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (Hrsg.), Frauen in der SPD, S. 22-27; Eckhardt (Hrsg.), Frankfurter AWO-Frauen, S. 7 f.

<sup>58</sup> Ausführlich dazu Klaus-Dieter Gössel, Beamtentum im Nationalsozialismus. Die historische Entwicklung des Berufsbeamtentums bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Ders. (Hrsg.), Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellungen und Dokumente, Bremen 2002, S. 95-142, hier S. 99.

Anwendung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auch auf nicht-verbeamtete Angestellte von Behörden und öffentlichen Verwaltungen möglich.<sup>59</sup>

Den Betroffenen wurde daraufhin von der zuständigen Behörde ein Schreiben zugestellt, dass das Arbeitsverhältnis unter Ausschluss des Rechtsweges mit sofortiger Wirkung beendet sei. Wurde der Paragraf 4 angewandt, wurde die Entlassung zumeist damit begründet, dass die betreffende Person „nicht die Gewähr dafür biete [...], dass Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintrete“.<sup>60</sup>

Wie eingangs dargestellt, waren mehr als ein Drittel der Stadtverordneten zu einem Zeitpunkt ihres Lebens Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst, sieben davon bereits vor der NS-Zeit. Der Chirurg Max Flesch-Thebesius war der einzige Stadtverordnete, der bereits seit der Kaiserzeit bei einer städtischen Einrichtung angestellt war. Waren diese Personen ebenfalls von dem Gesetz betroffen? In Frankfurt wurden auf die gleiche Art und Weise ebenfalls Beamte aus dem Dienst verdrängt. Drei Beispiele für die Anwendung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Frankfurt sind die späteren Stadtverordneten Wilhelm Hoos, Albert Knorr und Waldemar Lorenz.

Am 3. April 1933 zeigte ein Mitarbeiter des städtischen Krankenhauses Sachsenhausen seinen Vorgesetzten, den Oberdesinfektor Wilhelm Hoos, wegen regimekritischer Äußerungen an.<sup>61</sup> Einige Wochen später bekam Hoos den Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vorgelegt. Er verschwieg darin nicht, dass er seit 1923 SPD-Mitglied war.<sup>62</sup> Am 25. August 1933 erhielt Hoos vom Regierungspräsidenten seine Entlassungsurkunde, die ihn mit sofortiger Wirkung aus dem öffentlichen Dienst entfernte.<sup>63</sup> Hoos musste sich die folgenden Jahre als freiberuflicher Schädlingbekämpfer betätigen. Nach eigenen Aussagen versuchte die NSDAP weiterhin, ihm das Leben schwer zu machen, indem sie Kunden vor seiner regimefeindlichen Einstellung warnte.<sup>64</sup>

Der spätere SPD-Stadtverordnete Albert Knorr wurde am 17. Oktober 1904 in Frankfurt geboren. Nachdem er 1923 eine Lehre als Maschinenschlosser beendet hatte, ließ er sich

---

<sup>59</sup> Ebd., S. 99-100; s. dazu auch Hans Mommsen, *Beamtenpolitik im Dritten Reich*. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

<sup>60</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 78.813, Der Oberbürgermeister Frankfurts an Albert Knorr, 25.11.1933, Bl. 11.

<sup>61</sup> ISG, Sig. 71.323, Personalakte Wilhelm Hoos, Stock an den Betriebsrat des städtischen Krankenhauses, 3.4.1933, Bl. 7-8.

<sup>62</sup> ISG, Sig. 71.323, Personalakte Wilhelm Hoos, Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, 16.6.1933, Bl. 2-3.

<sup>63</sup> ISG, Sig. 71.323, Personalakte Wilhelm Hoos, Der preußische Minister des Innern an Oberdesinfektor Wilhelm Hoos, 25.8.1933, Bl. 178.

<sup>64</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 17.118, Entschädigungsakte Wilhelm Hoos, Wilhelm Hoos an den Regierungspräsidenten, Entschädigungsbehörde, Ihr Schreiben vom 28.1.1959, Bl. 14a.

1926 zum Autoschlosser umschulen. Drei Jahre später fing Knorr als Omnibusfahrer bei der Frankfurter Straßenbahn an.<sup>65</sup> Bereits mit 15 Jahren trat er der Deutschen Metallarbeitergewerkschaft bei, 1926 wurde er Mitglied des Deutschen Verkehrsbundes.<sup>66</sup> Da sich die Gewerkschaften zur Republik bekannten, waren deren Mitglieder in den Augen der Nationalsozialisten ebenfalls unzuverlässige Staatsbedienstete. Wegen seines gewerkschaftlichen Engagements wurde Knorr im Mai 1933 zunächst von seinem Posten als Omnibusfahrer abberufen und in die Reinigungshalle versetzt. Dort musste er bis zu seiner endgültigen Entlassung am 29. September 1933 wegen „Staatsfeindlichkeit“ als Wagenreiniger arbeiten.<sup>67</sup>

Die Anwendung des Paragraphen 4 traf nicht nur sozialdemokratische Beamte. Als Beispiel kann der Polizeihauptwachtmeister und spätere CDU-Stadtverordnete Waldemar Lorenz dienen. Lorenz wurde am 8. April 1891 in Posen geboren. Nach der Schule macht er eine Lehre zum Metzger und meldete sich im März 1914 freiwillig zum Wehrdienst. In dem bald darauf beginnenden Ersten Weltkrieg diente er an der Westfront und wurde kurz vor Ende des Krieges zum Feldwebel befördert. Nachdem er im Herbst 1919 aus englischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, meldete er sich in Frankfurt zur Schutzpolizei.<sup>68</sup> In Frankfurt war Lorenz Bezirksvorsitzender der Zentrumsparterie und Gauvorstandsmitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Beruflich war er im Verband Preußischer Polizeibeamter und Vertrauensmann seines Reviers.<sup>69</sup> Am 11. September 1933 wurde er unter Berufung auf Paragraf 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit sofortiger Wirkung entlassen.<sup>70</sup> Er hielt es danach für notwendig, sich vor dem NS-Regime zu schützen. Als Veteran des Ersten Weltkrieges wandte er sich nun an den Stahlhelm und wurde im November 1933 Mitglied. Als sich die Stahlhelm-Führung 1934 der SA unterstellte, wurde Lorenz in die SA-Reserve II übernommen. Dort trat er im April 1935 wieder aus.

Auch die spätere Stadtverordnete Martha Breiter durchlief als Mannheimer Lehrerin ein Verfahren im Rahmen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Als sozialdemokratische Stadtverordnete in Mannheim und Tochter des badischen SPD-Landtagsabgeordneten Karl Wehner geriet Breiter früh ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten. Bereits am 20. Juni 1932 erschien in der Zeitung *Hakenkreuzbanner* ein

---

<sup>65</sup> ISG, Sig. 157.635, Personalakte Albert Knorr, Personalbogen, Bl. 1-2.

<sup>66</sup> Ein Mann von knorriger Eiche. Abschied für Gewerkschaftsfunktionär Albert Knorr, in: *Frankfurter Neue Presse*, 11.10.1968.

<sup>67</sup> ISG, Sig. 157.635, Personalakte Albert Knorr, Zeugnis für Albert Knorr, 20.12.1951, Bl. 95.

<sup>68</sup> ISG, Sig. 116.638, Personalakte Waldemar Lorenz, Lebenslauf, 20.3.1946 Bl. 14.

<sup>69</sup> ISG, Sig. 116.638, Personalakte Waldemar Lorenz, Anlage zu Fragen 96 und 97 zum Fragebogen Lorenz. Mitgliedschaften und Organisationen, Bl. 18.

<sup>70</sup> ISG, Sig. 116.639, Personalakte Waldemar Lorenz, Der Regierungspräsident an den Polizeihauptwachtmeister Waldemar Lorenz, 22.12.1933, Bl. 7.

Artikel, der sie und ihre Schwester anprangerte. Breiter wurde darin vorgeworfen, zu wenige Dienstjahre für ihre Stellung als Hauptlehrerin zu besitzen. Ebenso wurde skandalisiert, dass ihrer Schwester, die ebenfalls als Lehrerin tätig war, ein Versetzungsgesuch genehmigt und sie über den Zeitpunkt ihrer Heirat hinaus weiterbeschäftigt wurde. Diese „Ungerechtigkeiten“ wurden damit erklärt, dass die Parteizugehörigkeit über der fachlichen Kompetenz stünde. Das detaillierte Wissen um Dienstzeiten, Versetzungsgesuche und Vorschriften deutet darauf hin, dass der Artikel durch das Zutun eines Angehörigen des Lehrerkollegiums zustande gekommen ist.<sup>71</sup> Der Text wirkte sich zunächst nicht negativ auf Breiters Karriere aus. Als sich im Juli 1933 abzeichnete, dass sie nicht im Zuge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen werden sollte, drückten der NS-Lehrerbund und zwei Kollegen Breiters gegenüber dem Stadtschulamt jedoch ihre Bedenken aus.<sup>72</sup> Das Stadtschulamt empfahl daraufhin dem badischen Kultusministerium, Breiter auf eine auswärtige Stelle zu versetzen. Dadurch sollte sie zum Umzug gezwungen werden, da „anzunehmen ist, daß die Lehrerin beim Verbleiben in ihrer hiesigen marxistischen Familie nur schwer den Weg zum neuen Deutschland findet“.<sup>73</sup> Trotz der Empfehlung des Stadtschulamtes und des Drucks der NS-Lehrerschaft wurde Breiters Verfahren am 9. Oktober 1933 eingestellt. Ihr blieb es zwar erlaubt, ihren Beruf weiterhin auszuüben, es wurde ihr jedoch auferlegt, an eine Schule mit einem nationalsozialistischen Schulleiter zu wechseln.<sup>74</sup>

### 3.4 „Rassisch“ Verfolgte

Im Zentrum des nationalsozialistischen Terrors stand die jüdische Bevölkerung, die aus „rassischen“ Gründen verfolgt wurde. Die „rassisch“ Verfolgten sind die hier zahlenmäßig kleinste behandelte Opfergruppe des Nationalsozialismus, was sich mit ihrer systematischen Verfolgung und Ermordung erklärt. Tatsächlich finden sich mit Max Flesch-Thebesius und Gerhard Ambrosius nur bei zwei ehemaligen Stadtverordneten Hinweise auf eine Verfolgung aufgrund „jüdischer Abstammung“.

---

<sup>71</sup> An den Kultusminister Dr. Baumgartner, in: *Hakenkreuzbanner*, 20.6.1932.

<sup>72</sup> HHStAW, Abt. 650 (10/66), Nr. 3.559, Personalakte Martha Breiter, Stadtoberschulrat Lohrer an das Stadtschulamt Mannheim, 21.7.1933.

<sup>73</sup> HHStAW, Abt. 650 (10/66), Nr. 3.559, Personalakte Martha Breiter, Stadtschulamt Mannheim an den Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abteilung Kultus und Unterricht, Betreff: Erlaß vom 23.6.1933, Nr. A. 14474, 24.7.1933, Bl. 31.

<sup>74</sup> HHStAW, Abt. 650 (10/66), Nr. 3.559, Personalakte Martha Breiter, Der Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abt. Kultus und Unterricht an das Stadtschulamt Mannheim, 9.10.1933, Bl. 38; HHStAW, Abt. 650 (10/66), Nr. 3.559, Personalakte Martha Breiter, Stadtschulamt Mannheim an den Minister des Kultus, des Unterrichts und der Justiz, Abt. Kultus und Unterricht, 5.10.1933, Bl. 39.

Unter den Paragraphen 2 und 3 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde zum ersten Mal auch die Entlassung von „nicht-arischen“ Beamten geregelt. Dies war damit zugleich der erste Schritt der Nationalsozialisten zum Ausschluss der jüdischen Bürgerinnen und Bürger aus dem Staatsdienst.<sup>75</sup> Unter diese Gesetzgebung fiel auch der Frankfurter Chirurg Max Flesch-Thebesius. Er wurde am 9. Juli 1889 als Sohn einer alteingesessenen Frankfurter Familie geboren. Nach seiner Approbation im Juni 1914 diente er bis zum Ende des Ersten Weltkrieges als Feldarzt. 1928 wurde er leitender Arzt der chirurgischen Abteilung eines Privatkrankenhauses in Frankfurt-Sachsenhausen.<sup>76</sup>

Als das BBG am 7. April 1933 erlassen wurde, fiel Flesch-Thebesius darunter, da seine Großeltern mütterlicherseits getaufte Juden gewesen waren. Aufgrund seines Status' als Frontkämpfer, den er als Veteran des Ersten Weltkrieges genoss, war er jedoch von den Paragraphen 2 und 3 ausgenommen. Zum Verhängnis wurden ihm schließlich seine eigenen Kollegen. Unter der Androhung, ihre Arbeit niederzulegen, versuchten einige leitende Ärzte, das Privatkrankenhaus „judenrein“ zu machen. Mit der Begründung, das Krankenhaus sei in seiner Existenz gefährdet, sollte Flesch-Thebesius weiterhin angestellt bleiben, erreichten sie zunächst seine Versetzung auf einen niedrigeren Posten und zum 1. Juni 1934 schließlich seine Entlassung.<sup>77</sup> Darüber empört, versuchte er auszuwandern. Aufgrund einer plötzlichen Erkrankung und einer notwendigen Operation gab er das Unterfangen im Dezember 1934 jedoch wieder auf. Nach seiner Genesung und dem Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 unternahm er erneut den Versuch, auszureisen. Mehrere Monate verhandelten seine Anwälte mit dem Finanzamt über die Höhe der Reichsfluchtsteuer. Deutlich wurde, dass Flesch-Thebesius die Steuer nur bezahlen konnte, wenn er einen Neuanfang in einem fremden Land ohne Rücklagen riskierte. Aus diesem Grund verwarf er den Plan einer Ausreise erneut.<sup>78</sup>

Fortan betätigte er sich als frei praktizierender Chirurg und praktischer Arzt.<sup>79</sup> Zusätzlich zu seiner ökonomischen Situation kam für ihn erschwerend hinzu, dass er sich als Patriot verstand und sich auch noch lange nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit Deutschland identifizierte. Die Angst und die Sorge, Opfer nationalsozialistischer

---

<sup>75</sup> S. Gössel, *Beamtenentum im Nationalsozialismus*, S. 99.

<sup>76</sup> ISG, Sig. S1 156/1 Nachlass Flesch-Thebesius, Lebenslauf, 13.12.1971, unpaginiert.

<sup>77</sup> Gerald Kreft, „Ich habe Angst, ich darf es mir aber nicht merken lassen“, Zu den Tagebüchern (1933-1945) des „Mischlings 1. Grades“ Professor Dr. med. Max Flesch-Thebesius, in: *Medizinhistorisches Journal*, Jg. 33, H. 3/4 (1998), S. 323-347, hier S. 332-333.

<sup>78</sup> HHStAW, Abt. 677, Nr. 58, Reichsfluchtsteuerakte Max Flesch-Thebesius, Rechtsanwalt und Notar Fritz Mertens und Rechtsanwalt Dr. Georg Mayer an den Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Kassel durch das Finanzamt Aussenbezirk Frankfurt am Main, 17.4.1936, Bl. 38-41; HHStAW, Abt. 677, Nr. 58, Reichsfluchtsteuerakte Max Flesch-Thebesius, Rechtsanwalt und Notar Fritz Mertens und Rechtsanwalt Dr. Georg Mayer an den Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Kassel, 18.5.1936, Bl. 60-61.

<sup>79</sup> Kreft, *Tagebücher Flesch-Thebesius*, S. 341-344.

Verfolgung zu werden, durchziehen seine Tagebücher von 1933 bis 1945. Gleichzeitig ist sein Patriotismus deutlich erkennbar. Nachdem er zu Kriegsbeginn kurzzeitig in die Armee eingezogen worden war, wurde er aufgrund seiner „nicht-arischen“ Abstammung kurze Zeit später wieder entlassen. Darüber schien er sichtlich betrübt und vermerkte in seinem Tagebuch am 30. August 1940, „wenn man mich braucht, kann man mich ja holen. Sollte allerdings die Auseinandersetzung mit Rußland kommen, dann würde ich mich wohl melden“.<sup>80</sup> Soweit kam es jedoch nicht. Während des Zweiten Weltkrieges übernahm er die Vertretung eingezogener Chirurgen in den Krankenhäusern Frankfurts und Umgebung. Wahrscheinlich schützten ihn diese Stellen auch vor den Deportationen der Frankfurter Juden ab 1941.<sup>81</sup>

Ganz anders und doch ähnlich erging es dem späteren Stadtverordneten Gerhard Ambrosius. Der 1912 geborene Bauunternehmer gab nach dem Krieg an, mütterlicherseits von „volljüdischen“ und „halbjüdischen“ Großeltern abzustammen. Diese Angaben machte er 1950, als er einen Antrag auf Entschädigung für durch den Nationalsozialismus erlittene Schäden stellte. Als er 1938 das familieneigene Bauunternehmen von seinem Vater übernahm, seien die Geschäfte bereits öfters durch Schikanen der NSDAP sabotiert worden. Zusätzlich habe er stets befürchten müssen, dass er oder seine Mutter verhaftet oder deportiert werden würden. Als Folge dieser psychischen Belastung habe er unter anderem ein Magen- und Nervenleiden entwickelt.<sup>82</sup> Ambrosius' Antrag auf Entschädigung wurde jedoch mit der Begründung abgewiesen, dass er keine „unmittelbar gegen sich gerichtete Verfolgungsmassnahme“ nachgewiesen habe.<sup>83</sup> In der Sprache der Entschädigungsbehörde hieß dies, dass der gesundheitliche Schaden nicht durch physische Gewalt ausgelöst wurde, eine Entschädigung demnach nicht infrage kam. Im anschließenden Klageverfahren wurde diese Begründung bestätigt. Da rückblickend für „Mischlinge“ nicht die gleiche Gefahr bestanden habe wie für „Volljuden“, habe sich Ambrosius nicht bedroht fühlen müssen, deportiert zu werden.<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> Zitiert nach Kreft, Tagebücher Flesch-Thebesius, S. 340.

<sup>81</sup> Ebd., S. 341-344; ISG, Sig. S1 156/1 Nachlass Flesch-Thebesius, Lebenslauf, 13.12.1971, unpaginiert.

<sup>82</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 30.730, Entschädigungsakte Gerhard Ambrosius, Eidesstattliche Erklärung, 29.6.1950, Bl. 15.

<sup>83</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 30.730, Entschädigungsakte Gerhard Ambrosius, Der Regierungspräsident als Fachbehörde nach dem Entschädigungsgesetz, Az. 16-3wo4 - Ffm A 172, Bescheid in Sachen Gerhard Ambrosius, 9.12.1952, unpaginiert.

<sup>84</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 30.730, Entschädigungsakte Gerhard Ambrosius, Beschluss in der Entschädigungssache des Dipl. Ing. Gerhard Ambrosius gegen das Land Hessen, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Wiesbaden als Fachbehörde nach dem Entschädigungsgesetz, ohne Datum, Bl. 40-44.

## 4. Beteiligung am Zweiten Weltkrieg

Seit der Wehrmachtsausstellung Mitte der 1990er Jahre ist der breiten Öffentlichkeit bekannt, dass die Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges an Kriegsverbrechen beteiligt war. Während der Recherche für den vorliegenden Bericht wurden Daten zur Kriegsbeteiligung der Stadtverordneten erhoben. Dabei wurde festgestellt, dass mindestens 54 Stadtverordnete ehemalige Wehrmachtsangehörige waren. Auskünfte der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt) einzuholen, bleibt künftigen Recherchen vorbehalten. Die WASt bietet eine Erfassung von mehr als 18 Millionen Kriegsteilnehmern und kann dabei helfen, Ränge, Truppenteile und Einsatzorte näher zu bestimmen. Ergänzend dazu kann auch das Militärarchiv in Freiburg konsultiert werden, in dem hunderttausende Akten ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffiziere lagern. Eine systematische Aufarbeitung der Kriegsbeteiligungen konnte im Rahmen dieser Studie nicht erfolgen. Punktuelle Aussagen zum Aufenthalt von Stadtverordneten während des Zweiten Weltkrieges lassen sich aber treffen.

### 4.1 Wehrmachtsangehörige

Die wenigen Informationen über die Kriegsteilnahme der 54 Stadtverordneten konnten aus den Angaben in den Personalakten oder den Meldebögen entnommen werden. Die Hinweise umfassen nicht mehr als einige Divisionsbezeichnungen und Zeitangaben. Aus diesen Auskünften lassen sich dennoch brauchbare Informationen ableiten. Besonders hilfreich bei der Rekonstruktion des Militärdienstes sind die Hinweise auf Truppenteile oder den Besitz von spezifischen Orden und Ehrenzeichen.

Beispielsweise findet sich in der Personalakte des Arztes Hans Loskant, geboren am 7. Januar 1915 in Frankfurt, die Angabe, dass er in der Wehrmacht als Truppenarzt gedient habe. Demnach war er von August 1940 bis Mai 1943 bei der 169. Infanterie-Division und von Mai 1943 bis April 1945 bei einer unbenannten Infanterie-Division stationiert. Loskant wurden das Eiserne Kreuz I, die Ostmedaille und das Infanterie-Sturm-Abzeichen verliehen.<sup>85</sup> Von der 169. Infanterie-Division ist bekannt, dass sie in Norwegen stationiert und 1941 am Überfall auf die Sowjetunion in Finnland beteiligt war. Die Verleihung der Ostmedaille belegt, dass Loskant im Winter 1941/42 tatsächlich an der Ostfront stationiert gewesen war. Das Infanterie-Sturmabzeichen zeigt, dass Loskant nicht nur als Arzt gedient hatte, sondern auch als Infanterist. Laut Vergabeordnung wurde das Infanterie-

---

<sup>85</sup> ISG, Sig. 5.204, Personalakte Hans Loskant, Personalbogen, Bl. 1-2.

Sturmabzeichen nur an Wehrmachtsangehörige verliehen, die an drei Sturmangriffen in vorderster Front mit der Waffe in der Hand beteiligt waren.<sup>86</sup>

Bei der unbenannten Infanterie-Division aus Loskants Personalakte handelte es sich vermutlich um die Indische Legion. Loskant erwähnte 1999 in einem Zeitungsartikel, dass er zuletzt bei dieser indischen Freiwilligen-Division stationiert war. Bereits seit Oktober 1942 war dieser Verband in Frankreich stationiert.<sup>87</sup> Bei der Indischen Legion blieb er vermutlich bis zu deren Gefangennahme am 27. April 1945. Dieses Datum stimmt ebenfalls mit der Angabe in Loskants Personalbogen überein. In Gefangenschaft geriet er jedoch nicht, wie er später selbst aussagte, sondern versteckte sich vor den amerikanischen Truppen, um der Kriegsgefangenschaft zu entgehen.<sup>88</sup>

Schwieriger wird die Rekonstruktion, wenn sich keine Angaben zur spezifischen Truppe oder Einheit finden lassen. Bei einigen Stadtverordneten konnte daher nur die Dienstzeit grob bestimmt werden. Beispielsweise ist von Hans-Joachim Kasperczyk, geboren am 2. Juli 1915 in Breslau, bekannt, dass er sich bereits am 1. November 1935 als Freiwilliger zur Luftwaffe meldete. Am 11. Dezember 1938 schied er vorerst aus dem Militärdienst aus. Bevor er im August 1939 wieder einberufen wurde, stellte er am 10. Januar 1939 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP.<sup>89</sup> Bis zu seiner Gefangennahme am 8. Mai 1945 blieb Kasperczyk Kriegsteilnehmer, zuletzt als Leutnant der Reserve. Über seinen Truppenteil oder Einsatzort können keinerlei Angaben gemacht werden.<sup>90</sup> Auch die Angaben des späteren Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Möller, geboren am 7. April 1920, bieten wenig Informationen. In dessen Personalakte findet sich lediglich der Eintrag „Wehrmacht und Kriegsgefangenschaft 1937-1945“. In einem angefügten Lebenslauf berichtet Möller jedoch davon, dass er sich 1937 freiwillig zur Luftwaffe gemeldet habe und nach Kriegsbeginn in Frankreich, Nordafrika, Sizilien, Kreta und auf dem griechischen Festland stationiert gewesen sei. Aber auch hier lassen sich keine Rückschlüsse auf die genaue Einheit oder den jeweiligen Stationierungszeitraum ziehen.<sup>91</sup>

Genauere Angaben liegen für Viktor Seubert vor. Er gab an, ab Oktober 1942 bis 1944 in Minsk gewesen zu sein. Dabei handelt es sich um einen Zeitraum, in dem Mordaktionen

---

<sup>86</sup> Kurt-Gerhard Klietmann, *Deutsche Auszeichnungen*, Bd. 2: Deutsches Reich 1871-1945, Berlin 1971, S. 168-169.

<sup>87</sup> Werksarzt Dr. Hans Loskant war auch Wissenschaftler und Kommunalpolitiker, in: *Höchster Kreisblatt*, 20.8.1999.

<sup>88</sup> Ebd.

<sup>89</sup> ISG, Sig. 137.276, Personalakte Hans-Joachim Kasperczyk, Personalbogen, Bl. 1-2; BArch R 9361-IX Kartei/19421583, Gaukartei, Kasten 1942, Karte 1583.

<sup>90</sup> ISG, Sig. 137.276, Personalakte Hans-Joachim Kasperczyk, Stadtsteueramt, Festsetzung der Beschäftigungszeit und Dienstzeit für Angestellte, 20.3.1969, Bl. 29-30.

<sup>91</sup> ISG, Sig. 136.698, Personalakte Walter Möller, Lebenslauf, ohne Daten, Bl. 5.

gegen die jüdische Bevölkerung durchgeführt und Deportationen in die Vernichtungslager organisiert wurden. Ob Seubert tatsächlich die ganze Zeit über in Minsk stationiert war und ob er an den Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligt war, lässt sich bei dem gegenwärtigen Stand der Recherche nicht nachvollziehen.<sup>92</sup>

## 4.2 Strafeinsatz

Als es immer schwieriger wurde, die Verluste auszugleichen, genehmigte das Oberkommando der Wehrmacht im Laufe des Jahres 1942 zum ersten Mal die Einberufung von „Wehrunwürdigen“. Da vor allem politische Gegner des NS-Regimes als „wehrunwürdig“ eingestuft worden waren, fürchteten insbesondere die Funktionäre der Gestapo eine Zersetzung der Wehrmacht von innen. Die neuen Rekruten wurden daher in einem Sonderverband, dem sogenannten Bewährungsbataillon 999, zusammengefasst.<sup>93</sup> Die Aufstellung einer militärischen Einheit aus überwiegend „politischen Kriminellen“ bedeutete, Gegner des NS-Regimes zu zwingen, für dieses zu kämpfen. Die hier bereits behandelten Stadtverordneten Friedrich Georg Schmidt und Ludwig Gehm wurden in das Bewährungsbataillon eingezogen. Wie gingen beide mit ihrer Zwangslage um?

Im Dezember 1942 wurde das erste Bataillon der Bewährungseinheit auf dem Heuberg im heutigen Baden-Württemberg aufgestellt.<sup>94</sup> Darunter befand sich auch der erst im September 1941 aus politischer Haft entlassene Friedrich Georg Schmidt. Zusammen mit tausenden weiteren „Wehrunwürdigen“ erhielt er dort eine Grundausbildung. Glaubt man Schmidts Angaben, begann sehr bald nach dem Eintreffen der ersten politischen Häftlinge die Organisation unter den ehemaligen Marxisten, Kommunisten und Sozialdemokraten.<sup>95</sup> Schmidts Einheit wurde für den Einsatz in Nordafrika vorbereitet. Die Truppe erreichte im März 1943 Neapel. Von dort setzte ein Teil über und geriet nach schweren Abwehrkämpfen im Mai 1943 in britische Kriegsgefangenschaft. Da die Transportkapazitäten bei der Überfahrt über das Mittelmeer nicht mehr ausreichend waren, blieb Schmidt mit einem kleinen Teil der 999er in Neapel zurück. Von dort wurde er zunächst zur Neuaufstellung zurück auf den Heuberg kommandiert.<sup>96</sup> Wenig später wurde der seit dem

---

<sup>92</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Spruchkammerakte Viktor Seubert, Viktor Seubert an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer Frankfurt am Main, 21.10.1947, Bl. 2-8.

<sup>93</sup> Hans-Peter Klausch, Die 999er. Von der Brigade „Z“ zur Afrika-Division 999: Die Bewährungsbataillone und ihr Anteil am antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main 1986, S. 15-17.

<sup>94</sup> Ebd., S. 37.

<sup>95</sup> Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 4678, Fritz Schmidt – Die Höchster SPD im Widerstand, Bl. 6.

<sup>96</sup> Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 4678, Fritz Schmidt – Gedanken zur gewerkschaftlichen Reorganisation während der Kriegsgefangenschaft, ohne Datierung, Bl. 1-2; s auch Klausch, Die 999er, S. 88-90.

19. Januar 1939 im Konzentrationslager befindliche Ludwig Gehm nach mehr als vierjähriger Haft entlassen und musste sich ebenfalls beim Bewährungsbataillon auf dem Heuberg melden.<sup>97</sup> Bevor Gehm im Juni 1943 den Heuberg erreichte, wurde Schmidts Bataillon jedoch nach Rhodos befohlen.<sup>98</sup>

Nach Griechenland kam schließlich auch Gehm. Im thessalischen Volos übernahm seine Einheit Besatzungsaufgaben. Am 18. September 1944 desertierte er mit sieben weiteren Kameraden in die Berge, wo sie sich der griechischen Partisanenbewegung anschlossen.<sup>99</sup> Nach kurzer Zeit habe Gehms Truppe 64 ehemalige 999er umfasst. Motiviert wurden sie anscheinend nicht nur durch ihren Hass auf das NS-Regime, sondern auch von der Verachtung für die SS. In Griechenland wurden die 999er, die „Kriminellen“, Zeugen der Verbrechen der SS an der griechischen Zivilbevölkerung. Es verwundert daher nicht, dass sich Gehms Truppe den Partisanen nur unter der Bedingung angeschlossen hatte, ausschließlich gegen SS-Einheiten eingesetzt zu werden.<sup>100</sup> Gehms Truppe konnte noch an einigen Aktionen in Thessalien teilnehmen, bevor sich die Wehrmacht im Oktober 1944 aus Griechenland zurückzog. Freiheit bedeutete dies für Gehm jedoch nicht. Nach dem Abzug der deutschen Truppen begannen britische Einheiten die Entwaffnung der deutschen Partisanen, nahmen diese in Kriegsgefangenschaft und transportierten sie in ein Kriegsgefangenenlager in Ägypten.<sup>101</sup>

Einige Monate später, im Frühjahr 1945, erreichte auch Friedrich Georg Schmidt als Kriegsgefangener dasselbe ägyptische Kriegsgefangenenlager, nachdem die 999er auf Rhodos ihre Waffen niedergelegt hatten.<sup>102</sup> Obwohl unbekannt ist, ob sich beide in dem riesigen Lager jemals kennengelernt haben, scheinen sie eine ähnliche Aufgabe wahrgenommen zu haben: die politische und gewerkschaftliche Weiterbildung ihrer Mitgefangenen.<sup>103</sup>

---

<sup>97</sup> Dertinger, *Der treue Partisan*, S. 118-119.

<sup>98</sup> Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 4678, Fritz Schmidt - Gedanken zur gewerkschaftlichen Reorganisation während der Kriegsgefangenschaft, Bl. 1-2; s. auch Klausch, *Die 999er*, S. 124-125.

<sup>99</sup> Dertinger, *Der treue Partisan*, S. 132-138.

<sup>100</sup> Ebd., S. 142-146.

<sup>101</sup> Ebd., S. 156-158.

<sup>102</sup> Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 4678, Fritz Schmidt - Gedanken zur gewerkschaftlichen Reorganisation während der Kriegsgefangenschaft, Bl. 1-2.

<sup>103</sup> Dertinger, *Der treue Partisan*, S. 163-168; Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes, AN 4678, Fritz Schmidt – Gedanken zur gewerkschaftlichen Reorganisation während der Kriegsgefangenschaft, Bl. 2-3.

## 5. Umgang mit der NS-Vergangenheit

Der Umgang der deutschen Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit ist ein eigenes Forschungsfeld. Während die justizielle Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts durch die Entnazifizierungsbemühungen in der Nachkriegszeit von den Alliierten stark vorangetrieben wurde, blieb der Wille zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Jahrzehnte hinweg gering.

Wie betraf der Umgang mit der NS-Vergangenheit die Stadtverordneten? Was geschah mit den ehemaligen Tätern und Opfern des NS-Regimes? An welchen Stellen treten in Frankfurt erkennbare Kontinuitäten zwischen dem NS-Staat und der Bundesrepublik auf? Welche der ehemaligen NSDAP-Mitglieder waren in der Bundesrepublik und in Frankfurt in führenden Posten vertreten? Wie gingen die Stadtverordneten und die Stadt Frankfurt mit der NS-Vergangenheit um?

### 5.1 Justizielle Aufarbeitung

Der Versuch einer umfassenden justiziellen Aufarbeitung des NS-Unrechts war eine der zentralen alliierten Forderungen an die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Ziel war es vor allem, die ehemaligen Funktionäre des Regimes aus den wichtigsten Bereichen des öffentlichen Lebens zu verdrängen.<sup>104</sup> Durch die Verteilung von Millionen von Meldebögen an alle volljährigen Deutschen wurde zur Bewältigung der Auswertung ein langwieriger und aufwendiger Prozess in Gang gebracht. Durch die Amnestie von Einkommensschwachen und Jugendlichen im Sommer und Winter 1946 wurde versucht, die Anzahl der Verfahren zu senken. In der Folge wurden mehr als 80 Prozent der Entnazifizierungsverfahren eingestellt.<sup>105</sup> Für die nun eintretende Phase der Entnazifizierung prägte Lutz Niethammer in seiner einschlägigen Studie zu den deutschen Spruchkammern den Begriff der „Mitläuferfabrik“. Die betreffenden Personen profitierten nachweislich vom Willen der Politik, die Entnazifizierung schnell zu beenden und erhielten mildere Strafen.<sup>106</sup>

Für 97 Stadtverordnete konnten die Urteile der Spruchkammern lokalisiert werden. 74 Personen wurden aufgrund ihrer Angaben in den Meldebögen als „nicht betroffen“ eingestuft. Die Verfahren gegen 17 Stadtverordnete wurden aus verschiedenen Gründen eingestellt. So wurden die Verfahren gegen Rudi Arndt, Oskar Beetz und Klaus Dörrbecker wegen der Ausübung niedriger HJ-Funktionen beendet. Karl Engel, Fritz Hoffmann, Walter Kugel,

---

<sup>104</sup> Ausführlich dazu s. Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, S. 12-13.

<sup>105</sup> S. dazu Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999, S. 129; Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin u.a. 1982, S. 439.

<sup>106</sup> Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 622-623.

Hermann Lotterer und Gottfried Michelmann profitierten von der Weihnachts- bzw. Jugendamnestie. Sie waren wegen der Mitgliedschaft in der NSDAP oder der Ausübung von Funktionen in einer der NS-Organisationen angeklagt worden.

Lediglich gegen sechs Stadtverordnete wurden rechtskräftige Urteile gefällt. Heinrich Nöll wurde trotz NSDAP-Mitgliedschaft als entlastet (5) eingestuft. Waldemar Lorenz wurde ebenfalls in die Kategorie 5 eingereiht, nachdem er glaubhaft hatte darlegen können, nur durch die Übernahme des Stahlhelms Mitglied der SA geworden zu sein. Wilhelm Finger wurde in die Kategorie 3 (Minderbelaste) eingeordnet. Nach einem halben Jahr auf Bewährung wurde er als Mitläufer anerkannt. Ähnlich erging es Karl Uffelmann, der nach zwei Jahren auf Bewährung von Kategorie 3 in Kategorie 4 herabgestuft wurde. Auch Hans Werner Schneider und Heinz Wiegner wurden wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft in die Kategorie 4 eingestuft.

Es zeigte sich, dass das Urteil der Spruchkammer stets milder war als die Forderung des öffentlichen Klägers. Zwei Spruchkammerverfahren seien hier näher betrachtet: Wilhelm Finger und Karl Uffelmann als Stadtverordnete mit dem höchsten Belastungsgrad (Kategorie 3 bzw. 4).

Der Gewerbeoberlehrer Finger wurde vom öffentlichen Kläger als „Aktivist und Nutznießer des Nationalsozialismus“ (Kategorie 2) angeklagt. Er trat bereits im Juni 1932 der NSDAP bei und war Propagandaleiter seiner Ortsgruppe. Von der Spruchkammer wurde ihm ferner vorgeworfen, Kreisschulungsleiter im Stab der NSDAP im Main-Taunus-Kreis, Kommissar zur Gründung von Ortsgruppen, Schulungs- und Propagandaleiter, Gaufachgruppenleiter des NS-Lehrerbundes und Vertrauensmann des SS-Sicherheitsdienstes gewesen zu sein. Alle diese Ämter hatte Finger nicht in seinem Meldebogen, jedoch 1934 im Personalfragebogen beim Stadtschulamt in Frankfurt angegeben.<sup>107</sup> Diese Tätigkeiten habe er, so Finger, erfunden und nur beim Stadtschulamt gemeldet, damit er keine weiteren Ämter in NS-Organisationen übernehmen müsse.<sup>108</sup>

Ehemalige Kollegen warfen ihm jedoch vor, gegen den damaligen Direktor seiner Schule intrigiert zu haben und diesen nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten im Januar 1933 wegen seiner SPD-Mitgliedschaft bei der zuständigen NSDAP-Ortsgruppe angezeigt zu haben. Nach mehreren Denunziationen Fingers wurde der Schuldirektor ohne Pension entlassen. Nachdem Finger versucht hatte, die Urheberchaft für die Entfernung

---

<sup>107</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Hessisches Staatsministerium, Der Minister für politische Bildung, Der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer an die Spruchkammer Frankfurt am Main, Az. F/201.184, Klageschrift gegen Wilhelm Finger, 6.1.1948, Bl. 31.

<sup>108</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Wilhelm Finger an den Minister für politische Befreiung, Betreff: Klageschrift, 15.2.1948, Bl. 32-33.

des Direktors auf zwei Lehrerkollegen abzuwälzen, sagten jedoch beide gegen ihn aus.<sup>109</sup> Bei einer Befragung der Nachbarn Fingers sagten diese aus, dass es sich bei Finger um einen „hinterlistige[n] und gerissene[n]“ Menschen handle.<sup>110</sup> Da Finger eine Reihe von Personen fand, die in eidesstattlichen Erklärungen seine kritische Haltung gegenüber dem NS-Regime versicherten, ordnete die Spruchkammer ihn in die Gruppe der Minderbelasteten (3) mit einem halben Jahr auf Bewährung ein. Nach dem Ablauf der 6 Monate wurde Finger endgültig als Mitläufer eingestuft.<sup>111</sup>

Der Diakon Karl Uffelmann war bereits 1932 der NSDAP beigetreten. Dies tat er, wie er später schrieb, da er geglaubt habe, der Nationalsozialismus würde eine kirchenfreundliche Haltung einnehmen und die Not der arbeitenden Bevölkerung lindern.<sup>112</sup> In der Partei engagierte er sich als Blockwart und versuchte, besonders auf Jugendliche in christlicher Weise einzuwirken. Sein Ziel sei es gewesen, innerhalb der NSDAP für das Christentum einzutreten. Er wies ebenfalls darauf hin, dass er bereits 1939 aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei, da er sich geweigert hatte, sich von seiner „nicht-arischen“ Frau scheiden zu lassen. Die Spruchkammer erkannte diesen Umstand an und stufte Uffelmann als Minderbelasteten ein.<sup>113</sup> Sie stellte jedoch gleichzeitig fest, dass Uffelmann, als Mitglied der Deutschen Christen, aus Überzeugung der NSDAP beigetreten war und seine Arbeit als Diakon im Sinne der nationalsozialistischen Ziele ausgeübt habe. Als Funktionsträger

„hat der Betr. versucht, auch die Jugend in seinem Sinne zu beeinflussen, konnte jedoch nicht vermeiden, auch hier für die Ziele der Nazis, die er angeblich ablehnte und die er aus christlicher Einstellung abschwächen wollte, zu wirken. Er hat das Braunhemd getragen, er hat sich öffentlich als Nationalsozialist gezeigt und dadurch zur Festigung der Macht der NSDAP beigetragen“.<sup>114</sup>

Nachdem Uffelmanns Bewährungsfrist abgelaufen war, wurde er in die Kategorie 4 der Mitläufer eingestuft.

---

<sup>109</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Großhessisches Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, Az. F/201.184, Protokoll der öffentlichen Sitzung am 10.8.1948, Bl. 69-70.

<sup>110</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Aussenermittlungen, Betreff: Wilhelm Finger, 3.5.1947, Bl. 28.

<sup>111</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Spruchkammerakte Wilhelm Finger, Großhessisches Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, Az. F/201.184, Protokoll der öffentlichen Sitzung am 10.8.1948, Bl. 69-70.

<sup>112</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Spruchkammerakte Karl Uffelmann, Karl Uffelmann an das Großhessische Staatsministerium, Ministerium für Wiederaufbau und politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, Betreff: Ergänzung zum Fragebogen des Karl Uffelmann, 29.9.1946, unpaginiert.

<sup>113</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Spruchkammerakte Karl Uffelmann, Großhessisches Ministerium für politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, Az. F7187 492, Spruch gegen Karl Uffelmann, 21.1.1947, unpaginiert.

<sup>114</sup> Ebd.

Die Verfahren vor der Spruchkammer wurden nicht immer nur vom öffentlichen Kläger eingeleitet. Viktor Seubert etwa zeigte sich selbst an. Er begründete diesen Schritt damit, dass er während der NS-Zeit von der Gestapo 21 Monate festgehalten worden war und nach seiner Entlassung gezwungen wurde, in verschiedenen Betrieben als V-Mann zu arbeiten. Diese Tätigkeit sei ihm jedoch so zuwider gewesen, dass er sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet habe, um dem Einfluss der Gestapo zu entgehen. Da er vom Regime als „wehrunwürdig“ eingestuft worden war, wurde er nicht eingezogen. Erst 1942 wurde seine „Wehrunwürdigkeit“ aufgehoben, woraufhin sich Seubert erneut freiwillig zur Wehrmacht meldete.<sup>115</sup> Dort habe er in seiner Funktion als Sanitäter Medikamente aus Wehrmachtsvorräten entwendet und unter der jüdischen Bevölkerung in Minsk verteilt. Dafür sei er zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, die später zu sieben Tagen Arrest umgewandelt worden seien.<sup>116</sup>

Die Spruchkammer erkannte die Situation, in der sich Seubert befand: „Es ist rechtlich nicht vertretbar, den Obengenannten, der so schwer unter der Knute der Gestapo gelitten hat und der nur unter diesem Zwange V-Mann geworden ist, jedoch bewiesen hat, daß er trotz allem in seinem Verhalten sauber geblieben ist, als Betroffenen anzusehen“. Seubert wurde als „nicht betroffen“ eingestuft.<sup>117</sup> Sein Fall war einzigartig. Zunächst sei darauf hingewiesen, dass er bereits als „nicht betroffen“ eingestuft worden war, als er sich selbst anzeigte. Dieser Schritt an sich zeugt von einem reflektierten, selbstkritischen Umgang Seuberts mit seiner eigenen Rolle im NS-System, der jedoch auch leicht mit Naivität verwechselt werden kann. Es gibt unter den Stadtverordneten keinen anderen Fall, bei dem sich jemand selbst bei der Spruchkammer angezeigt hätte.

Auch die Entschuldigung, die Seubert anführte, unterscheidet sich von den Rechtfertigungen aus anderen Spruchkammerverfahren. Während andere Angeklagte oft beteuerten, dass sie von den Verbrechen des Regimes nichts gewusst haben oder sich aus gesellschaftlichem Druck an der Aufrechterhaltung des Regimes beteiligt hatten, sprach Seubert schlicht von der Angst: „Ich bin mir wohl bewusst, dass es eine unrühmliche Rolle war, die ich spielen musste. Nicht um irgendwelcher Vorteile willen gab ich mich dazu her. Es war die Angst.“

---

<sup>115</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Spruchkammerakte Viktor Seubert, Viktor Seubert an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer, 21.10.1947, Bl. 2.

<sup>116</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Spruchkammerakte Viktor Seubert, Erklärung Viktor Seuberts, 6.11.1947, Bl. 6-8.

<sup>117</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Spruchkammerakte Viktor Seubert, Hessisches Staatsministerium, Der Minister für politische Befreiung, Der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer, Az. F/104.548, Beschluss in Sachen Viktor Seubert, 15.4.1948, Bl. 15.

Damit war Seubert vermutlich ehrlicher als ein Großteil aller Angeklagten vor den Spruchkammern.<sup>118</sup>

Der Bundestag beschloss im Januar 1951 als eines seiner ersten Gesetze ein Amnestiegesetz, das NS-Tätern, die zu geringen Strafen verurteilt worden waren, in Teilen oder vollständig Strafmilderung gewährte. Unter die lästige NS-Vergangenheit sollte auch justiziell ein Schlussstrich gezogen werden.<sup>119</sup> Der Erfolg der Spruchkammern wird von Historikern und Historikerinnen durchaus widersprüchlich bewertet. Während die Verdrängung der NS-Funktionäre aus dem politischen Bereich sehr erfolgreich war, kann nicht abgestritten werden, dass in anderen Bereichen schnell wieder auf gut ausgebildetes NS-Personal zurückgegriffen wurde.<sup>120</sup>

## 5.2 Entschädigung

Wie sah es auf der Seite der ehemaligen NS-Verfolgten aus? Grundsätzlich konnte nach der Verabschiedung des Bundesentschädigungsgesetzes 1953 ein Antrag auf finanzielle Entschädigung für erlittenes Unrecht gestellt werden. Insgesamt ließen sich für den vorliegenden Bericht im Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Entschädigungsakten für 13 ehemalige Stadtverordnete ermitteln. Karl Oettinger, Albert Knorr, Wilhelm Hoos und Konrad Neudeck beantragten aufgrund ihrer Entlassungen eine Entschädigung wegen finanzieller Einbußen und Behinderungen im beruflichen Fortkommen.

Margot Tesch und Viktor Seubert verlangten eine Entschädigung für absolvierte Haftzeiten. Gerhard Weck, Hugo Dornheim und Christian Weiß beantragten finanzielle Entschädigungen aufgrund von erlittenen Schäden an Körper und Freiheit sowie im beruflichen Fortkommen. Nur Gerhard Ambrosius hatte einen Antrag auf Entschädigung als „rassisch“ Verfolgter gestellt.

Die meisten Anträge aufgrund wirtschaftlicher Schädigungen wurden angenommen. Die Anträge Wecks und Ambrosius' wurden, wie gezeigt, abgelehnt, da die gesundheitlichen Beschwerden nicht eindeutig mit den erlittenen Verfolgungsmaßnahmen in Verbindung gebracht werden konnten.<sup>121</sup> Margot Teschs Antrag auf Haftentschädigung wurde

---

<sup>118</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Spruchkammerakte Viktor Seubert, Erklärung Viktor Seuberts, 6.11.1947, Bl. 6-8.

<sup>119</sup> Frei, Vergangenheitspolitik, S. 50-54.

<sup>120</sup> S. Schneider, Belastete Demokraten, S. 46-47.

<sup>121</sup> HHStAW, Abt 518, Nr. 56.495, Entschädigungsakte Gerhard Weck, Der Regierungspräsident, Entschädigungsbehörde, Bescheid in der Entschädigungssache des Gerhard Weck, 9.3.1960, Bl. 108; HHStAW, Abt. 518, Nr. 30.730, Entschädigungsakte Gerhard Ambrosius, Der Regierungspräsident als Fachbehörde nach dem Entschädigungsgesetz, Az. 16-3wo4-Ffm A 172, Bescheid in Sachen Gerhard Ambrosius, 9.12.1952, unpaginiert.

abgewiesen, da sie sich nur 27 Tage in Haft befunden hatte, ein Entschädigungsanspruch jedoch nur für volle Monate gewährt wurde.<sup>122</sup>

### 5.3 Kontinuitäten

An welchen Stellen wurden in der frühen Nachkriegszeit Kontinuitäten zum NS-Staat erkennbar? Gab es Kontinuitäten, die über die NS-Zeit hinaus bis in die Weimarer Republik zurückreichten? Insbesondere Beamten war es möglich, ihre Karrieren fortzusetzen. Mit Waltraut Boss und Albert Limberger konnten zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder nach Ende des NS-Regimes unbehelligt weiterarbeiten.

Albert Limberger wurde 1902 in Bräunlingen geboren. Mit 25 Jahren erlangte er die Anstellungsbefähigung als Lehrer. Bis 1938 unterrichtete er in verschiedenen Orten in Baden und wurde dann an eine Frankfurter Schule versetzt.<sup>123</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war Limberger in mehreren NSDAP-Ortsgruppen aktiv gewesen. So übte er das Amt eines Rundfunkstellenleiters in Bronnbach aus, war Mitglied des NS-Lehrerbundes, der NSV und des NSKK. Am 1. Mai 1937 beantragte Limberger eine Aufnahme in die NSDAP.<sup>124</sup> Aufgrund der verhängten Mitgliedersperre erhielt er zunächst lediglich den Status eines Parteianwärters. Dieser Status existierte jedoch nur bis zum 1. Mai 1939, an dem alle Parteianwärter rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die NSDAP aufgenommen wurden.<sup>125</sup> In einem als vertraulich gekennzeichneten Schreiben der NSDAP Gauleitung Hessen-Nassau an das Frankfurter Schulamt wurde Limberger als „politisch zuverlässig“ gelobt. Seine Arbeit verrichte er gewissenhaft, es fehle ihm aber noch an „weltanschaulicher Schulung“.<sup>126</sup> Eine andere Quelle bescheinigte, dass Limberger „politisch in jeder Hinsicht zuverlässig war [...]“. Als Lehrer habe er „die Jugend in nationalsozialistischem Sinne erzogen“.<sup>127</sup>

Nachdem Limberger am 18. Dezember 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, wurde das Spruchkammerverfahren gegen ihn im Zuge der

---

<sup>122</sup> HHStAW, Abt. 518, Nr. 6.163, Entschädigungsakte Margot Tesch, Der Regierungspräsident als Fachbehörde nach dem Entschädigungsgesetz, Az. I6 - 3w04 - Ffm. T -52, Bescheid in Sachen Margot Tesch, 18.6.1951, Bl. 29.

<sup>123</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Personalbogen, ohne Datum, unpaginiert.

<sup>124</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Gauleitung der NSDAP Hessen-Nassau an den Oberbürgermeister Frankfurt, Schulamt, Betreff: Hauptlehrer Albert Limberger, 9.2.1938, Bl. 31.

<sup>125</sup> Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, S. 77-78.

<sup>126</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Gauleitung der NSDAP Hessen-Nassau an den Oberbürgermeister Frankfurt, Schulamt, Betreff: Hauptlehrer Albert Limberger, 9.2.1938, Bl. 31.

<sup>127</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Ortsgruppenleiter Reicholzheim, Bescheinigung für Albert Limberger, 6.2.1938, Bl. 29.

Weihnachtsamnestie bereits am 1. April 1948 wieder eingestellt.<sup>128</sup> Zwei Wochen später tagte der Fünferausschuss des Regierungspräsidenten, der über die Wiedereinstellung von Beamten entschied. Obwohl Limbergers NSDAP-Mitgliedschaft dort bekannt war, erging folgender Beschluss: „Der Betr. erfüllt schulisch, charakterlich und menschlich die Voraussetzungen zur Wiederverwendung im Schuldienst. Seine Wiedereinstellung wird empfohlen“.<sup>129</sup> Am 1. Juni 1948 konnte Limberger seinen Dienst an einer Frankfurter Schule wieder aufnehmen.<sup>130</sup> 1960 wurde er vom Städtischen Schulrat zum Konrektor für eine Volksschule empfohlen. In dem Empfehlungsschreiben fand sich zur NS-Zeit lediglich der letzte Vermerk des Fünferausschusses.<sup>131</sup>

Die Lehrerin Waltraut Boss wurde 1920 in Berlin geboren. Ihr Staatsexamen bestand sie im Juli 1943 in Frankfurt.<sup>132</sup> Bereits seit dem 1. Januar 1940 wurde sie in der NSDAP-Mitgliederkartei unter der Nummer 8.391.302 geführt.<sup>133</sup> Diesen Umstand versuchte Boss dadurch zu erklären, dass sie während ihrer Zeit beim Reichsarbeitsdienst, zwischen 20. November 1939 und 29. März 1940, erfasst und ohne Zustimmung in die NSDAP überwiesen worden sei.<sup>134</sup> Diese Darstellung kann jedoch nicht bestätigt werden, bedenkt man, dass Boss den Antrag auf eine Parteimitgliedschaft bereits am 15. Februar 1939 gestellt hatte.<sup>135</sup> Nach der Besetzung Frankfurts wurde sie zur Stadtverwaltung abkommandiert. Dort verblieb sie in verschiedenen Abteilungen bis sie 1950 wieder in den Schuldienst zurückkehrte.<sup>136</sup> Für beide Beamte ist auffällig, dass sie in ihren Meldebögen falsche Angaben gemacht haben. Die Kammer überprüfte diese Auskünfte jedoch nicht, sondern nahm sie als wahrheitsgemäß hin.

---

<sup>128</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Hessisches Staatsministerium, Der Minister der politischen Befreiung, Der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer an Albert Limberger, Az. 368.748, 1.4.1948, unpaginiert.

<sup>129</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Regierungspräsident, Fünferausschuss-Sitzung, 14.4.1948, unpaginiert.

<sup>130</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Friedrich-List-Schule Frankfurt am Main an Albert Limberger, 2.6.1948, unpaginiert.

<sup>131</sup> ISG, Sig. 205.845, Personalakte Albert Limberger, Städtischer Schulrat, Lebensdaten und Würdigungsbericht, 7.3.1960, unpaginiert.

<sup>132</sup> ISG, Sig. 18.655, Personalakte Waltraut Rudelius, Personalbogen, ohne Datum, Bl. 2-3.

<sup>133</sup> Barch R 9361-IX Kartei/35850673, Gaukartei, Kasten 3585, Karte 673.

<sup>134</sup> ISG, Sig. 18.655, Personalakte Waltraut Rudelius, Lebenslauf, ohne Datum, Bl. 8-9.

<sup>135</sup> Barch R 9361-IX Kartei/35850673, Gaukartei, Kasten 3585, Karte 673.

<sup>136</sup> ISG, Sig. 65.460 Personalakte Waltraut Boss, Personalblatt A, ohne Datum, unpaginiert.

Auch Regierungsrat Hans Werner Schneider, Mitglied der NSDAP zwischen Juni 1930 und Juli 1932, konnte nach einer kurzen Auszeit als Buchhalter erneut in die Finanzverwaltung einsteigen.<sup>137</sup> 1965 wurde er schließlich Leiter des Höchster Finanzamtes.<sup>138</sup>

Kontinuitäten gab es auch in anderen Bereichen wie persönlichen Verbindungen, die bereits vor 1933 existiert und die NS-Zeit hindurch Bestand hatten. Beispiele dafür lassen sich vor allem in der Arbeiterbewegung finden. Eines sind die Beziehungen der ehemaligen ISK-Mitglieder zueinander. Die Angehörigen dieser Gruppe, Lisy Alfhart, Anna Beyer<sup>139</sup> und Ludwig Gehm, arbeiteten während der Weimarer Republik gegen den nationalsozialistischen Terror. Während der NS-Zeit taten sie sich als Widerstandsgruppe im Untergrund zusammen. In der Bundesrepublik finden sich alle drei als Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Römer wieder.

Diese Gruppenkontinuität von der Weimarer Republik über den NS-Staat bis in die Bundesrepublik lässt sich noch an anderer Stelle erkennen. Im Nachlass der späteren SPD-Stadtverordneten Elli Horeni befinden sich Berichte und Unterlagen, die beschreiben, wie sie bereits im Juni 1945 an einer Fahrt ins Konzentrationslager Dachau teilnahm, um nach Bekannten und Freunden zu suchen. Horeni verfasste nur einen einzigen Bericht über diese Fahrt, die sie auf den 6. bis 16. Juni 1945 datierte.<sup>140</sup>

In einem Manuskript für eine Geschichtensammlung der SPD im Frankfurter Nordend berichtete Horeni ebenfalls von einer Fahrt nach Dachau, deren Ziel es war, ehemalige Häftlinge nach Frankfurt zurückzuholen. Die Details lassen jedoch vermuten, dass es sich dabei um eine zweite Fahrt gehandelt haben muss. Sie berichtet darin, für die Fahrt einen Omnibus des Roten Kreuzes organisiert zu haben.<sup>141</sup> Eine Genehmigung der Militärregierung, die dem RK-Omnibus das Passieren von Straßensperren erlaubte, ist jedoch erst auf den 29. Juni 1945 ausgestellt.<sup>142</sup> In ihrem Bericht beschreibt Horeni die Suche nach Bekannten und Freunden in der Umgebung Dachaus und Münchens, im Lager selbst und in der Lagerkartei. Es gelang ihr, ihren inhaftierten Vater, den Reichstagsabgeordneten Franz Metz, in einem Dorf südlich von München ausfindig zu machen, kurz bevor er starb.

---

<sup>137</sup> BArch R 9361-IX Kartei/38810315, Gaukartei, Kasten 3881, Karte 315; BArch R 9361-VIII Kartei/20320624, Zentralkartei, Kasten 2032, Karte 624; HHStAW, Abt. 520/22, Nr. 15.051, Spruchkammerakte Hans Werner Schneider, Hans Werner Schneider an den öffentlichen Kläger der Spruchkammer Kassel-Stadt, Betreff: Kostenberechnung, 26.9.1947, unpaginiert.

<sup>138</sup> Von Frankfurt und Frankfurtern, in: *FAZ*, 17.6.1965, S. 32.

<sup>139</sup> Nicht in diesem Sample enthalten.

<sup>140</sup> ISG, Sig. S1 502/24, Nachlass Elli Horeni, Fahrt nach Dachau und zurück, Bl. 29-31.

<sup>141</sup> ISG, Sig. S5/523, Chroniken SPD-Nordend, Geschichte und Episoden aus der Geschichte, Bl. 55-56.

<sup>142</sup> ISG, Sig. S1 502/24, Nachlass Elli Horeni, Allied Military Government Detachment H3E3, Landkreis Miesbach, Betreff: Roadblock, 29.6.1945, Bl. 32.

Im Anschluss an dieses Unternehmen schrieb Horeni eine Liste mit „Opfern“ und „Überlebenden“ auf ein leeres Blatt Papier. Bedeutsam ist dieses Schriftstück, da es Auskunft darüber gibt, nach welchen Personen sie gesucht hat, welche sie kannte und um welche sie trauerte. Auf der Liste der Opfer befanden sich unter anderem Johanna Kirchner (Schwester der späteren Stadtverordneten Betty Arndt), Johanna Tesch (Schwägerin Margot Teschs), Wilhelm Leuschner und ihr Vater, Franz Metz. Auf der Liste der Überlebenden befanden sich die späteren Stadtverordneten Hugo Dornheim, Willi Knothe und Paul Kirchhoff.<sup>143</sup> Diese Dokumente sind ein Beleg für die personellen Kontinuitäten in der Arbeiterbewegung, die bis in die Zeit vor 1933 zurückreichten.<sup>144</sup> Die Stärke dieser Verflechtungen wird deutlich, bedenkt man, wie früh und unter welchem Aufwand Horeni diese Expedition nach Dachau startete, ohne zu wissen, ob Bekannte, Freunde oder ihr Vater noch am Leben waren.

#### **5.4 Ehemalige NSDAP-Mitglieder in herausgehobenen Ämtern**

Welche der ehemaligen NSDAP-Mitglieder erlangten führende Positionen, vor allem in Frankfurt? Über die NS-Mitgliedschaft des ehemaligen Oberbürgermeisters Rudi Arndt gibt es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine neuen Erkenntnisse. Da Arndt bereits früh sozialdemokratisch sozialisiert wurde, sein Vater vor seinen Augen einem Messerangriff der Nationalsozialisten zum Opfer fiel und später umkam, wäre ein freiwilliger Beitritt Arndts zur NSDAP nur durch massive Indoktrination oder aus karrieretechnischen Gründen erklärbar.<sup>145</sup>

Der spätere Vorsitzende der SPD-Frankfurt, Emil Bernt, wurde am 11. April 1923 in Komotau im Sudetenland geboren. Unmittelbar nach seinem 18. Geburtstag stellte er einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP. Seit dem 1. September 1941 wurde er in der Zentralkartei unter der Mitgliedsnummer 8.639.062 geführt.<sup>146</sup> 15 Jahre später war Bernt Direktor des Frankfurter Liebig-Gymnasiums und saß für die SPD-Fraktion im Römer. Später wurde Bernt auch Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Frankfurt und ab 1961 ehrenamtlicher Stadtrat im Frankfurter Magistrat. Für die Kommunalwahl am 24. Oktober 1964 kandidierte er auf Listenplatz drei der SPD. Am 17. Oktober 1964 veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* einen Artikel, in dem Bernt vorgeworfen wurde, falsche Angaben zu seinem Schulabschluss gemacht zu haben und in Wirklichkeit kein Abitur zu besitzen.<sup>147</sup>

Nach dem Krieg hatte Bernt seine Heimatstadt im Sudetenland verlassen müssen. Da Vertriebene im Zuge ihrer Flucht oft nicht in der Lage waren, wichtige Dokumente zu retten,

---

<sup>143</sup> Knothe und Kirchhoff werden im ersten Bericht behandelt.

<sup>144</sup> ISG, Sig. S1 502/24, Nachlass Elli Horeni, Opfer, Bl. 33-34.

<sup>145</sup> Vgl. Schneider, *Belastete Demokraten*, S. 82-85.

<sup>146</sup> BArch R 9361-IX Kartei/2630137, Gaukartei, Kasten 263, Karte 137.

<sup>147</sup> Tüffers, *Römerkoalition*, S. 120-122.

akzeptierten westdeutsche Behörden großzügig eidesstattliche Erklärungen als Ersatz dafür. Auf diese Art und Weise gab Bernt nach seiner Ankunft in Frankfurt an, 1941 eine Abiturprüfung in Komotau abgelegt zu haben. Der Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* behauptete nun, dass er nie eine Abiturprüfung abgelegt habe. Als Beleg führte der Artikel Fotos der Abschlussklassen 1941 und 1942 des Komotauer Realgymnasiums an, die Bernt eigenen Angaben zufolge besucht habe. Da dieser auf keinem der Klassenfotos zu sehen war, wurde die Echtheit seiner eidesstattlichen Erklärung angezweifelt.<sup>148</sup>

Tatsächlich ergab eine Überprüfung von Bernts Personalakte, dass dessen eidesstattliche Erklärung zwar Zeugen für die Richtigkeit seiner Aussagen anführte, diese jedoch nicht unterschrieben hatten.<sup>149</sup> Bernt bestritt die Beschuldigungen, verzichtete am Tag nach der Veröffentlichung des Artikels jedoch auf alle Parteiämter und trat als ehrenamtlicher Stadtrat zurück. Am Abend der Kommunalwahl am 24. Oktober 1964 erklärte er ebenfalls seinen Verzicht auf sein neues Mandat als Stadtverordneter.<sup>150</sup>

Bernts politische Karriere war damit zwar zu einem abrupten Ende gekommen, über den Fortgang seiner beruflichen Laufbahn war damit jedoch noch nicht entschieden. Nachdem er mehr als ein dreiviertel Jahr suspendiert gewesen war, verkündete die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt, dass er alle Voraussetzungen für ein Hochschulstudium nachweisen könne und hob die Suspendierung mit sofortiger Wirkung auf.<sup>151</sup> Bernts Verzicht auf sämtliche politische Ämter kam so überraschend, dass der Historiker Bernd Stöver eine Verbindung zu Bernts offener Gegnerschaft mit Günter Guillaume sieht. Denn kurz nachdem Guillaume 1964 Geschäftsführer des Frankfurter SPD-Unterbezirks geworden war, wurden der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die ersten belastenden Materialien gegen Bernt zugespielt.<sup>152</sup> Ob Guillaume wirklich Einfluss auf die Affäre genommen hatte, muss offenbleiben.

Über die Gründe Bernts, der NSDAP beizutreten, ist wenig bekannt. Seine Aufnahme mit 18 Jahren verweist darauf, dass er nach Ausscheiden aus der HJ die Gelegenheit nutzte, um direkt in die Partei überwiesen zu werden. Da es keine anderen Hinweise auf eine Beteiligung am NS-System gibt, bewegt sich Bernts Parteimitgliedschaft zwischen Indoktrination und Opportunismus. Um festzustellen, ob er die nationalsozialistische Ideologie teilte, müssten weitere Recherchen über seine Person angestellt werden. Als Unterbezirksvorsitzender der SPD-Frankfurt übte er zwischen 1961 und 1964 jedoch äußerst

---

<sup>148</sup> S. dazu Bernd Stöver, *Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler*, München 2009, S. 272-273.

<sup>149</sup> Oberstudiendirektor ohne Reifeprüfung?, in: *FAZ*, 17.10.1964.

<sup>150</sup> Tüffers, *Römerkoalition*, S. 120-121.

<sup>151</sup> Emil Bernt wieder im Amte, in: *FAZ*, 24.6.1965.

<sup>152</sup> Stöver, *Zuflucht DDR*, S. 272-273.

großen Einfluss auf die Politik der Sozialdemokraten und bis zu einem gewissen Grad auch die der Stadt Frankfurt aus. Im Juni 1977 verließ Bernt schließlich die SPD mit der Begründung, dass diese „von marxistischen Systemveränderern unterwandert“<sup>153</sup> sei. Dies sei „ein Verbrechen an ganzen Generationen“.<sup>154</sup>

Eine weitere herausgehobene Position hatte Fritz Hoffmann inne. Der 1908 geborene Mediziner trat zum 1. Mai 1937 der NSDAP bei.<sup>155</sup> In seinem Meldebogen zum Gesetz zur politischen Befreiung verschwieg Hoffmann seine Mitgliedschaft jedoch und wurde aufgrund dieser Angaben als „nicht betroffen“ vom Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus eingestuft. Eine Überprüfung Hoffmanns in der zentralen Mitgliederkartei der NSDAP legte jedoch seine Parteimitgliedschaft seit 1937 offen. Er dementierte sie und legt der Spruchkammer sechs eidesstattliche Erklärungen von Freunden und Bekannten vor, die beteuerten, dass er kein Mitglied der NSDAP gewesen sei. Die Berufungskammer schenkte diesen eidesstattlichen Erklärungen Glauben und urteilte, da Hoffmann versicherte, von seiner Parteimitgliedschaft nichts gewusst zu haben, dass diese nicht rechtskräftig sei.<sup>156</sup> Der Spruch der Berufungskammer wurde am 9. April 1949 vom Minister für politische Befreiung wieder aufgehoben, da durch den Eintrag in der Mitgliederkartei eindeutig nachgewiesen sei, dass Hoffmann Mitglied der NSDAP war und daher nicht als nicht betroffen gelten könne.<sup>157</sup> Schließlich fiel er unter die Weihnachtsamnestie.<sup>158</sup>

Als Hoffmann 1953 für eine Stelle als Stationsarzt in Frankfurt einen Personalbogen zur Einstellung ausfüllen musste, war er gezwungen, seine NSDAP-Mitgliedschaft anzugeben. Diese Angaben behinderten jedoch seine stetige Beförderung nicht, dank derer er am 1. April 1965 Leiter des Frankfurter Gesundheitsamts wurde. Diesen Posten hatte er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 1972 inne.<sup>159</sup> Über Hoffmanns Gründe für seinen Parteibeitritt und seine ideologische Ausrichtung lassen sich keine Angaben machen, da er seine NDAP-Mitgliedschaft im Spruchkammerverfahren grundsätzlich abtritt.

Schließlich sei auch Friedrich Franz Sackenheim erwähnt. Er wurde 1926 in Frankfurt geboren und am 20. April 1944 als Mitglied in die NSDAP aufgenommen.<sup>160</sup> 1957 wurde er

---

<sup>153</sup> Früherer SPD-Chef verläßt seine Partei, in: *FAZ*, 29.6.1977.

<sup>154</sup> Ebd.

<sup>155</sup> BAArch R 9361-VIII Kartei/11800920, Zentralkartei, Kasten 1180, Karte 920.

<sup>156</sup> HHStAW, Abt. 520/16, Nr. 16.900, Spruchkammerakte Fritz Hoffmann, Spruchkammer Marburg/Lahn, Az. 7249/47, Spruch gegen Fritz Hoffmann, 4.2.1949, unpaginiert.

<sup>157</sup> HHStAW, Abt. 520/16, Nr. 16.900, Spruchkammerakte Fritz Hoffmann, Hessisches Staatsministerium, Der Minister für politische Befreiung an die Spruchkammer Marburg, 9.4.1949, unpaginiert.

<sup>158</sup> HHStAW, Abt. 520/16, Nr. 16.900, Spruchkammerakte Fritz Hoffmann, Die Spruch- und Berufungskammer Gießen an Fritz Hoffmann, Az. G/160.51/Wa, 8.12.1949, unpaginiert.

<sup>159</sup> ISG, Sig. 102.020, Personalakte Fritz Hoffmann, Personalbogen, ohne Datum, Bl. 1-2.

<sup>160</sup> BAArch R 9361-VIII Kartei/18111575, Zentralkartei, Kasten 1811, Karte 1575.

Redakteur beim Hessischen Rundfunk. Ab 1. Januar 1971 war Sackenheim Hörfunk-Chefredakteur<sup>161</sup> und übte damit eines der höchsten Ämter im hessischen Nachrichtenwesen aus. Über die Umstände seines Parteibeitritts konnte keinerlei Dokumentation ermittelt werden. Es ist unbekannt, aus welchen Gründen er einen Antrag gestellt hatte und ob er über die Aufnahme in die Partei überhaupt informiert worden war.

Mit Manfred David und Hugo Lietzow finden sich zwei weitere ehemalige NSDAP-Mitglieder in hohen politischen Funktionen in der Bundesrepublik.<sup>162</sup> Manfred David war von 1967 bis 1989 Bürgermeister in Mannheim. Dort übte er zwischen 1981 und 1989 als Erster Bürgermeister das zweithöchste Amt aus. Hugo Lietzow fungierte zwischen 1958 und 1976 als Bürgermeister in Schwalbach am Taunus.

## 5.5 Öffentlich-gesellschaftlicher Umgang

Was kann über den öffentlich-gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit in Frankfurt zwischen Ende der 1950er und Mitte der 1960er Jahre gesagt werden? Spielte die NS-Zeit in der vor allem in der Presse ausgetragenen öffentlichen Debatte in Frankfurt eine Rolle, dann ging es in erster Linie um das Thema Widerstand oder auch um die Frage, inwiefern sich eine Person seit Kriegsende um den Wiederaufbau der Stadt verdient gemacht hatte.

Das Beispiel des Stadtverordneten Karl Engel macht dies deutlich. Engel ließ sich zeit seines Lebens für seinen Widerstand gegen das NS-Regime feiern. Für die Frankfurter galt er als „Mann der ersten Stunde“. Bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes im August 1967 hieß es: „Da sich Engel auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme noch zu seiner demokratischen Gesinnung bekannte, wurde er als Eisenbahner im Jahr 1933 nach Höchst strafversetzt“.<sup>163</sup> Unerwähnt blieb jedoch, dass Engel im Mai 1937 der NSDAP beigetreten war.<sup>164</sup> Für die Verleihung eines Bundesverdienstkreuzes war es Routine, in der Spruchkammerakte der betreffenden Person nachzusehen, ob etwas Belastendes vorlag, das gegen eine Verleihung sprach. Auch Engels Spruchkammerakte wurde im Vorfeld durch das Regierungspräsidium in Wiesbaden angefordert, um eine eventuelle NS-Belastung

---

<sup>161</sup> Sackenheim jetzt Chefredakteur, in: *FAZ*, 31.12.1970.

<sup>162</sup> BArch R 9361-IX Kartei/5860749, Gaukartei, Kasten 586, Karte 749; BArch R 9361-IX Kartei/25880622, Gaukartei, Kasten 2588, Karte 622.

<sup>163</sup> Hohe Ehrung für Karl Engel, in: *Höchster Kreisblatt*, 31.8.1967, s. auch Frankfurt und Frankfurter, in: *FAZ*, 12.7.1966.

<sup>164</sup> BArch R 9361-IX Kartei/7830534, Gaukartei, Kasten 783, Karte 534.

auszuschließen. Den Verantwortlichen muss demnach bekannt gewesen sein, dass Engel Mitglied der NSDAP gewesen war.<sup>165</sup>

Das gleiche trifft auf die Verleihung von Bundesverdienstkreuzen an Paul Stein 1976 und Walter Kugel 1981 zu. In beiden Fällen wurde ebenfalls über die eindeutige Mitgliedschaft in der NSDAP hinweggesehen.<sup>166</sup>

Auch finden sich unter den Trägern des höchsten Frankfurter Ehrentitels „Stadtälteste“ oder „Stadtältester“ mit Friedrich Franz Sackenheim, Paul Stein und Karl Uffelmann drei ehemalige Mitglieder der NSDAP. Während sich über die Bedeutung der Mitgliedschaften von Sackenheim und Stein im Rahmen einer HJ-Übernahme streiten lässt, ist Uffelmans Beitritt zur NSDAP im August 1932 leichter zu deuten. Die Spruchkammer stellte nach ihrem Verfahren fest, dass Uffelmann aus Überzeugung und in Übereinstimmung mit ihrem Programm der Partei beigetreten war. Er habe Funktionen übernommen und seine Arbeit als Diakon im Sinne der nationalsozialistischen Ziele ausgeübt. Es wurde ihm jedoch zugutegehalten, dass er sich nicht von seiner „nicht-arischen“ Frau scheiden ließ und deshalb 1939 aus der Partei ausgeschlossen worden war.<sup>167</sup>

---

<sup>165</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.149/2, Spruchkammerakte Karl Engel, Der Regierungspräsident in Wiesbaden an das Hessische Hauptstaatsarchiv, Betreff: Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, 18.4.1967, unpaginiert.

<sup>166</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 10.855/2, Spruchkammerakte Paul Stein, Der Regierungspräsident in Darmstadt an das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Betreff: Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, 8.9.1976, unpaginiert; HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.910/2, Spruchkammerakte Walter Kugel, Der Regierungspräsident in Darmstadt an das Hessische Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Betreff: Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, 31.8.1981, unpaginiert.

<sup>167</sup> HHStAW, Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Großhessisches Ministerium für politische Befreiung, Kammer Frankfurt am Main, 131. Spruchkammer, Az. F/187.492, Sitzung vom 21.1.1947, unpaginiert.

## Ergebnisse und Forschungsperspektiven

Zu verschiedenen Parlamenten und Behörden auf Landes- und Kommunalebene liegen inzwischen historische Studien vor, die die NS-Vergangenheit der Mandatsträgerinnen und -träger beziehungsweise Inhaber von Führungsstellen in der öffentlichen Verwaltung seit 1945 analysieren. Für die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung war dies bislang nicht der Fall. Zwar bietet eine 2004 erschienene Studie von Bettina Tüffers über den *Braunen Magistrat* wichtige Hinweise auf die Nachkriegsbiografien ausgewählter ehemaliger Frankfurter NS-Politiker, aber eine systematische Ergründung der Frage, wie viele der Frankfurter Stadtverordneten und Bürgerratsmitglieder einstigen Organisationen des nationalsozialistischen Staates angehörten oder anderweitig durch ihr Wirken im „Dritten Reich“ politisch belastet waren, steht weiterhin aus. Das Kernziel des hier vorgelegten Projektberichts war es daher zum einen, den genauen Anteil ehemaliger Mitglieder der NSDAP in den Nachkriegsparlamenten für den Zeitraum zwischen 1945 bis 1968 zu ermitteln. Zum anderen wurden auf der Basis einer Prüfung vor allem von Personal- und Entnazifizierungsakten sowie den NSDAP-Mitgliederkarteien zahlreiche Dokumente in verschiedenen Archiven geprüft, die entweder eine Mitgliedschaft in NS-Unterorganisationen nachweisen oder weiterführende Hinweise auf ein aktives Engagement für das NS-Regime geben.

Im Rahmen dieses Projektberichts werden die Biografien von insgesamt 325 Frankfurter Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in den Jahren 1945 bis 1968 ausgewertet. Zu den wichtigsten Ergebnissen zählen die folgenden Erkenntnisse:

(1) Für 54 der 325 ehemaligen Frankfurter Stadtverordneten konnte eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden (16,6 Prozent). Auf Basis der vorläufigen Ergebnisse kann außerdem festgehalten werden, dass die NS-Belastung der Frankfurter Stadtverordneten weit über die sieben bisher bekannten Fälle hinausreicht. Das Ergebnis bedarf jedoch einer weiteren Differenzierung nach Legislaturperioden. So konnte für die Zeit des Bürgerrats und der ersten Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung (1945-1948) nur eine einzige frühere NSDAP-Mitgliedschaft festgestellt werden. Prozentual blieben die Werte mit 2,3 Prozent (Bürgerrat, 1945-1946) sowie 1,4 Prozent (1946-1948) niedrig. Tatsächlich zeigten sich nach 1945 personelle Kontinuitäten zunächst dahingehend, dass ein erheblicher Anteil der Mandatsträgerinnen und -träger als Politikerinnen und Politiker in den demokratischen Parteien der Weimarer Republik aktiv war. Viele von ihnen wurden im Zuge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933 inhaftiert und entlassen.

(2) Deutlich wurde, dass die Anzahl der NS-Belasteten in den Reihen der Frankfurter Stadtverordneten seit der zweiten Legislaturperiode (1948-1952) klar anstieg. Für diese

Zeitspanne konnten sieben Personen mit einer NS-Belastung ermittelt werden (6,7 Prozent). Noch deutlicher zeigt sich dieser Trend in der dritten Wahlperiode (1952-1956), der Anteil stieg mit 20 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern auf 19,8 Prozent. Die meisten dieser Mandatsträger sind der NSDAP bereits kurz nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten oder zum nächstmöglichen Aufnahmezeitpunkt am 1. Mai 1937 beigetreten. Von den insgesamt 104 Stadtverordneten, die während der vierten Legislaturperiode (1956-1960) ein Mandat innehatten, waren mindestens 18 ehemalige Mitglieder der NSDAP (17 Prozent). Für die 96 Mitglieder der fünften Legislaturperiode (1960-1964) konnte für 19 Personen eine NSDAP-Mitgliedschaft nachgewiesen werden (20 Prozent). In der sechsten Legislaturperiode (1964-1968) wurden für 20 der 99 Stadtverordneten NSDAP-Mitgliedschaften festgestellt. Damit erreichte der prozentuale Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der sechsten Wahlperiode mit 20,2 Prozent einen Höchststand.

Werden nun diejenigen Stadtverordneten aus der Untersuchungsgruppe II entfernt, die aufgrund ihres Alters zu jung für eine Mitgliedschaft in der NSDAP waren, so ergibt sich für die vierte Legislaturperiode ein Anteil von 18 Prozent, für die fünfte ein Anteil von 21,3 Prozent und für die sechste Legislaturperiode ein Anteil von 23 Prozent. Mit diesem Höchststand bewegt sich die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung deutlich unterhalb des für den Hessischen Landtag im gleichen Zeitraum gemessenen Wertes (35 Prozent).

(3) Aufgrund des Ausscheidens vieler belasteter Stadtverordneter nach der sechsten Wahlperiode kann davon ausgegangen werden, dass ihr prozentualer Anteil danach gesunken ist. Dennoch finden sich mit Rudi Arndt, Friedrich Franz Sackenheim, Hans Schönberger und Paul Stein ehemalige Mitglieder der NSDAP auch noch in der zehnten Legislaturperiode (1981-1985) im Römer. Weitere Erkenntnisse für diese spätere Zeit konnten jedoch im Rahmen dieses Projektberichts noch nicht gewonnen werden. Hierzu bedürfte es einer ergänzenden Untersuchung der Neuzugänge ab der siebten Legislaturperiode hinsichtlich ihrer NS-Belastung.

(4) In Hinblick auf die Parteimitgliedschaften der Mandatsträger mit einer NS-Belastung kann festgehalten werden, dass insbesondere in der dritten Wahlperiode eine hohe Fluktuation der Fraktionszugehörigkeit eintrat. So gehörten sieben der 18 bislang ermittelten ehemaligen NSDAP-Mitglieder der Untersuchungsgruppe I (1945-1956) zumindest vorübergehend der FDP-Fraktion (zeitweise der LDP/FDP) an, fünf Mitglieder der Deutschen Partei, drei der SPD, drei der CDU bzw. CDP. Besonders hervorzuheben sind zudem die Freie Volkspartei (FVP) und der Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Das Bündnis der Freien Volkspartei, die sich als Gruppierung von der FDP abgespalten hatte, bestand aus sechs Politikern, von denen vier der NSDAP angehört hatten. Was bedeuten diese

Ergebnisse unter Einschluss der nachfolgenden Legislaturperioden bis 1968 für die einzelnen Parteien? Bei der Verteilung der Stadtverordneten auf die Fraktionen zeigt sich mit Blick auf die Untersuchungsgruppe II, dass die FDP-Fraktion, gemessen an der Gesamtzahl der ehemaligen Stadtverordneten, mit 35 Prozent den höchsten Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besaß. Von den 20 ehemaligen FDP-Stadtverordneten waren mindestens sieben Mitglieder der NSDAP gewesen. Bei der SPD belief sich dieser Wert auf 24,7 Prozent aller hier behandelten Stadtverordneten (23 von 93). Mit 12,2 Prozent (6 von 49) ist dieser Wert für die CDU-Fraktion am niedrigsten. Betrachtet man diese Ergebnisse unter Ausschluss der nach 1927 geborenen Stadtverordneten, ändern sich die Zahlen für die SPD (26,7 Prozent) und die CDU (15 Prozent) nur gering. Für die FDP erhöht sich der Prozentsatz jedoch auf 41,1.

(5) Ermittelt wurden auch die Mitgliedschaften der Frankfurter Stadtverordneten in Gliederungen und angeschlossenen Organisationen der NSDAP. So gehörte die Mehrheit der 163 untersuchten Stadtverordneten und Bürgerratsmitglieder der Untersuchungsgruppe I (1945-1956) einer der zahlreichen NS-Organisationen an. Hierbei handelte es sich meistens um die in den Spruchkammerverfahren wenig beachteten Massenorganisationen wie die Deutsche Arbeitsfront oder die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Einigen Stadtverordneten konnte zudem die Zugehörigkeit zum Reichsluftschutzbund oder dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland nachgewiesen werden. Im Hinblick auf berufsständische Verbände offenbarten sich Mitgliedschaften insbesondere im NS-Rechtswahrerbund sowie dem NS-Lehrerbund. Insgesamt ist die hohe Anzahl an promovierten Politikern auffällig, die der NSDAP beigetreten waren. Hierzu zählen: Ewald Becker, Walter Ried, Friedrich Krebs, Günther Ramdohr, Walter Keller, Otto Kramer, Albert Derichsweiler und Wilhelm Fay; die meisten von ihnen hatten eine juristische Dissertation vorgelegt. Bei zwei Stadtverordneten konnten außerdem Mitgliedschaften in der SS festgestellt werden, wobei einer von ihnen als V-Mann im Sicherheitsdienst tätig war. Im Zuge der Auswertung der Entnazifizierungsakten fanden sich zudem bei einem Bürgerratsmitglied sowie einem Stadtverordneten Hinweise auf fördernde SS-Mitgliedschaften. Mitglied- und Anwartschaften in der SA wurden auch unabhängig von einer Parteizugehörigkeit identifiziert; meist fallen diese in die ersten Jahre des NS-Regimes.

(6) Im vorliegenden Bericht werden Angaben zu den Wehrdienstzeiten und Kriegseinsätzen der Frankfurter Stadtverordneten aufgeschlüsselt. Sowohl in der ersten als auch der zweiten Untersuchungsgruppe konnten rund 55 Stadtverordnete als ehemalige Wehrmattsangehörige identifiziert werden. Das Spektrum reicht in diesen Fällen von sehr langen Militärdienstzeiten bis hin zur Zugehörigkeit zum „Strafbataillon 999“, das „bedingt Wehrwürdige“ sowie politisch Verfolgte oder als kriminell verurteilte Männer zu Zwangseinsätzen verpflichtete. Der vorliegende Projektbericht bietet nur erste Daten zu den

jeweiligen Einsatzorten, aber auch hier deutet sich bereits ein breites Spektrum an, das in Zukunft noch eingehender gerade im Hinblick auf eine eventuelle Beteiligung an Kriegsverbrechen geprüft werden muss.

Die Erkenntnis, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder oder anderweitig NS-belastete Personen nach 1945 in den Parlamenten und öffentlichen Behörden vertreten waren, ist nicht neu. Eine Feststellung der individuellen und kollektiven Belastungsgrade kann jedoch als Ausgangspunkt für weiterführende Studien dienen. Generell muss die Frage gestellt werden, welche Folgen es hatte, dass auch die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung seit den 1950er Jahren einen verhältnismäßig hohen Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern aufwies. Belastete Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die in der Politik der Nachkriegszeit aktiv und somit direkt am demokratischen Wiederaufbau beteiligt waren, sollten hinsichtlich ihres Umgangs mit der eigenen Vergangenheit untersucht werden. Dies gilt ebenso für diejenigen, die um diese Vorbelastungen wussten und sich damit über Jahrzehnte arrangierten.

Der Dank der Verfasser dieser Studie richtet sich an die Archivarinnen und Archivaren des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden sowie des Bundesarchivs Berlin, insbesondere an Hans-Günter Bott und Dr. Carina Schmidt.

Bemerkung zu den Anhängen:

Der Anhang des Berichts enthält vier tabellarische Auflistungen. Tabelle I ist eine Liste der 325 Stadtverordneten und Bürgerratsmitglieder mit Geburtsdaten, Parteizugehörigkeiten sowie Mandatsdauer. Tabelle II zeigt bislang festgestellte NSDAP-Mitgliedschaften. Tabelle III listet relevante Aktenbestände auf. Universitätsarchive wurden ebenfalls in einzelnen Fällen angeführt. Tabelle IV wiederum ist eine Arbeitsbibliografie, die als Hilfsmittel für weitere Forschungen zu betrachten ist.

Zur Datensammlung:

Die Datensammlung stellt eine lediglich für interne Zwecke angelegte Übersicht der Stadtverordneten und Bürgerratsmitglieder mit den zu Beginn erklärten Parametern dar. Wie bereits erwähnt, unterscheidet sich der Quellenkorpus individuell stark. So mussten Berufszugehörigkeiten zum Teil den Meldebögen entnommen werden, da biografische Angaben anderweitig kaum recherchierbar waren. Die Übersicht dient als Grundlage für

weitere Projekte und erhebt, genauso wie der gesamte Projektbericht, keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll vielmehr in komprimierter Form erste biografische Einblicke in das Leben der Stadtverordneten während der NS-Zeit gewähren.

PROJEKTBERICHT

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Für den ersten Teil des Berichts angeführte Quellen und Literatur

#### Quellen:

##### Bundesarchiv Berlin:

##### NSDAP-Mitgliederkartei:

- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/16500990, Hofmeister, Friedrich Wilhelm, Karte 990
- BArchB, R 9361-IX-Kartei/Gaukartei/19711248, Keller, Walter, Karte 1248
- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/22681740, Kramer, Otto, Karte 1740
- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/33681269, Ramdohr, Günther, Karte 1269
- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/35760737, Rothe, Gerhart, Karte 737
- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/43960275, Supan, Franz, Karte 275
- BArchB, R 9361-IX Kartei/Gaukartei/47850870, Welz, Helmut, Karte 870
- BArchB, R 9361-VIII Kartei/Zentralkartei/16220198, Port, Heinrich, Karte 198
- BArchB, R 9361-VIII Kartei/Zentralkartei/22992120, Teuscher, Otto Max, Karte 2120

##### Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main:

##### Magistratsakten:

- 4.325-4.327 Stadtverordnete
- 4.309-4.310 Bürgerrat

##### Personalakten:

- Karl Georg Heinrich Bischoff: PA 15.726
- Maria Bausch: PA 192.886
- Jakob Brenneisen: PA 163.828
- Friedrich Otto Boltze: PA 15.794
- Ludwig Florian: PA 110.864
- Fritz Geißler: PA 16.451
- Benno Halberstadt: PA 112.320

- Paul Kirchhof: PA 74.275
- Friedrich Krebs: PA 74.304-305
- Georg Treser: PA 75.143-75.145
- Helmut Welz: PA 221.748
- Elisabeth Wetzel: PA 136.351
- Fritz Winterling-Emden: PA 73.938

#### Sammlungsakten:

- S2 Anna Beyer 12.235
- S2 Paul Kirchhof 1.456
- S2 Elisabeth Wetzel 10.490

#### Nachlässe

- Nachlass Carola Barth S1 39
- Nachlass Theodor Häbich S1 98

#### Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden:

##### 518: Entschädigungsakten

- Edmund Adam: 518, 34907
- Robert Gockenbach: 518, 54372
- Wilhelm Knothe: 518, 78793
- Adolf Leweke: 518, 3001
- Kurt Meyer: 518, 903
- Hermann Salomon: 518, 5158

##### 520: Entnazifizierungsakten:

- Edmund Adam: 520/11, 262/[1]/2
- Ewald Becker: 520/11, 5332/[1]/2
- Karl Georg Heinrich Bischoff: 520/11, 8734/1/2
- Hans Breitbach: 520/11, 39073/1/2

- Wilhelm Fay: 520/11, 9068/[1]/2
- Günther Grosser: 520/11, 30999 (Meldebogen)
- Hans Hecker: 520/11, A-Z, Hecker, Hans
- Fritz Hofmeister: 520/11, A-Z, Hofmeister, Fritz
- Ludwig Jost: 520/11, 9923/[1]/2
- Richard Kettner: 520/11, 346 610 (Meldebogen)
- Paul Kirchhof: 520/11, 12797/[1]/2
- Wilhelm Knothe: 520/11, 13954/[1]/2
- Johann Kraus: 520/11, A-Z, Kraus, Johann
- Friedrich Krebs: 520/11, 10818/1-5
- Ernst Landgrebe: 520/11, A-Z, Landgrebe, Ernst
- Adolf Leweke: 520/11, 150 700 (Meldebogen)
- Heinrich Port: 520/11, 295 267 (Meldebogen)
- Walter Queißer: 520/10, 4595
- Anton Rick: 520/11, A-Z, Rick, Anton
- Gerhart Rothe: 520/11, 106 853 (Meldebogen)
- Otto Max Teuscher: 520/11, 13527/1/2
- Adolf Weiter: 520/11, A-Z, Weiter, Adolf
- Elisabeth Wetzel: 520/11, 9465/[1]/2/3
- Hans Wilhelmi: 520/11, 161 124 (Meldebogen und Untersuchung)

Weitere Aktenbestände:

- 503, 3312 Kontrolle verfassungsgefährdender Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonen
- PA 505, 4872 (Personalakte des Reichsjustizministeriums, Walter Ried)
- PA 505, 4873 (Personalakte Walter Ried)
- 507, 12052 Politische Überprüfungen
- 507, 12002 Politische Überprüfungen
- 3038, 6 Personenbezogene Unterlagen Hessische Landtagsstudie, hier Adolf Leweke
- 630, 92 Ermittlungen gegen den Magistrat der Stadt Offenbach am Main

## Literatur:

Gerhard Baier, SPD Hessen. Chronik 1945 bis 1988, Bonn 1989.

Kathrin Susann Becher, Mandatsniederlegungen auf kommunaler Ebene. Untersuchung von Austrittsursachen am Beispiel der Stadtparlamente Leipzig und Frankfurt/Main, Wiesbaden 1997.

Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009.

Ders., Mitläufer und Hauptschuldige. Facetten des politischen Engagements im NS-Staat, in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter – Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 65-73.

Michael Bermejo, Die Opfer der Diktatur. Frankfurter Stadtverordnete und Magistratsmitglieder als Verfolgte des NS-Staates, Frankfurt am Main 2006.

Barbara Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945, Frankfurt am Main 1976.

Dies., Nieder mit Hitler! Frankfurter Arbeiterbewegung im Widerstand gegen den Faschismus 1933-1945, 2. überarb. Aufl., Frankfurt am Main 2004.

Uwe Danker/Sebastian Lehmann-Himmel/Dieter Hartwig (Hrsg.), Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945, Husum 2017.

Ludwig Eiber, Verfolgung, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 275-295.

Jürgen W. Falter, Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben?, in: Ders. (Hrsg.), Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2016, S. 15-40.

Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Constantin Goschler, NS-Altlasten in den Nachkriegsparlamenten – Überlegungen zum Umgang mit der personellen Kontinuitätsfrage, in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter - Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 78-85.

Michael Hensle, Bewährungsbataillon 999, in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 397-398.

Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter - Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014.

Albrecht Kirschner, Dabei gewesen? Ergebnisse der Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 49-56.

Ders., Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“, Abschlussbericht, abgedruckt in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 137-206.

Hubert Klein, Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Frankfurt am Main 2014.

Angelika Königseder, Das Ende der NSDAP. Die Entnazifizierung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 151-167.

Wolf-Arno Kropat, Entnazifizierung. Mitbestimmung. Schulgeldfreiheit. Hessische Landtagsdebatten 1947-1950, Wiesbaden 2004.

Karl Maly, Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Bd. 2: Das Regiment der Parteien 1901-1933, Frankfurt am Main 1995.

Kurt Meier, Die theologischen Fakultäten im Dritten Reich, Berlin 1996.

Amelis von Mettenheim, Die zwölf langen Jahre – eine Familiengeschichte im Dritten Reich, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 65, Frankfurt am Main 1999, S. 222-258.

Kristina Meyer, Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945-1990, Göttingen 2015.

Wolfgang Klötzer (Hrsg), Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon, 2 Bde, Frankfurt am Main 1994 u. 1996.

Helga Krohn, „Es war richtig, wieder anzufangen“. Juden in Frankfurt am Main seit 1945, Frankfurt am Main 2011.

Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.-11. Wahlperiode), hrsg. vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Frankfurt am Main 1986.

Joachim Rotberg, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main 1945-1946, Frankfurt am Main 1999.

Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999.

Sabine Schneider, Belastete Demokraten. Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung, Marburg 2019.

Elke Schüller, „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen. 1945-1956. Ein biographisches Handbuch, Bd. 1: Kreisfreie Städte, Königstein/Taunus 1995.

Dies., „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main 1945-1956, Königstein/Taunus 2005.

Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999.

Bettina Tüffers, Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945, Frankfurt am Main 2004.

Dies., Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz, Frankfurt am Main u.a. 2011.

Thomas Vogtherr, Die Vergangenheit niedersächsischer Landtagsabgeordneter während des Nationalsozialismus – Bericht über ein 2012 abgeschlossenes Forschungsprojekt, in: Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 41-47.

### **Online-Quellen:**

<https://historisches-museum-frankfurt.de/de/frankfurt-und-der-nationalsozialismus> [29.3.2020].

<https://landesarchiv.hessen.de/archivprojekte/spruchkammerprojekt> [29.3.2020].

<https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Ueber-uns/Aus-unserer-Arbeit/berlin-document-center.html> [7.7.2020].

Stickler, Matthias, Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013; [ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/55228.html) [10.9.2020].

### **Für den zweiten Teil des Berichts angeführte Quellen und Literatur**

#### **Quellen:**

#### **Bundesarchiv Berlin**

#### **NSDAP-Mitgliederkartei:**

- R 9361-II/628827
- R 9361-VIII Kartei
- R 9361-IX Kartei

#### **Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main**

#### **Magistratsakten:**

- 4.302

#### **Personalakten:**

- ISG 5.204 Personalakte Hans Loskant
- ISG 18.655 Personalakte Waltraut Rudelius
- ISG 50.433 Personalakte Werner Müller
- ISG 55.842 Personalakte Willy Pfeiffer
- ISG 65.460 Personalakte Waltraut Boss
- ISG 71.323 Personalakte Wilhelm Hoos
- ISG 102.020 Personalakte Fritz Hoffmann

- ISG 116.638 Personalakte Waldemar Lorenz
- ISG 116.639 Personalakte Waldemar Lorenz
- ISG 119.015 Personalakte Willy Pfeiffer
- ISG 136.698 Personalakte Walter Möller
- ISG 137.276 Personalakte Hans-Joachim Kasperczyk
- ISG 157.635 Personalakte Albert Knorr
- ISG 205.845 Personalakte Albert Limberger

Nachlässe:

- ISG S1 156/1 Nachlass Max Flesch-Thebesius
- ISG S1 502/24 Nachlass Elli Horeni

Weitere Aktenbestände:

- ISG S5/523 SPD-Nordend

**Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden**

518: Entschädigungsakten

- Abt. 518, Nr. 2598, Ludwig Gehm
- Abt. 518, Nr. 3.197, Ludwig Gehm
- Abt. 518, Nr. 6.163, Margot Tesch
- Abt. 518, Nr. 17.118, Wilhelm Hoos
- Abt. 518, Nr. 30.730, Gerhard Ambrosius
- Abt. 518, Nr. 56.495, Gerhard Weck
- Abt. 518, Nr. 78.813, Albert Knorr

520/11: Entnazifizierungsakten:

- Abt. 520/11, Nr. 1.790/1, Betty Arndt
- Abt. 520/11, Nr. 9.086/2, Wilhelm Finger
- Abt. 520/11, Nr. 10.096/2, Heinrich Nöll
- Abt. 520/11, Nr. 10.855/1, Paul Stein
- Abt. 520/11, Nr. 10.855/2, Paul Stein
- Abt. 520/11, Nr. 13.124/2, Viktor Seubert
- Abt. 520/11, Nr. 14.149/2, Karl Engel

- Abt. 520/11, Nr. 14.456/2, Karl Uffelmann
- Abt. 520/11, Nr. 14.910/1, Walter Kugel
- Abt. 520/11, Nr. 14.910/2, Walter Kugel
- Abt. 520/11, Nr. 45.796, Klaus Dörrbecker

Weitere Aktenbestände:

- Abt. 520/16, Nr. 16.900, Spruchkammerakte Fritz Hoffmann
- Abt. 520/22, Nr. 15.051, Spruchkammerakte Hans Werner Schneider
- Abt. 650 (10/66), Nr. 3.559, Personalakte Martha Breiter
- Abt. 677, Nr. 58, Reichsfluchtsteuerakte Max Flesch-Thebesius

**Dokumentationsarchiv des Deutschen Widerstandes Frankfurt am Main**

- AN 4678, Fritz Schmidt
- AN 7369, Fritz Schmidt

**Literatur:**

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (Hrsg.), Frauen in der SPD berichten über Erlebnisse unter dem Nationalsozialismus und über ihre Tätigkeit im antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main 1980.

Roselinde Arndt/Hans Sarkowicz, Rudi Arndt. Politik mit Dynamit. Eine politische Biografie, Hanau 2011.

Wolfgang Benz, Einleitung: Die NSDAP und ihre Mitglieder, in: Ders. (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 7-17.

Michael Bermejo, Die Opfer der Diktatur. Frankfurter Stadtverordnete und Magistratsmitglieder als Verfolgte des NS-Staates, Frankfurt am Main 2006.

Antje Dertinger, Der treue Partisan. Ein deutscher Lebenslauf: Ludwig Gehm, Bonn 1989.

Dieter Eckhardt (Hrsg.), Frankfurter AWO-Frauen in den Jahren des Neubeginns. Nach dem Ende von Krieg und NS-Regime, Frankfurt am Main 2006.

Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 50-54.

Karl Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002.

Klaus-Dieter Gössel, Beamtentum im Nationalsozialismus. Die historische Entwicklung des Berufsbeamtentums bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Ders. (Hrsg.), Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellungen und Dokumente, Bremen 2002, S. 95-142.

Norbert Kartmann (Hrsg.), NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter. Dokumentation der Fachtagung, 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag, bearbeitet v. Andreas Hedwig, Wiesbaden/Marburg 2014, S. 137-206.

Albrecht Kirschner, Abschlussbericht der Arbeitsgruppe zur Vorstudie „NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ der Kommission des Hessischen Landtags für das Forschungsvorhaben „Politische und parlamentarische Geschichte des Landes Hessen“, hrsg. vom Hessischen Landtag, Wiesbaden 2013.

Hans-Peter Klausch, Die 999er. Von der Brigade „Z“ zur Afrika-Division 999: Die Bewährungsbataillone und ihr Anteil am antifaschistischen Widerstand, Frankfurt am Main 1986.

Ders., Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), Wiesbaden 2011.

Ders., Braune Spuren im Saar-Landtag. Die NS-Vergangenheit saarländischer Abgeordneter, Saarbrücken 2013.

Kurt-Gerhard Klietmann, Deutsche Auszeichnungen, Bd. 2: Deutsches Reich 1871-1945, Berlin 1971.

Wolfgang Klötzer (Hrsg.), Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon, 2 Bde, Frankfurt am Main 1994 u. 1996.

Gerald Kreft, „Ich habe Angst, ich darf es mir aber nicht merken lassen“. Zu den Tagebüchern (1933-1945) des „Mischlings 1. Grades“ Professor Dr. med. Max Flesch-Thebesius, in: Medizinhistorisches Journal, Jg. 33, H. 3/4 (1998), S. 323-347.

Jochen Lengemann, Das Hessen-Parlament 1946-1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung und des Hessischen Landtags (1.-11. Wahlperiode), hrsg. vom Präsidenten des Hessischen Landtags, Frankfurt am Main 1986.

Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964.

Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

Lutz Niethammer, Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin u.a. 1982.

Armin Nolzen, Vom ‚Jugendgenossen‘ zum ‚Parteigenossen‘. Die Aufnahme von Angehörigen der Hitler-Jugend in die NSDAP, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 123-150.

Sabine Schneider, Belastete Demokraten. Hessische Landtagsabgeordnete der Nachkriegszeit zwischen Nationalsozialismus und Liberalisierung, Marburg 2019.

Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999.

Elke Schüller, „Neue, andere Menschen, andere Frauen?“ Kommunalpolitikerinnen in Hessen 1945-1956. Ein biographisches Handbuch, Bd. 1: Kreisfreie Städte, Königstein/Taunus 1995.

Bernd Stöver, Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009.

Bettina Tüffers, Der Braune Magistrat: Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945, Frankfurt am Main 2004.

Dies., Von der Römerkoalition zur Parteienkonkurrenz. Geschichte der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, Bd. IV: 1946-1989, Frankfurt am Main 2011.

Clemens Vollnhals, Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991.

Mario Wenzel, Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände. Ein Überblick, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 19-38.

Juliane Wetzel, Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 74-90.

## Anhang I A: Liste der ehemaligen Stadtverordneten mit biografischen Angaben

Nr.	Name, Vorname	Geburtsdatum	Geburtsort	Partei	Mandatsdauer [Bürgerrat 5.9.1945-16.5.1946] [Wahlperiode=WP]
1.	Adam, Edmund	18.05.1894	Sonneberg	SPD	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
2.	Adolph, Gustav	23.12.1885	Sichenhausen	SPD	18.10.1945-Jan. 1946 Bürgerrat
3.	Aigner, Georg	30.04.1900	Nürnberg	SPD	1.8.1946-30.4.1948 (WP 1)
4.	Albrecht, Lina	07.01.1910	Frankfurt a.M.	KPD	Bürgerrat
5.	Arndgen, Josef	24.02.1894	Rheydt	CDP	Bürgerrat bis Dezember 1945
6.	Arndt, Martin	10.11.1883	Dresden	Parteilos	Bürgerrat
7.	Auth, Josef	23.10.1887	Niederkalbach	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
8.	Barth, Carola	24.09.1879	Bad Salzschlirf	CDU	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
9.	Baumann, Luisa (Liesel)	30.08.1902	Frankfurt a.M.	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
10.	Bausch, Maria	04.03.1886	Hellenhahn	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1) 1.7.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
11.	Bautzmann, Gustav	11.01.1890	Altendiez	SPD	Bürgerrat
12.	Becker, Ewald	28.03.1899	Dauborn	FDP/LDP/FVP	1.5.1948-2.7.1956 FDP anschließend - 31.10.1956 FVP (WP 2-3)
13.	Becker, Georg	29.05.1886	Erzhausen	SPD	1.8.1946-30.4.1948 (WP 1) 1.7.1948-21.1.1954 (WP 2-3)
14.	Beutler, Ernst	12.04.1885	Reichenbach	parteilos	Bürgerrat
15.	Beyer, Anna	02.02.1909	Frankfurt a.M.	SPD	Bürgerrat seit 17.12.1945 1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
16.	Bischoff, Karl Georg Heinrich	04.06.1891	Frankfurt a.M.	DP	5.5.1952-31.7.1952 (WP 3)
17.	Bittorf, Marie	08.07.1886	Mühlhausen	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
18.	Boeck, Friedrich	29.08.1924	Frankfurt a.M.	CDU/fraktionslos	5.5.1952-14.6./1.5./1956 (WP 3)

19.	Boltze, Friedrich Otto	10.12.1898	Trier	FDP/fraktionslos	5.5.1952-1.10.1955 (WP 3)
20.	Braun, Robert	13.04.1911	Bergnassau	SPD	10.2.1955-31.10.1956 (WP 3)
21.	Breitbach, Hans	04.11.1901	Linz am Rhein	CDP/CDU	Bürgerrat 1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
22.	Brendel, Karl	09.06.1902	Frankfurt a.M.	CDU	1.8.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
23.	Brenneisen, Jakob	06.10.1897	Frankfurt a.M.	KPD	29.6.1950-30.4.1952 (WP 2)
24.	Brisbois, Alois	30.11.1885	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-25.7.1946 (WP 1) 1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
25.	Carlebach, Emil	10.07.1914	Frankfurt a.M.	KPD	Bürgerrat 1.5.1948-30.9./12.10.1949 (WP 2)
26.	Caspary, Friedrich	10.05.1901	Frankfurt a.M.	SPD	1.6.1946-25.7.1946 (WP 1)
27.	Denecke, Paul	11.08.1874	Hamburg	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
28.	Derichsweiler, Albert	06.07.1909	Bad Niederbronn	DP/FDP/FVP	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3) 11.8.1953-2.7.1956 (FDP) anschließend FVP
29.	Deutschmann, Arno	20.10.1893	Görlitz	FDP/LDP	Bürgerrat seit 17.12.1945 1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
30.	Dickhaut, Fritz	31.12.1877	Frankfurt a.M.	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
31.	Dirks, Walter	08.01.1901	Hörde	CDP	Bürgerrat bis 17.12.1945
32.	Dressler, Herbert	15.07.1917	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
33.	Eckert, Hugo	10.09.1904	Frankfurt a.M.	CDP	Bürgerrat
34.	Eller, Josef	07.02.1887	Trier	LDP	Bürgerrat seit 17.12.1945
35.	Epstein, Else	22.12.1881	Frankfurt a.M.	CDU/CDP	Bürgerrat 1.6.1946-12.12.1948 (WP 1-2)
36.	Etzkorn, Hans	28.06.1904	Hamburg	SPD	Bürgerrat
37.	Fay, Wilhelm	01.07.1911	Frankfurt a.M.	CDU	5.5.1952-5.6.1952 (WP 3) 1.11.1972-30.11.1972 1.4.1977-12.5.1977
38.	Fertsch, Georg Ludwig	12.06.1890	Friedberg	LDP	Bürgerrat
39.	Fertsch-Röver, Dieter	18.02.1924	Frankfurt a.M.	FDP	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)

40.	Fisch, Walter	16.02.1910	Heidelberg	KPD	Bürgerrat
41.	Fischer, Peter	27.07.1896	Unterliederbach	Parteilos	Bürgerrat
42.	Fischer, Hans	04.06.1888	Trieb	SPD	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1) In WP 2 Mandatsverzicht
43.	Flettner, Heinrich	16.08.1899	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
44.	Florian, Ludwig	18.01.1900	Neustadt	CDU	1.5.1948-5.6.1952 (WP 2-3)
45.	Frank, Josef	31.12.1912	Sindlingen	CDU	1.6.1946-15.12.1949 (WP 1-2)
46.	Geisel, Hermann	19.09.1901	Vockenrode	SPD	6.2.1947-30.4.1948 (WP 1) 1.7.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
47.	Geißler, Fritz	16.09.1903	Frankfurt a.M.	FDP/LDP	1.5.1948-15.7.1948 (WP 2)
48.	Germroth, Gustav	05.11.1878	Neuwegersleben	FDP/LDP	1.5.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
49.	Glaab, Jakob	07.02.1895	Krombach	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
50.	Göbel, Kurt	12.03.1900	Bautzen	FDP/LDP	15.7.1948-30.4.1952 (WP 2)
51.	Gockenbach, Robert	18.05.1893	Ludwigshafen	SPD	5.5.1952-22.1.1955 (WP 3)
52.	Goller, Karl	22.10.1916	Leskau	SPD	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
53.	Gräser, August	06.11.1877	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-25.7.1946 (WP 1)
54.	Gröll, Ludwig	24.09.1892	Frankfurt a.M.	Parteilos	Bürgerrat seit 14.3.1946
55.	Grosser, Günther	25.08.1917	Berlin	FDP	1.5.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
56.	Grzimek, Ansgar	13.04.1907	Neisse	BHE	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
57.	Gurr, Rudolf	07.06.1886	Berlin	FDP	19.6.1952- 27.9./31.10.1956 FDP (WP 3) anschließend bis 31.10.1956 fraktionslos
58.	Haas, Josef	19.12.1893	Eigelsberg	SPD	1.6.1946-14.11.1947 (WP 1)
59.	Halberstadt, Benno	19.04.1905	Hörde	SPD	1.6.1946-16.12.1955 (WP 1-3)
60.	Harth, Hanns- Alex	11.03.1905	Frankfurt a.M.	FDP	26.6.1952-31.10.1956 (WP 3)

61.	Hecker, Hans	08.07.1895	Liebshausen	CDU	1.5.1948-30.9./12.10.1949 (WP 2)
62.	Heidel, Margarete	27.08.1916	Bad Godesberg	SPD	1.7.1948-30.4.1952 (WP 2)
63.	Hilpert, Werner	17.01.1897	Leipzig	CDP	Bürgerrat 18.10.-Dez. 1945
64.	Höcher, Edwin	02.05.1886	Wien	SPD	Bürgerrat seit 4.4.1946 1.6.1946-8.12.1960 (WP 1-4)
65.	Hofmann, Elli	11.04.1903	Frankfurt a.M.	KPD	16.8.1948-30.4.1952 (WP 2)
66.	Hofmeister, Fritz	18.03.1901	Frankfurt a.M.	FDP/LDP	1.12.1949-30.4.1952 (WP 2)
67.	Höhn, Eva	15.02.1893	Gichenbach	KPD	Bürgerrat
68.	Holler, Jakob	03.06.1908	Frankfurt a.M.	CDU	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
69.	Horn, Peter	15.04.1891	Wichheim	CDU	1.6.1946-20.7.1950 (WP 1-2)
70.	Horr, Richard	23.02.1910	Frankfurt a.M.	SPD	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
71.	Jacobs, Franz	02.02.1887	Kleve	CDP	Bürgerrat
72.	Jost, Ludwig	04.01.1914	Frankfurt a.M.	CDP/CDU	Bürgerrat seit 18.10.1945 1.6.1946-21.10.1977 (u.a. WP 1-3)
73.	Karst, Adolf	11.04.1878	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
74.	Keller, Walter	15.07.1887	Alf	SPD	5.5.1952-29.6.1956 (WP 3)
75.	Kemper, Max	29.05.1885	Duisburg	SPD	1.6.1946-17.6.1948 (WP 1-2)
76.	Kettner, Richard	27.03.1907	Frankfurt Sossenheim	KPD	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
77.	Kirchhof, Paul	21.10.1902	Okriftel	SPD	1.6.1946-28.2.1953 (WP 1-3)
78.	Kirsch, Martin	30.07.1892	Neu-Isenburg	KPD	Bürgerrat
79.	Klee, Karl	17.08.1879	Bebra	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
80.	Kleese, Alfred	28.05.1911	Leipzig	FDP	20.10.1955-31.10.1956 (WP 3)
81.	Knothe, Wilhelm	01.05.1888	Kassel	SPD	Bürgerrat
82.	Kohlberger, Richard	16.08.1911	Augsburg	SPD	19.1.1956-31.10.1956 (WP 3)
83.	Köhler, Emilie (Milly)	03.01.1907	Esslingen	SPD	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
84.	Korff, Max	03.01.1880	Waxweiler	LDP	18.10.-Dez. 1945 Bürgerrat

85.	Kramer, Otto	21.10.1899	Krefeld	BHE	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
86.	Kraus, Johann	04.08.1901	Frankfurt a.M.	KPD	26/29.6.1950- 30.4.1952 (WP 2)
87.	Krebs, Friedrich	09.05.1894	Germersheim	DP	5.5.1952-22.9.1952 (WP 3)
88.	Kriegseis, Jakob	24.07.1885	Pyrbaum	SPD	Bürgerrat seit 17.12.1945 1.6.1946-25.7.1946 (WP 1)
89.	Krohn, Julius	11.08.1881	Elmshorn	SPD	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
90.	Kruske, Paul	09.04.1900	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (1. WP)
91.	Laladin, Karl	08.02.1900	Offenbach a.M.	KPD	1.5.1948-29.6.1950 (WP 2)
92.	Landgrebe, Ernst	15.09.1878	Hoof	LDP	Bürgerrat seit 24.1.1946
93.	Latscha, Hans	10.03.1881	Essen	Parteilos	Bürgerrat
94.	Lauschner, Gerhard	12.05.1910	Breslau	KPD	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
95.	Lefeldt, Christian	24.07.1881	Danzig	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
96.	Letsch, Albert	16.09.1912	Frankfurt a.M.	KPD	18.11./2.12.1948- 13.6.1948 (WP 2)
97.	Leweke, Adolf	18.12.1891/92	Wuppertal- Elberfeld	CDP/CDU	Bürgerrat 1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
98.	Lichtinger, Otto	21.01.1912	Frankfurt a.M.	KPD	1.7.1948-18.11.1948 (WP 2)
99.	Marx, Heinrich	30.11.1877	Schmitten	FDP/LDP	1.5.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
100.	Menzer, Rudolf	10.07.1904	Frankfurt a.M.	SPD	Bürgerrat 1.6.1946-25.7.1946 (WP 1) 1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
101.	Mettenheim, Amalie von	10.11.1920	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
102.	Meyer, Kurt	04.09.1879	Cüstrin	FDP/LDP/FVP	1.5.1948-3.7.1956 FDP anschließend - 31.10.1956 FVP (WP 2-3)
103.	Meyer, Hans Paul	04.08.1897	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1) 13.1.1949-30.4.1952 (WP 2) 19.6.1952-4.2.1955 (WP 3)
104.	Miltenberger, Emil	16.11.1881	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)

105.	Misbach, Hans			SPD	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
106.	Müller, Oskar	25.07.1896	Wohlau	KPD	Bürgerrat bis 18.10.1945
107.	Niedermann, Rudolf	15.08.1890		SPD	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
108.	Pitz, Elly	05.08.1902	Neuwied	FDP/LDP	1.5.1948-31.10.1956 (WP 2-3)
109.	Pitz, Otto	15.12.1909	Frankfurt a.M.	KPD	1.5.1948-16.8.1948 (WP 2)
110.	Port, Heinrich	10.05.1885	Niederbiel	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
111.	Queißer, Walter	21.05.1908	Ostrowo	SPD	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
112.	Ramdohr, Günther	12.09.1907	Magdeburg	FDP	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
113.	Rasp, Martin	03.03.1885	Mainstockheim	CDU	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
114.	Rebholz, Johannes	19.06.1885	Kreenheinstetten	SPD	1.6.1946-22.1.1947 (WP 1)
115.	Reinbacher, Bruno	05.07.1895	Berlin	SPD	1.5.1948-21.2.1952 (WP 2)
116.	Reinert, Hellmut	20.12.1891	Brandenburg	SPD	1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
117.	Rhabanus, Elisabeth	23.01.1892	Naumburg	CDU	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
118.	Rick, Anton	11.05.1894	Frickhofen	CDU	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
119.	Ried, Walter	01.07.1907	Frankfurt a.M.	DP/FVP	5.5.1952-1.7.1954 DP (WP 3) 2.7.-31.10.1956 FVP
120.	Rothe, Gerhart	05.10.1911	Bonn	BHE/fraktionslos	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
121.	Rotter, Lina	04.09.1892	Frankfurt a.M.	SPD	1.5.1948-18.1.1951 (WP 2)
122.	Rübsamen, Hermann	12.08.1888	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
123.	Salomon, Hermann	09.03.1877	Kiel	SPD	1.6.1946-25.7.1946 (WP 1)
124.	Sauerwein, Georg	19.02.1902	Friedlos	SPD	26.3.1953-31.10.1956 (WP 3)
125.	Schade, Bruno	02.09.1900	Berlin	Parteilos	Bürgerrat bis 18.10.1945
126.	Schäfer, Friedrich	14.08.1891	Kassel	SPD	Bürgerrat
127.	Schaub, Hermann	31.03.1900	Vilbel	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
128.	Scheibel, Adolf	25.03.1891	Frankfurt a.M.	CDP/CDU	Bürgerrat 1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)

129.	Schenk, Georg	06.03.1903		KPD	1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
130.	Schiefele, Johann	01.08.1901	Premach	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
131.	Schmidt, Emil	02.12.1908	Frankfurt a.M.	KPD	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
132.	Schmorl, Hans	08.07.1892	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
133.	Schneider, Walter	13.01.1900	Berlin	SPD	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
134.	Schneider, Richard	13.10.1885		LDP/fraktionslos	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
135.	Schumacher, Willy	26.06.1894	Reutlingen	SPD	1.8.1946-30.4.1948 (WP 1) 1.7.1948-9.1.1952 (WP 2)
136.	Schwarz, Eugen	02.12.1900	Ulm	KPD	8.9.1949-30.4.1952 (WP 2)
137.	Seliger, Heinrich	13.12.1888	Wolfsburg	SPD	1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
138.	Spira, Theodor	12.01.1885	Worms	Parteilos	Bürgerrat 18.10.-Dez. 1945
139.	Standhaft, Hildegard	09.10.1904	Frankfurt a.M.	KPD	12.10.1949-30.4.1952 (WP 2)
140.	Steinschneider, Eva	11.08.1899	Hamburg	KPD	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
141.	Streletz, Karl	20.12.1917	Osterrönfeld	FDP/LDP	1.5.1948-30.4.1952 (WP 2)
142.	Stunz, August	02.10.1903	Frankfurt a.M.	SPD	19.6.1952-24.1.1955 (WP 3)
143.	Supan, Franz	19.09.1892	Eckersdorf	BHE	5.5.1952-31.10.1956 (WP 3)
144.	Szymichowski, Hans	31.10.1899		CDU	1.8.1946-30.4.1948 (WP 1) 15.12.1949-30.4.1952 (WP 2)
145.	Teuscher, Otto Max	18.07.1910	Seehausen	DP/FDP/FVP	5.5.1952-21.6.1953 (WP 3) 6.2.1953 (Ausschluss) 9.7.1953-2.7.1956 FDP anschließend- 31.10.1956 FVP
146.	Trapp, Carl	28.01.1892	Hannover	FDP/LDP	15.2.1951-30.4.1952 (WP 2)
147.	Treser, Georg	05.04.1898	Frankfurt a.M.	SPD	1.6.1946-25.7.1946 (WP 1) 1.5.1948-17.6.1948 (WP 2)
148.	Uihlein, Alois	28.07.1908	Frankfurt a.M.	CDU	1.6.1946-31.10.1956 (WP 1-3)
149.	Vogel, Hermann	21.11.1893	Bruchsal	KPD	1.5.1948-29.6.1950 (WP 2)

150.	Weinsperger, August	02.01.1891	Frankfurt a.M.	LDP	Bürgerrat
151.	Weinstock, Heinrich	30.01.1889	Elten	CDP	Bürgerrat
152.	Weiter, Adolf	31.08.1919	Frankfurt a.M.	FDP/LDP	1.5.1948-12./15.2.1951 (WP 2)
153.	Welz, Helmut	22.10.1920	Oels	SPD	19.6.1952-31.10.1956 (WP 3)
154.	Wetzel, Elisabeth	19.09.1904	Biblis	SPD	1.6.1946-30.4.1948 (WP 1)
155.	Wilhelm, Karl	19.02.1877	Langgöns	LDP/FDP	1.5.1948-28.1.1952 (WP 2)
156.	Wilhelmi, Hans	27.08.1899	Mainz	CDU	Bürgerrat 1.6.1946-4.12.1957 (WP 1-4)
157.	Wilke, Ernst	13.11.1873	Westig	LDP	Bürgerrat seit 17.12.1945
158.	Winter, Manfred	30.03.1913	Rubens-Senftenberg	DP/FVP	16.10./11.1952-26.7.1953 DP (WP 3) bis 21.5.1953 fraktionslos anschließend bis 31.10.1956 FVP
159.	Winterling-Emden, Fritz	19.05.1893	Frankfurt a.M.	SPD	1.8.1946-30.4.1948 (WP 1)
160.	Wittmann, Ludwig	26.07.1898	Massing	KPD	Bürgerrat seit 17.12.1945
161.	Woelke, Erich	18.12.1884	Danzig	LDP	Bürgerrat
162.	Wülfing, Heinz	13.07.1903	Hannover	SPD	1.6.1946-30.4.1952 (WP 1-2)
163.	Zschuckelt, Willi	30.03.1887	Wettersdorf	LDP	Bürgerrat seit 17.12.1945

## Anhang I B: Liste der ehemaligen Stadtverordneten mit biografischen Angaben

Nr.	Name	Geburtsdatum	Geburtsort	Partei	Mandatszeiten
1.	Acker, Engelbert	05.04.1903	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1956-31.10.1960
2.	Albrecht, Johann Josef	09.05.1893	Köln	CDU	01.06.1946-30.04.1948; 12.10.1949-28.11.1956
3.	Alfhart [geb. Methsieder], Lisy	15.04.1908	Frankfurt a.M.	SPD	05.05.1952-30.11.1972
4.	Ambrosius, Gerhard	01.10.1912	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1960-14.11.1968
5.	Arndt, Betty	01.03.1927	Wiesbaden	SPD	05.05.1952-19.11.1964; 01.11.1968-14.11.1968
6.	Arndt, Rudi	05.06.1899	Frankfurt a.M.	SPD	05.05.1952-31.10.1956; 05.04.1977-31.03.1981
7.	Balsler, Frolinde	06.09.1924	Ingelheim am Rhein	SPD	01.11.1964-31.03.1985
8.	Bär, Bernhard	13.10.1888	Frankfurt a.M.	FDP	05.05.1952-05.06.1952
9.	Bauer, Friedrich- Wilhelm	20.06.1932	Berlin	CDU	01.04.1965-31.03.1993
10.	Beckmann, Ruth	05.02.1925	Essen	CDU	01.11.1964-31.01.1971
11.	Beetz, Oskar	07.10.1917	Frankfurt a.M.	DP/SPD	14.08.1952-01.05.1953 [DP]; 02.05.1953-31.10.1960 [SPD]
12.	Bender, Adolf	24.05.1903	Höchst	SPD	01.06.1946-30.04.1948; 01.07.1948-31.10.1964
13.	Bender, Kurt	31.10.1921	Frankfurt a.M.	CDU	13.11.1956-31.10.1968; 01.11.1972-31.03.1977
14.	Bernt, Emil	11.04.1923	Komotau, Sudenten-land	SPD	01.11.1956-14.12.1961;
15.	Boll, Friedrich Albert	29.02.1892	Solingen	SPD	13.12.1956-01.05.1958
16.	Borsche, Arnulf	15.03.1928	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1960-30.11.1962
17.	Boss- Rudelius, Waltraut	29.11.1920	Berlin	SPD	05.05.1952-28.11.1956; 01.11.1960-08.12.1960; 01.11.1964-19.11.1964
18.	Breiter [geb. Wehner], Martha	09.09.1900	Mannheim	SPD	18.01.1951-31.10.1964
19.	Bringezu [geb.	26.01.1898	Gernrode, Harz	LDP/FDP	01.05.1948-31.10.1968

	Fröhlich], Anne				
20.	Brum, Heinrich	29.08.1900	Frankfurt a.M.	SPD	23.04.1959-31.10.1960
21.	Brunk, Reinhard	01.12.1928	Landsberg an der Warthe	SPD	13.12.1956-31.10.1968
22.	Buschang, Albert	07.12.1914	Frankfurt a.M.	SPD	01.06.1946-30.04.1948; 01.07.1948-19.11.1964; 01.11.1968-14.11.1968
23.	Daub, Gerhard	08.09.1928	Weilnau, Westfalen	FDP	01.11.1956-21.10.1960
24.	David, Manfred	13.09.1926	Großwarten- berg/ Niederschlesien	SPD	01.11.1964-01.05.1967
25.	Ditter, Heinrich	02.02.1901	Langendiebach (Kreis Hanau)	SPD	01.11.1956-19.11.1964
26.	Dobinsky, Helmut	24.12.1912	Lindendorf, Krs. Elchniederung	SPD	26.04.1967-31.10.1968
27.	Dornheim, Hugo	10.01.1896	Gotha (Thüringen)	SPD	31.03.1933-23.06.1933; 04.02.1954-9.12.1959
28.	Dörrbecker, Klaus	06.04.1925	Frankfurt a.M.	FDP	01.11.1960-31.10.1964; 01.11.1968-31.10.1972
29.	Eckart, Adalbert	18.08.1919	Frankfurt a.M.	CDU	27.11.1958-31.10.1960; 01.12.1962-31.10.1964
30.	Eick, Johann	11.03.1906	Frankfurt a.M.	SPD	01.05.1948-05.06.1952; 01.11.1956-28.11.1956; 01.11.1960-08.12.1960; 01.11.1964-19.11.1964; 01.11.1968-14.11.1968; 01.11.1972-30.11.1972
31.	Eiser [geb. Käugefer], Margarete	12.03.1896	Frankfurt a.M.	SPD	19.06.1952-31.10.1956; 01.08.1958-31.10.1960
32.	Engel, Karl	01.03.1897	Hailer bei Gelnhausen	SPD	01.11.1956-31.10.1968
33.	Erdmann, Erwin	09.04.1905	Elberfeld	CDU	05.05.1952-28.06.1962
34.	Facklam [geb. Joseph], Wilma	25.11.1906	Hamburg	SPD	13.12.1956-31.10.1960
35.	Fantasny, Ilse-Monika	02.10.1912	Halle	SPD	01.11.1960-31.10.1972
36.	Finger, Wilhelm	03.06.1903	Frankfurt a.M.- Höchst	FDP	23.04.1959-29.08.1960
37.	Flesch- Thebesius, Max	09.07.1889	Frankfurt a.M.	CDU	01.06.1946-31.10.1964

38.	Freiwald, Friedrich	08.05.1911	Berlin	CDU	01.11.1956-31.10.1965
39.	Freyh [geb. Mayer], Brigitte	25.04.1924	Ahrensdorf bei Templin	SPD	01.11.1956-14.12.1961
40.	Fuchs, Ernst	06.09.1910	Plauen im Vogtland	FDP	01.11.1960-31.10.1964; 15.03.1967-31.10.1968
41.	Ganss, Wilhelm	27.08.1924	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1956-31.01.1981
42.	Gehm, Ludwig	23.02.1905	Kaiserslautern	SPD	01.08.1958-31.10.1972
43.	Geiler [verw. Koch; geb. Weber], Anna	22.03.1903	Karlsruhe	SPD	12.09.1946-06.02.1947; 01.11.1956-31.10.1968
44.	Geissler, Ewald	06.11.1923	Berlin	SPD	01.11.1956-19.11.1964
45.	Gerhardt, Ernst	10.09.1921	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1956-30.06.1960
46.	Gerling, Eduard	12.12.1921	Arenshausen	CDU	26.11.1964-28.02.1965
47.	Günkel, Hermann	11.02.1920	Schmalnau, Rhön	SPD	01.11.1960-31.03.1981
48.	Hansen, Wilhelm	26.09.1928		CDU	01.11.1965-31.10.1968
49.	Harring, Annemarie	01.04.1921	Würzburg	DP/FDP	05.05.1952-31.10.1964 [DP/FDP]; 26.11.1964-31.10.1972 [FDP]
50.	Heirich, Heinz	29.09.1918	Hanau	SPD	01.11.1964-31.08.1971
51.	Heller, Dietrich	12.10.1924	Nordstemmen	SPD	01.11.1956-31.10.1960
52.	Helmholz, Bodo	14.05.1913	Eichwalde	FDP	01.11.1956-08.12.1960; 01.11.1964-17.09.1970
53.	Herold, Anton	08.06.1920	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1964-31.10.1972
54.	Hesselbach, Walter	20.01.1915	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1956-28.11.1956; 01.11.1960-08.12.1960; 01.11.1964-19.11.1964; 01.11.1968-11.11.1968; 01.11.1972-30.11.1972
55.	Heuzeroth, Heinrich	21.03.1903	Frankfurt a.M.	SPD	01.06.1946-31.10.1972
56.	Hoefeld, Friedrich	07.07.1922	Bochum	CDU	01.11.1964-31.10.1968
57.	Hoffmann, Diether	30.05.1929	Berlin	SPD	01.11.1964-28.08.1974

58.	Hoffmann, Fritz	08.09.1918	Bayreuth	SPD	13.12.1956-31.10.1964
59.	Hoffmann, Paul	04.01.1900	Blankenburg/ Harz	SPD	01.11.1956-01.08.1958
60.	Hohmann, Karl	14.10.1921	Frankfurt a.M.	CDU	01.05.1948-30.04.1952; 19.06.1952-31.10.1960
61.	Hoos, Wilhelm Adam	11.09.1893	Treysa	SPD	05.05.1952-31.10.1960
62.	Horeni [geb. Metz], Elli	16.04.1907	Frankfurt a.M.	SPD	01.05.1948-27.04.1950; 05.05.1952-05.06.1952; 01.11.1956-28.11.1956; 01.11.1960-08.12.1960; 01.11.1964-19.11.1964
63.	Ihle, Ernst Alfred	21.08.1906	Freiburg, Breisgau	CDU	05.12.1957-26.04.1967
64.	Jess, Hanns	05.07.1887	Lüneburg	CDU	01.11.1956-31.10.1964
65.	Joppen, Rudolf	31.01.1922	Frankfurt a.M.	SPD	26.11.1964-31.10.1972
66.	Juling, Peter	01.07.1931	Berlin	FDP	08.12.1960-31.08.1962
67.	Karry, Heinz-Herbert	06.03.1920	Frankfurt a.M.	FDP	01.11.1964-19.11.1964; 01.11.1968-14.11.1968
68.	Kasperczyk, Hans-Joachim	02.07.1915	Breslau	FDP	14.12.1961-31.10.1964
69.	Kaulbach, Waldemar	26.02.1931	Frankfurt a.M.	SPD	26.11.1964-31.10.1968
70.	Keitel, Ulrich	24.02.1929	Kassel	FDP/CDU	01.11.1964-31.05.1967 [FDP]; 01.06.1967-31.03.1997 [CDU]
71.	Kirchherr, Werner Walter	03.12.1936	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1964-31.10.1968
72.	Klein, Erhard	16.02.1917	Landau	SPD	01.11.1956-31.10.1972
73.	Klein, Josef Matthias	02.07.1902	Kattowitz	CDU	01.05.1948-21.01.1960
74.	Knorr, Albert	17.10.1904	Frankfurt a.M.	SPD	13.12.1956-04.10.1972
75.	Korenke, Hans-Ulrich	24.06.1926	Danzig	CDU	08.12.1960-30.11.1972, 01.04.1977-31.03.1993
76.	Kraft, Heinrich	28.07.1903	Frankfurt a.M.	SPD	01.05.1948-22.01.1971
77.	Kreibich, Norbert	13.03.1929	Aussig	SPD	01.11.1964-31.10.1968, 01.11.1972-31.03.1981
78.	Kreling, Hermann-Josef	09.09.1928	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1960-31.03.1993
79.	Kromer, Heinrich	01.10.1888	Frankfurt a.M.	SPD	1928-1933; 01.06.1946- 28.11.1956

80.	Kugel, Walter	05.12.1917	Frankfurt a.M.	FDP	01.09.1962-31.10.1964
81.	Kutschera, Adalbert	05.07.1906	Pola an der Adria [K.u.K. Österreich-Ungarn]	SPD	01.05.1948-31.10.1968
82.	Laarmann, Martha	14.08.1904	Essen	CDU	01.11.1956-31.10.1964
83.	Lang, Franz Heinrich	04.08.1919	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1956-31.10.1968
84.	Lang, Friedrich	19.09.1906	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1956-31.10.1968
85.	Leistritz, Walter	22.05.1910	Glatz	SPD	01.11.1960-15.09.1963
86.	Lietzow, Hugo	07.03.1925	Varzin (Bismarck), Pommern	SPD	01.11.1956-01.08.1958
87.	Limberger, Albert	07.11.1902	Bräunlingen	CDU	01.11.1956-31.10.1964
88.	Link, Helmut	06.02.1927	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1960-31.10.1969
89.	Lorenz, Waldemar Richard Karl	08.04.1891	Schmiegel, Posen	CDU	14.06.1956-31.10.1964
90.	Loskant, Johannes Joseph,	07.01.1915	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1956-19.11.1964
91.	Lotterer, Hermann	15.09.1920	Bernau, Oberbayern	DP/SPD	05.05.1952-31.10.1964
92.	Ludwig, Erich	11.01.1921	Frankfurt a.M.	SPD	03.10.1963-31.10.1964
93.	Martin, Walter	27.04.1928	Frankfurt a.M.	CDU	07.07.1960-12.05.1977; 01.04.1981-14.05.1981; 01.04.1985-09.04.1985
94.	Maurer, Nikolaus	14.11.1890	Frankfurt a.M.	SPD	01.06.1946-23.04.1959
95.	Mayer, Franz-Josef	09.06.1915	Frankfurt a.M.	CDU	05.05.1952-31.10.1956; 21.01.1960-31.10.1960
96.	Michelmann, Gottfried	12.09.1914	Berlin	CDU	01.11.1964-31.10.1968
97.	Mischnick, Wolfgang	29.09.1921	Dresden	FDP	01.11.1956-16.11.1961 01.11.1964-26.01.1971
98.	Möller, Walter Kurt Franz	07.04.1920	Frankfurt a.M.	SPD	01.05.1948-12.10.1961
99.	Moog, Hans-Jürgen	13.06.1932	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1964-03.06.1982
100.	Müller, Karl	20.01.1927	Wölfersheim	SPD	13.09.1956-31.10.1960
101.	Müller, Ludwig	03.12.1923	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1960-31.10.1968
102.	Müller, Werner Hans	26.11.1912	Meissen	SPD	08.12.1960-31.10.1964

103.	Nachtigall, Hermann	31.10.1915	Frankfurt a.M.	CDU	10.03.1955-31.10.1964
104.	Neudeck, Konrad	13.07.1884	Lobfeld, Baden	CDU	01.06.1946-30.04.1948; 20.07.1950-31.10.1960
105.	Nitzling, Erich Stephan	24.12.1934	Lorch	SPD	01.11.1964-30.11.1970
106.	Nöll, Heinrich	02.02.1900	Anspach im Taunus	SPD	05.05.1952-05.06.1952 01.11.1956-01.01.1957
107.	Oettinger, Karl	01.01.1904	Frankfurt a.M.	SPD	01.08.1946-31.10.1972
108.	Otto, Karl	09.06.1918	Frankfurt a.M.	SPD	18.01.1962-31.10.1964; 26.11.1964-31.10.1968; 07.07.1972-31.10.1972
109.	Pfaff, Günter	03.07.1927	Mannheim	CDU	10.05.1967-31.03.1997
110.	Pfeiffer, Friedrich	13.04.1890	Frankfurt a.M.	SPD	1932-1933; 21.6.1946-31.7.1946; 01.05.1948-17.06.1948; 05.05.1952-19.01.1956; 01.11.1956-28.11.1956
111.	Pfeiffer, Wilhelm Friedrich	27.01.1907	Strümpfelbrunn	SPD	19.01.1956-31.10.1960
112.	Quint [geb. Reichold], Sofie	06.12.1900	Frankfurt a.M.	SPD	13.09.1956-31.10.1960; 18.01.1962-31.01.1964
113.	Ratazzi, Rudolf	20.05.1928	Frankfurt a.M.- Höchst	CDU	01.11.1956-01.03.1958
114.	Reinhardt, Werner	02.01.1939	Frankfurt a.M.	SPD	26.11.1964-31.10.1968
115.	Ress, Johann	03.02.1899	Frankfurt a.M.	SPD	20.03.1952-31.10.1968
116.	Riedel, Josef	17.02.1908	Zottwitz, Schlesien	CDU	05.05.1952-31.10.1972
117.	Rössler, Philipp	24.04.1900	Siefersheim	SPD	01.11.1960-31.10.1964
118.	Rottmann, Karl	14.10.1894	Frankfurt a.M.	SPD	27.11.1947-31.10.1960
119.	Rudolph, Dieter	29.01.1928	Frankfurt a.M.	FDP	01.11.1960-31.10.1964; 15.02.1968-31.10.1968; 27.01.1971-31.10.1972
120.	Sackenheim, Friedrich Franz	18.10.1926	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1956-13.11.1968; 01.11.1972-30.11.1972; 01.04.1977-08.04.1985
121.	Sautner, Hermann	25.11.1919	Karlsruhe	SPD	17.12.1959-31.10.1960; 08.12.1960-08.11.1973; 01.04.1977-02.02.1980
122.	Schäfer, Josef	10.01.1904	Frankenbrunn, Kreis Hammelburg	CDU	20.03.1958-23.08.1963

123.	Schenk [geb. Worms], Otilie Anne Emma	18.09.1907	Bremen	CDU	01.11.1956-31.10.1958
124.	Schiffler, Charlotte	29.04.1909	Elberfeld	CDU	05.05.1952-08.12.1960; 01.11.1964-19.11.1964
125.	Schindling, Anton	30.12.1913	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1964-07.11.1975
126.	Schloldt, Annemarie	20.08.1901	Kassel	CDU	05.05.1952-31.10.1968
127.	Schmidt, Elly	20.08.1924	Artern	SPD	01.11.1964-31.10.1972; 01.01.1976-31.03.1977
128.	Schmidt, Friedrich (Fritz)	26.11.1900	Frankfurt a.M.	SPD	05.05.1952-13.09.1956; 01.11.1956-28.11.1956
129.	Schmidt, Friedrich Georg	24.08.1911	Frankfurt a.M.	SPD	13.12.1956-31.10.1960
130.	Schmitt, [geb. Hoffmann], Helene	09.06.1907	Berlin	SPD	01.11.1956-31.10.1960; 08.12.1960-31.10.1968
131.	Schmitt, Karl Emil	01.10.1907	Frankfurt a.M.	SPD	13.12.1956-31.10.1960; 08.12.1960-31.10.1968
132.	Schneider, Hans Werner	18.05.1908	Spenge	SPD	13.12.1956-31.10.1960
133.	Schneider, Hermann	28.04.1923	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1964-31.10.1972; 01.04.1977-12.01.1980
134.	Schönberger, Hans	14.03.1914	Untergeisen- dorf/Thüringen	CDU/fraktio nlos	01.11.1964-24.08.1983 [CDU]; 25.08.1983-31.03.1985 [fraktionslos]
136.	Schröder, Ernst	27.08.1904	Frankfurt a.M.	SPD	01.06.1946-31.10.1968
135.	Schröder, Hans- Joachim	12.12.1928	Wuppertal	CDU	01.11.1960-31.10.1972
137.	Schultheis, Heinrich	25.02.1910	Volzberg	CDU/SPD	01.11.1960-03.05.1963 [CDU]; 19.05.1963-31.10.1964 [SPD]
138.	Schwarz, Adalbert	25.06.1917	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1960-12.05.1977; 01.04.1981-14.05.1981; 01.04.1985-09.04.1985; 01.04.1989-13.04.1989
139.	Seubert, Viktor Linus	05.03.1906	Würzburg	SPD	03.07.1958-31.10.1960
140.	Siebold, Rose-Marie	19.07.1927	Hannover	SPD	01.11.1964-31.10.1968; 21.11.1968-31.03.1981; 14.05.1981-31.03.1985

141.	Sigulla, Adalbert	21.04.1926	Beuthen, Oberschlesien	SPD	01.11.1964-31.10.1972
142.	Stein, Paul	14.07.1920	Stettin	FDP	29.08.1960-31.03.1977
143.	Tausend, Ingeborg	27.11.1926	Frankfurt a.M.	CDU	26.11.1964-31.10.1968
144.	Tesch [geb. Weyel], Margot Agnes Gertrud	31.01.1912	Marburg/Lahn	SPD	26.11.1964-31.10.1968
145.	Thomazews, Otto	01.04.1925	Bitterfeld	SPD	01.11.1964-31.03.1981; 14.05.1981-31.03.1993
146.	Tokarski, Heinz	10.07.1927	Frankfurt a.M.	SPD	01.11.1960-31.10.1972
147.	Treucker, Gustav	31.05.1899	Jakobshagen, Uckermark	SPD	08.12.1960-31.10.1964; 26.11.1964-31.10.1968
148.	Uffelman, Karl	10.05.1903	Frankfurt a.M.	CDU	01.11.1956-31.10.1968; 01.02.1971-31.10.1972
149.	Ulrich, Friedrich	08.03.1905	Frankfurt a.M.	FDP	01.11.1960-31.01.1968
150.	Voitel, Gottfried	12.05.1926	Dresden	FDP	01.11.1956-31.10.1972
151.	Wagner, Paul	18.09.1904	Schönlink, Posen	CDU	31.10.1963-31.10.1972
152.	Weber, Margarete	08.10.1925	Frankfurt a.M.	CDU	24.07.1962-14.11.1968; 01.11.1972-30.11.1972; 01.04.1977-12.05.1977; 01.04.1981-14.05.1981; 01.04.1985-14.05.1987; 01.04.1989-31.03.1993
153.	Weck, Gerhard Kurt	06.02.1913	Werdau, Kreis Zwickau	SPD	01.11.1960-30.09.1970
154.	Weiß, Christian	03.07.1898	Frankfurt a.M.	SPD	06.02.1947-30.04.1948; 11.05.1950-31.10.1964
155.	Werner, Ulrich	11.10.1900	Hann/Münden	LDP	01.05.1948-01.12.1949
156.	Wiedemann, Wilhelm	30.08.1913	Erlverdissen, Kreis Herford	SPD	01.11.1956-30.09.1970
157.	Wiegner, Heinz	03.11.1919	Frankfurt a.M.	FDP	13.12.1956-05.03.1967
158.	Wieser, Walter	16.05.1895	Frankfurt a.M.	FDP	05.05.1952-05.06.1952; 01.11.1956-28.11.1956
159.	Wittrock, Herbert	11.07.1913	Kassel	SPD	01.11.1956-30.10.1964; 26.11.1964-31.10.1968
160.	Wüscher, Otto	05.02.1910	Frankfurt a.M.	SPD	10.02.1955-31.10.1972
161.	Zeitz, Erich	22.09.1899	Halberstadt, Sachsen-Anhalt	SPD	01.11.1956-28.11.1956

<b>162.</b>	Zibner, Karl Eduard Ferdinand	19.05.1916	Grossheide- krug, Samland	SPD	01.11.1956-31.10.1964; 26.11.1964-31.10.1968
-------------	-------------------------------------	------------	------------------------------	-----	---

### Anhang II A: Liste der ehemaligen NSDAP-Mitglieder

<b>Nr.</b>	<b>Name</b>	<b>Partei</b>	<b>Geburtsdatum</b>	<b>NSDAP- Mitglied seit:</b>	<b>NSDAP- Mitgliedsnummer</b>
1.	Becker, Ewald	LDP/FDP/FVP	28.03.1899	01.04.1936	3.775.828
2.	Bischoff, Karl	DP	04.06.1891	01.05.1932	1.147.389
3.	Boltze, Friedrich Otto	FDP/fraktionslos	10.12.1898	01.05.1933, Austritt: Juli 1934	2.881.711
4.	Derichsweiler, Albert	DP/FDP/FVP	06.07.1909	01.12.1930	394.037
5.	Fay, Wilhelm	CDU	01.07.1911	01.05.1937	4.814.740
6.	Hofmeister, Friedrich Wilhelm	LDP/FDP	18.03.1901	01.06.1940	7.645.094
7.	Keller, Walter	SPD	15.07.1887	01.05.1933	2.407.091
8.	Kramer, Otto	BHE	21.10.1899	01.05.1937	4.365.752
9.	Krebs, Friedrich	DP	09.05.1894	01.12.1929	173.763
10.	Leweke, Adolf	CDP/CDU	18.12.1891/92	23.05.1933	2.536.189
11.	Port, Heinrich	LDP/FDP	18.05.1885	01.05.1933, Austritt: Juli 1934	2.601.478
12.	Queißer, Walter	SPD	21.05.1908	01.05.1937	4.017.288
13.	Ramdohr, Günther	FDP	12.09.1907	01.05.1933	2.101.926
14.	Rick, Anton	CDU	11.05.1894	01.04.1940	8.005.915
15.	Ried, Walter	DP/FVP	01.07.1907	01.05.1933	3.009.454
16.	Rothe, Gerhart	BHE/fraktionslos	05.10.1911	01.05.1937	5.229.093
17.	Teuscher, Otto Max	DP/FDP/FVP	18.07.1910	1927 (?)	unbekannt
18.	Welz, Helmut	SPD	22.10.1920	01.01.1940	7.942.929

## Anhang II B: Liste der ehemaligen NSDAP-Mitglieder

Nr.	Name	Partei	Geburtsdatum	NSDAP-Mitglied seit:	NSDAP-Mitgliedsnummer
1.	Arndt, Rudi	SPD	01.03.1927	20.04.1944	10.163.291
2.	Bernt, Emil	SPD	11.04.1923	01.09.1941	8.639.026
3.	Boss-Rudelius, Waltraut	SPD	29.11.1920	01.01.1940	8.391.362
4.	David, Manfred	SPD	13.09.1926	20.04.1944	9.907.786
5.	Dobinsky, Helmut	SPD	24.12.1912	01.01.1942	8.904.899
6.	Dörrbecker, Klaus	FDP	06.04.1925	01.11.1943	9.643.663
7.	Engel, Karl	SPD	01.03.1897	01.05.1937	5.940.708
8.	Finger, Wilhelm	FDP	03.06.1903	01.08.1932	1.231.680
9.	Fuchs, Ernst	FDP	06.09.1910	01.05.1937	6.033.575
10.	Heller, Dietrich	SPD	12.10.1924	01.09.1942	9.308.938
11.	Herold, Anton	SPD	08.06.1920	01.09.1939	7.120.539
12.	Hoffmann, Fritz	SPD	08.09.1918	01.05.1937	5.520.208
13.	Hohmann, Karl	CDU	14.10.1921	01.01.1941	8.220.851
14.	Joppen, Rudolf	SPD	31.01.1922	01.09.1940	7.834.689
15.	Kasperczyk, Hans-Joachim	FDP	02.07.1915	01.01.1939	7.039.304
16.	Kugel, Walter	FDP	05.12.1917	01.01.1936	3.706.897
17.	Kutschera, Bert	SPD	05.07.1906	01.01.1941	8.956.099
18.	Leistritz, Walter	SPD	22.05.1910	01.08.1932	1.239.080
19.	Lietzow, Hugo	SPD	07.03.1925	20.04.1943	9.893.155
20.	Limberger, Albert	CDU	07.11.1902	01.05.1937	4.351.999
21.	Müller, Werner	SPD	26.11.1912	01.05.1931- 01.03.1933; 01.05.1937	4.314.236
22.	Nöll, Heinrich	SPD	02.02.1900	01.04.1941	8.399.633
23.	Pfeiffer, Wilhelm	SPD	27.01.1907	01.12.1930	391.287
24.	Sackenheim, Friedrich Franz	SPD	18.10.1926	20.04.1944	1.0109.648
25.	Schmidt, Elly	SPD	20.08.1924	01.09.1942	9.236.664
26.	Schneider, Hans Werner	SPD	18.05.1908	01.06.1930- Juli 1932	264.095

<b>27.</b>	Schönberger, Hans	CDU	14.03.1914	01.11.1938	7.041.401
<b>28.</b>	Sigulla, Adalbert	SPD	21.04.1926	20.04.1944	9.774.705
<b>29.</b>	Stein, Paul	FDP	14.07.1920	01.09.1938	6.978.050
<b>30.</b>	Tausend, Ingeborg	CDU	27.11.1926	20.04.1944	10.111.312
<b>31.</b>	Tokarski, Heinz	SPD	10.07.1927	20.04.1944	10.111.386
<b>32.</b>	Treucker, Gustav	SPD	31.05.1899	01.05.1933	2.252.223
<b>33.</b>	Uffelmann, Karl	CDU	10.05.1903	01.08.1932- 11.5.1934; 1.9.1935- 30.10.1937	1.215.307
<b>34.</b>	Wagner, Paul	CDU	18.09.1904	03.05.1937	5.705.780
<b>35.</b>	Wiegner, Heinz	FDP	03.11.1919	01.04.1940	8.009.855
<b>36.</b>	Zibner, Karl	SPD	19.05.1916	01.04.1941	8.484.331

### Anhang III A: Auflistung der ermittelten Archivbestände

Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG): S1 = Nachlass; S2 = Sammlungsgeschichte; S3 = Sammlung Ortsgeschichte; PA = Personalakte; VSA = Versorgungsakte, VA = Vergütungsakte; MA = Magistratsakte.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW): Bestand 409 = Haftanstalten; Bestand 505 = Justizministerium; Bestand 507 = Wirtschaftsministerium; Bestand 518 = Entschädigungsakten; Bestand 520 = Entnazifizierungsakten; Bestand 527 = Landespersonalamt; Bestand 650 = Verdienstorden; Meldebogen = NB (nicht betroffen); UA= Universitätsarchiv; F = Frankfurt

BArch = Bundesarchiv; B = Berlin

	Name, Vorname	ISG	HHStAW	BArchB	Weitere Archive
1.	Adam, Edmund		- 518, 34907 - 676, 3773 (1930-1941) - 520/11, 262 1/2		
2.	Adolph, Gustav	- 188.273 (VSA)	- 520/11, 27644 (Meldebogen)		.
3.	Aigner, Georg	- S2 845	- 520/11, 132466 (Meldebogen)		
4.	Albrecht, Lina	- S2 14.407	- 520/11, 58 712 (Meldebogen)		
5.	Arndgen, Josef		- 527 II, 55 - 520/11, 90396 (Meldebogen)		
6.	Arndt, Martin	- S2 4.076	- 520/11, 1785/1/2		
7.	Auth, Josef	- S2 228	- 518, 5353 - 520/11, 287551 (Meldebogen)		
8.	Barth, Carola	- S2 1.359, - S1 39 - MA 4.309/4. 310	- 650 A, 22304 - 520/11, 125034 (Meldebogen)		Archiv der UB FFM, Nachlass (Teil)
9.	Baumann, Luisa (Liesel)	- S2 14.411	- 520/11, 92021 (Meldebogen)		
10.	Bausch, Maria	- S2 1.351 - PA 192.886	- 520/11, 204298 (Meldebogen) - 527, II 4356 - 650 A, 22255		
11.	Bautzmann, Gustav	- PA 125.665	- 520/11, 2483 (Meldebogen)		

12.	Beyer, Anna	- S2 12.235 - MA, 4.309/4. 310	- 520/11, 135393 (Meldebogen) - 467, 4612 - Nachlass	- 15J 695/37	
13.	Becker, Ewald	- S2 3.333	- 520/11, 5332/1/2	- BArchB, R 9361-IX Kartei/ 1981404, Becker, Ewald, Karte 1404	
14.	Becker, Georg	- PA 44.219	- 520/11, 9757 (Meldebogen)		
15.	Beutler, Ernst	- S2 229	- 520/11, 193680 (Meldebogen) - 650 A 32299	- R 9361-VI/152	- UAF Abt. 4 158 a - UAF Abt. 134 44 - UAF Abt. 10 106
16.	Bischoff, Karl	- PA 15.726	- 520/11, 8734/1/2	- BArchB, R 9361-IX Kartei/3070704, Bischoff, Karl, Karte 704. - BArchB, R 9361-VIII Kartei/2641167, Bischoff, Karl, Karte 1167	
17.	Bittorf, Marie	- S2 632	- 520/11, 69429 (Meldebogen) - 650 A, 222 97 - 518, 8967 - 1213, 142		
18.	Boeck, Friedrich	- PA 68.015	- 520/11, 36741		.
19.	Boltze, Friedrich Otto	- PA 15.794 - S2 3.287		- BArchB, R 3961-VIII Kartei/3381431, Boltze, Friedrich Otto, Karte 1431	- PERS 6/12100 BArch Militärarchiv Freiburg
20.	Braun, Robert	- S2 6.969 - PA 170.712	- 520/11, 366509 (Meldebogen)		
21.	Breitbach, Hans	- S2 9.515	- 520/11, 39073 1/2		
22.	Brendel, Karl		- 650 A, 32161 - 520/11, 76139 (Meldebogen)		
23.	Brenneisen, Jakob	- PA 163.828	- 518, 51415 - 520/11, 313270 (Meldebogen)		
24.	Brisbois, Alois	- PA 135.465	- 520/11, 157696 (Meldebogen) - 650 A, 32354		

		- S2 2.704			
25.	Carlebach, Emil	- S2 2.722	- 518, 214 - 461, 15146 - 520/11, 119718 (Meldebogen)	- R 3017/1634 - R 3017/30598 - R 3018/9830	
26.	Caspary, Friedrich	- S2 10.196 - PA 134.425 - 134.428	- 467, 4766 - 520/11, 10841 (Meldebogen) - 1189		.
27.	Denecke, Paul	- S2 989	- 520/11, 150709 (Meldebogen)		
28.	Derichsweiler, Albert	- S2 2.484	- 503, 3312 - 502, 5128	- P. 9361-I/9180 - P. 9361- II/158677 - P. 9361- III/566454 - BArchB, R 9361-IX Kartei/ 6060422, Derichsweiler, Albert, Karte 422. - BArchB, R 9361-VIII Kartei/5930904, Derichsweiler, Albert, Karte 904	- UAF Abt. 10 138 - UA Münster Promotions-akte
29.	Deutschmann, Arno		- 520/11, 2850 (Meldebogen)		
30.	Dickhaut, Fritz		- 520/11, 553 (Meldebogen)		
31.	Dirks, Walter	- S2 2.485	- 520/11, 268928 (Meldebogen) - 518, 73735 (Fallakte)	- R 3003/800	
32.	Dressler, Herbert Joachim		- 520/11, 46 380		
33.	Eckert, Hugo		- 520/11, 102892 (Meldebogen)		
34.	Eller, Josef		- 520/11, 264910 (Meldebogen)		
35.	Epstein, Else	- S2 1.001, - V 18 237	- 520/11, 37419 (Meldebogen) - 518, 3002		

		<ul style="list-style-type: none"> <li>- S1</li> <li>Albert</li> <li>Oeser,</li> <li>- Wilhelm</li> <li>Epstein,</li> <li>Max</li> <li>Herman</li> <li>n Meier</li> </ul>			
36.	Etz Korn, Hans	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>4.233</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 164627</li> <li>(Meldebogen)</li> </ul>		
37.	Fay, Wilhelm	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>216.248</li> <li>- S2 135</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11,</li> <li>9068/1/2</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- BArchB, R</li> <li>9361-IX</li> <li>Kartei/8630381,</li> <li>Fay, Wilhelm,</li> <li>Karte 381</li> </ul>	
38.	Fertsch, Georg Ludwig	<ul style="list-style-type: none"> <li>- S2</li> <li>2.507</li> <li>- PA</li> <li>16.284</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 263597</li> <li>(Meldebogen)</li> </ul>		
39.	Fertsch-Röver, Dieter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- S2</li> <li>4.851</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11,</li> <li>15105/1/2</li> <li>- 650 A</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>- PERS</li> <li>6/269694</li> <li>BArch Freiburg</li> <li>Militärarchiv</li> </ul>
40.	Fisch, Walter	<ul style="list-style-type: none"> <li>- S2</li> <li>5.495</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 36561</li> <li>(Meldebogen)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- R 3018/243</li> <li>- R 3018/8419</li> </ul>	
41.	Fischer, Peter		<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 203090</li> <li>(Meldebogen)</li> <li>- 518, 3678</li> </ul>		
42.	Fischer, Hans	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>56.063</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 290131</li> <li>(Meldebogen)</li> <li>- 518, 70455</li> </ul>		
43.	Flettner, Heinrich		<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 304968</li> <li>(Meldebogen)</li> <li>- 518, 75602</li> </ul>		
44.	Florian, Ludwig	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>110.864</li> <li>- S2</li> <li>1.568</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 71036</li> <li>(Meldebogen)</li> <li>- 518, 75610,</li> <li>507, 14249</li> </ul>		
45.	Frank, Josef		<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 23547</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- NS 14/190</li> </ul>	
46.	Geisel, Hermann	<ul style="list-style-type: none"> <li>- S2</li> <li>5.361</li> <li>- PA 136.</li> <li>193,</li> <li>257.926</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11,</li> <li>288896<sup>1</sup></li> </ul>		
47.	Geißler, Fritz	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>16.451</li> <li>- S2</li> <li>14.003</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 35559</li> <li>(Meldebogen)</li> </ul>		
48.	Germroth, Gustav	<ul style="list-style-type: none"> <li>- PA</li> <li>195.127</li> <li>- S2</li> <li>2.523</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 65823</li> <li>(Meldebogen)</li> <li>676, 3265</li> <li>- 650 A, 22250</li> </ul>		
49.	Glaab, Jakob		<ul style="list-style-type: none"> <li>- 520/11, 185641</li> <li>(Meldebogen)</li> </ul>		

50.	Göbel, Kurt	- PA 16.515 - S2 14.004	- 520/11, 84532/ A-Z Göbel, Kurt <sup>1</sup> - 650 A 32523		
51.	Gockenbach, Robert		- 520/11, 337705 (Meldebogen) - 518, 54372		
52.	Goller, Karl	- PA 74.138	- 520/11, 29190		
53.	Gräser, August	- PA 74.172 - S2 80	- 520/11, 238 283 (Meldebogen)		
54.	Gröll, Ludwig	- MA 4.309/4. 310	- 520/11, 36712 (Meldebogen)		
55.	Grosser, Günther	- S2 754	- 520/11, 30999 (Meldebogen)		- PERS 6/241777 Bundesarchiv Freiburg Militärarchiv
56.	Grzimek, Ansgar		- 520/11, 288721 (Meldebogen)		
57.	Gurr, Rudolf	- S2 2.531	- 520/11, 31929 - 527, II 3867		
58.	Haas, Josef	- VSA 66.129	- 520/11, 122442 (Meldebogen)	- R 9361- III/567284	
59.	Halberstadt, Benno	- PA 112.320 - S2 2.536	- 520/11, 284566 (Meldebogen)		
60.	Harth, Hanns- Alex		- 520/11, 152825 (Meldebogen)		
61.	Hecker, Hans		- 520/11, A-Z, Hecker, Hans - 527 II 6105 (Fallakte)	- R 9361- II/377182	
62.	Heidel, Margarete		- 520/11, 73157 (Meldebogen) - 518, 14163		
63.	Hilpert, Werner	- S2 3.628	- 520/11, 527 856 (Meldebogen), u.a. - 518, 3099 - 658, 167		
64.	Höcher, Edwin	- PA 135.647	- 520/11, 136 294 (Meldebogen)		
65.	Hofmann, Elli	- S2 14.440	- 520/11, 110 270 (Meldebogen)		

66.	Hofmeister, Friedrich (Fritz)		- 520/11, A-Z, Hofmeister, Fritz	- BArchB, R 9361-IX Kartei/16500990 , Hofmeister, Friedrich Wilhelm, Karte 990. - BArchB, 9361-VIII Kartei/12010406 , Hofmeister, Friedrich Wilhelm, Karte 406	
67.	Höhn, Eva	- S2 6.189 - S1 98	- 520/11, 50624 (Meldebogen) 518, 2608	- R 3018/2195 - R 3018/499 - R 3018/8296 - R 3017/33525	
68.	Holler, Jakob				
69.	Horn, Peter	- S2 3.601	- 520/11, 308484 (Meldebogen)		
70.	Horr, Richard	- PA 113.692 - S1 98	- 520/11, 53331 (Meldebogen)	- Sachakte P 58/963 - R 3018/7962	
71.	Jacobs, Franz	- S2 4.622	- 520/11, 256799 (Meldebogen)		
72.	Jost, Ludwig	- S2 - MA 4.309/4. 310	- 520/11, 9923/1/2		
73.	Karst, Adolf		- 520/11, 226 928 (Meldebogen) - 650 A 32716		
74.	Keller, Walter	- S2 2.554	- 527 II, 1328	- NS 23/3611 - BArchB R 9361-IX- Kartei/19711248 , Keller, Walter, Karte 1248	
75.	Kemper, Max	- PA 1.728, 73.660 - S2 2.553	- 520/11, 260289 <sup>1</sup>		
76.	Kettner, Richard		- 520/11 346610 (Meldebogen) - 409/3, 643 - 409/3 6376 - weitere Akten zu Inhaftierungen	- R 3017/48029 Bd. 1-8	
77.	Kirchhof, Paul	- PA 74.275	- 520/11 12797/1/2 - 409/3, 9678	- R 58/9685, mehrere Bände im Bestand	

		- S2 1.456	- 518, 430	„Oberreichsanw alt beim Volksgerichtshof “	
78.	Kirsch, Martin	- S1 98	- 520/11 315193 (Meldebogen), - 409/3, 5630 - 518, 2810	- R 3018/10891	
79.	Klee, Karl	- S2, 2.559 - S1 98 57	- 520/11 99208 (Meldebogen) - 518, 5457		
80.	Kleese, Alfred				
81.	Knothe, Wilhelm	- S2 1.729	- 520/11 13954/1/2 - 770, 277 - 409/3 7004 - 518, 78793 - 518, 92703	- R 58/9685 - R 3018/8405	
82.	Kohlberger, Richard				
83.	Köhler, Emilie (Milly)	- PA 115.100	- 520/11 229865 (Meldebogen)		
84.	Korff, Max	- PA 46.569	- 520/11 276 185 (Meldebogen) - 518, 15153		
85.	Kramer, Otto	- S2 4.374		- R 9361-II/1792 - BArchB, R 9361-IX Kartei/ 22681740, Kramer, Otto, Karte1740	
86.	Kraus, Johann		- 520/11, A-Z, Kraus, Johann		
87.	Krebs, Friedrich	- PA 74.304- 305 - S1	- 520/11, 10818/1-5	- R 9361- III/568443 - R 9361- II/577986 - BArchB, R 9361-IX Kartei/23060496 , Krebs, Friedrich, Karte 496	
88.	Kriegseis, Jakob	- PA 17.547	- 520/11, 274183 (Meldebogen) - 518, 5259		
89.	Krohn, Julius	- PA 74.285- 74.286	- 520/11, 3618 (Meldebogen) - 518, 15154		
90.	Kruske, Paul		- 520/11, 110329 (Meldebogen)		
91.	Laladin, Karl		- 520/11, 36324 (Meldebogen),		

			- 518, 6189		
92.	Landgrebe, Ernst	- PA 205.577	- 520/11, A-Z, Landgrebe, Ernst, - 650 A 22304, 32825		
93.	Latscha, Hans		- 520/11, 27733 (Meldebogen), - 650 A, 32838		
94.	Lauschner, Gerhard	- PA 185.460			
95.	Lefeldt, Christian		- 520/11, 251823 (Meldebogen), - 676, 551		
96.	Letsch, Albert	- PA 74.374	- 520/11, 49585 (Meldebogen)		
97.	Leweke, Adolf	- S2 5.527	- 520/11, 150700 (Meldebogen) - 507, 14125, - 518, 3001 - 507, 12052	- R 9361- V/27124	
98.	Lichtinger, Otto		- 520/11, 142123 (Meldebogen)		
99.	Marx, Heinrich	- S2 2.586	- 520/11, 189836 (Meldebogen)		
100.	Menzer, Rudolf	- PA 136.150 - S2 1.474	- 520/11, 133189 (Meldebogen)		
101.	Mettenheim, Amalie von	- S2 6.728	- 520/11, 114692 (Meldebogen)		
102.	Meyer, Kurt	- S2 2.592, - MA 4.333	- 520/11, 84681 (Meldebogen) - 631, 302 (Personalakte) - 518, 903		
103.	Meyer, Hans Paul		- 520/11, 138444 (Meldebogen)		
104.	Miltenberger, Emil		- 520/11, 216812 (Meldebogen)		
105.	Misbach, Hans				
106.	Müller, Oskar	- S2 12.045	- 57 239/46 (Offenbach Bürgel) (Meldebogen) - 518, 5067	- R 58/3256	
107.	Niedermann, Rudolf				
108.	Pitz, Elly	- S2 16.153	- 520/11, 244717 (Meldebogen)		
109.	Pitz, Otto	- S1 Rudolf Eims	- 520/11, 37954 (Meldebogen)		
110.	Port, Heinrich		- 520/11, 295267 (Meldebogen)	- BArchB, R 9361-VIII	

				Kartei/16220198 , Port, Heinrich, Karte 198	
111.	Queißer, Walter		- 520/10, 4595	- VBS 1009 (NS 23)/ZA - BArchB, R 9361-IX- Kartei/33471237 , Queißer, Walter, Karte 1237	
112.	Ramdohr, Günther	- S2 12.059		- R 9361- II/1039996 - BArchB, R 9361-IX Kartei/ 33681269, Ramdohr, Günther, Karte 1269	
113.	Rasp, Martin		- 520/11, 116296 (Meldebogen)		
114.	Rebholz, Johannes	- S2 1.424	- 520/11, A-Z, Rebholz, Johannes - 630, 92		
115.	Reinbacher, Bruno	- S2 3.092	- 520/11, 334 083 (Meldebogen)		
116.	Reinert, Hellmut	- PA 75.036- 75.037	- 520/11, 296872 (Meldebogen)	- R 3001/71879	
117.	Rhabanus, Elisabeth	- PA 73.811- 73.812, - S2 16.165	- 520/11, 120 367 (Meldebogen)		
118.	Rick, Anton		- 520/11, A-Z, Rick, Anton	- BArchB, R 9361-VIII Kartei 16671652, Rick, Anton, Karte 1652. - BArchB, R 9361-IX Kartei/34771009 , Rick, Anton, Karte 1009	
119.	Ried, Walter	- MA 4.334, - S1 98	- 505, 4873 (PA) - 505, 4872 (PA) - 505, 4874	- R 9361- II/1069693 - BArchB, R- 9361-VIII Kartei, 16720057, Ried, Walter, Karte 57. - BArchB, R 9361-IX Kartei/	

				34811237, Ried, Walter, Karte 1237	
120.	Rothe, Gerhart		- 520/11, 106853 (Meldebogen)	- BArchB, R 9361-IX Kartei/35760737 , Rothe, Gerhart, Karte 737	
121.	Rotter, Lina	- S2 8.837	- 520/11, 66377 (Meldebogen)		
122.	Rübsamen, Hermann		- 520/11, 180891 <sup>1</sup>		
123.	Salomon, Hermann	- PA 74.558 - S2 2.639	- 520/11, 59424 (Meldebogen) - 518, 5158		
124.	Sauerwein, Georg	- S2 2.990	- 520/11, 326673 (Meldebogen)		
125.	Schade, Bruno		- 520/11, 170279 (Meldebogen) - 518, 616	- R 3018/2034 - R 3018/4766 - R 3017/5793	
126.	Schäfer, Friedrich	- MA 4.309/4. 310	- 520/11, 62632 (Meldebogen) - 527, II 6462 - 518, 5432		
127.	Schaub, Hermann	- S2 107	- 520/11, 68843 (Meldebogen) - 518, 8978		
128.	Scheibel, Adolf		- 520/11, 28119 (Meldebogen)		
129.	Schenk, Georg	- S2 2.648		- R 3017 3515	
130.	Schiefele, Johann	- PA 50.502	- 520/11, 115334 (Meldebogen)		
131.	Schmidt, Emil	- S2 11.731	- 520/11, 89893 (Meldebogen)	- R 3018/5870	
132.	Schmorl, Hans	- S2 2.654	- 520/11, A-Z, Schmorl, Hans		- PERS 6/185046 Bundesarchiv Freiburg Militärarchiv
133.	Schneider, Walter	- PA 162.340	- 520/11, 203 109 (Meldebogen) - 518, 84716		
134.	Schneider, Richard		- 520/11, 184904 <sup>1</sup>		
135.	Schumacher, Willy		- 520/11, 135707 (Meldebogen)		
136.	Schwarz, Eugen		- 520/11, 263054 (Meldebogen)		

137.	Seliger, Heinrich	- PA 73.846- 73.847 - S2 1.429	- 520/11, 43445 (Meldebogen) - 518, 5486 - 650A, 22259		
138.	Spira, Theodor		- 518, 3468		UAF: - Abt. 4 189 - Abt. 14 831 - Abt. 134 563
139.	Standhaft, Hildegard	- S2 14.460	- 520/11, 303 876 (Meldebogen)		
140.	Steinschneider, Eva	- S2 6.332	- 520/11, 358673 (Meldebogen) - 518 681		
141.	Streletz, Karl		- 520/11, A-Z, Streletz, Karl		
142.	Stunz, August		- 520/11, 39425 (Meldebogen)		
143.	Supan, Franz	- PA 69.845 - S2 8.982		- R 9361- II/1003374 - R 9361- II/1003375 - BArchB, R 9361-IX Kartei/43960275 , Supan, Franz, Karte 275	
144.	Szymichowski, Hans				
145.	Teuscher, Otto Max		- 520/11, 13527/1/2	- R 9361- VI/11156 - R 9361- VI/6758 - BArchB, R 9361-VIII Kartei/22992120 , Teuscher, Otto Max, Karte 2120	
146.	Trapp, Carl		- 520/11, 295098 (Meldebogen)		
147.	Treser, Georg	- PA 75.143- 75.145 - S2 795	- 520/11, 277 893 (Meldebogen) - 507, 12 002		
148.	Uihlein, Alois		- 520/11, 217 864 (Meldebogen)		
149.	Vogel, Hermann		- 520/11, 8565 (Meldebogen)		
150.	Weinsperger, August	- S2 13.628	- 520/11, 108211 (Meldebogen)		
151.	Weinstock, Heinrich	- S2 4.877	- 520/11, 57468 (Meldebogen) - 527, II 7004	- R 4901/13280	UAF: - Abt. 134/623 - Abt. 854 1838

					- Abt. 10 Nr. 93
152.	Weiter, Adolf		- 520/11, A-Z, Weiter, Adolf		
153.	Welz, Helmut	- PA 221.748	- 520/11, 260188 (Meldebogen)	- BArchB, R 9361-IX- Kartei/47850870 , Welz, Helmut, Karte 870	
154.	Wetzel, Elisabeth	- PA 136.351 - PA 138.589 - S2 10.490	- 520/11, 9465 1- 3		
155.	Wilhelm, Karl	- S2 2.696	- 520/11, A-Z, Wilhelm, Karl		
156.	Wilhelmi, Hans	- S2 1.013	- 520/11, 161 124 (Meldebogen)	- R 58/9699	
157.	Wilke, Ernst	- MA 4.309/4. 310	- 520/11, 168 970 (Meldebogen)		
158.	Winter, Manfred		- 520/11, 11916/1/2		
159.	Winterling- Emden, Fritz	- PA 73.938	- 520/11, 207092 (Meldebogen) - 527 II 7095		
160.	Wittmann, Ludwig	- S2 7.797	- 520/11, 28290 (Meldebogen) - 409/3, 5607 409/3, 3809 - 467, 3017 Fallakte, - 518, 2216	- R 3017/1711 - R 3018/6126 - R 3018/6918	
161.	Woelke, Erich	- MA 4.309/4. 310			
162.	Wülfing, Heinz		- 520/11, 284605 (Meldebogen)		
163.	Zschuckelt, Willi	- S3 10.806	- 520/11, 258419 (Meldebogen) - 650 A 33375		

### Anhang III B: Auflistung der ermittelten Archivbestände

	Name	Institut für Stadtgeschichte Frankfurt (ISG)	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)
1.	Acker, Engelbert	- PA 75.203 - S2 9.732	- Abt. 520/11, NB 110.200	
2.	Albrecht, Johann Josef	- PA 135.966 - S2 1.302	- Abt. 520/11, NB 111.667 - Abt. 527, II/5.931	
3.	Alfhart [geb. Methsieder], Lisy	- S1 452 Nachlass - S2 6.058	- Abt. 520/11, Nr. 10.786	
4.	Ambrosius, Gerhard	- S2 4.285	- Abt. 518, Nr. 30.730 - Abt. 520/11, NB 111.187	- BArch R9361- I/4427
5.	Arndt, Betty	- VA 236.166 - S2 3.225	- Abt. 518, Nr. 44.519 - Abt. 520/11, Nr. 1.790	
6.	Arndt, Rudi	- PA 216.239 - PA 216.240 - PA 216.241 - PA 216.242 - PA 216.243 - PA 216.244 - PA 216.245 - PA 216.246 - S1 163 Nachlass - S2 1.325	- Abt. 520/11, NB 77.269	- BArch R 9361-IX Kartei/700896, Gaukartei, Kasten 70, Karte 896
7.	Balsler, Frolinde	- S1 355 Nachlass - S2 6.191		
8.	Bär, Bernhard	- PA 73.986 - S2 1.797	- Abt. 520/11, NB 257.511	
9.	Bauer, Friedrich- Wilhelm	- S2 6.192		
10.	Beckmann, Ruth	- S2 6.954		
11.	Beetz, Oskar	- S2 9.179	- Abt. 520/11, Nr. 10.900	
12.	Bender, Kurt	- S2 6.950	- Abt. 520/11, NB 179.465	
13.	Bender, Adolf	- S2 6.060	- Abt. 520/11, NB 153.604	- BArch R 9361- II/61034
14.	Bernt, Emil	- PA 135.976 - S2 1.523		- BArch R 9361-IX Kartei/2630137, Gaukartei, Kasten 263, Karte 137

15.	Boll, Friedrich Albert	- S2 2.473	- Abt. 520/11, NB 186.373	
16.	Borsche, Arnulf	- S2 6.967		
17.	Boss-Rudelius, Waltraut	- PA 18.655 - PA 65.460 - S2 4.862	- Abt. 520/11, A-Z 153.548	- BArch R 9361-IX Kartei/35850673, Gaukartei, Kasten 3585, Karte 673
18.	Breiter [geb. Wehner], Martha	- PA 193.480 - S2 4.895	- Abt. 520/11, NB 224.705 - Abt. 650, Nr. 3.559	
19.	Bringezu [geb. Fröhlich], Anne	- S2 1.469	- Abt. 520/11, NB 154.110	
20.	Brum, Heinrich		- Abt. 520/11, NB 190.932	
21.	Brunk, Reinhard	- PA 250.998 - PA 250.999 - S2 6.441		
22.	Buschang, Albert	- PA 193.702 - S2 7.536	- Abt. 520/11, NB 164.897	
23.	Daub, Gerhard	- S2 2.494		
24.	David, Manfred	- PA 193.881 - S2 5.607	- Abt. 520/11, NB 384.506	- BArch R 9361-IX Kartei/5860749, Gaukartei, Kasten 586, Karte 749
25.	Ditter, Heinrich	- VA 250.478 - S2 5.055	- Abt. 507, Nr. 14.084 - Abt. 520/11, NB 351.225	- BArch R58/9678
26.	Dobinsky, Helmut	- PA 235.923	- Abt. 520/11, NB 388.205	- BArch R 9361-VIII Kartei/6460942, Zentralkartei, Kasten 646, Karte 942; - BArch R 9361-IX Kartei/6480780, Gaukartei, Kasten 648, Karte 780;
27.	Dornheim, Hugo	- S2 2.488	- Abt. 518, Nr. 15.152 - Abt. 520/11, 234.035 <sup>1</sup> - Abt. 527, II/3.761	
28.	Dörrbecker, Klaus	- S2 7.727	- Abt. 520/11, Nr. 45.796	- BArch R 9361-VIII Kartei/6600614, Zentralkartei, Kasten 660, Karte 614; - BArch R 9361-IX Kartei/6590987,

				Gaukartei, Kasten 659, Karte 987
29.	Eckart, Adalbert	- S2 12.384	- Abt. 520/11, NB 231.368	
30.	Eick, Johann	- PA 190.894 - S2 5.158	- Abt. 518, Nr. 74.222 - Abt. 520/11, NB 136.181	
31.	Eiser [geb. Käugefer], Margarete	- S2 16.074	- Abt. 520/11, NB 230.137	
32.	Engel, Karl	- S2 5.349	- Abt. 520/11, Nr. 14.149	- BArch R 9361-IX Kartei/7830534, Gaukartei, Kasten 783, Karte 534
33.	Erdmann, Erwin	- S2 690	- Abt. 520/11, NB 128.857	
34.	Facklam [geb. Joseph], Wilma	- PA 84.602	- Abt. 520/11, NB 132.075	
35.	Fantasny, Ilse-Monika	- S2 7.835	- Abt. 510/11, NB 428.865	
36.	Finger, Wilhelm		- Abt. 520/11, Nr. 9.086	- BArch R 9361-IX Kartei/8751272, Gaukartei, Kasten 875, Karte 1272;
37.	Flesch-Thebesius, Max	- PA 237.022 - A.11.02/26.388 - A.11.02/26.389 - S1 156 Nachlass - S2 902	- Abt. 504, Nr. 11.379 - Abt. 520/11, NB 266.597 - Abt. 650, Nr. 32.478	
38.	Freiwald, Friedrich	- S2 643	- Abt. 520/11, 417.998 <sup>1</sup>	- BArch R 9361-I/793
39.	Freyh, Brigitte	- S2 600		
40.	Fuchs, Ernst	- S2 9.521	- Abt. 520, Nr. 11.233	- BArch R 9361- IX Kartei/9971212, Gaukartei, Kasten 997, Karte 1212; - BArch R 3001/56608
41.	Ganss, Wilhelm	- PA 251.157 - S2 6.196	- Abt. 520/11, NB 249.220	
42.	Gehm, Ludwig	- S2 4.561	- Abt. 518, Nr. 2598 - Abt. 518, Nr. 87.231 - Abt. 520/11, NB 348.168	- BArch R 3018/1270
43.	Geiler [verw. Koch; geb. Weber], Anna	- PA 16.444 - VA 189.443 - S2 1.389		

44.	Geissler, Ewald	- VA 189.444 - S2 2.195	- Abt. 520/11, NB 351.583	
45.	Gerhardt, Ernst	- PA 275.366 - S2 1.494	- Abt. 520/11, NB 194.237	
46.	Gerling, Eduard	- PA 232.089 - S2 4.614		
47.	Günkel, Hermann	- S2 5.367		
48.	Hansen, Wilhelm			
49.	Harring, Annemarie	- S2 6.197		
50.	Heirich, Heinz	- S2 4.873	- Abt. 520/11, 178.184 <sup>1</sup>	
51.	Heller, Dietrich			- BArch R 9361-VIII Kartei/9910686, Zentralkartei, Kasten 991, Karte 686; - BArch R 9361-IX Kartei/14611544, Gaukartei, Kasten 1461, Karte 1544
52.	Helmholz, Bodo	- PA 145.959 - S2 1.696	- Abt. 520/11, NB 123.893	
53.	Herold, Anton		- Abt. 520/11, A-Z 370.765	- BArch R 9361-VIII Kartei/10540224, Zentralkartei, Kasten 1054, Karte 224; - BArch R 9361-IX Kartei/15220963, Gaukartei, Kasten 1522, Karte 963;
54.	Hesselbach, Walter	- VA 189.486 - S2 2.797	- Abt. 520/11, NB 356.915	- BArch R 9361- III/323997 - BArch VBS 1005 (R 2501)/ZE 11311
55.	Heuzeroth, Heinrich	- S2 7.975	- Abt. 520/11, NB 301.380	
56.	Hoefeld, Friedrich			
57.	Hoffmann, Diether	- S2 11.343	- Abt. 520/11, NB 552.637	
58..	Hoffmann, Fritz	- PA 102.020 - S2 4.654	- Abt. 520/16, Nr. 16.900	- BArch R 9361-VIII Kartei/11800920, Zentralkartei, Kasten 1180, Karte 920; - BArch R 9361- II/429549

59.	Hoffmann, Paul	- S2 13.833	- Abt. 650, Nr. 22.319	
60.	Hohmann, Karl		- Abt. 520/11, A-Z, 220.079	- BArch R 9361-IX Kartei/16561261, Gaukartei, Kasten 1656, Karte 1261
61.	Hoos, Wilhelm Adam	- PA 71.323 - S2 1.796	- Abt. 518, Nr. 17.118 - Abt. 520/11, NB 294.118	
62.	Horeni [geb. Metz], Elli	- S1 502 Nachlass - S2 523	- Abt. 520/11, NB 79.769	
63.	Ihle, Ernst Alfred	- S2 4.991		
64.	Jess, Hanns	- PA 114.046 - S2 812		
65.	Joppen, Rudolf		- Abt. 520/11, 394.097 <sup>1</sup>	- BArch R 9361-IX Kartei/18470561, Gaukartei, Kasten 1847, Karte 561
66.	Juling, Peter	- S2 1.089		
67.	Karry, Heinz-Herbert	- S2 1.444	- Abt. 520/11, NB 64.454	
68.	Kasperczyk, Hans- Joachim	- PA 137.276	- Abt. 520/11, 139.890 <sup>1</sup>	- BArch R 9361-IX Kartei/19421583, Gaukartei, Kasten 1942, Karte 1583
69.	Kaulbach, Waldemar	- PA 234.645 - PA 234.646		
70.	Keitel, Ulrich	- S2 5.752		
71.	Kirchherr, Werner Walter	- PA 48.808 - PA 239.546		
72.	Klein, Erhard	- S2 5.589	- Abt. 520/11, NB 189.803	
73.	Klein, Josef Matthias		- Abt. 520/11, NB 109.123	
74.	Knorr, Albert	- PA 157.635 - S2 4.341	- Abt. 518, Nr. 78.813 - Abt. 520/11, NB 320.734	
75.	Korenke, Hans- Ulrich	- VA 18.953 - S2 6.202		
76.	Kraft, Heinrich	- S2 1.434		
77.	Kreibich, Norbert	- S2 9.576		
78.	Kreling, Hermann- Josef	- PA 170.752		
79.	Kromer, Heinrich	- PA 135.473 - PA 240.667 - S2 837	- Abt. 520/11, NB 67.244 - Abt. 650, Nr. 22.232	
80.	Kugel, Walter	- S2 1.094	- Abt. 520/11, Nr. 14.910	- BArch R 9361-IX Kartei/24000048,

				Gaukartei, Kasten 2400, Karte 48
81.	Kutschera, Adalbert	- VA 236.454 - S2 7.469	- Abt. 520/11, NB 249.754	- BArch R 9361-IX Kartei/24371470, Gaukartei, Kasten 2437, Karte 1470
82.	Laarmann, Martha	- PA 218.769	- Abt. 520/11, NB 40.723	
83.	Lang, Franz Heinrich	- PA 251.493 - PA 251.494	- Abt. 520/11, NB 255.334	
84.	Lang, Friedrich	- PA 157.865 - S2 5.380	- Abt. 520/11, NB 131.297	
85.	Leistritz, Walter, Dr.	- S2 3008		- BArch R 9361-IX Kartei/25391025, Gaukartei, Kasten 2539, Karte 1025; - BArch R 9361-II/628827
86.	Lietzow, Hugo			- BArch R 9361-IX Kartei/25880622, Gaukartei, Kasten 2588, Karte 622
87.	Limberger, Albert	- PA 205.845 - S2 7.808	- Abt. 520/11, NB 368.748	- BArch R 9361-IX Kartei/25891545, Gaukartei, Kasten 2589, Karte 1545
88.	Link, Helmut	- S2 4.315	- Abt. 520/11, 79.614 <sup>1</sup>	
89.	Lorenz, Waldemar Richard Karl	- PA 116.637 - PA 116.638 - PA 116.639 - VA 237.473 - S2 8.895	- Abt. 520/11, 125.276	
90.	Loskant, Johannes Joseph	- PA 5.204 - S2 4.485	- Abt. 520/11, NB 88.571	
91.	Lotterer, Hermann		- Abt. 520/11, Nr. 11.754	
92.	Ludwig, Erich	- PA 251.550		
93.	Martin, Walter	- S2 9.590	- Abt. 520/11, NB 85.763	
94.	Maurer, Nikolaus	- VA 135.643 - S2 2.588	- Abt. 520/11, NB 204.717	
95.	Mayer, Franz-Josef		- Abt. 520/11, A-Z, 246.943	
96.	Michelmann, Gottfried	- S2 8.682	- Abt. 520/11, Nr. 14.520	
97.	Mischnick, Wolfgang	- S2 405	- Abt. 520/11, NB 378.518	

98.	Möller, Walter Kurt Franz	- PA 136.698 - S2 440	- Abt. 520/11, NB 93.378	
99.	Moog, Hans-Jürgen	- S2 18.329		
100.	Müller, Karl			
101.	Müller, Ludwig	- PA 170.765		
102.	Müller, Werner Hans	- PA 50.433 - S2 3.451		- BArch R 9361-IX Kartei/29790631, Gaukartei, Kasten 2979, Karte 631
103.	Nachtigall, Hermann		- Abt. 520/11, NB 234.731	
104.	Neudeck, Konrad	- S2 2.611	- Abt. 518, Nr. 78.202 - Abt. 520/11, NB 213.349	
105.	Nitzling, Erich Stephan	- S2 7.377 - S5 523		
106.	Nöll, Heinrich	- VA 74.444 - S2 4.233	- Abt. 520/11, Nr. 10.096	- BArch R 9361-IX Kartei/30761409, Gaukartei, Kasten 3076, Karte 1409
107.	Oettinger, Karl	- S2 2.347	- Abt. 518, Nr. 6090 - Abt. 520/11, NB 115.269	
108.	Otto, Karl		- Abt. 520/11, NB 245.135	
109.	Pfaff, Günter	- S2 7.449	- Abt. 520/11, NB 352.788	
110.	Pfeiffer, Friedrich	- PA 18.320 - PA 135.474 - S2 1.123	- Abt. 520/11, NB 206.308	
111.	Pfeiffer, Wilhelm Friedrich	- PA 55.842 - PA 119.015 - S2 2.923		- BArch R 9361-VIII Kartei/15381426, Zentralkartei, Kasten 1538, Karte 1426
112.	Quint [geb. Reichold], Sofie	- S1 150 Nachlass	- Abt. 520/11, NB 182.070	
113.	Ratazzi, Rudolf	- S2 2.623	- Abt. 520/11, NB 249.634	
114.	Reinhardt, Werner			
115.	Ress, Johann	- S2 2.627	- Abt. 520/11, NB 290.141	
116.	Riedel, Josef	- S2 4.324	- Abt. 520/11, NB 391.824	
117.	Rössler, Philipp		- Abt. 520/11, NB 233.122	
118.	Rottmann, Karl	- S2 6.645	- Abt. 520/11, NB 158.387	

119.	Rudolph, Dieter	- VA 189.674 - S2 3.160		
120.	Sackenheim, Friedrich Franz	- VA 189.681 - S2 6.209	- Abt. 520/11, NB 252.861	- BArch R 9361-VIII Kartei/18111575, Zentralkartei, Kasten 1811, Karte 1575
121.	Sautner, Hermann	- PA 55.911 - S2 5.112	- Abt. 520/11, NB 351.878	
122.	Schäfer, Josef	- PA 200.636	- Abt. 520/11, NB 235.155	
123.	Schenk [geb. Worms], Ottilie Anne Emma	- PA 215.272	- Abt. 520/11, NB 187.018	
124.	Schiffler, Charlotte	- S2 1.280	- Abt. 659, Nr. 33.151	
125.	Schindling, Anton	- S2 8.972	- Abt. 520/11, NB 179.618	
126.	Schlordt, Annemarie	- VA 189.698 - S2 5.324	- Abt. 520/11, NB 139.623	
127.	Schmidt, Elly			- BArch R 9361-IX Kartei/37991192, Gaukartei, Kasten 3799, Karte 1192; - BArch R 9361-VIII Kartei/19471132, Zentralkartei, Kasten 1947, Karte 1132
128.	Schmidt, Friedrich (Fritz)	- PA 136.098		
129.	Schmidt, Friedrich Georg	- S2 224	- Abt. 520/11, NB 346.769	- BArch R 3018/12898.
130.	Schmitt, [geb. Hoffmann], Helene	- PA 163.003 - S2 13.475	- Abt. 520/11, NB 265.768 <sup>1</sup>	
131.	Schmitt, Karl Emil	- PA 202.261 - S2 5.911	- Abt. 520/11, NB 172.774	
132.	Schneider, Hans Werner		- Abt. 520/22, Nr. 15.051	- BArch R 9361-IX Kartei/38810315, Gaukartei, Kasten 3881, Karte 315; - BArch R 9361-VIII Kartei/20320624, Zentralkartei, Kasten 2032, Karte 624
133.	Schneider, Hermann	- PA 215.372 - S2 10.147	- Abt. 520/11, NB 107.333	

134.	Schönberger, Hans	- S2 7.093	- Abt. 461, Nr. 36.789	- BArch R 9361-IX Kartei/39120172, Gaukartei, Kasten 3912, Karte 172
135.	Schröder, Ernst	- PA 80.581 - VA 189.718 - S2 2.877	- Abt. 520/11, NB 69.249	
136.	Schröder, Hans- Joachim	- S2 8.125	-	
137.	Schultheis, Heinrich	- S2 1.238	- Abt. 520/11, 26.570 <sup>1</sup>	
138.	Schwarz, Adalbert	- S2 7.364	- Abt. 520/11, NB 149.817	
139.	Seubert, Viktor Linus	- PA 220.436 - S2 8.733	- Abt. 518, Nr. 649 - Abt. 520/11, Nr. 13.124	
140.	Siebold, Rose-Marie	- S2 8.980		
141.	Sigulla, Adalbert			- BArch R 9361-IX Kartei/41580173, Gaukartei, Kasten 4158, Karte 173. - BArch VBS 1013 (NS34/ZM 0863, A. 01-15.
142.	Stein, Paul	- VA 236.649 - S2 5.262	- Abt. 520/11, Nr. 10.855	- BArch R 9361-IX Kartei/42700852, Gaukartei, Kasten 4270, Karte 852
143.	Tausend, Ingeborg	- PA 215.655 - S1 387/9 Nachlass - S1 387/10 Nachlass	- Abt. 520/11, NB 288.758 - Abt. 520/11, NB 388.686	- BArch R 9361-IX Kartei/44150126, Gaukartei, Kasten 4415, Karte 126
144.	Tesch [geb. Weyel], Margot Agnes Gertrud	- PA 263.026 - S2 7.660	- Abt. 518, Nr. 6.163 - Abt. 520/11, NB 3.621	
145.	Thomazewski, Otto	- S2 4.331		
146.	Tokarski, Heinz	- S2 6.217		- BArch R 9361-IX Kartei/44921056, Gaukartei, Kasten 4492, Karte 1056
147.	Treucker, Gustav			- BArch R 9361-VIII Kartei/23281470, Zentralkartei, Kasten 2328, Karte 1470
148.	Uffelmann, Karl	- S2 6.130	- Abt. 520/11, Nr. 14.456	- BArch R 9361-VIII Kartei/23580022,

				Zentralkartei, Kasten 2358, Karte 22; BArch R 9361-IX Kartei/45391229, Gaukartei, Kasten 4539, Karte 1229
149.	Ulrich, Friedrich	- S2 588	- Abt. 520/11, A-Z, 336.724 - Abt. 676, Nr. 5.443	
150.	Voitel, Gottfried	- S2 4.330	- Abt. 520/11, NB 384.092	
151.	Wagner, Paul			- BArch R 9361-IX Kartei/46581600, Gaukartei, Kasten 4658, Karte 1600; BArch R 9361-VIII Kartei/24740876, Zentralkartei, Kasten 2474, Karte 876
152.	Weber, Margarete	- S2 6.221	- Abt. 520/11, NB 153.609	
153.	Weck, Gerhard Kurt	- S2 3.429	- Abt. 518, Nr. 56.495	
154.	Weiß, Christian	- S2 1.676	- Abt. 518, Nr. 6.119 - Abt. 520/11, NB 31.277	
155.	Werner, Ulrich		- Abt. 520/11, NB 300.680	
156.	Wiedemann, Wilhelm	- S2 1.817		
157.	Wiegner, Heinz	- S2 5.273	- Abt. 520/11, A-Z, 134.491	- BArch R 9361-IX Kartei/48471276, Gaukartei, Kasten 4847, Karte 1276
158.	Wieser, Walter	- PA 135.466 - S2 2.695	- Abt. 650, Nr. 33.330	
159.	Wittrock, Herbert	- S2 1.842		
160.	Wüscher, Otto	- S2 6.771	- Abt. 520/11, NB 365.168	
161.	Zeitz, Erich	- PA 135.967 - S2 2.385	- Abt. 520/11, NB 450.186 - Abt. 650, Nr. 32.157	
162.	Zibner, Karl Eduard Ferdinand	- PA 50.827 - S2 5.491		- BArch R 9361-VIII Kartei/25790595, Zentralkartei, Kasten 2579, Karte 595;

				- BArch R 9361-IX Kartei/50270868, Gaukartei, Kasten 5027, Karte 868
--	--	--	--	---

<sup>1</sup> Die Karteikarte dieser Person wurde gefunden, die entsprechende Akte war jedoch nicht am angegebenen Ort hinterlegt.

PROJEKTBERICHT

Impressum:

Herausgegeben von Stephan Siegler, Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Frankfurt am Main

Verfasser: Percy Hermann M.A. und Lisa Winter M.A.

Wissenschaftliche Begleitung: Prof. Dr. Christoph Cornelißen und Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Lektorat: Andrea Kirchner M.A.

Verwaltung und Projektmanagement: Manuela Ritzheim

Herstellung: Druckhaus Strobach GmbH, 60388 Frankfurt am Main